



Landtag von Baden-Württemberg

38. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 17. Dezember 1997 • Haus des Landtags

Beginn: 10.02 Uhr

Schluß: 18.59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2895	Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung)	2974
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	2895	Abg. Oettinger CDU (zur Geschäftsordnung)	2974, 2975
1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 (Staatshaushaltsgesetz 1998/99) – Drucksache 12/2266		Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung)	2974
– Allgemeine Aussprache		Abg. Brechtken SPD (zur Geschäftsordnung)	2977
b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Haushaltsstrukturgesetz 1998 – Drucksache 12/2134		Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen (zur Geschäftsordnung)	2978, 2979
Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2217	2895	Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen (zur Abstimmung)	2980
Anträge Drucksachen 12/2315-1 bis 12/2315-7		Abg. Fleischer CDU (persönliche Erklärung)	2980
Abg. Oettinger CDU	2895, 2962	2. Nachwahl zum Staatsgerichtshof	2981
Abg. Maurer SPD	2904, 2950	3. Wahl der Mitglieder des Landtags in den Oberrheinrat	2982
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen	2914, 2955	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Aufhebung der Staatsschuldenverwaltung Baden-Württemberg – Drucksache 12/2022	
Abg. Pfister FDP/DVP	2922, 2965	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2223	2982
Abg. Rapp REP	2929	Beschluß	2982
Ministerpräsident Teufel	2936	Abg. Herrmann CDU (zu Protokoll)	2983
Abg. Dr. Schlierer REP	2959	Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen (zu Protokoll)	2983
Minister Mayer-Vorfelder	2968	Abg. Kleinmann FDP/DVP (zu Protokoll)	2984
Beschluß	2972	Abg. Huchler REP (zu Protokoll)	2984
Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung)	2973	Staatssekretär Rückert (zu Protokoll)	2985
Abg. Weimer SPD (zur Geschäftsordnung)	2973		

Nächste Sitzung	2985	Anlage 2	
Anlage 1		Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion Die Republikaner – Wahl der Mitglieder des Landtags in den	
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	2986	Oberrheinrat	2987

Protokoll

über die 38. Sitzung vom 17. Dezember 1997

Beginn: 10.02 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

U r l a u b für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Hildebrandt erteilt.

K r a n k gemeldet sind Frau Abg. Dr. Carmina Brenner sowie die Herren Abg. Bloemecke und Veigel.

Auf Ihren Plätzen, meine Damen und Herren, finden Sie einen Vorschlag der SPD-Fraktion für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (Anlage 1). – Sie stimmen den Umbesetzungen zu.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 (Staatshaushaltsgesetz 1998/99) – Drucksache 12/2266

– **Allgemeine Aussprache** –

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Haushaltsstrukturgesetz 1998 – Drucksache 12/2134

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2217

Berichterstatter: Abg. Moser

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über das Staatshaushaltsgesetz 1998/99 und über das Haushaltsstrukturgesetz 1998 eine Redezeit von 40 Minuten je Fraktion beschlossen, wobei gestaffelte Redezeiten gelten sollen.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Oettinger das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für die Jahre 1998 und 1999, mit der Haushaltsrede des Finanzministers und mit der heutigen Aussprache durch die Fraktionen treten wir in Baden-Württemberg – auch in Baden-Württemberg – in eine entscheidende Phase der Haushaltspolitik ein.

Die neunziger Jahre waren während drei Landesregierungen unter unserem Ministerpräsidenten Erwin Teufel von

Konsolidierung, stabiler Haushaltsführung und dem Ziel bestimmt, Handlungsfähigkeit für künftige Generationen in Baden-Württemberg zu erhalten.

Ich sage eingangs dem Ministerpräsidenten, seiner Landesregierung und auch dem Finanzminister unseren besonderen Respekt dafür, daß Baden-Württemberg trotz globaler Veränderungen, trotz nachhaltiger Einnahmeausfälle . . .

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Ich darf darum bitten, die Gespräche einzustellen.

(Abg. Weimer SPD: Vor allem auf der Regierungsbank!)

Abg. Oettinger CDU: . . . und trotz struktureller wirtschaftlicher Probleme Kurs gehalten hat und daß wir auch in den nächsten Wochen gemeinsam beweisen können: Wir in Baden-Württemberg halten einen soliden Kurs.

Ich sage dies ausdrücklich für die erste Regierung Erwin Teufel in den Jahren 1991 und 1992. Ich sage dies im Rückblick auch für die große Koalition gemeinsam mit den Sozialdemokraten über vier Jahre hinweg. Und ich will mit dem Koalitionspartner FDP/DVP in den nächsten Wochen den Beweis dafür liefern, daß bei veränderten Bedingungen, bei noch schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Verhältnissen, bei anhaltenden Steuereinnahmeausfällen die Konsolidierung des Haushalts in Baden-Württemberg auf der Tagesordnung bleibt und die entsprechenden Entscheidungen dafür hier im Landtag mehrheitsfähig werden.

Ich rufe alle Fraktionen, gerade auch die der Opposition, zu einem fairen Wettbewerb um gerechte Ideen auf dem Weg zu einem gemeinsamen Ziel, Baden-Württemberg nur begrenzt in die Verschuldung zu bringen, auf.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Dabei bewegen wir uns auf einem Grat. Einerseits ist jede Mark neuer Schulden eine Vorbelastung der nächsten Generation, bedeutet Zinsverpflichtung auf lange Zeit. Andererseits kann man nicht verkennen, daß manche Einsparung, die den Haushalt ausgleichen hilft, die, kameralistisch betrachtet, von Nutzen ist, volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch langfristig auch Schaden verursachen kann.

(Abg. Deuschle REP: Das ist banal!)

(Oettinger)

Die CDU-Fraktion wird sich bei jeder Entscheidung an folgenden Fragen messen lassen: Überwiegt der Nutzen, und sind die Belastungen für Gesellschaft und Bürger tragbar? Wie erhalten wir gerecht den Freiraum für die Zukunft?

Diese Verantwortung für die junge Generation steht dabei für uns im Mittelpunkt. Vier entscheidende Aufgabenfelder, um den Generationenvertrag mit neuem Inhalt zu füllen, sehen wir dabei.

Erstens die Rentenpolitik: Auf Bundesebene führt an der Rentenreform, an der strukturellen Veränderung, an der Verringerung des Zuwachses an Rente, an einer Vermeidung von ständigen Ausgabenerhöhungen, an einer Vermeidung von ständig höheren Rentenbeiträgen kein Weg vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Schlierer REP: Ein bißchen müde, der Beifall!)

Zweitens der Umweltschutz: Ernüchtert verfolgt man die Ergebnisse von Kyoto. Die wirtschaftlich wohlhabende Welt, die industrialisierte Welt muß in den nächsten Jahren weitere und größere Schritte leisten, um gerade auf dem Gebiet der Umweltpolitik der nächsten Generation nicht eine negative Bilanz vorlegen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens der Arbeitsmarkt: Ich sage es bewußt so salopp. Wir, die wir heute hier im Landtag sind, hatten, als wir nach Abschluß von Berufsschule und Hochschule Arbeit suchten und in die Berufswelt eintraten, alle Chancen und offene Türen gehabt. Wir müssen alles tun, wenn wir jetzt Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft für die junge Generation tragen, daß unsere Kinder vergleichbare, halbwegs gleich gute Chancen auf dem deutschen, auf dem europäischen Arbeits- und Ausbildungsmarkt finden, wie wir sie von unseren Vätern und Müttern erhalten haben. Noch ist dafür nicht jede Grundlage gelegt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das vierte Aufgabenfeld steht heute im Mittelpunkt: die Haushaltspolitik, die Staatsverschuldung. Gerade an der Frage „Wie finanziere ich die Ausgaben von heute, leisten wir uns mehr, als wir erwirtschaften, leisten wir uns mehr, als uns zusteht?“ stellt sich das Problem des Generationenvertrags, stellt sich die Frage, ob Generationen gerecht miteinander umgehen oder aber ob wir heute die nächste Generation vorbelasten, ja ausbeuten. Jeder Mehrausgabewunsch muß sich dieser Frage stellen, und für jede Verweigerung von Kürzungen gilt genauso dieser Vorhalt. Wer Kürzungen verweigert und wer Mehrausgaben wünscht, beutet die nächste Generation verstärkt aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was wir brauchen, ist eine verlässliche Generationenrechnung. Der Haushalt ist dafür ein wichtiges Buch. Aber es gibt andere Länder, die weiter reichende Generationenrechnungen haben. In den USA gibt es ein sogenanntes „General Accounting“,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Bundesbank-Bericht gelesen, was?)

gibt es einen umfassenden Bericht mit dem Kapitel „Künftige Belastung der jungen Generation“. In diese Belastung fließen nicht nur die Staatsverschuldung ein, sondern auch Nebenhaushalte, eingegangene Verpflichtungen, aufgelaufene Soziallasten, künftige Rentenansprüche.

Ich will bewußt dem Hohen Haus die Frage stellen: Sollten wir nicht gemeinsam auf Bundes- und Länderebene daran arbeiten, eine Gesamtbilanz der Vorbelastung künftiger Generationen, ein langfristiges Accounting, eine wirklich ehrliche Rechnung für unsere Entscheidung und für den Beweis eines fairen Generationenvertrags vorzulegen?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was ist die Philosophie der CDU im Landtag von Baden-Württemberg?

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie eine Philosophie?)

– Kollege Kuhn, auch Ihnen kann etwas Philosophie nicht schaden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weimer SPD: Si ta-cuisses, philosophus mansisses!)

Wir glauben, in Deutschland sei die Staatsquote zu hoch.

(Abg. Heiler SPD: Wer hat sie denn gemacht?)

In Deutschland ist die Staatsquote noch immer bei über 52 %. In Deutschland gibt es Parteien, die zur Lösung aller Probleme primär auf den Staat setzen, und es gibt Parteien und Koalitionen, die sich nachhaltig bemühen, die Staatsquote zu verringern, Marktkräfte zu entwickeln und Grundlagen für eine Volkswirtschaft jenseits der Staatswirtschaft zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Nagel SPD: Das macht ihr seit 15 Jahren „erfolgreich“! – Abg. Wieser CDU: Nagel ist aufgewacht! – Gegenruf des Abg. Nagel SPD: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Wieser!)

Wir glauben, daß deswegen in den nächsten Jahren auf Bundesebene und auf Länderebene jede Entscheidung sich an der Frage messen muß: Geht damit die Staatsquote nach oben, oder schaffen wir eine Stufe der Absenkung der Quote des Staates, der öffentlichen Kassen, schaffen wir mehr Marktwirtschaft in unserem Land?

Ich zitiere dazu aus dem aktuellen Bericht, dem Monatsbericht November der Deutschen Bundesbank:

Die gefundenen Ergebnisse

– so sagen die Spitzenbanker –

machen deutlich, daß weitere Konsolidierungsanstrengungen nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern vor allem auch langfristig dringend geboten sind. Geboten ist somit eine nachhaltige Rückführung der Staatsquote, wobei zu berücksichtigen ist, daß jede Verzögerung die künftig notwendigen Einschnitte nur noch vergrößert.

(Oettinger)

Wer jetzt nicht einschneidet, muß später doppelt einschneiden. Wer jetzt handelt, muß später nicht so grausam handeln wie der, der Handeln heute ablehnt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die aktuelle Konsolidierung

– so die Bundesbank –

darf dabei angesichts der jetzt schon bestehenden hohen Belastungen künftiger Generationen nicht mit der Verschiebung von finanziellen Problemen in die Zukunft verbunden sein.

Eine klare Sprache, an der wir, Freie Demokraten und Christdemokraten jedenfalls, uns im Landtag messen lassen.

(Zurufe von der SPD: Das merkt man!)

Gestatten Sie mir dazu einen interessanten Ländervergleich. Im Vergleich der 16 Länder liegt Baden-Württemberg auf Platz zwei, auf dem zweitbesten Platz. 14 Länder haben eine schlechtere Haushaltssituation als wir.

(Hört, hört! bei der CDU – Zuruf des Abg.
Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ein Land hat eine bessere. Die Gesamtverschuldung in Bayern ist nachhaltig geringer als die Gesamtverschuldung in jedem anderen Land.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen –
Abg. Haasis CDU: Nie SPD-regiert!)

Die entscheidende Frage ist, Herr Kollege Kuhn, auch wenn es Ihnen noch so schwerfällt: Sollen wir uns eher gemeinsam mit Bayern an einem süddeutschen Weg orientieren, oder ist für Sie der Maßstab von gelebter Arbeit Rotgrün?

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Repnik CDU:
CDU wählen!)

Wir glauben, der süddeutsche Weg ist der bessere Weg. Rotgrün hat gerade auch in der Haushaltspolitik Zahlen, die dagegen sprechen, diesem anderen Weg zu folgen.

Aber nochmals zu Bayern: Im Jahr 1996 hat Bayern, damit Gläubiger zuwarten, Zinsen zu zahlen gehabt – ohne Tilgung –, und zwar nach Japan, nach Arabien, überall dorthin, von wo wir Geld geliehen haben, in Höhe von 1,78 Milliarden DM; Baden-Württemberg hat genau 3 Milliarden DM zu zahlen gehabt. Das heißt, wir haben schon jetzt Jahr für Jahr, auf Ewigkeit, auf Dauer, einen Nachteil von 1,2 Milliarden DM. Die Bayern sind damit imstande, pro Jahr 1,2 Milliarden DM mehr in ihr Land zu investieren als wir, und wir sind in einem besseren Stand als 14 andere Bundesländer. Wir müssen den guten Stand halten, dem bayerischen Stand näherkommen und dringend anpassen, nicht in den Sog von rotgrünen Ländern zu geraten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die Zinsquote unseres Haushalts liegt bei 5,5 %, die Zinsquote Bayerns bei 2,9 %. Bei Schröder in Niedersachsen sind 9,7 % des Haushalts

(Zuruf von der CDU)

durch Zinsen – ohne Tilgung – geprägt, in Nordrhein-Westfalen 9,0 % und im Saarland 15,1 %.

(Lebhafte Unruhe bei der CDU – Zuruf des Abg.
Wieser CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:
Und das trotz Finanzausgleich! – Lebhaftes Unruhe)

Vermutlich wählen die Sozialdemokraten Kanzlerkandidaten nicht nach Popularität und Kompetenz, sondern nach Zinsquote aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Anhaltende Unruhe)

Wer die höchsten Schulden hat,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hat gewonnen!)

wird von der Partei gewählt.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Ich glaube, die Bevölkerung denkt anders. Deswegen gehen wir weiter auf unserem soliden Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dabei spielt die Globalisierung unserer Wirtschaft eine entscheidende Rolle.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Ich stelle den Sozialdemokraten die Frage: Wie halten Sie es mit der Globalisierung, und wie halten Sie es mit der Wirtschaft in einer offenen Welt?

(Zurufe der Abg. Haas CDU und König REP)

Walter Hamm schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen“ am Montag dieser Woche unter der Überschrift „Wider die Globalisierungsjünger – Lafontaines Wirtschaftsansichten“ – ich zitiere wörtlich –:

Lafontaine hält internationalen Wettbewerb und bessere Institutionen und Standortbedingungen schon im Ansatz für verfehlt.

Dies hat er im Saarland bewiesen. Mit dem Saarland hat er den Standortwettbewerb verloren.

Daß die Beendigung

– so Hamm –

des „Wettkampfs der Nationen“ illusionär ist und sogar an der schroffen Ablehnung durch sozialdemokratisch regierte europäische Staaten ... scheitern würde, nimmt Lafontaine nicht zur Kenntnis.

(Oettinger)

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Weimer SPD: Sein Niveau war schon höher! – Abg. Bebbler SPD: Wenn ihr euch da dran hochziehen müßt!)

Unbeachtet bleibt,

– so Hamm –

daß die Globalisierung auch ohne Deutschland weiterginge – zum Nachteil Deutschlands.

Die FAZ hat recht: ein vernichtendes Urteil für Lafontaine.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Wir glauben, daß Globalisierung große Chancen bietet. Wir wissen aber jedenfalls, daß sie nicht zu verhindern ist. Wenn eine volkswirtschaftliche, eine gesellschaftliche Entwicklung nicht zu verhindern ist, dann steige ich ein und gestalte ich mit. Wer sich verweigert und am Bahnsteig stehenbleibt, ist automatisch Verlierer – jetzt, im September nächsten Jahres und in Zukunft sowieso.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man die Haushaltsentwicklung Baden-Württembergs betrachtet, fällt eines auf: Natürlich fallen Einnahmen weg und werden Einnahmeerwartungen nicht erfüllt. Aber in Wahrheit haben wir weniger ein Einnahmeproblem, sondern eher auf der Ausgabenseite noch Hausaufgaben zu machen. Die Einnahmen erfüllen nicht mehr die Erwartung der mittelfristigen Finanzplanung und auch nicht mehr die der Steuerschätzung. Wir alle in Deutschland haben doch in den letzten Jahrzehnten davon gelebt, daß wir über die Inflation hinaus galoppierendes Wachstum von Wirtschaft, von Bruttoinlandsprodukt in galoppierende Steuermehreinnahmen umsetzen konnten. Jetzt wächst das Bruttoinlandsprodukt. Jetzt haben wir ein Wirtschaftswachstum von 2,5 %, aber die Beschäftigung stagniert und geht zurück, und die Steuereinnahmen stagnieren ebenso. Wir haben in Deutschland eine Stagnation bei den Steuereinnahmen.

Die Steuereinnahmen aller öffentlichen Hände in Deutschland betragen 1996 800 Milliarden DM. Wir hatten also im letzten Jahr 800 Milliarden DM Einnahmen. Für das nächste Jahr betragen die Steuereinnahmen nach der abgesenkten neuen Steuerschätzung 815 Milliarden DM. Wir steigern uns also von 800 Milliarden DM auf 815 Milliarden DM. Das ist ein bescheidenes Wachstum, nahe der Stagnation; die Aussage, die Einnahmen würden dramatisch sinken, will ich damit aber bewußt nicht verbinden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Rechnen Sie einmal die Inflation dazu!)

Die entscheidende Frage ist: Kommt der Staat, kommt auch das Land Baden-Württemberg mittelfristig mit stagnierenden Einnahmen aus? Dabei sehe ich ein besonderes Problem. Ein Haushalt, auch der des Landes Baden-Württemberg, hat drei große Blöcke, in die die Ausgaben einzuordnen sind. Unterstellt, die Einnahmen bleiben stabil, unterstellt, die Verschuldung darf nicht beliebig erhöht werden, muß man sensibel prüfen, was die drei Blöcke jeweils für sich ausmachen.

Der erste Block sind die Personalkosten. Die direkten Personalkosten betragen 42 %, die indirekten weitere 10 %. Bei den Gehältern sind in diesem Jahr Kostensteigerungen um 1 bis 1,5 % zu erwarten. Aber auch ohne eine Marktarifsteigerung steigen die Personalkosten in jedem Land, auch in Baden-Württemberg, strukturell um 3 %: durch Dienstaltersstufen, durch Hebungen bei der Polizei, durch wachsende Pensionslasten. Wenn der größte Haushaltsausgabenblock, der direkt 42 % ausmacht, bei stagnierenden Einnahmen jährlich um 3 bis 4,5 % steigt, ist dieser Block eine ernste Gefahr für die Stabilität des Haushalts in Gegenwart und Zukunft. Ich komme nachher auf das Thema Personal und Stelleneinsparprogramm zurück.

Der zweite Block sind die Zinslasten, ohne Tilgung. Die Zinslast in Baden-Württemberg beträgt 3 Milliarden DM. Ich habe eine leise Sorge: Wenn die Mehrwertsteuererhöhung am 1. April nächsten Jahres kommt, wenn im Zuge der Steuerreform vielleicht eine zweite Mehrwertsteuererhöhung kommt,

(Abg. Maurer SPD: Keine Sorge!)

wenn wir in zwei Jahren 17 % statt 15 % Mehrwertsteuer haben, heizt dies garantiert die Preise und die Inflation an, bewirkt dies höhere Tarifsteigerungen und führt dies dazu, daß die Leitzinsen nicht mehr haltbar sind. Ein halber Prozentpunkt Veränderung der Leitzinsen der Deutschen Bundesbank bedeutet, daß der zweite Block – 3 Milliarden DM Zinsen im Haushalt – ebenfalls ein Sprengsatz in öffentlichen Haushalten wird.

(Abg. Rapp REP: Den Rest bringt der Euro!)

Beide engen damit den dritten Block, den weichen Block Investitionen, Sachmittel und Förderprogramme, ein. Deswegen führt für den, der den Haushalt stabil halten will, der in den nächsten Jahren mit stagnierenden Einnahmen rechnet, kein Weg daran vorbei, die Zinsausgaben zu deckeln und die Personalkosten zu senken, um in den nächsten Jahren Spielraum schaffen zu können. An diesem Grundsatz – Zinsausgaben deckeln, Personalausgaben senken, um ohne neue Schulden Spielraum aufzubauen – orientieren wir auch die Anträge der nächsten Wochen, orientiert sich die Haushaltspolitik dieser Koalition von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie machen es nicht! Wo haben Sie denn die Zinsausgaben gedeckelt?)

Eine weitere Überlegung sei mir als Grundlage für die nächsten Beratungswochen erlaubt. Euro: Alle Welt blickt auf 3 %. 3 % Neuverschuldung als Konvergenzkriterium – völlig überhöht!

Die Mehrzahl der Länder nähert sich den 3 % von oben, wird die 3 % erreichen oder knapp daneben sein. Deutschland ist mit Sicherheit bei diesem Wert dabei.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

– Meine Herren, seien Sie ruhig!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Schlierer REP: Das ist das Demokratieverständnis des Herrn Oettinger!)

(Oettinger)

Meine Damen und Herren, ich halte die 3 % längst nicht für den entscheidenden Wert.

(Abg. Käs REP: Der wird nervös!)

Für mich sind die 60 % viel zu sehr in den Schatten geraten. Von den elf Ländern, die wir erwarten dürfen, werden alle die 3 % näherungsweise erfüllen, wird aber kaum ein Land die 60 % erfüllen. Deutschland hat die 60 % von unten nach oben durchschritten und steigert sich über 62 auf 63 und 64 %. Wir in Deutschland haben bei der öffentlichen Hand eine Gesamtverschuldung, die mittlerweile 63 % eines gesamten Bruttosozialprodukts ausmacht – Tendenz nicht fallend, sondern steigend.

Aber das hat doch etwas mit den 3 % zu tun. Die 3 % sind dann erlaubt, wenn man ein nominales Wachstum von 5 % vorweisen kann. Wenn ein Inlandsprodukt von 100 % um 5 % wächst, heißt dies: Bei den 60 % ist man mit 3 % dabei. Wenn aber die 3 % vorliegen, das nominale Wachstum aber nur bei 4 bis 4,5 % liegt, erhöht man mit jedem Jahr mit einem Wert von 3 % den Wert von 60 % plus x weiter nach oben. Dann steigt die Gesamtverschuldung und überdeckt zunehmend das Bruttoinlandsprodukt eines Jahres.

Deswegen sage ich deutlich: Für uns sind die 3 % Netto-neuverschuldung kein Idealwert, sondern ein Grenzwert, ein Höchstwert, den es in außergewöhnlichen Jahren zu halten und in normalen Jahren erheblich zu unterbieten gilt.

Damit kommen wir zur eigentlichen Gretchenfrage, die man im Vergleich der Länder beantworten muß:

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Wohin führt denn eigentlich der Kurs der deutschen Haushaltspolitik?

(Abg. König REP: Bergab!)

Berlin macht trotz Notverkäufen

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aber auch ein bißchen von Waigel reden!)

neue Schulden in Rekordumfang.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bonn!)

Zum Saarland: Die Bundesergänzungszuweisungen laufen aus, aber keine Mark Verringerung der Staatsschulden ist im Saarland erreicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Alles in Konsum!)

Deswegen muß – und ich beziehe bewußt die Bundespolitik mit ein – die Frage erlaubt sein: Steuern wir eigentlich im Hinterkopf mittelfristig auf einen Währungsschnitt zu?

(Abg. Dr. Schlierer REP: Euro! – Unruhe)

Wer soll denn nach uns und, wenn ja, durch welche Abschöpfung von Vermögen, die Kraft haben, Schulden auf Null zu stellen und alte Schulden zurückzuzahlen?

Ich vertraue auf den Kurs von Baden-Württemberg und Bayern. Wir werden in den nächsten Wochen alles tun, damit in Baden-Württemberg die Schulden beherrschbar blei-

ben und uns nicht der Weg der anderen 14 Länder – vielleicht unter Einbeziehung des Weges des Bundes – zum Vorbild gereicht.

Der Doppelhaushalt der Landesregierung hat schon zahlreiche schmerzhaft Kürzungen eingebaut. Dieser Haushalt ist die Grundlage der Beratungen der nächsten Wochen. Dieser Haushalt mußte auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung aufgestellt werden. Die Steuerschätzung vom November macht eine Ergänzung notwendig. Steuermindereinnahmen in Höhe von 1,15 Milliarden DM in jedem der beiden nächsten Jahre sind auszugleichen. Wir können hier nicht zusagen, wieviel davon durch Ausgabekürzungen erwirtschaftet werden kann. Ich kann für meine Fraktion nur den Vorrang deutlich machen: Wir werden am 15. Januar – nicht früher, aber auch nicht später – dem Landtag und dem Finanzausschuß eine Nachschiebeliste mit umfassenden Änderungsanträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP vorlegen, die einen Schwerpunkt zum Ausgleich der Einnahmeverringerungen durch Ausgabekürzungen und nicht durch höhere Verschuldung ausmachen wird.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir sind beeindruckt!)

Trotzdem behält dieser Haushalt, wenn er im Februar rechtskräftig wird, Schwerpunkte, die das Land Baden-Württemberg von anderen Ländern unterscheiden, Schwerpunkte, die Zukunftsfähigkeit für unser Land, den Standort Baden-Württemberg, bedeuten können.

Erster Schwerpunkt: Wissenschaft, Forschung – die Hochschulpolitik. Man mag die Demonstrationen der letzten und der nächsten Wochen bewerten, wie man will – ich halte die Debatte für sachlich, und ich verstehe die Fragen. Im Ländervergleich aber muß jeder, der in Baden-Württemberg studiert, und jeder, der in wenigen Jahren hier studieren will, zugeben, daß Baden-Württemberg mehr Geld für Forschung und Hochschule ausgibt und in diesem Bereich einen stärkeren Schwerpunkt setzt. Dies wird auch in den nächsten beiden Jahren nicht verändert. Der Schwerpunkt Wissenschaft, Forschung und Hochschule bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Dazu die „Stuttgarter Zeitung“ vom 13. Dezember: Ausgaben je Student in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1992 10 300 DM, im Jahr 1995 10 900 DM; Ausgaben je Studierenden in Hessen im Jahr 1992 12 700 DM,

(Abg. Weimer SPD: Das haben wir letzten Donnerstag schon gehört! Das war im Berufsschulbereich mit drin!)

im Jahr 1995 13 900 DM; Ausgaben je Student in Baden-Württemberg im Jahr 1992 15 200 DM, im Jahr 1995 18 700 DM.

(Zuruf von der CDU: Jetzt!)

Wir liegen um 50 % über Nordrhein-Westfalen und Hessen.

(Abg. König REP: Jetzt interessiert uns noch das Saarland!)

(Oettinger)

Dem Land Baden-Württemberg ist ein Studierender deutlich mehr wert als jedem anderen westdeutschen Flächenland.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Der Anteil der Wissenschaftsausgaben am Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes liegt in Baden-Württemberg bei 1,4 %, in Bayern bei 1,26 %, in Hessen bei 1,07 % und in Nordrhein-Westfalen bei 1,21 %. Baden-Württemberg liegt mit einem deutlichen Abstand vor jedem anderen westdeutschen Flächenland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Wissenschaftsausgaben pro Einwohner liegen in Bayern bei 623 DM, in Hessen bei 612 DM, in Nordrhein-Westfalen bei 530 DM und in Baden-Württemberg bei 687 DM. Baden-Württemberg investiert in die Zukunft dieses Standorts.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Hören Sie auf, sonst kürzt er noch! Der kürzt noch, wenn Sie so weiterreden!)

Baden-Württemberg investiert in seine Hochschulen, Baden-Württemberg investiert für die Forschungsfähigkeit seines Standorts mehr als jedes andere Flächenland in den alten Ländern. Wir halten diesen Kurs. Wir sind für Kritik im Detail offen. Wir sind aber im Grunde genommen im Ländervergleich weiterhin und mehr denn je herausragend gut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Wie haben Sie denn das errechnen lassen?)

Herr Wissenschaftsminister, wir sind ausdrücklich bereit, Ihren Weg der strukturellen und der inneren Hochschulreform weiterzugehen. Wir erwarten in wenigen Wochen die Vorschläge der Hochschulstrukturkommission. Wir gehen davon aus, daß eine ganz konkrete Standortstärkung, aber auch die Schließung von Fakultäten an einigen Standorten in Zeiten knapper Kassen die richtige Antwort für Schwerpunkte, eine gute Hochschule und eine gute Wissenschaft sind.

Wir ermuntern Sie, die die Frage der Erhebung von Studiengebühren zumindest offenzuhalten.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Wir wollen Sie nachhaltig bitten, im deutschen Bundesrat und im Bundestag, auf Bundes- und auf Länderebene alles dafür zu tun, daß Deutschland in dem globalen Wettbewerb um Wissenschaft und Hochschule nicht die Tür zunagelt, die andere meilenweit offen haben und aus der frischer Wind und Leistungsfähigkeit, gute Köpfe und Zukunft kommen.

(Beifall bei der CDU)

Schwerpunkt Nummer zwei: die Schulpolitik. Baden-Württemberg hat in diesem Doppelhaushalt sein Wort gehalten. Jede Lehrerstelle, die frei wird, wird wieder besetzt. Lehrer

arbeiten auf Zeit etwas mehr als bisher. Im nächsten Jahr gibt es 400 zusätzliche Lehrerstellen, im Jahr 1999 ebenso viele.

(Zuruf von der SPD: 500 waren ausgemacht!)

Der Blick auf andere Länder bringt Ernüchterung genug. Niedersachsen besetzt seit mehreren Jahren jede zweite frei werdende Lehrerstelle nicht mehr: Zwei Lehrer gehen, 60 Kinder bleiben, ein neuer Lehrer kommt. Von zusätzlichen Lehrerstellen ist keine Rede.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD – Abg. König REP: Wer regiert denn in Niedersachsen? – Unruhe)

Hessen, Ihr Vorzeigeland, schafft keine einzige neue Lehrerstelle. Sogar Bayern schafft keine neuen Lehrerstellen, und das Saarland hat in seinem Stelleneinsparprogramm 10 % aller Lehrerstellen weggemacht.

(Zurufe von der CDU und den Republikanern – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Zur Relation von Schülern zu Lehrern im letzten Schuljahr an allen allgemeinbildenden Schulen im Bundesgebiet, Kollege Weimer: Baden-Württemberg liegt auf dem besten Platz aller westdeutschen Flächenländer. Vor uns liegen nur Stadtstaaten, neue Länder und die, die alte Stasistellen abbauen. Hinter uns liegen alle Länder, die rotgrün regiert sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Jetzt sagen Sie etwas zum Klassen-teiler, bitte!)

Schulpolitik als Schwerpunkt heißt für uns auch Schulhausbau. Baden-Württemberg hat in einem einmaligen Kraftakt, der die Land-Kommunen-Partnerschaft bewiesen hat, den Antragstau abgebaut, 46 % aller zurechnungsfähigen Schulraumbaukosten finanziert und dabei ein Grund- und Sonderprogramm von 655 Millionen DM aufgelegt. Bei aller berechtigten Sorge unserer Kommunen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Ist nicht der entscheidende Bereich, die größte Bewährungsprobe, wo Kommunalpolitik derzeit handeln muß, neben dem Kindergartenbau – wir gehen aus der Personalkostenförderung nicht heraus und gehen bei ihr auch nicht zurück – der Schulraumbau? Schulraumbau ist die Herausforderung der Stunde für unsere Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg. Genau dort, wo investiert werden muß wie in keinem anderen kommunalen Bereich, geht das Land aus der Partnerschaft nicht weg, sondern mehr denn je in die Partnerschaft hinein.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen hohen Förderanteil und ein maximales Fördervolumen. Dabei hat sich die Partnerschaft zwischen Land und Kommunen in Baden-Württemberg bewährt.

Dritter Schwerpunkt: Sicherheit und Polizei. Die Polizei in Baden-Württemberg hat jeden Rückhalt dieses Hauses verdient. Die Aufklärungsquote in Baden-Württemberg bleibt im Ländervergleich auf dem besten Platz. Die Verbrechensquote in Baden-Württemberg ist weiterhin niedriger als die aller anderen Länder.

(Oettinger)

Trotz allgemein notwendiger Kürzungen setzen wir die Politik der Stellenhebungen aus dem mittleren in den gehobenen Dienst fort. Trotz allgemeiner Kürzungen schaffen wir ein besonderes Technikstrukturprogramm. Trotz allgemeiner Kürzungen bleibt die Ausstattung der Polizei in Baden-Württemberg gut. Trotz allgemeiner Kürzungen beschaffen wir 1 000 Polizeifahrzeuge außerordentlich. Mehr wäre wünschenswert, aber die Polizei bekommt in Baden-Württemberg das, was sie braucht, um in Gegenwart und Zukunft für die Bürger unseres Landes Sicherheit auf dem höchsten Maß im Ländervergleich garantieren zu helfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die nächsten Wochen machen weitreichende kurzfristig wirksame sowie mittel- und langfristig strukturell wirksame Maßnahmen der Haushaltsveränderung und der Kürzung, machen Sparmaßnahmen notwendig. Ich will mich ausdrücklich beim Koalitionspartner dafür bedanken, daß wir nicht nur bei der Mehrzahl unserer derzeitigen Arbeiten, sondern bei einem entscheidenden Aufgabenfeld, nämlich in der Haushaltspolitik, im Grunde genommen genau auf demselben Nenner sind. Kollege Pfister und Kollege Kiel, die FDP/DVP-Fraktion und wir, die CDU, werden in den nächsten Wochen die entscheidende Bewährungsprobe dieser Wahlperiode, dieses Landes und dieser Koalition bestehen. Dafür haben wir schon jetzt genügend Vorarbeit geleistet, die Mitte Januar im Landtag sichtbar wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Schwerpunkt müssen dabei die Personalkosten sein. Herr Finanzminister, wir setzen dabei nicht auf eine ständig schlechter werdende Bezahlung einer gleich groß bleibenden Zahl von Beamten. Wir glauben, daß von den Beamten im Vergleich zu Angestellten und Arbeitern bereits genügend Sonderopfer erbracht worden sind.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir setzen auch beim Staat auf das Leistungsprinzip. Wir setzen darauf, daß Staatsdiener eine faire Vergütung bekommen, dafür aber auch eine gute Leistung erbringen müssen, 40 und mehr Stunden in der Woche arbeiten sollen und daß die Zahl der Staatsdiener in den nächsten Jahren real und nachhaltig sinkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Dabei haben wir in den letzten Jahren gemeinsam mit den Sozialdemokraten schon erste Schritte erreicht. Es ist ein Verdienst dieses Hauses, daß wir neue Lehrerstellen, neue Polizeibeamtenstellen, neue Stellen im Strafvollzug und bei den Richtern in den letzten Jahren weitgehend finanzneutral durch Umschichtung erbringen konnten. War die Koalition von CDU und SPD gut, ist das Ziel von CDU und FDP/DVP in einem schlechteren Haushaltsumfeld ehrgeiziger und wird in den nächsten Wochen zu entscheiden sein.

Wir glauben, daß wir noch mehr Anteile der Fluktuation ausnützen müssen, um in den nächsten fünf Jahren einen realen Stellenabbau in der Größenordnung von 2 000 Stel-

len und mehr in Baden-Württemberg zu leisten und damit eine Umkehr der strukturell steigenden Personalausgaben im Haushalt erreichen und Vorsorge für künftige, explodierende Pensionslasten in Baden-Württemberg treffen zu können.

Dabei ist für uns auch ein ressortübergreifender Stellenpool kein Fremdwort. Wir können uns vorstellen, daß im Zuge der Behörden- und Standortschließungen auch ein Vorruhestand möglich ist. Wir werden alle rechtlich machbaren Wege prüfen, wie wir zu einem nachhaltigen Stellenabbau, beginnend am 1. Januar nächsten Jahres, über die beiden ersten Stellenabbauprogramme hinaus kommen können.

Ein Stichwort ist dabei noch nicht genügend analysiert. Dieses Land sollte zumindest dort, wo es ein Arbeitsmonopol hat, wo Berufsbilder nur beim Staat erfüllbar sind, die Ausbildungskapazitäten an den Bedarf der nächsten Jahre angleichen. Das Prinzip, nur so viele auszubilden, wie man braucht, haben wir bei der Polizei längst realisiert: an der Fachhochschule bei der Bereitschaftspolizei. Wir bilden so viele Polizeibeamte aus, wie wir in Zukunft brauchen.

Wir müssen diesen Grundsatz, nach dem wir weniger Verwaltungsbeamte, noch weniger Verwaltungswissenschaftler, noch weniger Volljuristen einstellen, auch Finanzbeamte nur noch in der Zahl, in der wir sie künftig brauchen, umsetzen und deswegen die Ausbildungskapazitäten an den Fachhochschulen für Verwaltung, an der Fachhochschule für Finanzen, an der Universität Konstanz, Fakultät für Verwaltungswissenschaft, und an den Jura-Studienorten, aber auch an den Pädagogischen Hochschulen des Landes jetzt an den Bedarf von morgen und übermorgen anpassen.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Das muß im Zuge der Haushaltsberatungen ein weiterer Punkt sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:
Sagen Sie mal was zum Standort! – Zuruf der Abg.
Birgit Kipfer SPD)

Lassen Sie mich wenige Schwerpunkte nennen, die wir in den Haushaltsberatungen sehen und in den nächsten Wochen konkretisieren werden.

Erstens: Wir werden die staatlichen Förderprogramme auf den Prüfstand stellen und evaluieren. Unsere Vermutung geht dahin, daß viele Programme der Wirtschaftsförderung und viele Programme für Arbeitsmarkt und Soziales sinnvoll sind, daß aber einige Programme mehr Mitnahmeeffekt als konkreten Mehrwert bedeuten.

(Beifall der Abg. Kiel und Kleinmann FDP/DVP)

Es liegt an uns, die Programme, die effektiv eine Schneeballwirkung auslösen, von denen, die nur einen Mitnahmeeffekt auslösen, zu trennen, die zweiten zu streichen, die ersten zu stärken und für die Finanzpolitik trotzdem etwas sparen zu können.

(Oettinger)

Zweiter Schwerpunkt, so schwer es auch fällt: Was würde ein Familienvater tun, was tun wir als Privatleute, wenn die Einnahmen nicht den Erwartungen, die wir unterstellt haben, entsprechen?

(Zurufe der Abg. Jacobi und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kaufen uns keine neue Wohnung, wir mieten uns nicht in größeren Wohnraum ein. Deswegen wird der staatliche Hochbau einer kritischen Überprüfung unterzogen werden müssen. Dafür will ich, Herr Finanzminister, nur vier Beispiele ansprechen.

Wenn wir Baumaßnahmen zurückstellen, wenn wir im Hochbauhaushalt strecken müssen, könnte es sein, daß die Neubaumaßnahme Regierungspräsidium Freiburg in den nächsten beiden Jahren nicht begonnen wird.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Kostenfaktor 55 Millionen DM.

Dann könnte es sein, daß der Erweiterungsbau der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg nicht oder nicht so wie vorgesehen kommt. Kostenfaktor 12,8 Millionen DM.

Dann könnte es sein, daß der zweite Bauabschnitt des Schlosses in Mannheim nicht jetzt, sondern später kommt. Kostenfaktor 12 Millionen DM.

Dann könnte es auch sein, daß der Erweiterungsbau des Wirtschaftsministeriums nicht oder nicht so wie vorgesehen kommt. Kostenfaktor 25 Millionen DM.

Wenn wir in den Ministerien weitere 6 % der Stellen abbauen wollen, ist dies nicht der richtige Zeitpunkt, um neue Ministeriumsflächen anzumieten oder zu bauen. Vielmehr müssen wir auch hier mit dem Rotstift Sparsamkeit und saubere Haushaltsführung beweisen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Kritische Beleuchtung verdient in diesem Zusammenhang auch die jüngste Steuerpolitik. Uns macht es zu schaffen, daß zwei Steuerreformen nicht das halten, was sie versprochen haben.

Erstens: Die Kfz-Steuer-Reform bringt nicht die Einnahmen, die wir im Haushalt unterstellt haben, weil – man mag es kaum glauben – mehr Bürger abgasarme Autos zugelassen haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

als die Steuerfachleute aller Landesregierungen und des Bundes unterstellt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: Die Erbschaftsteuer kommt nicht so wie prognostiziert. Ich will deswegen eindeutig sagen, daß wir für je-

den weiteren Schritt der Steuerreform kompetente Kompensation

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

und kompetentes Zahlenmaterial erwarten, damit die Steuerschätzung die erwarteten Auswirkungen einer Steuerreform nicht nach unten korrigieren muß.

Wir begrüßen die nachhaltige Anstrengung des Finanzministers zur Tilgungsstreckung des Fonds „Deutsche Einheit“. Auf dem derzeit niedrigen Zinsniveau ist es zumutbar, daß die Abtragung von Altlasten der Regierungen Honcker und Ulbricht auf der Zeitachse etwas gestreckt wird. Es wird dennoch das Ziel, das man früher beschlossen hat, erreicht werden können. Durch die Tilgungsstreckung des Fonds „Deutsche Einheit“ ist eine Haushaltslücke von 140 bis 250 Millionen DM ausgleichbar. Wir hoffen, daß dies in den nächsten Wochen möglich wird.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wo sind die Sparvorschläge?)

Wir danken dem Finanzminister, daß durch seinen Einsatz Personalkosten strukturell gesenkt, Anwärterbezüge gesenkt, Beihilfen gesenkt und manche Einsparvorschläge realisiert worden sind.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt einmal die Sparvorschläge, bitte!)

Eine abschließende Begründung verdient das Haushaltsstrukturgesetz. CDU und FDP/DVP werden heute das Haushaltsstrukturgesetz verabschieden. Durch das Haushaltsstrukturgesetz schaffen wir vor Aufnahme der Beratungen des Doppelhaushalts Minderausgaben und Mehreinnahmen von zusammen 300 Millionen DM für jedes Haushaltsjahr.

Sie wettern nur gegen das Haushaltsstrukturgesetz. Sicher lehnen Sie es heute auch ab. Wenn das Haushaltsstrukturgesetz abgelehnt würde, wäre die Deckungslücke in den nächsten beiden Jahren um jährlich 300 Millionen DM höher. Sie lehnen ohne jede Alternative ab. Es gibt keine Alternative zur Haushaltspolitik von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit dem Haushaltsstrukturgesetz verbinden wir aber auch Perspektive. Die Sportförderung hat mit dem Haushaltsstrukturgesetz die Talsohle 1997 verlassen; es geht mit kleinen Schritten wieder in verstärkte Förderung für den Sport in Baden-Württemberg hinein.

Die Feuerwehrförderung hat mit dem Haushaltsstrukturgesetz die Talsohle verlassen; es geht mit kleinen Schritten wieder in verstärkte Förderung unserer kommunalen Feuerwehren hinein.

Bei den Privatschulen – mea culpa – korrigieren wir uns.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Hoffentlich!)

Wir haben seit genau acht Tagen neue Zahlen, und wir werden diese Zahlen durch Änderungsanträge heute dem Haushaltsstrukturgesetz zugrunde legen.

(Oettinger)

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Weil die alten falsch waren!)

– Die alten Zahlen waren falsch. So war es, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Kann vorkommen! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So können Sie nie Ministerpräsident werden, mit dieser Einstellung! – Weitere Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wer nix macht, macht nix falsch; deswegen machen Sie nix falsch.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Wer viel macht, macht auch etwas falsch.

Wir wollen auch weiterhin faire Partnerschaft mit kirchlichen Schulen, mit Waldorfschulen, mit Privatschulen insgesamt. Wir wollen, daß die Förderrelation gleichbleibt. Mit den heute vorgelegten Zahlen bleibt die Förderrelation gleich; die faire Partnerschaft mit den privaten Schulen in Baden-Württemberg hat sich damit ein weiteres Mal bewährt.

(Beifall bei der CDU)

Um die Spannung auch gleich wegzunehmen:

(Abg. Weimer SPD: Wie sieht es mit den 1,2 Milliarden DM aus? – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Bei der Fremdenverkehrsförderung machen wir Ihnen auch kein Weihnachtsgeschenk. Wir, FDP/DVP und CDU, werden in großer Geschlossenheit die Fremdenverkehrsförderung im Haushaltsjahr 1999 auf Projektförderung umstellen und im nächsten Jahr 15 Millionen DM pauschale Förderung beibehalten.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sensationell!)

Es gibt gute Argumente für die Projektförderung, und es gibt ebenso gute Argumente und es gibt aktuell aus der kommunalen Finanzlage besondere Argumente für die Beibehaltung der Pauschalförderung.

(Zurufe der Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen und König REP)

– Das Thema ist wichtig, aber es ist kein Grund für Geschrei.

Die Koalitionsarbeit heißt auch, Wort zu halten. Wir halten Wort, setzen bei diesem Punkt die Koalitionsvereinbarung um, erleichtern den Kommunen im nächsten Jahr die Haushaltsfinanzierung und werden bei diesem Punkt – auch bei diesem Punkt – im Haushaltsstrukturgesetz mehrheitsfähig sein.

Unsere Bitte an den Herrn Wirtschaftsminister lautet:

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Erstens hier zu erscheinen!)

Ermöglichen Sie es, daß bei der Projektförderung schon im nächsten Jahr und verstärkt im Jahr 1999 kleine Maßnahmen, Maßnahmen mit einem Volumen von 100 000 DM und wenigen hunderttausend Mark, gefördert werden können und nicht nur die Förderung großer Projekte möglich ist. Dadurch helfen wir den Fremdenverkehrsgemeinden, die in den nächsten Jahren in besonderem Maß auf die Förderung kleinerer Maßnahmen angewiesen sind, weil sie sich, wenn überhaupt, nur kleine Maßnahmen leisten können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Herr Finanzminister, wichtig ist uns bei den Haushaltsentscheidungen in den nächsten Wochen auch eine Betrachtung, worauf die Ansätze gründen. In ersten Beratungen haben wir festgestellt, daß wesentliche Haushaltsansätze bei den Ausgaben in den Jahren 1998 und 1999 auf der alten mittelfristigen Finanzplanung gründen. Die Einnahmen mußten nach unten korrigiert werden. Deshalb müssen wir jede Titelgruppe daraufhin prüfen, ob statt der mittelfristigen Finanzplanung nicht das Haushaltsjahr 1996 oder die reale Haushaltsführung 1997 der richtige Wert für die Fortschreibung ist.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha! Das war der wichtigste Teil Ihrer Rede!)

Deswegen schlagen wir für die Haushaltsberatungen für jedes Ressort vor, eine Umkehr der Beweislast vorzunehmen: Der Minister, der vom Haushaltsjahr 1996 oder vom Haushaltsjahr 1997 nach oben abweichen muß, muß dies begründen. Wir sollten im Regelfall die Haushaltsjahre 1996 und 1997 als Grundlage für die Entscheidungen über die Titelgruppen der Ressorts für die beiden nächsten Haushaltsjahre nehmen. Daraus erwarte ich einen nennenswerten strukturellen Einspareffekt, den wir Ihnen am 15. Januar 1998 vorlegen wollen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wenn ich schlechte Haushaltsjahre zum Maßstab nehme, dann spare ich ein! Das ist doch klar!)

Wir sagen dem Finanzminister, wir sagen der Landesregierung ausdrücklich wohlwollende Beratungen zum Thema dezentrale Budgetierung zu. Die Vorarbeiten sind geleistet. Die Zeit ist reif für eine Entscheidung,

(Abg. Rapp REP: Die Zeit ist reif für die Republikaner!)

in welchen Abteilungen, bei welchen Behörden und inwieweit der Landshaushalt auf Zielvereinbarung und dezentrale Budgetierung umgestellt werden kann.

Dabei muß aber klar sein: Das Königsrecht der Haushaltsberatung muß dem Landtag verbleiben. Wir müssen in die neuen Haushaltsregeln Elemente einbauen, damit die Entscheidungsgewalt des Landtags nicht geschmälert wird.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Pfister FDP/DVP)

Sensible Betrachtung haben die Kommunalfinzen verdient. Wir verkennen die gewaltige Veränderung kommu-

(Oettinger)

naler Haushalte nicht. Die CDU-Fraktion ist viel zu stark durch kommunales Ehrenamt geprägt; die Mehrzahl der CDU-Landtagskollegen ist in der Kommunalpolitik groß geworden und dort noch tätig.

(Abg. Döpfer CDU: Jawohl! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nicht nur ehrenamtlich! – Lachen des Abg. Stratthaus CDU)

Deswegen werden wir auch in Zukunft in Baden-Württemberg allen Bedenken zum Trotz in den Finanzbeziehungen von Land und Kommunen die Grundlage dafür schaffen, daß es den Kommunen in Baden-Württemberg im Ländervergleich weiterhin am besten geht.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Pfister FDP/DVP)

Drei Stichworte seien mir dazu erlaubt.

Das erste Stichwort sind die Soziallasten. Jeder Kreisrat, jeder Landrat, jeder Stadtrat weiß: Die Soziallasten sind im Haushalt ein Sprengsatz geworden. Aber die Wahrheit ist konkret: Wer Soziallasten deckeln und senken will, der muß das Arbeitsrecht ändern und jede Arbeit für zumutbar erklären,

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

der muß das Abstandsgebot wiederherstellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte den, der die Soziallastensteigerung beklagt, der sich zum Lobbyisten für Kommunalfinzen macht, aber gleichzeitig die Wiederherstellung des Abstandsgebots mit Händen und Füßen ablehnt, die Änderung des Arbeitsrechts ablehnt, die Verfolgung des Mißbrauchs von Sozialbezug und des Mehrfachbezugs solcher Leistungen ablehnt, und vor allem den, der abgelehnte Asylbewerber nicht abschieben und Bürgerkriegsflüchtlinge nicht in die alte Heimat zurückbringen will, schlichtweg für pharisäerhaft.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Abg. Rapp REP: Sagen Sie das doch Ihrem Innenminister! – Abg. Weimer SPD: Herr Oettinger, das zeigt doch, daß Sie sich mit dem Thema nicht beschäftigt haben!)

Ein zweites Stichwort: Wer die Kommunalfinzen betrachtet, der kommt auch auf den KIF zu sprechen, den kommunalen Investitionsfonds. Meine Fraktion überlegt derzeit, und zwar ganz bewußt angesichts von aufgelaufenen Ausgaberesten in Höhe von 435 Millionen DM nicht abgerufener, bewilligter Mittel im Bereich Stadtsanierung, ob nicht eine teilweise Umschichtung aus den Mitteln für die Stadtsanierung zugunsten einer pauschalen kommunalen Finanzmasse zur Stützung der kommunalen Haushalte in den beiden nächsten Jahren richtig wäre.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Eine alte Forderung von uns! Sehr gut! Aber das ist etwas anderes als Kredite!)

Wir sagen dazu Beratung in den nächsten Wochen zu.

Abschließend zum Thema Kommunalfinzen spreche ich als drittes Stichwort wiederum den Ländervergleich an, und zwar hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen.

Der gesamte Schuldenstand pro Einwohner der Kommunen beträgt in Bayern 1 900 DM, in Nordrhein-Westfalen 2 800 DM, in Niedersachsen 2 300 DM, in Hessen 3 000 DM.

(Abg. Wieser CDU: Oi!)

Im rotgrün regierten Musterland Hessen 3 000 DM Schulden pro Bürger in jeder Gemeinde!

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das war Oberbürgermeister Wallmann, CDU, in Frankfurt!)

Dagegen steht, auch wenn Sie es nicht mehr hören können, in unseren Kommunen in Baden-Württemberg eine Belastung von sage und schreibe nur 1 550 DM pro Einwohner. Die Gemeinden in Baden-Württemberg haben im Vergleich zu Kassel und Frankfurt, im Vergleich zu Darmstadt, zu jeder Gemeinde in Hessen genau den halben Schuldenstand.

(Abg. Haasis CDU: So ist es!)

Deswegen haben unsere Gemeinden das Recht zum Klagen,

(Abg. Bebber SPD: Stichwort Frankfurt!)

aber sie haben im Ländervergleich auch das Recht, einer fairen Partnerschaft weiterhin Respekt zu zollen. Wir halten an dieser fairen Partnerschaft von Land und Kommunen in Baden-Württemberg fest.

Ich will mit einer Bilanzierung der neunziger Jahre schließen. In den neunziger Jahren hat Baden-Württemberg trotz massiven Gegenwinds, trotz schwieriger Lage auf dem Arbeitsmarkt, trotz eines schwierigen wirtschaftlichen Umfelds ein hohes Maß an Beschäftigung gehalten, ein ordentliches Maß an Investitionen gehalten und sich im Schuldenvergleich 14 anderen Ländern gegenüber deutlich verbessert.

In den nächsten Wochen werden wir Entscheidungen treffen, um diesen Platz halten und ausbauen zu können. Ich setze dabei auf eine handlungsfähige bürgerliche Koalition, auf eine handlungsfähige Regierung und auf handlungsfähige Fraktionen von CDU und FDP/DVP.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer noch nicht gewußt haben sollte, daß nächstes Jahr Bundestagswahlen sind,

(Abg. Seimetz CDU: Der wird es jetzt hören!)

weiß das nach der Rede des Kollegen Oettinger.

(Maurer)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Haas
CDU: Das war ein schlechter Einstieg!)

Herr Kollege Oettinger, Sie haben wenig bis nichts zum Haushalt von Baden-Württemberg gesagt.

(Abg. Seimetz CDU: Sie haben nicht hingehört!)

Das wundert mich auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn wir müssen am Anfang zunächst einmal über einen Tatbestand reden. Dieser besteht darin, daß wir heute eine Debatte über einen Haushalt führen sollen, den es gar nicht gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Moser SPD: So ist es!)

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Oettinger: Sich hier hinzustellen und zu sagen: „Es fehlen da zwar 1,2 Milliarden DM, möglicherweise noch mehr; da werden wir im Januar eine Fraktionsklausur machen, und dann werden wir mitteilen, wie dann vielleicht endlich der Haushalt aussieht“, das ist eine unglaubliche Zumutung gegenüber diesem Parlament.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich sage in aller Deutlichkeit: Parlamentarische Mehrheiten sind vom Bürger verliehene Macht auf Zeit, aber nicht die Verleihung von Willkür auf Zeit.

(Abg. Wieser CDU: Keiner weiß das besser als Sie!)

Es gibt, wenn die Demokratie gehalten werden soll, in einem Parlament auch so etwas wie prinzipielle Fragen des Stils und der Achtung und des Umgangs miteinander. Es geht nicht, de facto keinen Haushalt vorzulegen, hier eine Wahlkampfrede mäßigen Niveaus zu halten, Fraktionsklausuren zu machen und uns dann einen Tag Zeit zu lassen, über Ihre Ergüsse nachzudenken. Dies ist eine Mißachtung des Parlaments und der Prinzipien, auf denen unsere Demokratie beruht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Repnik CDU:
Soll man gar nicht nachdenken, oder?)

Sie schaden sich damit im übrigen selber. Mindestens die Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP müßten noch eine gewisse Resterinnerung an Oppositionszeiten haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben wir!)

Diese könnten ja auch bald wieder kommen.

(Abg. Weimer SPD: Das Verfahren ist eine Saurei! Nicht einmal ein Tag Zeit!)

So geht das jedenfalls nicht.

Herr Kollege Oettinger, ich will zu Ihrer Rede nicht viel sagen. Mir ist aufgefallen, daß in dem ganzen Wortgeklingel die Worte „Arbeitslosigkeit“ und „Zustand in Deutschland“ überhaupt nicht vorgekommen sind.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Das ist nicht wahr! – Abg. Moser SPD: Der kritisiert die eigene Regierungsquote! Das war alles!)

Sie leben offensichtlich außerhalb der Wirklichkeit dieses Landes. Ich will Ihnen auch etwas zu Maßstäben sagen, weil das eigentlich die Grundlage ist, auf der wir Etatberatungen führen. Sie werden heute noch auf Ihre Kosten kommen, was Ländervergleiche angeht; aber ich sage Ihnen eines: Unser Maßstab ist folgender: Welche Finanzpolitik ist in Baden-Württemberg gemacht worden, als Sozialdemokraten in der Vergangenheit und bis vor kurzer Zeit Verantwortung in diesem Land getragen haben, und welche Haushaltspolitik wird gemacht, wenn Sie Regierungen dominieren? Da ist der Tatbestand offenkundig. Seit Sie mit Ihrem schwächlichen Koalitionspartner hier regieren, ist die Koalitionslinie der großen Koalition, die Schulden zurückzuführen und den Haushalt zu konsolidieren, verlassen worden. Sie gehen Schritt für Schritt in die Erhöhung der Neuverschuldung des Landes. Das ist der Tatbestand, über den wir zu reden haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Hans-Michael Bender und Birk CDU)

Wer Ihnen genau zugehört hat,

(Abg. Heinz CDU: Unglaublich!)

hat natürlich gehört – er hat „begrenzte Neuverschuldung“ gesagt; ich habe das hinter all dem Wortgeklingel genau gehört –, daß dies die Ankündigung eines weiteren Anstiegs der Nettoneuverschuldung des Landes war. Ich habe das deutlich gehört.

Wir können, wenn Sie wollen, auch ein bißchen zurückschauen; wir können meinewegen auch ins Saarland schauen. Ich habe mir einmal angeguckt, wie das im Saarland war, nachdem Sie das Saarland nachhaltig regiert hatten.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Das habe ich gerade gelernt: nachhaltig regiert.

(Heiterkeit)

Sie haben das Saarland nach der Vereinigung mit der Bundesrepublik ja lange nachhaltig regiert. Am Ende lag die Zins-Steuer-Quote Ihrer CDU-Regierung im Saarland bei über 20 %. Das war das Ergebnis Ihrer nachhaltigen Regierung.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Birk CDU: Da gab es auch keine Bundesergänzungszuweisungen, Herr Kollege!)

Anschließend ist sie, wie Herr Kollege Oettinger wortreich vorgetragen hat, auf 15 % gesunken.

(Abg. Moser SPD: Die Richtung stimmt! – Abg. Birk CDU: Mit Hilfe der Bundesergänzungszuweisungen!)

(Maurer)

Dann haben Sie gesagt, die Staatsquote sei erschreckend hoch. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich halte die Staatsquote – das ist so eine Vorliebe, die Sie mit der Stamokap-Fraktion der Jusos teilen – nicht für ein Kriterium, an dem man die Stärke und Leistungsfähigkeit einer Nation messen kann. Aber wenn Sie es nun tun wollen, sage ich Ihnen: Sie regieren Deutschland seit 15 Jahren nachhaltig, und in den 15 Jahren, in denen Sie Deutschland regieren, ist die Staatsquote nachhaltig angestiegen. Sie ist nachhaltig angestiegen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Herrmann CDU: Warum? Wegen der Wiedervereinigung! – Gegenrufe von der SPD – Anhaltende Unruhe und Zu- und Gegenrufe zwischen CDU und SPD – Abg. Herrmann CDU: Ihr wolltet sie ja nicht!)

– Lassen Sie das. Lieber Himmel!

(Abg. Birk CDU: Mit euch von der SPD wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen! Ihr wolltet ja keine Wiedervereinigung!)

– Lassen Sie das!

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Natürlich kann man die Staatsquote auch dadurch steigern, daß man das Geld in den neuen Ländern nachhaltig zum Fenster hinauswirft. Das haben Sie auch gemacht.

(Abg. Birk CDU: Das sagen Sie einmal in den neuen Bundesländern!)

Anstatt die industriellen Kerne zu stärken, haben Sie ein Vermögensbildungsprogramm für westdeutsche Millionäre aufgelegt.

(Abg. Birk CDU: Ich sage nur Hildebrandt in Brandenburg!)

Also lassen Sie das; denn das ist ein gefährliches Thema.

(Unruhe – Zurufe von der CDU, u. a.: Sozialneid!)

Aber wir haben hier in Baden-Württemberg doch zu konstatieren, daß Sie von der CDU in fetten Zeiten, in denen Sie die Alleinregierung gestellt haben und in denen man in der Tat für schwierigere Zeiten hätte vorsorgen können,

(Abg. Weimer SPD: Lothar!)

das Geld zum Fenster hinausgeworfen haben. Ich gebe zu, daß Sie es kreativ zum Fenster hinausgeworfen haben; das war wesentlich kreativer als unter dem derzeitigen Ministerpräsidenten. Aber Sie haben das Geld zum Fenster hinausgeworfen.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Es war notwendig, mit der großen Koalition die Bremsen voll zu betätigen, aber danach fallen Sie wieder in Ihren alten Schlendrian zurück. Das ist die Situation.

(Anhaltende Unruhe)

Gucken Sie sich an, was Sie gemacht haben.

Selbstverständlich haben wir Schwaben und Badener etwas andere Maßstäbe. Das gilt aber auch für die Sozialdemokratie. Diesen Maßstäben genügen Sie nicht.

Noch eines, Herr Kollege Oettinger: Wir sollten uns zumindest darüber verständigen, daß wir in Zeiten leben, in denen es von großer Wichtigkeit wäre, daß die Menschen in der Republik zweierlei spüren. Das eine ist Gerechtigkeit; aber die spüren sie nachhaltig nicht in Deutschland.

(Abg. Moser SPD: Dazu hat er auch nichts gesagt! – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das zweite ist, daß wir eigentlich der Bevölkerung dieses Landes Mut zur Zukunft machen sollten,

(Abg. Moser SPD: Sehr gut!)

weil es viele Menschen gibt, die darauf warten, daß in Deutschland Innovation mit Gerechtigkeit einhergeht.

Sie haben aber auch noch etwas sehr Verrückt-Gefährliches gemacht: Sie haben eine Währungsreform angekündigt; Sie haben über einen Währungsschnitt geredet. Ich frage mich wirklich, ob Sie eigentlich von allen guten Geistern verlassen sind,

(Abg. Deuschle REP: Sie sind doch auch für den Euro!)

angesichts der Geschichte dieses Landes von Währungsschnitten zu reden. Es mag ja sein, daß Sie die Staatsfinanzen mittlerweile so ruiniert haben, daß Ihnen solche Gedanken durch den Kopf schießen. Es geht aber nicht um Währungsschnitte, sondern um eine Reform des deutschen Steuersystems hin zu mehr Gerechtigkeit und dahin gehend, daß die Staatseinnahmen in diesem Land endlich einmal wieder stabil und verlässlich sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Jetzt kommt die Neidkampagne! – Oh-Rufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Baden-Württemberg allen Anlaß, darüber nachzudenken, daß unser Land, das von seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten her einmal eine beneidete Spitzenstellung hatte, zurückfällt. Es fällt zurück, und zwar im Verhältnis zu denen, mit denen wir uns vergleichen müssen, nämlich mit den wirtschaftsstarken Regionen Europas und auch Deutschlands. Das, lieber Kollege Oettinger, hat seine Ursache auch in den Fehlern und Versäumnissen Ihrer Regierung bzw. in den strukturkonservativen Denkblockaden des Ministerpräsidenten. Ich will es der Reihe nach durchgehen.

Unser Land hat eine traditionelle Schwäche bei Dienstleistungen und Finanzdienstleistungen. Das wird uns in der Zukunft noch mehr Probleme machen als bisher schon. Die überfällige Neuordnung der Landesbeteiligungen im Banken- und Finanzbereich

(Abg. Moser SPD: Richtig!)

ist von Ihnen in der Zeit der großen Koalition vier Jahre lang verhindert worden.

(Abg. Moser SPD: Zeit verplempert!)

(Maurer)

Seitdem findet auch nichts mehr statt. Dabei sind die Vorschläge einfach und auf dem Tisch. Sie wären auch im Einvernehmen mit der baden-württembergischen Wirtschaft zu realisieren. Wir bräuchten ein Zusammengehen von L-Bank und SüdwestLB, wir bräuchten aber auch einen starken privatrechtlich verfaßten Bankenverband, wie wir ihn Ihnen am Beispiel der Landesgirokasse immer wieder nahegelegt haben, was nicht heißt, daß er vollkommen privatisiert sein muß. Sie haben sich keinen Millimeter bewegt. Wir haben mittlerweile in der Frage der Neuordnung der Finanzdienstleistungen in Baden-Württemberg durch Ihren Konservatismus sechs Jahre in den Sand gesetzt. Wir kommen jetzt zu spät. Das sage ich Ihnen voraus.

(Beifall bei der SPD)

Wir liegen durch Ihre Politik mittlerweile bei entscheidenden Innovationen ökologischer und technologischer Qualität zurück. Ich will ein Beispiel herauspicken: Wir hatten in den siebziger Jahren bei der Photovoltaik die absolute Spitzenstellung in der Forschung. Obwohl die Solarforschung einst im Südwesten den Durchbruch erzielte – jetzt fange ich einmal mit den Ländervergleichen an –, ist unser Land mittlerweile hinter Nordrhein-Westfalen zurückgefallen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Vor wenigen Tagen gab es die Meldung, daß die neue große Investitionsoffensive von Politik und Wirtschaft im Solarbereich zwischen dem Bund und den Ländern Nordrhein-Westfalen und Bayern verabredet wurde. Die Standorte für Photovoltaik heißen in Zukunft in Deutschland Köln, Gelsenkirchen – bei Schalke; wer hätte das gedacht! – und Alzenau in Bayern. Baden-Württemberg kommt bei dieser Operation nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken. In Nordrhein-Westfalen gibt es mittlerweile 1 300 Photovoltaikanlagen, in Baden-Württemberg 950. Das wird so weitergehen. Sie lieben ja Ländervergleiche.

Jetzt verabschieden Sie sich wegen eines lächerlichen Betrags – der war wirklich lächerlich – auch noch aus der Energiestiftung zur Förderung dieser Energiequellen. Sie haben nichts kapiert. Der Zug fährt in NRW und in Bayern ab, und das zusammen mit Ihrer Bundesregierung. Aber bei uns ist außer Grundlagenforschung und Spesen nichts gewesen. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in Baden-Württemberg eine rückläufige Steuerkraft pro Einwohner. Das ist Ausweis der fehlenden wirtschaftlichen Dynamik. Wir lagen 1996 unter den Flächenländern mittlerweile an dritter Stelle. Wir liegen hinter Hessen und hinter Nordrhein-Westfalen. Wir werden im Jahr 1997 bei der Steuerkraft pro Einwohner auch noch hinter Bayern zurückfallen.

Sie müssen sich einmal eines klarmachen: Die Zukunftsindikatoren, die beschreiben, welchen Platz Baden-Württemberg in fünf oder in zehn Jahren einnehmen wird, sind die Steuerkraft und damit die wirtschaftliche Dynamik sowie die Investitionsquote, die Investitionsfähigkeit dieses

Landes. In beiden Bereichen sind die Alarmzeichen schrill und ist die Bewegung nach hinten gerichtet. Sie ruhen sich auf alten Polstern aus. Sie sind nicht zu den Strukturreformen fähig, die man eigentlich machen müßte, um Kraft für die Zukunft zu gewinnen. Und dann stellen Sie sich hierhin und vergleichen sich mit dem Saarland, mit Niedersachsen und, was weiß ich, mit entlegenen Regionen.

(Heiterkeit bei der CDU – Unruhe)

Sie müssen sich aber mit vergleichbaren Ländern vergleichen.

(Abg. Haas CDU: Entlegene Regionen!)

Schauen Sie sich die Investitionsquote an! Das ist das nächste Alarmsignal. Bei den Infrastrukturinvestitionen als staatliche Vorleistung für die Zukunftssicherung des Landes ist Baden-Württemberg 1997 mit einer Investitionsquote von 10,1 % gebucht,

(Abg. Moser SPD: Gebucht!)

Bayern mit 16,1 %, Rheinland-Pfalz mit 13,2 %, Niedersachsen mit 12,2 %. Der Durchschnitt aller westlichen Bundesländer liegt bei 12,0 %.

(Abg. Deuschle REP: Finanzausgleich beachten!)

Auch da liegen Sie hinter dem Saarland. Und wir steigern die Verschuldung.

(Abg. Heinz CDU: Die anderen noch ein bißchen mehr!)

Herr Kollege Oettinger, ich halte es auch für richtig und wichtig, auf die Entwicklung der Personalausgaben zu schauen. Nur: Sie haben beredete Worte für die Notwendigkeiten im Bereich der Bildung gefunden. Die Worte unterstreiche ich dick; wir werden über die Taten zu reden haben. Sie haben beredete Worte zur inneren Sicherheit gefunden. Das unterstreiche ich dick; die Taten entsprechen dem allerdings nicht.

Sie wissen ganz genau, daß unsere Personalkostenblöcke im Haushalt von Baden-Württemberg gebunden sind in Bildung, in Hochschulen und bei der Polizei. Furchtbar viel bleibt dann nicht mehr übrig. Bei dem, was übrig ist, hängt diese Frage an Strukturreformen, zu denen gerade Sie schon in Zeiten der großen Koalition nicht bereit waren. Sie verteidigen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums. Und es sind Ihre Leute, die dabei das Sagen haben.

Wir versuchen, Sie seit Jahren davon zu überzeugen, daß wir im öffentlichen Dienst, der in weiten Teilen ein modernes Dienstleistungsunternehmen sein muß, außer in den hoheitlichen Kernbereichen sehr wohl in normale Arbeitsverhältnisse mit aller damit verbundenen Flexibilität übergehen sollten. Sie verhindern das. Sie sind bis heute nicht bereit, bei den Beamten auch nur Einstellungszeit zu machen. Anders als Schleswig-Holstein und andere Länder machen Sie nur eine Vollbeamtung junger Lehrerinnen und Lehrer und schicken dann die Referendarinnen und Referendare, bei denen Sie das Ausbildungsmonopol haben, die aber jetzt keinen Job kriegen, zu uns.

(Maurer)

Sie haben im Land Baden-Württemberg den Ansatz geändert, vorhandene Arbeit zu teilen und damit möglichst vielen jungen Leuten eine Chance zu geben, was nur im Angestelltenverhältnis gegangen ist. Sie verteidigen alle Prinzipien einer völlig obsolet gewordenen Struktur aus dem preußischen Heerwesen des letzten Jahrhunderts und halten hier Vorträge über die Modernisierung des Staats. Das ist eine absurde Diskussion.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie reden über die Belastungen bei den Pensionen. Der von Ihnen gestellte Finanzminister hat vor Jahren mit einer Diskussion über Pensionslasten begonnen. Wir haben Ihnen mehrfach vorgeschlagen, in Baden-Württemberg einen Pensionsfonds zu bilden. Ich schlage Ihnen das noch einmal vor, um wenigstens bei denen, die wir neu einstellen, die entsprechenden Rückstellungen vorzunehmen, wie das ein anderes Land tut. Herr Mayer-Vorfelder, Sie haben vier Jahre über den Pensionsfonds geredet, aber in Baden-Württemberg ist absolut nichts passiert. Und der Kollege Oettinger redet hier über Personalstrukturkosten.

Wir haben Ihnen, als wir den Innenminister gestellt haben, ein Beispiel vorgelegt, wie man mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße bringen kann, wenn man bei den Landespolizeidirektionen und den Polizeidirektionen eine Verwaltungsverschlingung durchführt und damit die Overheadkosten senkt. Sie haben es abgelehnt, weil Ihre Landräte nach dem Motto „Fiat Landrat, pereat mundus“ dagegen waren. Das war so, ob das jetzt die Banken oder die Polizeistruktur war. Sie sind noch nicht einmal bei den Sonderbehörden bereit, die unsinnige Zweistufigkeit zu verlassen, Schulämter und Oberschulämter zu Beratungsgeschichten zusammenzulegen. Es gibt auch andere Bereiche, in denen man das könnte.

Wir haben die Koalitionsverhandlungen – der Herr Ministerpräsident Teufel weiß dies – mit dem Vorschlag, nicht auf die Landkreise, sondern auf die Regierungspräsidien zu verzichten, eröffnet. Rheinland-Pfalz geht jetzt diesen Weg. Abgelehnt! Abgelehnt! Abgelehnt!

(Abg. Brinkmann SPD: Blockade!)

Sie verteidigen jede kostenverursachende Struktur in diesem Land und halten hier Reden über das Sparen. Das geht doch nicht, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind jetzt in einer Situation, in der es um zwei Dinge geht. Zum einen geht es darum, die Finanzen des Bundes und der Länder auf eine tragfähige Basis zu stellen und damit dem Land Baden-Württemberg und den anderen Ländern sowie den Kommunen überhaupt zu ermöglichen, wieder agieren zu können. Zum zweiten sind wir in der Lage, in Baden-Württemberg sehen zu müssen, wie wir Investitionskraft und Zukunftsfähigkeit bis zu dem Zeitpunkt bewahren bzw. mühsam erringen können, von dem ich hoffe – ich werde darüber noch reden –, daß die Basis der Staatseinnahmen wieder stabilisiert ist.

Wir müssen also schon ein Stück weit schauen, was wir hier im Land an eigenen Möglichkeiten haben. Deswegen –

auch wenn Sie es vielleicht nicht mehr hören können – führt kein Weg daran vorbei, die Landesbeteiligungen neu zu ordnen und sich in Teilen von ihnen zu trennen. Wenn Sie dies nicht machen – und ich schlage Ihnen heute vor, dies nicht nur bei den Energieaktien, sondern auch beim Landesflughafen zu machen –,

(Abg. Weimer SPD: Sehr gut!)

wenn wir die 2 Milliarden DM, die darin enthalten sind, nicht realisieren, haben Sie so lange, bis eine neue Bundesregierung gebildet ist und die Staatsfinanzen in Ordnung kommen, nur noch den Ausweg, entweder die Verschuldung zu erhöhen oder zu Lasten von Bildung, von Berufschancen und von Familien mit Kindern drastisch herumsparen. Sie begehen im übrigen eine dumme Kombination von beidem. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Ich verstehe das, was Sie da eigentlich treiben, nicht.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Nun haben Sie unter tatkräftiger Mithilfe von uns, Herr Mayer-Vorfelder,

(Abg. Weimer SPD zu Minister Mayer-Vorfelder: Ganz cool, ganz cool!)

die Energiefusion zustande gebracht. Jetzt höre ich da immer so ein Wortgeklingel über die großen strategischen Operationen, die da stattfinden sollen. Es passiert aber nichts. Ich sage Ihnen: Es wäre ein sehr einfacher Weg – und ich wiederhole es –, daß das Land sich von seinen Aktienbeteiligungen trennt.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

– Nennen Sie einmal Ihre Alternative, Ihre großstrategische.

(Minister Mayer-Vorfelder: Sie wollen doch nur verhökern, und nach zwei Jahren haben Sie nichts mehr! Nach zwei Jahren ist es aus! – Gegenruf des Abg. Bebber SPD: Sie haben eine schöne Krawatte an! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben doch 4 : 0 gewonnen! – Abg. Weimer SPD: Ruhe!)

– Jetzt war es gestern abend in der Grotenburg-Kampfbahn so schön, Herr Minister. Ich schlage Ihnen zum wiederholten Mal vor: Streuen Sie den Aktienbesitz des Landes breit unter die Kinder dieses Landes,

(Minister Mayer-Vorfelder: Wohin?)

unter die Bevölkerung dieses Landes. Da gibt es genügend, die sich da engagieren würden.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder – Abg. Weimer SPD zum Präsidenten: Können Sie einmal diesen Herrn ein wenig zurückpfeifen? – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Jetzt kommen Sie doch wieder herunter. Der ist in einer noch schlimmeren Verfassung als der Legat, Menschenkinder.

Präsident Straub: Darf ich um Ruhe bitten.

(Zuruf von der SPD: Hooligan! – Minister Mayer-Vorfelder: Ich kann mir jeden Blödsinn anhören, aber das habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Abg. Maurer SPD: Wenn Sie dies beispielsweise über die L-Bank oder über die SüdwestLB oder über die LG machen, dann haben Sie auch noch das Depotstimmrecht, das Sie da ausüben können. Sie haben also auch danach noch strukturelle Möglichkeiten ohne Ende.

(Minister Mayer-Vorfelder und Abg. Oettinger CDU: Hanebüchen! – Abg. Birk CDU: Paketzuschlag! Sagen Sie etwas dazu! – Unruhe)

– Kommen Sie herunter.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Ich sage Ihnen: Sie quatschen seit sechs Jahren darüber. Es geschieht nichts. Die FDP/DVP redet seit sechs Jahren darüber; sie bewegt nichts. Statt dessen machen Sie hier einen Kurs der Neuverschuldung und des Sparens zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das geht nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Weimer SPD übergibt Minister Mayer-Vorfelder einige Tabletten.)

– War die Dosis ausreichend?

(Minister Mayer-Vorfelder: Man kann jeden Blödsinn beklatschen, aber so etwas Törichtes habe ich noch nie gehört! – Unruhe)

Nun reden wir über den Flughafen. Das Land Nordrhein-Westfalen

(Minister Mayer-Vorfelder: Das ist das Musterbeispiel! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

hat sich von seinem Anteil an seinem Landesflughafen getrennt. Hamburg wird das auch machen. Berlin macht das mit privaten Investoren. Wir könnten das, weiß Gott, auch tun, übrigens auch wegen der Arbeitsplätze.

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja, das ist klar!)

Denn es ist in Deutschland unbestritten, daß der internationale Flugverkehr wächst

(Minister Mayer-Vorfelder: Herr Maurer, geben Sie doch einmal eine Antwort auf die Frage, wie Sie alle Haushaltslöcher stopfen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und daß mit entsprechenden Investitionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Minister Mayer-Vorfelder: Jawohl!)

Das Land wird nicht in der Lage sein, diese Investitionen in die Zukunft zu erbringen. Genauso unsinnig ist es, weiterhin laufende Mittel im Landeshaushalt, die wir dringend anderswo bräuchten, für die Schuldendiensthilfe dieses Flughafens zu blockieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Minister Mayer-Vorfelder: Ach, Herr Maurer! Ihre Kollegen müssen da auch noch klatschen! – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Nur wenn wir diesen Weg gehen

(Minister Mayer-Vorfelder: Das ist eine Katastrophe!)

– ach was! –, werden wir überhaupt die Masse mobilisieren können, die wir brauchen, um in Bildung, in Wissenschaft und Hochschulen das zu investieren, was Sie wortreich angeklingelt haben. Sie haben doch gar keine Deckung für das, was Sie hier allgemein verbreitet haben. Das alles kostet Geld.

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja!)

Wir sind ja dafür. Aber dann muß das Geld in diesem Landeshaushalt auch seriös beschafft werden.

(Beifall bei der SPD – Minister Mayer-Vorfelder: Dann hören Sie einmal auf zu blockieren! Dann haben wir eine Steuerreform! Ich bin der einzige, der weiß, wie das geht! – Abg. Rückert CDU: Richtig! – Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Und zwar seit 20 Jahren! – Unruhe)

Jetzt komme ich, Herr Kollege Oettinger, zu der Abteilung, über die Sie nicht geredet haben: Wir brauchen auch Investitionen und Finanzmittel, um etwas gegen Arbeitslosigkeit tun zu können. Wir brauchen Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarkts, zur Förderung der Ausbildungs- und Berufschancen junger Menschen, zur Reintegration von Arbeitslosen und für die berufliche Eingliederung junger Leute. Wir haben Ihnen schon des öfteren – ich mache das noch einmal – ein finanziertes Programm dafür vorgelegt.

(Abg. Oettinger CDU unterhält sich mit Minister Mayer-Vorfelder.)

– Sie können sich ja äußern, Herr Kollege Oettinger.

Wir sollten uns hier vielleicht über eines verständigen: Wir geben in Deutschland sehr viel Geld für Arbeitslosenhilfe und für Sozialhilfe aus. Wir sollten uns wenigstens darauf verständigen können, daß es besser ist, Arbeit zu finanzieren als erzwungenes Nichtstun. Darauf sollten wir uns verständigen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Oettinger CDU: Unstreitig! – Minister Mayer-Vorfelder: Unstreitig! Der erste richtige Satz!)

Wenn das so ist, dann ist es notwendig, neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik zu gehen. Dann ist es notwendig, hier die Anstrengungen der Sozialämter, der Bundesarbeitsverwaltung, der Landesarbeitsverwaltung und der Kommunen zu bündeln. Das ist eine Sache, die professionell gemacht werden muß. Dazu gibt es Modelle wie in Nordrhein-Westfalen das sogenannte START-Modell. Da gibt es soziale Beschäftigung in Niedersachsen. Ich sage Ihnen: Ich erlebe jetzt im Land, daß Kommune für Kommune damit beginnt,

(Maurer)

solche Wege einzuschlagen. Aber das muß vernetzt werden. Das war der Grund, warum wir Ihnen zu Zeiten der großen Koalition vorgeschlagen hatten, eine Landesbeschäftigungsgesellschaft zu gründen, weil man dies professionell managen muß, weil man die Fördermöglichkeiten zusammenführen und bündeln muß. Sie haben dies als sozialistische Versuchung gesehen und deswegen abgelehnt. Ich sage Ihnen: So etwas ist dringend notwendig.

(Abg. Zeller SPD: Die haben es nicht kapiert!)

Wir haben eine zunehmende Zahl von Langzeitarbeitslosen. Wenn wir den Weg in den zweiten Arbeitsmarkt nicht zusammen mit den Kommunen und der Arbeitsverwaltung gehen, dann wird es immer mehr Menschen geben, die in dieser materiellen Erwerbsgesellschaft einer Situation ausgeliefert sind, die nur noch aus Grundsicherung und Sat 1 besteht. Das kann nicht die Perspektive für so viele Menschen sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben – und darüber können wir uns abstrakt auch leicht verständigen – über die Bedeutung von Schule und Hochschule für die Zukunft dieses Landes und der Bundesrepublik insgesamt geredet. Aber wir haben da auch klare Differenzen. Ich verstehe nicht, warum Sie nicht bereit sind, einen möglichen Konsens bei der Reform des BAföG mitzutragen, die nichts zusätzlich kostet,

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

sondern darin besteht, daß wir all das, was wir im Moment für Steuererleichterungen, für das Kindergeld und für den Rest BAföG, den wir noch haben, an Geld ausgeben, zu einem vernünftigen Betrag für die Studentinnen und Studenten als Grundlage ihrer Arbeit an den Hochschulen zusammenführen. Das kostet keine Mark mehr, ist eine aufkommensneutrale Lösung und trotzdem eine deutliche Verbesserung.

Ich sage Ihnen: Mindestens so sehr wie andere Dinge steht auf dem Hintergrund des berechtigten Protests der Studentinnen und Studenten das Gefühl – –

(Minister Mayer-Vorfelder: Berechtigt? Sagen Sie einmal „berechtig“!)

– Sie haben keine Ahnung mehr, Herr Mayer-Vorfelder.

(Minister Mayer-Vorfelder: Mein Lieber!)

Sie können nicht in einer realen Situation, in der die Leute so wenig Geld haben, daß sie nicht nur in den Semesterferien, sondern auch neben dem Studium her jobben müssen, über Langzeitstudien diskutieren und sich in Tiraden darüber ergehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist objektiv die Situation.

(Minister Mayer-Vorfelder: Das, was Sie machen, ist nackter Populismus!)

Deswegen muß das auf eine andere Finanzbasis gestellt werden. Ich erwarte vom Land Baden-Württemberg, daß es

diesen Konsens eingeht und einen begehren Weg beschreitet, der in Deutschland offen angeboten wird.

Ich sage Ihnen auch deutlich – und habe Ihnen das schon oft gesagt –: Der Weg über Studiengebühren ist exakt der falsche Weg. Den wird es auch nicht geben,

(Minister Mayer-Vorfelder: Gehen Sie mal zu Tony Blair, und schauen Sie, was der macht! Das ist doch Ihr großes Vorbild! – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Birgit Kipfer SPD zu Minister Mayer-Vorfelder: Hören Sie auf! – Abg. Dr. Puchta SPD zu Minister Mayer-Vorfelder: Gehen Sie zu Herrn Palm!)

weil es nicht sein kann, daß wir uns in Finanzierungssysteme begeben,

(Minister Mayer-Vorfelder: Das ist die Kiste von vorgestern, was Sie hier erzählen!)

die in Deutschland die beruflichen Zukunftschancen wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig machen. Das wird es nicht geben.

(Beifall bei der SPD – Abg. von Trotha CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Sie müssen das nur einmal zu Ende deklinieren, was Sie uns da an Preis- und Marktssystemen anbieten.

(Minister Mayer-Vorfelder: Sie hören immer schon beim zweiten Fall auf mit dem Deklinieren!)

Wenn Sie so argumentieren, daß die Kinder reicher Eltern hohe Studiengebühren zahlen sollen und die anderen mittlere

(Minister Mayer-Vorfelder: Ach, du lieber Gott!)

– hören Sie doch zu –, dann sollten Sie diesen Gedanken zu Ende denken.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist eine Neidhampelpolitik! – Minister Mayer-Vorfelder: Mir kommen gleich die Tränen! – Abg. Birk CDU: Das ist eine typische klassenkämpferische Gewerkschaftsrede!)

Mit der gleichen Begründung müssen Sie morgen auch das Schulgeld für die Kinder reicher Eltern wieder einführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Übermorgen werden wir dann die Müllgebühren nach Einkommensklassen staffeln.

(Abg. Oettinger CDU: Unzumutbar!)

Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Oettinger – das ist eine grundsätzliche Frage –

(Minister Mayer-Vorfelder: Also, wenn Sie das Protokoll lesen, genießen Sie sich! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Lesen Sie das doch! – Abg. Birk CDU: Das ist ein Trauerspiel!)

(Maurer)

– Sie schaffen es nicht –: Entweder bringen wir das Steuer- und Finanzsystem in Deutschland wieder so in Ordnung,

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja! Sie haben die Mehrheit im Bundesrat!)

daß die Akademikergeneration,

(Minister Mayer-Vorfelder: Sie blockieren!)

die mittlerweile zu Reichtum und Vermögen gekommen ist, ihren Anteil an den Staatskosten bezahlt – dann ist das alles nämlich kein Problem –, oder wir werden das Problem nicht lösen.

(Minister Mayer-Vorfelder: Dann ändern Sie doch das Steuerrecht, Sie Heuchler! – Abg. Weimer SPD: Rüge, Herr Präsident! – Abg. Birzele SPD: Formalbeleidigung! – Gegenruf des Ministers Mayer-Vorfelder: O Birzele, reg dich nicht so auf! – Abg. Bebber SPD: Einen Arzt für den Minister! – Abg. Weimer SPD: Was ist jetzt?)

Liebe Kollegen von der CDU, Sie haben unter großem Beifall Ihrer Fraktion hier im Landtag die Abschaffung der privaten Vermögensteuer gefeiert. Das haben Sie gefeiert, und dafür haben Sie wilde Reden gehalten. Sie haben uns damals auch den Unfug erzählt, Sie würden das ganze Geld wieder über die Erbschaftsteuer einnehmen. Das haben Sie heute ja korrigiert.

(Minister Mayer-Vorfelder: Nein, habe ich nicht korrigiert!)

Sie haben das gefeiert. Sie haben hier Parlamentsdebatten gehalten, bei denen Sie unter großem Beifall gesagt haben, Sie würden bei diesen Staatsfinanzen die Steuerlast sogar noch um 30 Milliarden DM zurücknehmen.

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja, ja!)

Sie waren so ehrlich und haben gesagt: „Dann erhöhen wir die Verschuldung des Landes eben noch ein bißchen.“ Das war Ihre Politiklinie bisher. Das ist an Unseriosität nicht zu überbieten. Das ist nicht zu überbieten!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Minister Mayer-Vorfelder: Ein paar graue Zellen haben Sie noch! – Abg. Seimetz CDU: Man kann sogar Unsinn beklatschen! – Gegenruf des Ministers Mayer-Vorfelder: Seit einer Stunde geschieht das!)

Ich sage Ihnen: Es wäre vernünftig, die private Vermögensteuer wieder einzuführen. Das ist eine reine Landessteuer.

(Minister Mayer-Vorfelder: Was?)

– Die private Vermögensteuer. Dann haben Sie auch im Land Baden-Württemberg die Finanzmasse, die Sie brauchen, um das für die Bildung und die Hochschulen tun zu können, was dringend getan werden muß. Sie belasten dann in der Gesellschaft gerechterweise diejenigen, die auch aufgrund von hohen Bildungsabschlüssen die besseren Chancen in der Gesellschaft haben. Das ist ein viel besserer Weg als sämtliche Studiengebührenmodelle, die Sie

vorschlagen. Das ist ein viel besserer und viel gerechterer Weg, Herr von Trotha. Sie sollten diesen Weg mitgehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. von Trotha?

Abg. Maurer SPD: Auch, ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. von Trotha.

Abg. von Trotha CDU: Herr Kollege Maurer, Ihre Ausführungen zur sozialen Lage der Studierenden veranlassen mich zu der Frage: Sind Ihnen die Ergebnisse der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks bekannt?

(Zurufe von der SPD)

– Die Ausführungen zur sozialen Lage der Studierenden, . . .

Abg. Maurer SPD: Ja, danke. Jetzt weiter, bitte.

Abg. von Trotha CDU: . . . sind sie Ihnen bekannt oder nicht?

(Abg. Weimer SPD: Ja, die sind bekannt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich darf Sie dann fragen: Wieviel Prozent der Studierenden haben Schwierigkeiten, Studium und

(Zurufe von der SPD)

Erwerbstätigkeit miteinander in Einklang zu bringen?

(Zurufe von der SPD)

– Er weiß es, oder er weiß es nicht.

Abg. Maurer SPD: Hören Sie doch auf!

(Anhaltende Zurufe, u. a. Abg. Bebber SPD: Peinlich für einen Minister!)

Die Realität, Herr von Trotha – setzen Sie sich wieder hin –, ist, daß 60 % der Studentinnen und Studenten neben ihrem Studium arbeiten.

(Minister von Trotha: Wie viele Stunden? – Abg. Birk CDU: Kennen Sie die Gründe dafür? – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– 60 %. Das ist die Realität. Sie wollen doch Zahlen hören.

(Anhaltende Zurufe)

Ich sage Ihnen: In der Zeit, in der Sie in Bonn regieren, ist das BAföG von einem Anteil von 45 % der Studierenden, die es bekommen haben, auf 14 %

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

und auf nur noch 5 % in der Vollförderung heruntergebrochen. Sie haben die Ausbildungsförderung planmäßig als Sparkasse geplündert und benutzt,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

(Maurer)

bis auf ein Niveau herunter, das heute den sozialen Kern des Protests der Studierenden ausmacht. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Minister von Trotha: Er hat keine Ahnung!)

Jetzt zu Ihrem Lieblingsthema, Herr Mayer-Vorfelder. Sie haben doch Ihren Kurs korrigiert. Sie verzichten seit zwei Monaten darauf, zusätzliche Nettosteuerentlastungen zu verlangen. Sie haben lange dazu gebraucht.

(Minister Mayer-Vorfelder: Was habe ich?)

– Seit zwei Monaten erklärt die CDU plötzlich,

(Minister Mayer-Vorfelder: Also, bin ich jetzt der Bundeskanzler, oder was?)

so ernst sei das mit den 30 Milliarden DM Nettosteuerentlastung dann doch nicht zu nehmen.

(Abg. Weimer SPD: Genau!)

Seit zwei Monaten sind wir soweit.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Vorher haben Sie, auch hier, und der Ministerpräsident zum Schaden dieses Landes den FDP-Kurs in Bonn gehalten.

(Minister Mayer-Vorfelder: Das kannst du nicht anhören! – Minister von Trotha: Keine Ahnung!)

Er lautete, in einer Zeit des Ruins der Staatsfinanzen noch zusätzliche Wahlkampfversprechungen zu Lasten der Länder und der Kommunen zu machen.

(Minister Mayer-Vorfelder: Halten Sie sich wieder an das Manuskript! Da steht etwas drin, was stimmt!)

So war das. Da können Sie jetzt in Ihren Bart murmeln, soviel Sie wollen. Das ist die Realität.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Deswegen: Sie können morgen abschließend in Bonn – das wissen Sie – mit uns

(Minister Mayer-Vorfelder: Was kann man mit euch abschließen?)

eine Senkung des Steuertarifs, durchgehend um vier Prozentpunkte, haben,

(Lachen des Ministers Mayer-Vorfelder)

bei Erhöhung des Grundfreibetrags und des Kindergelds,

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja, ja!)

refinanziert aus der Streichung der Steuersubventionstatbestände, die Sie hier auch neuerdings wortreich beklagen. Früher haben Sie das nicht getan.

(Minister Mayer-Vorfelder: Was habe ich?)

Denn es war Ihre große Philosophie als Union, Wirtschaft zu lenken,

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

indem man immer neue Steuersubventionstatbestände schafft. Das war Ihre Philosophie, mit der Sie in Deutschland Politik gemacht haben.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Das können Sie morgen haben. Aber die Realität ist doch eine andere. Die Einigung zwischen CDU und SPD wäre morgen möglich – jedenfalls mit einem Teil Ihrer Fraktion in Bonn –, wenn Sie sich aus der Babylonischen Gefangenschaft der FDP befreien würden. Das tun Sie aber nicht. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU)

– Ja, das ist die Realität. Du lieber Gott, das sagen ja nun wirklich auch CDU-Protagonisten. Wenn ich Herrn Geißler bei seinen Fernsehauftritten oder andere höre, dann weiß ich – –

(Minister Mayer-Vorfelder: Wer ist denn Herr Geißler? – Heiterkeit bei der SPD)

– Stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion.

(Minister Mayer-Vorfelder: Der spricht sicher nicht für die Mehrheit! – Unruhe)

Ich brauche ja nur Ihrem Fraktionsvorsitzenden zuzuhören. Wolfgang Schäuble sagte vor dem Deutschen Bundestag,

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

es müsse endlich etwas bei den 610-DM-Jobs gemacht werden. Dazu sage ich: Ich bin gar nicht für die Abschaffung aller 610-DM-Jobs.

(Minister Mayer-Vorfelder: Sehr gut! Fortschritt!)

Ich bin aber dagegen, daß große Handelsketten in Deutschland normale Arbeitsplätze in solche 610-DM-Jobs aufspalten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Dann gab es den marginalen Vorschlag Ihres Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag

(Minister Mayer-Vorfelder: Reden Sie jetzt mal wieder über den Haushalt! – Unruhe bei der SPD)

und des Arbeitsministers – –

(Lebhafte Unruhe – Zurufe von der CDU)

– Sie wollen doch etwas über den Bund wissen; Sie wollen es doch hören.

Da gab es den marginalen Vorschlag Ihres Fraktionsvorsitzenden,

(Minister Mayer-Vorfelder: Jawohl!)

(Maurer)

man sollte doch wenigstens die, die schon ein Normaleinkommen und zusätzlich einen 610-DM-Job haben, auch mit dem 610-DM-Job in die Sozialversicherung einbeziehen. An wem ist das denn gescheitert? An der FDP ist das gescheitert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gott sei Dank!)

Das ist die Realität in Deutschland. Und deswegen sage ich Ihnen: Da Sie zu einer Einigung zwischen den großen Parteien unter vernünftigen Konditionen nicht bereit sind, wird eine vernünftige Reorganisation der Staatsfinanzen dann halt erst nach der Bundestagswahl kommen, wenn die Mehrheiten im Bund und in den Ländern übereinstimmen werden. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD – Minister Mayer-Vorfelder:
Wenn es so weit käme, könntest du nur sagen: Gute Nacht, Deutschland! – Zuruf des Abg. Pfisterer
CDU)

Jetzt gibt es ja da, wo viel Finsternis ist, gelegentlich auch einen kleinen Lichtblick. Ich will das ausdrücklich erwähnen. Sie haben eine Bundesratsinitiative gegen die Steuerpraxis großer Konzerne angekündigt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Endlich!)

Ich verspreche Ihnen: Wir werden nachhaltig dafür werben, daß das etwas wird. Viel zu spät! Sie und der Ministerpräsident haben lange Zeit in Vasallentreue den Steuerkurs von CDU und FDP zum Schaden des Landes und zum Schaden der Staatseinnahmen gehalten. Wenn Sie jetzt anfangen, sich zu bewegen, ist es viel zu spät, aber vielleicht ist das dann immer noch ein Anfang.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Herr Kollege Oettinger hat über das Verhältnis Land – Kommunen geredet. Herr Kollege Oettinger, dafür, daß viele von Ihnen irgendwann einmal in der Kommunalpolitik waren, können sich die Städte und Gemeinden nichts kaufen. Das ist kein Geld wert.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Realität ist, daß Sie alle Finanzoperationen – auch die des Haushaltsstrukturgesetzes – zu vier Fünfteln auf dem Rücken der Städte und Gemeinden austragen.

(Abg. Rückert CDU: Was? Vier Fünftel?)

Im übrigen hat diese kommunalfeindliche Politik, die Sie machen,

(Unruhe)

auch eine erhebliche soziale Dimension. Was machen denn die Gemeinden? Die sind nicht mehr in der Lage, das auszugleichen. Die haben nun im Unterschied zum Land, Herr Mayer-Vorfelder, weiß Gott gespart und bei der Neuorganisation der Verwaltung Vorbildliches geleistet, all das, worüber Sie jetzt ein Gutachten in Auftrag gegeben haben: Budgetierung, Abschied von der Kameralistik, Verzicht

auf Berufsbeamtentum, flexible Arbeitsverhältnisse, Kostencontrolling. Das hat in den Städten und Gemeinden längst stattgefunden,

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

als Sie noch im Schlafwagen des Landezugs gesessen sind. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Minister Mayer-Vorfelder:
Haben Sie nicht den Mut, den anzuschauen, dem Sie das vorwerfen? Das ist ungeheuerlich! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD – Unruhe)

Bei den Städten und Gemeinden geht nichts mehr, und deswegen –

(Minister Mayer-Vorfelder: Es entschuldigt nur, daß Sie keine Ahnung haben! – Unruhe)

Wie stellen Sie sich zum Vorschlag des Städtetags –

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder – Abg. Weimer SPD: Herr Präsident! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD – Gegenruf des Ministers Mayer-Vorfelder – Abg. Weimer SPD, an den Präsidenten gerichtet: Allmählich unerträglich, wie er hier in der ersten Reihe herumtobt, und Sie machen nichts!)

Wie stellen Sie sich zu dem Vorschlag des Städtetags,

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

die seit Jahren beim Land nicht abgerufenen Investitionszuschüsse von 700 Millionen DM, die die Kommunen aufgrund ihrer fehlenden Eigenmittel nicht in Anspruch nehmen können, wenigstens teilweise auf die kommunale Seite zu übertragen und damit zumindest eine Entspannung der kommunalen Finanzsituation zu erreichen? Das ist doch ein vernünftiger Vorschlag. Dazu hätte ich gern heute von Ihnen etwas gehört.

(Abg. Teßmer SPD: Der weiß doch nichts!)

Herr Mayer-Vorfelder, Sie haben hier sozusagen eine Funktion übernommen, die ablenken sollte

(Minister Mayer-Vorfelder: Wovon?)

von dem, was tatsächlich Gegebenheit ist. Ich sage Ihnen zum Schluß: Wenn Sie diesen Weg nicht gehen, den wir vorschlagen,

(Minister Mayer-Vorfelder: Welchen?)

über die Neuordnung von Landesbeteiligungen kurzfristig die Finanzlage des Landes zu verbessern,

(Minister Mayer-Vorfelder: Da kann ich Ihnen jetzt schon sagen, daß wir diesen Weg nicht gehen!)

einen Teil dieses Geldes zur Reduzierung von Schulden statt für immer neue Schulden zu verwenden,

(Minister Mayer-Vorfelder: Zwischenruf: Wir gehen diesen Weg nicht, weil er der falsche ist!)

(Maurer)

einen anderen Teil auf Schule, Ausbildung, Hochschule und Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu konzentrieren, und wenn Sie nicht bereit sind, gemeinsam mit der Sozialdemokratie das absurde Steuersystem in Ordnung zu bringen, aber unter den Maßstäben von Gerechtigkeit,

(Minister Mayer-Vorfelder: Sie verwechseln doch jetzt wieder Ursache und Wirkung!)

dann übernehmen Sie eine schwere Verantwortung für dieses Land. Das sage ich Ihnen.

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja, ja, die haben Sie! In den Ländern haben Sie sie!)

Deswegen sage ich Ihnen: Die Menschen in diesem Land warten darauf,

(Minister Mayer-Vorfelder: Ja!)

daß nicht zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gespart wird, zu Lasten der Familien und auf dem Rücken der Gleichheit von Bildungschancen. Sie warten darauf,

(Minister Mayer-Vorfelder: Aber nicht auf Sie!)

daß hier wieder Zukunftsinvestitionen stattfinden.

Herr Teufel, nachdem ich Sie wieder höre: Schauen Sie,

(Lachen und Beifall bei der CDU)

es geht dabei auch – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Maurer hat das Wort.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Teufel begibt sich von der Regierungsbank auf einen Sitzplatz in den Reihen der CDU-Fraktion.)

Abg. Maurer SPD: Herr Teufel, Herr Teufel – –

(Zuruf von der SPD: Er hört es nicht! – Ministerpräsident Teufel: Herr Kollege Maurer, ich sagte gerade, Sie werden doch noch nicht aufhören wollen, denn Sie haben noch gar nichts zur Landespolitik geboten! – Beifall bei der CDU – Ministerpräsident Teufel: Sie werden doch noch nicht aufhören wollen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, Sie haben das Wort.

Abg. Maurer SPD: Herr Teufel, ich habe an dem Tag, an dem ich Referendarinnen und Referendare hier zu Gast hatte, die jetzt nicht wissen, wie lange sie von Ihnen auf die Straße geschickt werden

(Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Maurer, das wissen Sie doch!)

und wann sie eine Chance haben, in den Schuldienst zu kommen, in der Zeitung gelesen, daß die sogenannte neue Botschaft des Landes Baden-Württemberg in Berlin statt

43 Millionen DM jetzt 55 Millionen DM kosten wird, Ende nach oben offen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Minister Mayer-Vorfelder: Dazu stehe ich!)

Ich sage Ihnen eines: Es geht auch um Stil und um Signale. Es geht nicht, daß wir auf der einen Seite eine Prachtbautenstrategie in Berlin verfolgen und auf der anderen Seite zweimillionenweise den kleinen Leuten das Geld aus der Tasche ziehen. Das geht nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Der Ministerpräsident hört ja wieder! – Abg. Haas CDU: Nur geschwätzt und nichts gesagt! – Minister Mayer-Vorfelder: Herr Maurer, schämen Sie sich! So etwas Billiges!)

Deswegen sage ich Ihnen: Sie werden die Menschen in diesem Land und in Deutschland nicht für die Zukunft gewinnen können, wenn nicht die Maßstäbe der Gerechtigkeit hergestellt sind. Woran es Ihnen durchgehend fehlt, das ist Gerechtigkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Thema verfehlt, sechs! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen geht zum Rednerpult. – Abg. Seimetz CDU: Das sind die Ovationen für Herrn Kuhn!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sollten vielleicht den Fernsehzuschauern draußen im Land sagen, daß dies eine Debatte zum Doppelhaushalt ist und kein Beitrag zur Serie „Die Lümmel aus der ersten Reihe“, lieber Herr Finanzminister.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte meine Rede beginnen – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Oettinger?

(Zurufe von der SPD: Er hat noch gar nicht angefangen!)

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bitte, Herr Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Kollege Kuhn, der Kollege Maurer hat weitreichende und, ich finde, abwegige Vorschläge zu Beteiligungen an Flughafen und Energie gemacht.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist keine Frage!)

Dürfte ich Sie bitten, im Rahmen Ihrer Ausführungen dazu eine Bewertung vorzunehmen?

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Bebbler SPD: So ein Unsinn! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Für das Gutachten würde ich Geld verlangen! – Abg. Bebbler SPD: Dafür muß er zahlen!)

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Um die Frage ganz präzise zu beantworten: Sie dürfen mich selbstverständlich bitten, Herr Kollege Oettinger.

Jetzt möchte ich zunächst zum Haushalt etwas sagen. Ich komme auf den Punkt Privatisierung selbstverständlich zurück.

Wir haben den Grundsatz, daß die Regierung den Haushaltsplan aufstellt – ein Grundsatz, der einmal eine Bedeutung in diesem Haus hatte –, mit diesem Haushaltsentwurf verlassen. 1,2 Milliarden DM in diesem Haushaltsjahr – November-Steuerschätzung – sind nicht gedeckt. Dazu kommen 413 Millionen DM für das Jahr 1997, die wir im nächsten Jahr auch als Belastung haben.

Sie hatten nach der Steuerschätzung, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, immerhin stolze drei Wochen Zeit, die Nachschiebeliste vorzulegen. Ich nenne es für meine Fraktion in der Tat eine Mißachtung des Parlaments, daß Sie dazu nicht in der Lage waren und sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kommt noch, Herr Kollege Kuhn, kommt noch!)

Herr Pfister, ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen, wie man Haushalte aufstellen kann, auch Doppelhaushalte. Ich sage Ihnen, wie dies in Hessen geschehen ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber was für ein Haushalt!)

– Hören Sie gut zu!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ein verfassungswidriger Haushalt! Das kann ich auch!)

Der Finanzminister hat in seiner Rede gesagt, in Hessen sei es genauso gelaufen wie in Baden-Württemberg. Doch hier hat er nicht die Wahrheit gesprochen. In Hessen war die Haushaltseinbringung am 10. Oktober,

(Abg. Oettinger CDU: Was für ein Haushalt?)

und zwar hat man sicherheitshalber – Herr Oettinger, jetzt hören Sie gut zu – in den Doppelhaushalt gleich 500 Millionen DM Mindereinnahmen, die November-Steuerschätzung antizipierend, mit eingestellt,

(Abg. Haasis CDU: Deckung!)

weil alle wußten, daß die November-Steuerschätzung schlechter ausfallen wird.

(Abg. Oettinger CDU: Schulden, Kollege! – Abg. Haasis CDU: Zur Deckung müssen Sie etwas sagen, Herr Kuhn!)

Dies hat dazu geführt – gut zuhören, Herr Oettinger –, daß nur noch 239 Millionen DM im Jahr 1998 und 150 Millionen DM im Jahr 1999 zusätzlich zu decken waren. Die hessische Landesregierung und die Fraktionen haben dann innerhalb von 14 Tagen eine Nachschiebeliste zur Deckung dieses Betrags auf den Tisch gelegt. Der Doppelhaushalt in Hessen ist bereits in letzter Lesung verabschiedet.

Wir haben doch, Herr Finanzminister, von Ihnen immer gehört, warum wir mit dem Abschluß eines Haushalts bis zum Februar warten müßten: weil man selbstverständlich – so war hier immer die Rede – die November-Steuerschätzung abwarten müsse. Aber jetzt warten wir noch immer die November-Steuerschätzung ab und leiden darunter, daß Sie zwei Monate brauchen, um überhaupt diese Nachschiebeliste aufzustellen. Ich finde, hier ist Ihre Begründung für das, was Sie hier wirklich leisten, sehr schwach.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wer dann wie der Finanzminister hergeht und in seiner Rede sagt, der Konsolidierungskurs werde fortgesetzt, aber über 2,5 Milliarden DM im Haushalt nicht gedeckt hat, der kann diese Behauptung hier nicht redlich aufstellen. Ich finde, das hätten Sie in Ihrer Rede berücksichtigen müssen.

Ich kann zum Verfahren abschließend eines sagen: Das einzig Verlässliche an diesem Doppelhaushalt, wie Sie ihn hier diesem Hohen Haus vorlegen, ist, daß es so, wie es in diesem Haushalt steht, nicht kommen wird und nicht kommen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte auf einige Haushaltsrisiken zu sprechen kommen, die in der Debatte besprochen werden müssen.

Die 610 Millionen DM Bundesmaßnahmen sind bekannt. Die Einstellung von Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst in Höhe von 1 % in den Haushalt ist natürlich unter gewissen Umständen ein Haushaltsrisiko.

Die Verteilung der Neuverschuldung – 1,72 Milliarden DM 1998 und 580 Millionen DM 1999 – ist natürlich auch nur dem Kreditmanagement, das Sie betreiben, zu verdanken. Weil Sie jetzt in erster Linie lang laufende Kredite wählen, also auch die Tilgung strecken, können Sie im zweiten Haushaltsjahr diese etwas niedrigere Neuverschuldung ansetzen. Aber wir werden wieder in Zeiten kommen, in denen wir ein anderes Kreditmanagement haben werden. Dann wird das eine zusätzliche Belastung für das Land sein.

Ich möchte auch erwähnen, daß Sie mit dem Haushaltsstrukturgesetz einen Kredit bei den Gemeinden aufnehmen, nämlich die 600 Millionen DM, die von 2000 bis 2002 zurückzahlen sind, also auch hier ein kleiner Kredit, den man eigentlich, wenn man genau hinguckt, zur Erhöhung der Nettoneuverschuldung des Landes hinzurechnen muß.

Dann, Herr Mayer-Vorfelder, komme ich zum Thema „Wachstum der Steuereinnahmen“. Wenn man den Haushalt anschaut, stellt man fest, daß Sie für 1998 bei den Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg einen Zuwachs von 5,0 % angesetzt haben. Und im Jahr 1999, o Wunder, werden es gar 6,4 % – so der Haushalt. Wenn ich dies um die November-Steuerschätzung bereinige – was man ja tun muß –, komme ich auf einen Zuwachs der Einnahmen von 3,35 % für 1998 und von 5,14 % für 1999.

Der Finanzminister hat in seiner Rede vor einer Woche unterstellt, daß wir 3 % Wirtschaftswachstum haben werden –

(Kuhn)

3 % in beiden Haushaltsjahren, wenn alles gutgeht –, und er hat durch Rekurs auf die Berichte der Deutschen Bundesbank deutlich gemacht, daß wir zunehmend die Entwicklung haben, daß sich das Wachstum der Steuereinnahmen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt. So, Herr Finanzminister, jetzt rechnen Sie das einmal vor. Auf jeden Fall wird das Steuerwachstum geringer sein als das Wirtschaftswachstum, aber Sie legen dem Haushalt Wachstumsraten in Höhe von 5,0 und 6,4 % zugrunde. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Hier ist eine unseriöse Finanzplanung am Werk, hier werden die nächsten Haushaltslöcher fest"gewaigelt". Ich kann nur sagen: „Waigeln“, Herr Finanzminister, wird übrigens, wenn es fortgesetzt geschieht, mit Amtsmüdigkeit bestraft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was Sie heute als Konsolidierungspfad für sich reklamieren, ist auf Sand gebaut. Die Verdrängung der Fakten auf der Einnahmeseite – Sie verdrängen ja die Realitäten, die Sie selber an einer anderen Stelle Ihrer Rede dargestellt haben – kann keine solide Haushaltspolitik des Landes Baden-Württemberg begründen. Sie sind im Kern in einer ganz ähnlichen Situation wie jemand, der zur Schuldnerberatung kommt. Das erste, was erfahrene Schuldnerberater machen müssen, ist, daß sie die Leute zwingen, erstens die Einnahmen und zweitens die Ausgaben realistisch und ohne das Prinzip Hoffnung und ohne Schwingschwandel zu taxieren, weil dies die Voraussetzung für eine wirkliche Sanierung und Konsolidierung ist. Deswegen rate ich, Herr Ministerpräsident: Kehren Sie einmal in Ihrer Haushaltsplanung zu vernünftigen Einnahmeerwartungen zurück, auch wenn es schwerfällt.

Nun möchte ich zu einem Thema kommen, das meiner Fraktion sehr wichtig ist, nämlich zu der Frage, ob wir in der Diskussion über die Konsolidierung unserer Finanzen in Baden-Württemberg – das ist der Gegenstand der heutigen Debatte – eigentlich sagen können, wie das der Finanzminister tut, die Konsolidierung sei nur ein Ausgabenproblem, oder ob wir sagen müssen: Konsolidierung ist ein Problem von Einnahmen und Ausgaben.

Ich meine, wenn ganze Steuerarten im freien Fall sind, und zwar politisch gewollt, müssen wir uns die Frage stellen, ob wir es uns länger leisten können, die Einnahmen unseres Landes, Herr Ministerpräsident, so zu vernachlässigen, wie Sie dies getan haben.

Die veranlagte Einkommensteuer hat 1990 kassenmäßig im Land noch über 6 Milliarden DM gebracht; sie wird 1997 vielleicht noch 500 Millionen DM oder 600 Millionen DM betragen. Eine ganze Steuerart ist aus vielfältigen Gründen im freien Fall.

Ich kann nur sagen: Ich begrüße die Initiative, die Sie, Herr Ministerpräsident, gestern im Bundesrat ergriffen haben. Aber ich meine, daß bei der Steuerreform und beim Stopfen von Haushaltslöchern jetzt mehr kommen muß und Sie im Bundesrat für unser Land mehr herausholen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will ganz deutlich sagen, Herr Oettinger: Eigentumsbildung und Wirtschaftsförderung über das Steuerrecht sind

eine Umverteilung von unten nach oben, und sie führen obendrein zu massiven Fehlsteuerungen, wie wir beim Schiffsbau oder bei leerstehenden Neubauten in den neuen Bundesländern besichtigen können. Diese Art von Förderung, die Sie im Steuerrecht betreiben – Herr Bareis hat es immer wieder dargelegt –, ist antimarktwirtschaftlich, weil sie Fehlsteuerungen hervorruft, und sie geht zu Lasten der Kleinen und wirkt sich zugunsten des Mittelstands und derer, die mehr verdienen, aus.

Deswegen brauchen wir eine Steuerreform mit einem massiven Stopfen der Steuerschlupflöcher. Ich will ganz deutlich sagen: Weil die Einnahmen unseres Landes im freien Fall sind, brauchen wir nicht nur eine Stabilisierung, sondern auch einen Ausgleich für den freien Fall. Herr Oettinger, hören Sie genau zu: Wenn ich die November-Steuerschätzung dazurechne, haben wir 1997 im Land zum ersten Mal knapp weniger Steuereinnahmen als im Vorjahr, zum ersten Mal ein Minus. Wenn ich noch die Inflation dazurechne, dann frage ich: Was heißt eigentlich „Steuerschlupflöcher“? Ich sage für meine Fraktion: Wir müssen die Finanzen stabilisieren, die Einnahmeseite stabilisieren und schauen, daß wir wenigstens wieder auf Werte kommen, die die Inflation ausgleichen können. Dies ist auch ein Akt der Konsolidierung.

Herr Ministerpräsident, zum Föderalismus gehört auch, daß Bonn nicht das Recht haben darf, die Einnahmeseite der Länder zu zerstören. Dies tut die Bundesregierung in Bonn gegenwärtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Maurer SPD)

Die Abschaffung der Vermögensteuer – da habe ich Ihren selbstkritischen Ton wohl gehört, Herr Oettinger – war für 1997 eben überhaupt nicht kompensiert. Die Vorbereitungen bei der Erbschaftsteuer waren nicht getroffen. Deswegen hat dieser Akt das Land im Jahr 1997 über 1 Milliarde DM gekostet, und er wird auch noch im Jahr 1998 in ähnlicher Größenordnung zu Einnahmearausfällen führen.

(Abg. Oettinger CDU: Längst nicht in der Höhe!)

Meine Damen und Herren, Staatsverschuldung und Rotstiftpolitik bei den Familien und Gemeinden schaden den kleinen Leuten. Sie bedeuten Umverteilung zugunsten der Besserverdienenden. Ich finde, Herr Oettinger, daß Sie die Frage der Gerechtigkeit, die Frage, was nach vielen Sparjahren eigentlich wem zumutbar ist, in Zukunft einmal zum Gegenstand einer Ihrer Reden machen müßten. Es fällt nämlich auf, daß Sie die soziale Gerechtigkeit in Ihren Reden, die Sie hier halten, niemals thematisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Zeller SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn der Staat verarmt und handlungsunfähig wird – Handlungsfähigkeit brauchen wir, wenn wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen –, wird es in Baden-Württemberg nicht zu einer Konsolidierung kommen. Selbstverständlich, Herr Oettinger, kann der Staat nicht alles machen. Das ist völlig klar; davon sind wir felsenfest überzeugt. Aber ich sage Ihnen für meine Fraktion deutlich, daß sich nur die reichen Leute in unserem Land

(Kuhn)

einen armen Staat leisten können, aber nicht die normale Bevölkerung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Zu den Diskussionen in Bonn – ich kehre gleich wieder zum Landeshaushalt zurück – kann ich nur sagen: Herr Pfister, die FDP profiliert sich in nichts anderem als darin, der Oberblockierer der notwendigen Veränderungen auf Bundesebene zu sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Beispiele!)

Ich sage einmal, wie Ihre Politik ankommt: 52 % der deutschen Führungskräfte sagen deswegen in einer Umfrage, sie hielten die FDP für echt überflüssig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und 48 % sagen das Gegenteil! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: 48 % sagen, sie ist total überflüssig!)

Herr Kollege Pfister, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer, meine Damen und Herren von der CDU, in Bonn bei den Einnahmen auf der FDP-Flöte pfeift,

(Abg. Oettinger CDU: Was schlagen Sie vor?)

der kann nicht in Stuttgart den Konsolidierungstanz auführen. Das müssen Sie für die Zukunft der Auseinandersetzungen deutlich sehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir neben einer Einkommensteuerreform und neben einer Wiedereinführung der Vermögensteuer, die wir vorschlagen – man kann sie, wie Sie wissen, wieder einführen, wenn man den Spitzensteuersatz gesenkt hat; wir schlagen vor, ihn auf 45 % zu senken –, auch darauf achten müssen, wie sich die bescheiden gestaltbare Einnahmeseite des Landes Baden-Württemberg entwickelt. Wenn wir die 1,2 Milliarden DM wirklich decken wollen, müssen wir beim Wasserpfennig auch die private Seite in die Erhöhung einbeziehen. Wir sollten das Thema der Flughafengebühr in den Ausschußberatungen diskutieren. Wir müssen auch endlich, Herr Finanzminister, die Frage der Gebühren für Polizeidienstleistungen bei Unfällen und kommerziellen Großveranstaltungen aufrufen. Immerhin könnten Sie auf diese Art und Weise 20 Millionen DM erwirtschaften.

Ich frage im Finanzausschuß und hier nach der Parkraumbewirtschaftung. Warum machen wir da nicht endlich ein rundes Konzept, das mehr Geld in die Kassen des Landes bringt?

Ich meine auch, daß wir aus dem Forstgrundstock, der immer eine Sparkasse des Ministeriums für Ländlichen Raum ist, noch einmal einen erheblichen Betrag – ich schlage 25 Millionen DM pro Haushaltsjahr vor – entnehmen können und müssen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: So einfach geht das! – Abg. Oettinger CDU: 10 % davon vielleicht!)

Herr Oettinger, im Unterschied zu Ihnen lege ich Vorschläge für Mehreinnahmen und Einsparungen vor und diskutiere darüber. Sie haben ja kein Wort zu möglichen Einsparungen gesagt, was ich für einen Vorsitzenden einer Regierungsfraktion einfach für ein bißchen peinlich halte.

(Abg. Oettinger CDU: Kuhn, bitte halbwegs sachlich!)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt etwas zum Thema Sparen sagen. Herr Oettinger, eines ist deutlich: Am Sparen führt neben der Konsolidierung der Einnahmen nach Auffassung meiner Fraktion kein Weg vorbei. Wir leben in Baden-Württemberg mindestens seit dem Jahr 1995 im öffentlichen Haushalt so, daß wir im großen und ganzen jährlich 3 Milliarden DM mehr ausgeben – übrigens entgegen allen Planungen der Mifri –, als wir einnehmen. Also ist die Konsolidierung wirklich ohne Alternative, und ich möchte nachher dazu Beispiele nennen.

Ich will deutlich machen, daß die Privatisierung, wie sie Herr Maurer vorgeschlagen hat, diese Probleme nicht löst. Bei dem Privatisierungsmodell, das Sie gerade skizziert haben – Sie haben selbst den Betrag von 2 Milliarden DM genannt; wenn ich beim Flughafen noch 100 Millionen DM oder 200 Millionen DM dazutun darf, ist es viel –, können Sie mit den zu erzielenden Mitteln nicht einmal das schon jetzt bestehende Haushaltsloch für 1998 und 1999 stopfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen ist diese Art von Privatisierung einfach keine Lösung der Haushaltsprobleme.

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Wir sind für Privatisierung in Einzelbereichen; das sage ich deutlich. Dann muß für das Land aber strukturell etwas Neues und Besseres herauskommen.

(Abg. Zeller SPD: Was?)

Ich sage Ihnen zwei Beispiele. Es macht keinen Sinn, daß wir Landesanteile an einer privaten Geschäftsbank wie der BaWü-Bank halten. Ich glaube, daß man die sofort privatisieren kann,

(Abg. Oettinger CDU: An wen, Herr Kollege?)

jedenfalls dann, wenn man keine andere Option für eine Bankfusion dieser Art im Land hat.

(Abg. Oettinger CDU: An wen, Herr Kollege?)

– Auf dem Markt.

Der zweite Punkt, den wir vorschlagen: Das Land und die Stadt Stuttgart können sich von ihren Anteilen an der Landesgirokasse trennen. Weil wir für das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen sind, schlagen wir vor, Anteile von beiden dem württembergischen und vor allem dem badischen Sparkassenverband anzubieten, weil genau diese zusätzliche Verschränkung der Landesgirokasse mit den Sparkassenorganisationen das eigentliche Problem im Sparkassenlager darstellt.

Übrigens: Die notwendige Sparkassenfusion – Herr Haasis ist ja nicht anwesend – zwischen badischem und württem-

(Kuhn)

bergischem Sparkassenverband würde um so leichter von-statten gehen, wenn es eine Klammer gäbe zwischen der Sparkassenspitzenorganisation im badischen Bereich und der Landesgirokasse, weil an dieser Stelle ja deren Befürchtungen liegen.

Also, Privatisierung ja, vielleicht auch im Energiebereich, Herr Maurer. Aber bei der Frage der Privatisierung der Energieunternehmen muß doch klar die Energiepolitik mit bedacht werden. Dabei müssen wir doch die Frage stellen dürfen: Was heißt das für die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg? Und vor allem: Welches energiepolitische Konzept ist noch realisierbar, wenn in Bayern oder sonstwo die Energie aufgekauft wird?

„Volksaktie“ klingt schön. Das will ich noch dazusagen. Aber es stellt sich sehr die Frage, welche Preise Sie mit einer Volksaktie überhaupt noch erzielen können. Es kann sein, daß Sie da ein schönes Wort in die Landschaft werfen, aber mit diesem Verfahren keinen vernünftigen Verkaufspreis erzielen können.

(Zuruf des Ministers Mayer-Vorfelder)

Privatisierung ist also keine Alternative zum Sparen, sondern kann ein intelligentes Konzept für zukünftige Investitionen sein.

Herr Oettinger und Herr Finanzminister, wir begrüßen ausdrücklich, daß in der Haushaltsrede des Finanzministers angekündigt worden ist, daß endlich ein stärkerer Einstieg in das Thema „Strukturelles Sparen“ erfolgen soll. Ich begrüße den Strukturpool für IuK-Maßnahmen, wenn man ihn vernünftig bewirtschaftet. Vor allem begrüßen wir die dezentrale Bewirtschaftung mit Controlling, also die „Revolution in den Amtsstuben“ nach dem Horváth-Gutachten. Es ist vernünftig, aus unseren Behörden wirtschaftlich operierende Betriebe mit Kostenbewußtsein zu machen. Darin steckt ein immenses Sparpotential.

Aber, Herr Finanzminister, eine Frage sei gestattet – Herr Maurer hat sie gestellt –: Steht das denn mit dem bestehenden Dienstrecht im Einklang, was Sie da vorhaben? Warum sind eigentlich Betriebe in der normalen Wirtschaft effektiv? Dafür gibt es eine einfache Antwort. Sie können aus den Ergebnissen des Controlling und aus dem Kostenbewußtsein, über das sie verfügen, in jeder Hinsicht Konsequenzen beim Personal, bei den Sachkosten ziehen. Sie können jederzeit verifizieren, was das Controlling ergeben hat. Deswegen sage ich: Ohne konsequente Dienstrechtsreform können wir allerhöchstens im Bereich der Sachkosten einsparen. Wir können nicht wirklich das Kostenbewußtsein auch in die Praxis umsetzen. Deswegen brauchen wir eine Veränderung des Dienstrechts. Wir brauchen leistungsbezogene Entlohnung. Wir brauchen die Möglichkeit – das geht bei Beamten so nicht – von Aufhebungsverträgen. Wir brauchen Vorruhestandsregelungen, die sofort umsetzbar sind. Wir brauchen Laufbahndurchlässigkeit. Wir müssen Führungspositionen im Regelfall tatsächlich auf Zeit vergeben können. Wir brauchen umfassende Teilzeitregelungen auf allen Ebenen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Finanzminister, die Absicht in Ehren. Wer allerdings wie der Finanzminister bei den hergebrachten Grundsätzen

des Berufsbeamtentums sofort die Hand an die Hosennaht legt, wird die berühmte Revolution in den Amtsstuben nicht schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist schon ein wenig lustig: Bei Lenin waren das revolutionäre Subjekt die Berufsrevolutionäre, bei Mao die Bauern, und bei Mayer-Vorfelder sind es die am Dienstrecht festgebundenen Beamten.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte eine Bemerkung zum Haushaltsstrukturgesetz machen. Im Unterschied zur SPD tragen wir viele Ihrer einzelnen Maßnahmen mit,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also! Jetzt!)

weil wir es für richtig halten, zum Beispiel bei der Feuerwehr, bei der Ministerialzulage und beim Kleidergeld einzusparen. Es gibt dazu keine vernünftige Alternative.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also! Das ist doch ein Wort!)

Es gibt zwei Bereiche, die wir nicht mittragen. Das eine sind die Kürzungen bei den freien Schulen. Ich bin froh, daß Sie den Rechenfehler zugeben haben. Ich frage einmal, ob man die Eingangsdaten des Haushalts in Zukunft nicht optimieren kann. Ich meine aber, daß die freien Schulen darüber hinaus noch immer strukturell benachteiligt sind, weil sie wegen der Pro-Kopf-Berechnerei der Schulen – das ist der Vergleichsmaßstab – eben nicht in der Lage sind, Kosten beispielsweise durch Klassenzusammenlegungen oder Auffüllen der Klassen, wie es im öffentlichen Schulwesen geschehen kann, zu senken. Sie können nicht in gleicher Weise reagieren wie die Schulen im öffentlichen Schulsystem. Deswegen ist dieser Punkt nicht gerechtfertigt.

Im übrigen weise ich darauf hin, daß die freien Schulen, die katholischen, die evangelischen, die Waldorfschulen und alle anderen, noch immer den Staat 20 % weniger kosten als die Schulen im öffentlichen Schulwesen, weil die Eltern in den freien Schulen Schulgeld bezahlen müssen. Daß man dafür auch noch eine Strafe erhält, halten wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht für richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wissen Sie, es geht dabei um eine Geschichte. Wer verhindern will – und das ist ein Thema –, daß die Schulen in freier Trägerschaft nur noch von Besserverdienenden besucht werden können – derzeit werden sie es nicht –, der muß dafür sorgen, daß diese Kürzungen nicht umgesetzt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt, den wir nicht mittragen, sind wesentliche Teile der Kürzungen, die Sie bei den Gemeinden durchführen. Ich sage für meine Fraktion in diesem Haus: Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, weiter bei den Gemeinden so schröpfen wie angesetzt, sägen Sie den Ast ab, auf

(Kuhn)

dem das Land sitzt. Die Gemeinden sind nämlich auch in diesem Haus die Basis der Politik und niemand anders sonst. Deswegen ist diese Politik falsch.

Wenn wir heute von Herrn Oettinger gehört haben, daß man die KIF-Mittel auf Pauschalen umstellen möchte, begrüßen wir dies ausdrücklich. Diese Umstellung ist ein Vorschlag, den meine Fraktion seit mehreren Jahren eindringlich macht. Ich bin froh, daß Herr Oettinger nicht das gesagt hat, was der Herr Finanzminister vorgeschlagen hat, nämlich KIF-Mittel auf Kredit zu vergeben. Da hört bei mir wirklich der Spaß auf. Da müssen wir noch einmal darüber reden, wem die KIF-Mittel eigentlich gehören, Herr Finanzminister. Meines Erachtens sind dies keine Gaben eines wohlthätigen Finanzministers, sondern Mittel, die nach der Rechtslage den Gemeinden zustehen. Genauso, wie Sie vorschlagen, diese Mittel in Zukunft als Kredit zu vergeben, könnten wir darüber diskutieren, Ihnen, Herr Finanzminister, Ihr Gehalt in Zukunft auf Kredit zu geben. Vielleicht wäre das etwas, was bei Ihnen eine pädagogische Wirkung auslösen würde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Umstellung von der Pauschalförderung auf die Projektförderung im Tourismusbereich halten wir für falsch. In der Breite müssen wir, wenn wir diesen Dienstleistungsbereich Tourismus im Land entfalten wollen – und wir haben ja allen Grund, ihn zu entfalten –, den Gemeinden, die davon betroffen sind, zusätzliche Mittel geben, damit sie das machen können.

(Abg. Sieber CDU: Jetzt liegen Sie falsch! Mit der Gießkanne?)

– Nein. Es gibt einen Grundstock an Mitteln, den die Gemeinden brauchen. Herr Sieber, fragen Sie doch einmal in Ihre eigene Fraktion hinein, wenn Sie dies bestreiten.

Zusätzlich müssen wir selbstverständlich Einzelprojekte gesondert fördern. Ich frage mich aber, Herr Ministerpräsident: Warum ist denn die Förderung von Einzelprojekten nicht ein geeignetes Objekt für eine aus einem Privatisierungserlös finanzierte Zukunftsoffensive?

(Abg. Sieber CDU: Das ist klar!)

Wir sind ein Tourismusland, und wir müssen noch stärker ein Tourismusland werden. Deswegen muß die Breite gefördert werden, und es müssen Spitzenprojekte im Tourismus gefördert werden. Was Sie, Herr Oettinger, da als Kompromiß hingedrückt haben, ist doch ein ganz faules, oberfaules Ei. Es ist doch kein Kompromiß, jetzt ein Jahr lang noch einen gespaltenen Arsch zu veranstalten und dann – –

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Rech: Flegel!)

– So reden viele Leute draußen. Diesen Begriff kennt man aus einem Kartenspiel, Herr Oettinger, aber Sie spielen anscheinend nicht Karten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Oettinger CDU: Das ist kein Kartenspiel hier! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte weitere Vorschläge zum Thema „Strukturelles Sparen“ machen. Es ist richtig, was der Finanzminister gesagt hat, daß wir die Referendariatsausbildung bei den Lehrern genauso wie im Justizbereich verändern müssen und auf die tatsächlichen Bedarfe eingehen müssen. Dies unterstützen wir.

Wir vertreten auch die Auffassung, daß eine sinnvolle Form strukturellen Sparens die Externalisierung, das heißt Öffnung der verwaltungsinternen Fachhochschulen in Kehl und Ludwigsburg darstellt. Warum sollen wir diese Verwaltungsschulen nicht öffnen und dabei auch Geld einsparen, nachdem wir für jeden der 1 600 Plätze monatlich immerhin 1 400 DM bezahlen, also 29 Millionen DM einsparen können? Schreiben Sie sich das auf, Herr Oettinger, für Ihre Sparliste.

Wir können weiter auf der Ebene der Ministerien sparen. Da finde ich die Landesregierung ganz schwach.

(Ministerpräsident Teufel: Ach!)

Herr Pfister hat in der vorletzten Woche im „Südkurier“ gesagt – ich teile diese Einschätzung –, seit 1992 seien bei den Ministerien Stellenzuwächse um 20 % erfolgt, während die kommunalen Verwaltungen lediglich Zuwächse um 3 % gehabt hätten. Aber hoppla, Herr Pfister: Da besteht doch Handlungsbedarf.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. König REP: Aufschreiben!)

Das ist ein Handlungsbedarf über die 6 % hinaus. Ich meine, Herr Ministerpräsident, daß wir auch einmal darüber reden müssen – das können nur Sie tun –, ob der Zuschnitt der Ministerien, den wir heute haben, eigentlich noch zeitgemäß ist und ob wir ihn für die Zukunft so noch beibehalten können.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Wir schlagen vor, dann, wenn wir endlich eine Bildungsreform im Sinne einer Dezentralisierung von Schule und Hochschule gemacht haben, die beiden hierfür zuständigen Ministerien unter Abbau von Bildungsbürokratie und unter Abbau von Stellen zusammenzulegen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist der Weimer-Vorschlag!)

Die Voraussetzung dafür ist aber, Herr Pfister, eine Reform. Wir brauchen autonome Schulen, die viel selbst entscheiden können.

(Abg. König REP: Ach was! – Abg. Rapp REP: Von wegen!)

Ich will Ihnen sagen, was für eine Schule ich will. Ich will eine Schule haben, in der eines Tages die Schulkonferenz entscheiden kann, ob sie mit Mitteln, die sie dezentral bewirtschaftet, zum Beispiel die Schule renoviert oder eine weitere Lehrerstelle schafft,

(Abg. König REP: O nein, jetzt kommt die alte Leier von der autonomen Schule!)

(Kuhn)

weil die Eltern zum Teil in Eigenarbeit die Schule selbst herrichten können. Das heißt dezentrale Mittelbewirtschaftung an den Schulen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. König REP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Warum sollen wir denn hergehen, Herr Oettinger, die „Revolution in den Amtsstuben“ durchführen, bei den Schulen aber alles so lassen, wie es ist?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Genau! – Zuruf des Abg. König REP)

Ich möchte einen zweiten Vorschlag machen. Wenn ich mir Herrn Döring und seine Aktivitäten so anschau –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Tisch abräumen daheim!)

ich betone aber, daß mein Vorschlag nicht auf die Person abzielt –, dann verstehe ich nicht mehr, warum wir im Land eigentlich noch ein Wirtschaftsministerium brauchen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Richtig! Er soll daheim den Tisch abräumen!)

Wenn ich mir die verzweifelten Krämpfe anschau, wie er versucht, von den RPs neue Kompetenzen an sich zu ziehen, und wenn ich mir anschau, daß in fast allen Programmen faktisch die schwarze Null verwaltet wird und ohne die Zukunftsoffensive des Ministerpräsidenten im Wirtschaftsministerium gar nichts mehr geschähe, dann glaube ich, es ist zeitgemäß und ein Einsparvorschlag, das Wirtschaftsministerium und zum Beispiel das Finanzministerium zusammenzulegen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist nicht nötig, daß wir da zwei Ministerien haben. – Das richtete sich jetzt nicht gegen Sie, Herr Finanzminister.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es macht keinen Sinn, daß wir für diese Verwaltung der schwarzen Null einen solchen Aufwand betreiben. Der Finanzminister hat, völlig zu Recht, gesagt, daß das Ausgabenvolumen des Wirtschaftsministeriums – ich habe das wohl gehört – gerade ungefähr so hoch sei wie die Mindererinnahmen der nächsten zwei Haushaltsjahre gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung. Für Herrn Döring werden wir, ganz praktisch gesehen, doch ein anderes Ministerium finden, wo er seine Wahlkampfauftritte organisieren kann, meine Damen und Herren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oh!)

Herr Ministerpräsident, ich glaube, daß wir, was das Stellenkonzept angeht – die Reform bei den Ministerien hat ja auch Stellenauswirkungen –, in den beiden veranschlagten Haushaltsjahren auf der Ministerialebene, eine Reform im Bildungssystem unterstellt, 150 Stellen zusätzlich zu den veranschlagten einsparen könnten, und weitere 400 Stellen müßten in der Schulverwaltung insgesamt eingespart werden können.

Ich möchte weitere Einsparungen benennen, und zwar solche, die sich konkret in den Haushaltsjahren niederschlagen. Es macht ja keinen Sinn, nur strukturell zu sparen, obwohl dies, Herr Pfister, wahrscheinlich der wichtigste Bereich ist.

Wir schlagen vor, die Kürzungen von 380 000 DM bei den Vertriebenen doch durchzuführen.

(Abg. Deuschle REP: Das denke ich mir!)

Wir haben inzwischen ein Haushaltsrecht, das nach dem Prinzip der „Gnadenliste“ des Ministerpräsidenten funktioniert. Ich halte es für falsch, daß so etwas die Haushaltsberatungen dominiert.

Wir schlagen die Eingliederung der pädagogischen Fachseminare in die PHs vor. Dadurch würden wir 7 Millionen DM sparen.

Wir schlagen vor, den freiwilligen Polizeidienst, hier oft diskutiert, einzusparen: Einsparung 3,9 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. König REP)

Wir halten die Förderung der interkommunalen Gewerbegebiete durch das Land mit 13,2 Millionen DM für verzichtbar, weil die Gemeinden inzwischen auch so interkommunale Gewerbegebiete ausweisen können und dies auch tun.

Wir sehen Einsparungsmöglichkeiten von 50 Millionen DM im Bereich des Ministeriums Ländlicher Raum, wenn man die verschiedenen Programme nach der Maxime von Herrn Oettinger, auf die Haushaltsansätze des Jahres 1996 oder des Jahres 1997 zurückzugehen, kürzt.

Wir schlagen vor, beim Landesversorgungsamt die Vorschläge des Rechnungshofs umzusetzen. Damit können wir 10 Millionen DM einsparen.

Wir schlagen vor, für Beamte bei Dienstreisen nur noch die zweite Klasse zu erstatten. Dies muß auch für Abgeordnete gelten, weil man da keine Schieflage aufkommen lassen darf. So etwas bringt 10 Millionen DM in die Landeskasse. Ich kann Ihnen die Liste nachher überstellen, Herr Finanzminister.

Ich schlage vor, daß wir endlich zu einem Fahrzeugpool für Regierung und Landtag kommen. Möglicher Einsparereffekt 500 000 DM.

Ein Vorschlag, Herr Oettinger, der sich in den Finanzen massiv auswirkt: Wir schlagen vor, daß wir wie das Land Berlin, das massive Haushaltsprobleme hat, größere als unser Land

(Zuruf des Abg. König REP)

– hören Sie zu, Herr Kollege –, folgende Regelung einführen: Wir bieten den Beschäftigten im öffentlichen Dienst an, sich freiwillig dafür zu entscheiden, ob sie statt Weihnachtsgeld Urlaub nehmen wollen. Das hat das Land Berlin mit Erfolg getan. Wir haben in meiner Fraktion errechnet: Wenn 5 % der Beschäftigten diesem Vorschlag ganz folgen würden, 5 % der Beschäftigten diesem Vorschlag halb und 5 % zu einem Viertel, in der Summe also 15 % in ge-

(Kuhn)

staffeltem Umfang teilnehmen würden, dann würden wir damit immerhin 95 Millionen DM pro Haushaltsjahr einsparen können.

(Zuruf des Abg. König REP)

– Davon verstehen Sie nichts, Herr Kollege.

(Abg. Rapp REP: Aber Sie! – Abg. Dr. Schlierer REP: Dieses Rumpelstilzchen da!)

Ich schlage vor, daß Sie sich diesem Vorschlag anschließen, Herr Oettinger.

Unser Vorschlag geht weiter. Wir glauben, daß wir mit diesen 95 Millionen DM einen Pool bilden könnten, Herr Ministerpräsident, um die noch anstehenden Referendariatsausbildungen finanzieren zu können, bis die Reformen greifen. Es macht ja keinen Sinn, die ausgebildeten Leute zwischen der ersten und der zweiten Stufe auf der Straße stehen zu lassen. Wenn ich das wegrechne und die Referendare bei Lehrern wie in der Justiz finanziere, bleiben immer noch 64 Millionen DM übrig, ein Sparvorschlag, der nichts mit kreativer Buchführung zu tun hat, sondern mit Solidarität im öffentlichen Dienst gegenüber denen, die draußen stehen und keine Arbeit haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch das ist ein Vorschlag, den Sie übernehmen können.

Ich will übrigens dazusagen: Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn Sie unsere Sparvorschläge übernehmen. Ich habe nur etwas dagegen, wenn der Herr Oettinger bei der Beratung des Haushalts diesem Hohen Haus keinen einzigen Sparvorschlag präsentiert und die Sparliste für eine Geheimdiplomatieveranstaltung undercover hält. Das ist kein seriöser Umgang mit dem Parlament.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie werden sich noch wundern!)

Ich meine, Herr Ministerpräsident, daß wir nicht sparen können und sollen, was die Bereiche Familie, Kinder und Bildung, Forschung und Hochschule dazugerechnet, angeht, weil diese Bereiche im Kern für ein Land wie Baden-Württemberg, auch wenn dies keine haushaltstechnische Formulierung ist, investiven Charakters sind. Nur wenn wir die Leute gut ausbilden, wenn wir in den Schulen anfangen – Frau Schavan ist jetzt weg; es fallen tatsächlich Pflichtstunden aus; da muß man sich nur einmal innerhalb der Fraktion erkundigen, wir haben ja alle Kinder; da muß man nur hinschauen, da braucht man keinen ideologischen Streit über die Presse auszutragen –, nur wenn wir das Schulsystem verbessern, wenn wir da investieren, hat Baden-Württemberg als Produktions-, als Dienstleistungs- wie auch als Wissenschaftsstandort in der Zukunft eine Chance.

Ich glaube, daß dieses Nichtsparen auch bei der Umwelt gelten sollte. Ich kann mich Herrn Maurer anschließen, was die Photovoltaikförderung angeht. Das, was Sie, Herr Ministerpräsident, da angerichtet haben, obwohl wir seit Jahren davor warnen, ist ein Desaster, weil Sie eine Zukunftstechnologie an Baden-Württemberg vorbeilaufen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir meinen, daß Konsolidierung erstens ein Prozeß des Sparens, zweitens ein Prozeß der Sicherung der Einnahmen und drittens ein Prozeß der Zukunftsinvestitionen sein muß. Es gibt bestimmte Bereiche – Herr Maurer hat die Investitionsquote ja mit 10 % benannt; 1994 waren es im Land noch 12 % –, in denen wir dringend zusätzlich investieren müssen. Meine Fraktion schlägt vor, aus dem Privatisierungserlös – Verkauf der Anteile an der Baden-Württembergischen Bank – ein solches Privatisierungsprogramm anzufinanzieren. Wir haben dies so gedacht, daß man dies über mehrere Jahre anlegen kann. Ich möchte ein bißchen skizzieren, was fehlt.

Herr Ministerpräsident, wir brauchen endlich eine Stiftung Weiterbildung im Land. Das Weiterbildungswesen liegt, vor allem, was die Koordination der verschiedenen Aktivitäten angeht, was neue Projekte angeht, die sich auf Probleme der Weiterbildung zum Beispiel von Dauerarbeitslosen beziehen, im Land im argen. Deswegen schlagen wir vor, aus einem solchen Privatisierungserlös eine einmalige Stiftung, die sich dann über die Zinserträge insgesamt bewähren kann, zu finanzieren.

Wir müssen die Universitätsbibliotheken modernisieren.

Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm, damit die Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten weitergebildet werden können, eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wir brauchen, was Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose angeht, mehr bei der Förderung, als wir gegenwärtig schon haben.

Ich kann für meine Fraktion nur noch einmal sagen: Das Schlimmste, was wir an der kommenden Generation anrichten können, besteht darin, den jungen Menschen nicht die Möglichkeit zu bieten, eine qualifizierte Berufsausbildung zu absolvieren, wenn sie die Schule beendet haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen meine ich, daß dies Zukunftsinvestitionen sind.

Herr Ministerpräsident, ich würde auch dazu raten, einmal hinzuschauen und das besondere Problem von Jugendlichen aus dem Aussiedlerbereich anzugehen. Das ist ein Sprengsatz in unserem Land. Ich glaube, daß man da mit zusätzlichen Angeboten zur Erlernung der Sprache und auch zur Ausbildung reagieren sollte. So etwas nenne ich auch Zukunftsoffensive.

Zu einer Zukunftsoffensive gehören außerdem die verstärkte Solarförderung – dazu werden wir konkrete Vorschläge machen – und ein Forschungsprogramm für nachhaltige Entwicklungen. Denn es ist schon ein Witz, wer nun alles über nachhaltige Entwicklungen redet. Aber die Antwort auf die Frage, was das für die Umsetzung heißt, bleibt im Wissenschaftsbetrieb und bei der Umsetzung in Produkte in Baden-Württemberg ziemliches Brachland.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß zusammenfassen. Wir streiten hier – ich glaube, zu Recht – um die Frage, was Konsolidierung eigentlich bedeutet. Der Finanzminister hat den Schwerpunkt auf die Aussage gelegt, Konsolidierung sei Konsolidierung in den Ausgaben. Dies

(Kuhn)

ist nicht falsch, was Sie dargestellt haben. Deswegen gehen wir da ein Stück mit, wenn auch mit anderen Schwerpunktsetzungen.

Aber ich möchte darstellen, daß für meine Fraktion Konsolidierung ein komplexerer Prozeß ist. Konsolidierung heißt erstens, die Einnahmen zu sichern und gegenüber dem Ist zu steigern. Konsolidierung heißt zweitens, im Haushaltsjahr zu sparen. Konsolidierung heißt drittens, strukturell mit mittel- und langfristigen Auswirkungen zu sparen. Konsolidierung heißt schließlich viertens, in die Zukunft zu investieren. Es heißt übrigens auch, alte Strukturen, die Subventionierung alter Strukturen abzubauen. Wahrscheinlich sind wir in der Bundesrepublik insgesamt beim Abbau zu langsam.

Nur wenn ich diese vier Punkte zusammennehme, entsteht nach meiner Auffassung ein vernünftiger Konsolidierungsbegriff.

Wenn ich jetzt höre, daß Sie damit beginnen wollen, die Förderprogramme zu evaluieren, dann sage ich: Gratuliere, meine Damen und Herren! Da mußte erst das Jahr 1997 kommen, bis diese für die Förderprogramme verantwortliche Landesregierung auf die Idee kommt, daß man Förderprogramme evaluieren muß. Da kann ich nur sagen: Gute Nacht und Glückwunsch, daß Sie endlich aufgewacht sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Ministerpräsident, wir verlangen, daß es eine laufende Übung wird – –

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

– Herr Haas, lassen Sie sich zum Knecht Ruprecht umschulen, aber betätigen Sie sich nicht als Zwischenrufer, weil Sie das nicht besonders gut können.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Ja, ja!)

Wir verlangen, daß es eine laufende Übung dieser Regierung wird, die Förderprogramme zu evaluieren.

Herr Finanzminister, für diese Konsolidierung mit den vier Schritten, die ich benannt habe, gibt es zwei Entscheidungspunkte, wo sich entscheidet, ob du den bequemen oder den einfachen Weg gehst. Die beiden möchte ich für meine Fraktion nennen.

Der erste Punkt, Herr Kollege Maurer, ist die Frage, ob wir es schaffen, Haushaltsjahr für Haushaltsjahr weitere konkrete Einsparungen umzusetzen, oder ob wir einem Sparfrust erliegen, wie man es manchmal hier im Haus hören kann, ob es also gelingt, da, wo es geht, tatsächlich weiter zu sparen – im Haushaltsjahr und nicht nur in zehn Jahren Zukunft –, oder ob dies aufgegeben wird. Ich gehöre mit meiner Fraktion zu denen, die ihren Beitrag dazu leisten wollen, daß dies geschafft wird. Ich habe Vorschläge genannt, und wir werden im Ausschuß weitere nennen.

Der zweite Punkt, der darüber entscheidet, ob Konsolidierung im Sinne eines komplexen Konsolidierungsbegriffs gelingen kann, ist folgender: Entscheidend ist, ob wir dann,

wenn die Einnahmen irgendwann einmal wieder steigen sollten – wir hoffen ja, daß dies geschieht –, bereit sind, zurückzuzahlen, oder ob dann bei Opposition und Regierung wieder die Ordner mit den Ausgabeanträgen herausgezogen werden. Ich sage für meine Fraktion: Dies ist der Prüfstein, ob Konsolidierung eine Sonntagsnummer ist oder ob Konsolidierung langfristig zum Nutzen künftiger politischer Generationen betrieben werden kann. Entscheidend ist, ob dann, wenn die Einnahmen wieder wachsen, die Lieblingsanträge wieder herausgeholt werden. Ich hoffe, daß wir stark genug sind – das sage ich auch an die Adresse meiner Fraktion –, daß uns dies nicht passiert, wenn es eines Tages wieder soweit wäre.

Die Finanzpolitik, über die wir hier reden, ist im Kern mehr als eine Zusammenfassung der einzelnen Politikbereiche. Sie muß mit staatspolitischem Blick darauf achten, ob Politik in der Zukunft überhaupt noch möglich ist. Deswegen gibt es, meine Damen und Herren, für meine Fraktion keine Alternative zu einem so verstandenen Konsolidierungskurs, wie wir ihn beschrieben haben. Wir sind offen, ihn durch gute Vorschläge von Ihnen noch verbessern zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich möchte deshalb zum Abschluß sagen: Es ist ja nicht das Geld des Landtags, was wir hier verteilen, sondern es ist das Geld der Bürgerinnen und Bürger, das sie mit ihren Steuerbeiträgen aufgebracht haben. Zum Abschluß meiner Rede möchte ich mich bei den Bürgerinnen und Bürgern bedanken – und ich hoffe, daß sich das Haus diesem Dank anschließen kann –, die trotz der ganzen Abschreibungsmodelle noch Steuern zahlen müssen oder Steuern zahlen; denn dies ist die Basis, mit der wir das Wohl des Landes Baden-Württemberg gestalten können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir müssen in diesem Doppelhaushalt zweierlei gleichzeitig tun.

Wir müssen erstens durch konsequente Reformpolitik dafür sorgen, daß die Zukunftsfähigkeit dieses Landes auch im nächsten Jahrtausend gesichert ist. Das heißt konkret, wir müssen viel für die Bereiche Bildung, Ausbildung, Hochschule, Wissenschaft und Forschung tun, weil dies die Voraussetzung dafür ist, daß im nächsten Jahrtausend neue und moderne Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Wir müssen zweitens alles tun, um zu verhindern, daß der drohende Weg in die Schuldenfalle beschritten wird, was bedeutet,

(Abg. Brechtken SPD: Gibt es jetzt zusätzliche Schulden oder nicht?)

daß der Weg in die Konsolidierungspolitik fortgesetzt werden muß. Da will ich Ihnen sagen, lieber Herr Kuhn: Mit Ihrer Definition, die Sie für die Konsolidierung gegeben haben, kann ich gut leben. Ich werde im Lauf meiner Ausführungen darauf zurückkommen; aber lassen Sie mich einen Punkt gleich an dieser Stelle herausgreifen.

(Pfister)

Sie sagen, Konsolidierung bedeute auch Verstetigung der Einnahmen. Das ist völlig richtig; dazu müssen wir Wege beschreiten. Da Sie aber die FDP im Zusammenhang mit ihrer Steuerpolitik in Bonn kritisiert haben, kann ich Ihnen nur empfehlen, den Weg, der in Bonn versucht worden ist, durch eine große Steuerreform tatsächlich auch zu gehen.

Wenn Sie einmal Holland oder Großbritannien oder andere europäische Länder – beispielsweise auch Österreich – unter diesem Aspekt betrachten, werden Sie etwas Interessantes feststellen: In diesen Ländern sind die Steuern abgesenkt worden, und die Folge davon war nicht etwa ein geringeres, sondern ein höheres Steueraufkommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb gibt es aus meiner Sicht überhaupt keinen Streit. Wer zu Konsolidierung und damit auch zu einem verestigten Steueraufkommen ja sagt, der muß eigentlich auch zur Bonner Steuerpolitik ja sagen. Es wäre besser, Sie würden hier nicht theoretische Reden halten,

(Abg. Brechtken SPD: Zu welcher, der von Schäuble oder der von der FDP?)

sondern dafür sorgen, daß die Steuerpolitik in Bonn endlich durchgesetzt werden kann und nicht weiter blockiert wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Als ich mir die Rede des Kollegen Maurer anhörte,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Was für eine Rede?)

mußte ich feststellen: Es war so wie immer. Da werden verbal starke Bekenntnisse zur Sparpolitik, zur Konsolidierungspolitik abgegeben, aber wenn es eben darum geht, diese Sparpolitik wirklich konsequent und in der Praxis durchzusetzen,

(Abg. Brechtken SPD: Das haben wir vier Jahre lang gemacht, Herr Kollege!)

dann geht das wie immer: Dann ist die Koalition plötzlich allein auf weiter Flur, und die SPD und die anderen Oppositionsfractionen schlagen sich in die Büsche, und wir haben keine Unterstützung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Brechtken, ich mache das einmal an einigen Beispielen klar. Wir sprechen heute über das Haushaltsstrukturgesetz. Das Haushaltsstrukturgesetz bedeutet nichts anderes, als einen Teil unserer Hausaufgaben zu erledigen, was bedeutet, daß in der Zukunft Einnahmen und Ausgaben besser einander angepaßt werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Dies bedeutet Haushaltsstrukturpolitik. Dazu haben wir einen ersten Schritt getan, und ich kann nur feststellen, daß Sie dem nicht zustimmen.

(Abg. Brechtken SPD: Sehr differenziert, lieber Herr Kollege!)

Sie fordern zwar, was wir auch getan haben, die Abschaffung der Ministerialzulage. Wir tun dies, und Sie lehnen das Haushaltsstrukturgesetz ab.

(Abg. Brechtken SPD: Nein, da stimmen wir zu!)

Ein zweiter Punkt: Sie lehnen die Kürzungen beim Kleidergeld bei der Polizei ab. Wir sagen: Wir müssen diese Kürzungen vornehmen, um auf der anderen Seite das wirklich Wichtige für die Polizei zu tun, nämlich ein Besoldungsstrukturprogramm weiter auf den Weg zu bringen, das heißt, seine Realisierung fortzusetzen, und gleichzeitig ein Technikstrukturprogramm für die Polizei auf den Weg zu bringen.

Ich frage Sie: Was ist daran eigentlich unvernünftig? Warum stimmen Sie da nicht zu?

(Beifall der Abg. Kiesswetter und Dr. Noll FDP/DVP)

Ich nenne ein drittes Beispiel, die Feuerschutzsteuer. Meine Damen und Herren, jetzt will ich Ihnen folgendes sagen: Die Zuwendungen des Landes Baden-Württemberg an unsere Feuerwehren werden im Jahr 1998 „nur“ um 18 Millionen DM und im Jahr 1999 „nur“ um 35 Millionen DM steigen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber sie werden steigen!)

Ich sage Ihnen: Sie werden steigen, aber die Frage, die man hier wirklich stellen müßte, ist doch die, ob in der Zukunft nicht überhaupt geringere Zuwachsraten notwendig wären. Das bedeutet ja eigentlich Sparen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich sage in diesem Zusammenhang voraus: Ich schließe nicht aus, daß sich dieser Landtag in absehbarer Zeit mit einem zweiten Haushaltsstrukturgesetz beschäftigen muß, wenn wir nicht die Möglichkeiten haben, die Ausgaben in der vorgesehenen Form zu tätigen.

Das gilt übrigens auch für den Wettmittelfonds. Es muß doch zumindest die Frage gestellt werden, ob die augenblicklich ausgewiesenen Steigerungsraten in dieser Form tatsächlich notwendig sind.

Das Thema der freien Schulen ist angesprochen worden. Das tut mir weh; das kann ich Ihnen sagen, Herr Kollege Maurer, das tut mir weh.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Uns allen!)

Uns allen tut es weh. Ich kann es aber nicht ändern, daß die Zuschüsse für die freien Schulen an die Situation im staatlichen Schulwesen gekoppelt sind und die Zuschüsse sich nach dieser Grundlage bemessen.

Ich will aber eines in aller Deutlichkeit sagen: Die FDP/DVP-Fraktion steht dazu, daß die Verfassungsmäßigkeit und der verfassungsmäßige Auftrag – ich sage nicht „der gesetzliche Auftrag“, sondern ich sage bewußt „der verfassungsmäßige Auftrag“ – unserer freien Schulen in der Zukunft eingehalten werden kann. Das heißt, wir wissen sehr

(Pfister)

wohl, daß es eine Sonderung nach Besitzverhältnissen der Eltern nicht geben kann. Oder anders ausgedrückt: Wir wollen, daß in der Zukunft der Besuch einer freien Schule sich nicht daran orientiert, ob der Geldbeutel des Vaters oder der Mutter dick ist oder nicht, sondern wir wollen einen freien Zugang zu freien Schulen auch in der Zukunft.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Pfister FDP/DVP: Gern.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kretschmann, bitte.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege Pfister, halten Sie es bei den Kürzungen überhaupt noch für möglich, daß dieses Sonderungsverbot bei den Belastungen, die heute die Eltern dort schon tragen müssen, eingehalten wird?

(Zuruf von der SPD: So ist es! Da ist kein Spielraum!)

Haben Sie sich darüber einmal informiert?

Abg. Pfister FDP/DVP: Das habe ich sehr wohl getan, und deshalb möchte ich einen konkreten Vorschlag machen, damit wir hier in dieser Angelegenheit ein Stück weit weiterkommen. Ich muß sagen, ich habe den Zahlensalat, der da in der Vergangenheit fabriziert worden ist, für durchaus kritikwürdig gehalten. Ich bin der Meinung, man kann über Kürzungen sprechen, und meine Erfahrungen mit den Vertretern der freien Schulen zeigen, daß es natürlich Kritik an diesen Kürzungen gibt; aber es gibt noch mehr Kritik daran, daß ja offensichtlich heute diese Zahl, morgen jene Zahl genannt wird und hier fast ein Zufallsprinzip herrscht, um nicht zu sagen: Willkür. Dies muß ausgeschlossen werden. Es muß klar sein, daß die Zuwendungen des Landes an die freien Schulen keine Almosen sind, sondern auf einer gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundlage beruhen. Deshalb schlage ich vor, lieber Herr Oettinger, daß sich die Landespolitik sehr schnell mit den Vertretern der freien Schulen zusammensetzt, um gemeinsam eine von allen akzeptierte Bemessungs- und Berechnungsgrundlage für das zu schaffen, was in der Zukunft an die freien Schulen gezahlt werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Seit Jahren ist das schon Thema! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

Abg. Pfister FDP/DVP: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Brechtken, bitte.

Abg. Brechtken SPD: Herr Kollege, halten Sie es für glaubwürdig, am Ende des Verfahrens von neuen Zahlen zu reden, im Finanzausschuß aber eine Vertagung abzulehnen, heute eine Vertagung abzulehnen und die Kürzungen zu beschließen und selber zu sagen, eigentlich sei die Basis für eine solche Kürzung nicht gegeben?

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Brechtken, die Zahlen, die heute verabschiedet worden sind, sind ja offensichtlich vereinbart worden. Da gibt es jetzt eine Basis.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist ja unglaublich! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch so!)

Wir müssen das für die Zukunft auch machen. Jedenfalls, Herr Brechtken, das Angebot steht. Ich finde, wir sollten gemeinsam mit den Trägern der freien Schulen eine verlässliche Berechnungsgrundlage suchen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Das ist doch völlig falsch!)

Meine Damen und Herren, ich will auf weitere Punkte im Haushaltsstrukturgesetz nicht eingehen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das glaube ich! Glatteis!)

Es gibt aus meiner Sicht kaum vernünftige Alternativen zu diesem Haushaltsstrukturgesetz. Ich sage noch einmal: Wenn die Oppositionsfraktionen der Meinung sind, daß sie sich an der Aufgabe, Konsolidierung zu betreiben und auch Einsparungen vorzunehmen, beteiligen wollen, dann sind sie herzlich eingeladen. Das Streichkonzert ist in vollem Gang. Das ist nicht vergnügungssteuerepflichtig; das können Sie mir glauben. Ich lade die Opposition herzlich ein, sich daran zu beteiligen.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann nur sagen: Nur Mut, meine Damen und Herren!

(Abg. Brechtken SPD: Wir haben nicht einmal einen Haushaltsentwurf! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Wohin wollen Sie denn das Parlament einladen?)

– Der Haushaltsentwurf wird Ihnen rechtzeitig vorgelegt. Die Nachschiebelisten werden Ihnen rechtzeitig vorgelegt. Wir sind mitten in der Arbeit. Ich muß Sie bitten, sich noch ein bißchen zu gedulden.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Er legt keinen einzigen Sparvorschlag vor! – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Wir warten!)

– Wenn Sie mich ausreden lassen, Herr Kollege Kretschmann.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Wir können es nicht verhindern!)

Ich bin erst am Anfang.

Ich will zu dieser Haushaltskonsolidierung noch folgendes sagen: Es ist wahr, daß das Kürzen allein keine ausreichende Maßnahme ist. Es ist wahr, daß wir in diesem Haushalt den Versuch machen müssen, einen gestalterischen Willen, eine gestaltende Kraft deutlich werden zu lassen. Was heißt dies? Dies heißt, daß wir auf der einen Seite Prioritäten in diesem Haushalt setzen müssen. Aber wer ja sagt zu Prioritäten, der muß natürlich auch den Mut haben, Nachrangig-

(Pfister)

keit und Posterioritäten zu setzen. Genau daran, lieber Kollege Brechtken, fehlt es meines Erachtens, insbesondere bei der Opposition. Denn wer diesen Mut nicht hat, sondern nur dazu in der Lage ist, bei jeder Gelegenheit ein opportunistisches Trommelfeuer zu veranstalten, der versagt auch als Oppositionspolitiker.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Die Rede, die der Kollege Maurer heute morgen gehalten hat, war der Ausdruck einer tiefen finanzpolitischen Orientierungslosigkeit der Sozialdemokratischen Partei. Das will ich einmal sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Du mußt dir Mut zusprechen, gell?)

Ich habe von gestaltender Kraft gesprochen. Ich will versuchen, an einigen Beispielen deutlich zu machen, was in 18 Monaten bürgerlich-liberaler Koalition in dieser Hinsicht schon geschaffen worden ist.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das wissen wir!)

Zu den Personalkostenanteilen – darüber sind sich ja jetzt offensichtlich alle einig –: Wir kennen die Struktur unseres Haushalts: 56 % Personalkosten direkter und indirekter Art. Wenn Sie dann noch den Kapitaldienst mit einer Größenordnung von 16 bis 17 % hinzunehmen, wissen Sie anhand dieser Zahlen, wo eigentlich in diesem Haushalt Einsparpotentiale vorhanden sind.

Wir werden in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal real Personalstellen abbauen. Wir haben das 4 000-Stellen-Abbauprogramm aus der großen Koalition mit einem Abbau von 700 Stellen pro Jahr, und wir werden, Herr Kollege Kretschmann, in diesem Doppelhaushalt noch weitere Stellen abbauen, und zwar 1998 350 und 1999 250 Stellen, also insgesamt bis zum Ende dieser Legislaturperiode 2 350 Stellen. Wir werden diese Stellen abbauen, ohne daß die Schwerpunktbereiche tangiert werden. Das heißt, es gibt keine Stellenstreichungen im Bereich der Unterrichterversorgung – ganz im Gegenteil –, im Bereich der Polizei und auch nicht bei der Justiz. Für die Hochschulen gelten bekanntlich die Regelungen des Solidarpakts.

Wir treiben die Verwaltungsreform voran. Ein Instrument, mit dem vor allem die Modernisierung der Verwaltung gefördert werden soll, ist die Einrichtung eines Modernisierungsfonds, eines IuK-Fonds, aus dem alle Behörden Investitionsmittel erhalten, wenn sie in einer Zielvereinbarung nachweisen können, daß durch Investitionen Personal- und Sachmittel eingespart werden können. Ich halte dies für einen großen Fortschritt, Herr Kollege Kuhn – das ist eine alte Forderung der Liberalen –, denn ich glaube, daß nur auf diese Art und Weise mehr Kostentransparenz und mehr Kostenbewußtsein und damit auch mehr Leistungsbewußtsein, mehr Motivation und auch mehr Effizienz und mehr Wirtschaftlichkeit erreicht werden können.

Weil dies so ist, muß neben diesem Modernisierungsfonds auch die dezentrale Budgetverantwortung auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben auf diesem Gebiet schon einiges getan. Wir werden das weiterhin tun. Die dezentrale Budgetverantwortung muß Stück für Stück kommen. Nachdem am 1. Januar 1998 auch das geänderte Haushaltsgrundsatzgesetz des Bundes in Kraft treten wird, haben wir auch gesetzlich alle Möglichkeiten, die dezentrale Budgetverantwortung voranzubringen.

Ich nenne die Strukturen der Hochschulpolitik, die schon beachtlich verändert worden sind. Zum ersten Mal, Herr Kollege Kuhn, in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg gibt es bei den Hochschulen einen globalisierten Haushalt. Beispielsweise sind an der Universität Heidelberg von 170 bisherigen Einzeltiteln jetzt noch sieben übriggeblieben, die auch gegenseitig deckungsfähig sind und deren Ansätze ins nächste Jahr übertragen werden können. Ich halte das für einen wichtigen Fortschritt, genauso wie die Tatsache, daß wir längst vor dem Hochschulrahmengesetz Wettbewerbselemente für unsere Hochschulen entwickelt haben, beispielsweise beim Auswahlrecht der Studierenden bei den einzelnen Hochschulen. Wir haben die Experimentierklausel längst vor dem Hochschulrahmengesetz eingeführt und damit die Möglichkeit geschaffen, daß neue Leitungsstrukturen an unseren Hochschulen durchgesetzt werden können. Es war ein Vorschlag der FDP, jetzt an den Hochschulen sogenannte Hochschulkuratorien einzusetzen, die den großen Vorteil haben, auf diese Art und Weise die Fachaufsicht der Ministerien weitgehend ablösen zu können. Ich kann nach den Reaktionen dazu nur sagen: Alle Fraktionen sind damit einverstanden. Sie werden sehen, daß diese Hochschulkuratorien auch als ein Beispiel für mehr Autonomie, mehr Freiheit und mehr Verantwortung und damit auch für mehr Leistung und Effizienz durchgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, in der Hochschulpolitik gibt es kein Land, das im strukturell-reformerischen Bereich so viel getan hat wie Baden-Württemberg, und darauf können wir durchaus stolz sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Dann müssen eben Stellen im Hochschulministerium abgebaut werden! Das muß die Konsequenz sein!)

– Das ist überhaupt keine Frage, Herr Kuhn. Wenn bisher Aufgaben im Ministerium angesiedelt waren und diese jetzt durch den Abbau der Fachaufsicht an den Ort des Geschehens verlagert werden, muß dies selbstverständlich auch personalpolitische Konsequenzen haben, denn sonst könnten wir diese Veranstaltung bleibenlassen. Das ist keine Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Über die Hochschulmedizin möchte ich nichts mehr sagen. Ich kann Ihnen nur voraussagen, daß die Hochschulmedizin trotz allen Getöses hier im Landtag und draußen nach unserer Reform auch für andere Bundesländer ein Modell sein wird, und zwar für A- und für B-Länder. Das gleiche gilt für den Solidarpakt; darüber ist gesprochen worden. Beim Solidarpakt sind die finanziellen Grundlagen gelegt worden, um die Reformpolitik in der Hochschulpolitik

(Pfister)

durchzusetzen. Wir sind froh, daß wir diesen Solidarpakt haben, und ich weiß genau, daß wir von vielen anderen Bundesländer deshalb beneidet werden.

Ein weitere Punkt ist die Unterrichtsversorgung. Auch hier kann ich nur sagen: Baden-Württemberg braucht sich absolut nicht zu verstecken. Ich behaupte, daß es, vielleicht mit Ausnahme von Bayern, kein anderes Bundesland gibt, das so viel für die Unterrichtsversorgung tut wie Baden-Württemberg. Das beginnt damit, daß wir den Mut gehabt haben, zunächst für eine bestimmte Lehrergruppe die Arbeitszeit zu erhöhen. Das paßt durchaus in die Landschaft. Wir werden daneben ab 1998 flexiblere Arbeitszeiten für Lehrer einführen. Ich halte das für richtig. Wenn in der freien Wirtschaft das Prinzip gilt, daß in einer Zeit mit viel „Geschäft“ mehr gearbeitet werden muß als in einer Zeit mit wenig „Geschäft“, dann muß dieses Prinzip auch auf den Lehrerbereich übertragen werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden jedes Jahr 400 zusätzliche Stellen schaffen. Sie können sagen, daß dies pädagogisch vielleicht die Untergrenze ist, die man sich vorstellen kann, aber finanzpolitisch ist das die absolute Obergrenze. Kein Land leistet sich dies. Baden-Württemberg kann sich hier sehen lassen. Außerdem kommt noch die Besetzung aller freiwerdenden Stellen hinzu.

Ich will Ihnen ein offenes Wort sagen: Wenn all diese Maßnahmen tatsächlich nicht ausreichen sollten, die Unterrichtsversorgung gut und zufriedenstellend zu gewährleisten, wird es zwar nicht möglich sein, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen – das erlaubt der Haushalt nicht –, aber meine Fraktion hat dann den Mut, unorthodoxe Maßnahmen vorzuschlagen, zum Beispiel, daß die gesamte Lehrerfortbildung in Zukunft in der unterrichtsfreien Zeit, also in den Ferien, stattfindet.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden die Lehrerausbildung reformieren; darüber ist gesprochen worden. Es ist in der Tat nicht sinnvoll, junge Leute durch zwei Phasen einer Lehrerausbildung zu schleusen, um ihnen anschließend zu sagen: Sorry, wir brauchen euch nicht. 3 % unserer Justizreferendare kommen in den Staatsdienst, 35 bis maximal 40 % unserer pädagogischen Referendare in den Schuldienst. Das ist nicht sinnvoll. Wir brauchen daher eine Reform der Lehrerausbildung. Diese werden wir auch durchführen. Was wir im Augenblick mit dem Numerus clausus tun müssen, ist eine haushaltspolitisch notwendige Übergangsmaßnahme, bis diese Strukturreform gegriffen hat.

Meine Damen und Herren, sowohl in der Hochschulpolitik als auch in der Schulpolitik lassen wir uns in unseren Anstrengungen von niemandem übertreffen. Das Land Baden-Württemberg sagt: Schule, Ausbildung und Hochschule müssen Topthemen für uns sein. Forschung und Wissenschaft müssen Topthemen für uns sein. Denn von diesen beiden Bereichen hängen zukünftige moderne Arbeitsplätze entscheidend ab. Es bleibt dabei: Bildung und Ausbildung, Schule und Hochschule sind für die FDP/DVP, für

diese Landesregierung und für diese Koalition absolute Topthemen. Da lassen wir uns von niemandem etwas aufschwätzen. Das muß klar sein.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD:
Wieso demonstrieren die dann?)

Ich will ein Wort zum Wohnungsbau sagen, weil dieses Thema auch in der Diskussion ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Zu Recht!)

Es ist wahr, daß die Förderung des Wohnungsbaus abgesenkt worden ist.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Zu Recht!)

Insbesondere ist das Neubewilligungsvolumen zurückgegangen.

(Abg. Capezzuto SPD: Um wieviel?)

Aber – das ist der entscheidende Punkt – wir haben diese Förderung zugleich zielgenauer und auch effizienter gemacht. Der Schwerpunkt liegt jetzt – ich halte dies für richtig – auf der Eigentumsförderung, gerade für junge und kinderreiche Familien. Der Schwerpunkt liegt jetzt auf ökologischen Gesichtspunkten, indem wir beispielsweise die Niedrigenergiestandards praktisch für alle Neubauten eingeführt haben, die durch das Land gefördert werden. Wir haben auch die Fehlbelegungsabgabe verschärft – das war dringend notwendig – und nicht das getan, was etwa im rotgrünen Hamburg zu beobachten ist, daß nämlich diese Fehlbelegungsabgabe praktisch zur Bedeutungslosigkeit verkommt.

Also: Auch mit knappen Mitteln – das ist der Punkt; hier ist gefragt worden, wo unsere Einsparpotentiale sind; an der Wohnungsbaupolitik kann man das deutlich machen –, mit knappsten Mitteln kann man eine effiziente und erfolgreiche Wohnungsbaupolitik machen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Meine Damen und Herren, die Zukunftsoffensive geht weiter. Das will ich auch noch ansprechen. Wir haben in diesem Haushalt die zweite und die dritte Rate verankert. Diese Zukunftsoffensive „Junge Generation“ ist für die Zukunft des Wirtschafts-, aber auch des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg ganz wichtig. Weil ich davon überzeugt bin, daß wir in Zukunft weitere solche Initiativen brauchen, ich aber sehe, daß solche Initiativen nicht ohne weiteres aus den laufenden Haushaltsmitteln bezahlt werden können, steht die FDP/DVP-Fraktion nach wie vor dafür, so rasch wie irgend möglich Privatisierungserlöse zu erzielen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Niemand von uns wird einem Schnellschuß das Wort reden. Wir wissen ganz genau, daß hier hochkomplizierte steuerpolitische Probleme zu lösen sind. Wir wissen ganz genau, daß es auch strategische Fragen anzusprechen gibt; das ist ganz klar. Trotzdem sage ich: Wir von der FDP/DVP-Fraktion erwarten bei der Privatisierung zügige Lösungen. Wir hätten überhaupt nichts dagegen, wenn wir die

(Pfister)

Privatisierungsbemühungen noch einen Tick schneller an- gehen könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bünd- nis 90/Die Grünen: Sehr konkret!)

Meine Damen und Herren, wir hatten uns darauf verstän- digt – und jetzt komme ich zur Kritik, die vorhin hier ange- sprochen worden ist –,

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

den Haushaltsentwurf 1998/99 im Dezember im Parlament einzubringen. Damit mußte eigentlich für jeden klar sein, daß die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung vom No- vember dieses Jahres nicht in diesen Haushaltsentwurf ein- gearbeitet sein konnten. Das ist allein schon aus techni- schen Gründen überhaupt nicht möglich. Deshalb sage ich noch einmal zu Ihnen, Herr Kollege Kuhn: Es ist völlig klar, daß wir diese Anpassung nachliefern werden. Wir werden dies exakt in vier Wochen tun.

Aber eines will ich schon jetzt sagen: Ich habe genau zuge- hört, welche Vorschläge Sie gemacht haben. Sie werden sich wundern – das kann ich Ihnen jetzt schon sagen –, daß eine ganze Reihe dieser Vorschläge längst im Konzept vor- handen sind oder vielleicht noch eingearbeitet werden.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das kann man hinterher immer sagen! – Gegenruf des Abg. Kiel FDP/DVP: Das kann man nachweisen!)

– Das werden Sie dann überprüfen können. Das kann man auch nachweisen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal auf die Konsolidierungsbemühungen eingehen. Ich will einmal ganz naiv die Frage stellen: Warum fahren wir eigentlich diesen Sparkurs, diesen Konsolidierungskurs? Tun wir das aus Lust und Tollerei? Aus welchen Gründen tun wir uns das eigentlich an? Ist Sparen ein Selbstzweck? Nein, Spa- ren ist selbstverständlich kein Selbstzweck.

Ich will das an einer Zahl einmal verdeutlichen: Hätten wir ab dem Jahr 1995 – und seither ist der Wind rauher gewor- den – auf weitere Konsolidierungsmaßnahmen verzichtet, hätten wir heute schon überhaupt keine Spielräume mehr für unsere Haushaltspolitik.

Ich will sagen, was dies bedeutet: 1 Milliarde DM Neuver- schuldung würden etwa im nächsten Jahr und auch in den kommenden Jahren mindestens 60 Millionen DM Zinsen kosten. Jeder kann sich einmal ausrechnen, was man mit 60 Millionen DM Zinsen – haben oder nicht haben – durchführen kann. Hätten wir in der Vergangenheit nicht diese Politik betrieben, hätte dies bedeutet, daß wir keine Spielräume etwa für zusätzliche Lehrerstellen, etwa für den Solidarpakt mit den Universitäten, etwa für das CI-Pro- gramm und auch keine Spielräume etwa für den Hochwas- serschutz hätten. Das wäre die Konsequenz, und das ist auch der Grund,

(Beifall bei der FDP/DVP)

weshalb ich dafür bin, auch in der jetzt ganz schwierigen Situation nicht etwa die Zügel locker zu lassen, sondern

weiter anzuziehen. Ich glaube, daß Sparen, wie gesagt, kein Selbstzweck ist, sondern sich auch lohnt. Man sieht das an diesen Beispielen. Es lohnt sich, weil wir auf diese Art und Weise Haushaltsspielräume freimachen können.

Wir sollten uns nicht so verhalten, wie das in Bremen und im Saarland geschieht.

(Zuruf von der SPD: Schon wieder!)

Meine Damen und Herren, man muß das einfach einmal sa- gen: Bremen und das Saarland erhalten aufgrund ihrer Haushaltsnotlage Bundesergänzungszuweisungen. Deshalb werden diese Zuweisungen bezahlt. Sie bekommen diese Zulage als Entschuldungshilfe. Was ist geschehen? Diese Zulagen sind weitestgehend in den Konsum geflossen. Nie- dersachsen lebt heute mit einem verfassungswidrigen Haushalt. Ich kann nur sagen, daß Bremen, das Saarland und Niedersachsen schöne Länder sein mögen, aber ein Vorbild für eine seriöse Haushalts- und Finanzpolitik sind diese Länder mit Sicherheit nicht. Ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/ DVP: So ist es!)

Kollege Kuhn hat zu Recht darauf hingewiesen, was Kon- solidierung auch bedeutet, nämlich strukturelles Sparen. Dieses strukturelle Sparen muß zu einem Markenzeichen in diesem Haushalt werden. Die Strukturumstellungen, das heißt, der Umbau von Strukturen, größere Effizienz beim Verwaltungshandeln und die Überprüfung der Förderpro- gramme des Landes, müssen eigentlich zum Markenzei- chen dieser Haushaltspolitik werden. Es liegt nun in der Natur – das will ich auch einmal sagen – demokratischer Apparate, sich entsprechenden Veränderungsprozessen zu- nächst einmal zu widersetzen und auch Beharrungskräfte zu entwickeln. Wir müssen aber diese Widerstände über- winden.

Wir erwarten von unseren Ministerien, daß sie zweierlei tun. Sie müssen auf der einen Seite ein Konstruktionsbüro, aber gleichzeitig auch Maschinenraum für den Reformpro- zeß sein. Nur auf diese Art und Weise wird es möglich sein, mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb und auch mehr Leistung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, neben den aktuellen Sparmaß- nahmen, die wir ergreifen müssen, werden wir auf Sicht nur dann wieder zu einer vernünftigen Haushaltspolitik kommen, wenn die Strukturveränderungen, die strukturel- len Umbauten unserer Haushalte stattfinden. Deswegen noch einmal, Herr Kollege Kuhn – auch in diesem Punkt können Sie sich darauf verlassen –: Hier werden mit den Stichworten „Dezentrale Budgetverantwortung“ und „Mo- dernisierungsfonds“ neue Pfähle eingeschlagen. Das wird der Grundstein dafür sein, daß wir, vielleicht nicht heute, aber spätestens morgen, mit unserer Konsolidierungspolitik Erfolg haben werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Wort zum Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Es ist wahr, daß wir auch in diesem Jahr den Kommunen einiges abverlangen. Wir können darauf nicht verzichten.

(Pfister)

Die FAG-Umlage ist gesenkt worden. Dies bedeutet bei den Kommunen gegenüber 1997 eine geringere Belastung in Höhe von rund 65 Millionen DM. Auf den Rest konnten wir aber nicht verzichten.

Ich sage das deshalb: Wenn die Kommunen, die in einer ähnlichen Notlage sind wie das Land, in der Vergangenheit entsprechende Konsolidierungsanstrengungen gemacht haben und vor allen Dingen auch im Bereich der Budgetierung schon ein Stück weit weiter sind als das Land Baden-Württemberg, dürfen wir Sie natürlich nicht für diese Konsolidierungsanstrengungen bestrafen. Deswegen sage ich für die FDP/DVP-Fraktion klar, daß es über das hinaus, was im Haushaltsstrukturgesetz festgeschrieben worden ist, keine zusätzlichen Eingriffe in die Finanzmasse A geben kann und darf.

Das Haushaltsstrukturgesetz setzt im übrigen die Vereinbarung, die im Frühjahr zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden getroffen worden sind, punktgenau um. Sie wissen, was das bedeutet. Das bedeutet, daß ab dem Jahr 2000 zusätzliche Belastungen von 500 Millionen DM auf den Haushalt des Landes Baden-Württemberg wegen der Rückzahlung der Finanzausgleichsleistungen der Kommunen fällig werden. Aber gerade weil wir uns dazu verpflichtet haben und weil wir das bezahlen müssen, gibt es auch überhaupt keine Alternative zur Fortsetzung eines Konsolidierungskurses. Auch das muß in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte ebenfalls die im Haushalt eingesetzten Personaleinsparungen von 470 Millionen DM ansprechen. Ich kann überhaupt nicht diesen Defätismus verstehen, der hier verbreitet worden ist. Ich sage, daß ich von mir aus und die FDP/DVP-Fraktion von sich aus alles tun werden, damit diese 470 Millionen DM im Personaleinsparungsbereich auch tatsächlich realisiert werden können. Wir müssen nur den Mut haben, zweierlei zu tun.

Wir müssen zum einen sagen, was wir damit wollen. Ich sage ja dazu, daß es auch im öffentlichen Dienst zu einer beschränkten Absenkung von Weihnachtsgeldern kommt. Dazu stehen wir. Ich sage ja dazu, daß es etwa auch zu Kürzungen bei Anwärterbezügen kommt, und ich sage ja dazu, daß es im einen oder anderen personalpolitischen Bereich noch zu Absenkungen kommt. Dazu sagen wir ja. Aber dies allein genügt ja nicht.

Es ist zum anderen wichtig, Herr Kollege Kuhn und Herr Kollege Maurer: Wenn wir diese 470 Millionen DM erreichen wollen, dann muß eben jeder an seiner Stelle, in den A-Ländern, in den B-Ländern und beim Bund, dafür werben, daß diese Einsparungsmöglichkeiten auch tatsächlich realisiert werden. Ich lasse ein Argument nicht zu, nämlich das Argument, daß im nächsten Jahr Wahlen seien.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Es sind immer Wahlen!)

Meine Damen und Herren, wir sind in der Zwischenzeit an einem Punkt gelandet, an dem es uns eigentlich Wurst sein sollte, ob eine Bundestagswahl oder eine Landtagswahl stattfindet. Wir dürfen nicht darauf schielen, sondern wir

müssen in der Zukunft konsequent darauf schielen, daß wir unabhängig von Wahlterminen unseren Haushalt in Ordnung bringen. Das wird unsere Aufgabe sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Rapp REP – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Ausgerechnet die FDP! Ich lache mich tot! – Abg. Dr. Repnik CDU zu Abg. Maurer SPD: Maurer, klatsch! – Zurufe der Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen und Deuschle REP)

Ich habe jetzt eine ganze Reihe von Strukturmaßnahmen angesprochen, die wir für diesen Haushalt dringend brauchen. Ich will hinzufügen, daß uns dies alles nicht ersparen wird, auch das harte Graubrot der ganz konkreten Einsparungen zu essen. Das werden wir tun. Dazu werden Sie in vier Wochen die entsprechenden Nachschiebelisten bekommen.

(Abg. Maurer SPD: Ja, ja!)

Ich bin davon überzeugt, daß wir das schaffen können, allerdings nur dann, wenn wir den Mut haben, auch in den eigenen Reihen – das geht jetzt einmal an die eigene Brust – dafür zu sorgen, daß Ressortegoismen abgebaut werden und nicht mehr vorhanden sind, wenn wir den Mut haben, Reservate abzubauen, und wenn wir den Mut haben, zu sagen: Es gibt eigentlich keine Tabubereiche.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wenn wir dies schaffen, bin ich guter Hoffnung, daß wir Ihnen in vier Wochen eine auch von Ihnen akzeptierte Nachschiebeliste vorlegen können.

Ich will noch einmal sagen, auf was es ankommt. Ich meine, es kommt darauf an, daß wir mit Strukturmaßnahmen und mit Schwerpunktbildungen die Zukunftsfähigkeit des Landes sichern, aber gleichzeitig alles tun, um den Abfall in Richtung Schuldenfalle zu verhindern. Beide Aufgaben sind schon für sich genommen schwer genug. Wenn Sie das in der Kombination machen müssen, dann ist es noch schwerer. Wir werden das schaffen. Ich sage Ihnen das voraus.

Diese Landesregierung wird den Mut und die Kraft aufbringen, zusammen mit den Koalitionspartnern, dafür zu sorgen, daß dieser Haushalt ein seriöser Haushalt ist, und zwar nicht etwa nur im Interesse dieser Regierung und nicht etwa nur im Interesse dieser Koalition, sondern auch im Interesse der Menschen in Baden-Württemberg, die einen Anspruch darauf haben, daß auch in Zukunft in schwierigster Zeit eine seriöse und vernünftige Haushaltspolitik gemacht wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß das Präsidium entschieden hat, heute durchzutagen und keine Mittagspause vorzusehen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Haas CDU: Unglaublich! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Fehlentscheidung!)

(Stellv. Präsident Birzele)

– Ich verstehe, wenn teilweise Unmut geäußert wird. Diese Frage ist aber im Präsidium besprochen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich war dagegen! Ich war für Mittagspause! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das hält man einmal aus! – Weitere Zurufe)

und so, wie ich gerade gesagt habe, entschieden worden.

Das Wort erhält Herr Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 1998/99 weist bereits jetzt eine Deckungslücke von mindestens 1,6 Milliarden DM auf. Erstens existieren laut Steuerschätzung vom November für 1998 schon jetzt 1,2 Milliarden DM Steuermindereinnahmen, und zweitens kommen weitere 470 Millionen DM hinzu, die bereits als Einsparsumme im Haushaltsplan berücksichtigt sind. Wir wissen aber, daß die gesetzliche Grundlage dafür, die aus Bonn kommen muß, noch fehlt. Wer davon ausgeht, daß nun im Wahljahr diese gesetzliche Grundlage kommt, den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes Weihnachtsgelder zu kürzen oder sie ihnen zu nehmen, der wird sich täuschen. Man wird versuchen, dies auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben.

(Beifall bei den Republikanern)

Dann ist das eben im Haushalt für 1998 nicht mehr realisierbar.

Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß es wohl nicht bei der geplanten Nettoneuverschuldung von rund 1,72 Milliarden DM bleiben wird, sondern daß die Regierung wohl eher an die 3-Milliarden-DM-Grenze herankommen wird. Das scheint Realität zu sein.

Dies dann aber als „Politik der Haushaltskonsolidierung“ zu verkaufen, ist aus meiner Sicht eine dreiste Frechheit. Noch nie wurden in diesem Land so viele soziale Einschnitte gemacht, und noch nie waren hier die Defizite und die Neuverschuldung so groß. Es ist ein neues Rekordhoch entstanden, und das sollte man zugeben.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir beklagen seit Jahren, daß sich der Finanzminister immer wieder auf hohe Steuereinnahmen verläßt, seine Hoffnungen zu hoch ansetzt – er rechnet mit Steuereinnahmen, die ins Reich der Phantasie gehören, aber nichts mit der Realität zu tun haben – und bei der Haushaltsaufstellung die Fehler der Vorjahre ins neue Jahr hereingezogen werden.

Es ist auch immer die gleiche Taktik, die angewendet wird: Man beschließt erst einmal im Hauruckverfahren, und im Lauf des Haushaltsjahres stellt man dann kurz vor den Sommerferien fest: Jetzt reicht es nicht ganz. Dann läßt man es bis zur Oktoberdebatte laufen, und dann wird der Landtag praktisch genötigt, Entscheidungen zu treffen, die er vorher nicht ohne weiteres getroffen, sondern ausdiskutiert hätte. Das Ganze wird von der Taktik her immer als unvorhersehbares Vorkommnis verkauft. Das ist die Taktik dieser Landesregierung, Politik zu machen, aber das ist falsch.

(Beifall bei den Republikanern)

Bei einer Vielzahl von Steuern wird von einer Zunahme ausgegangen, die überhaupt nicht realisierbar ist. Dies sollte bei den Beratungen nach unten korrigiert werden, damit die Haushaltslöcher am Schluß nicht zu groß ausfallen.

Meine Damen und Herren, wir sollten bedenken: Selbst wenn 1998 oder 1999 zu Jahren des Wirtschaftswachstums werden würden, würden wir zuerst noch eine Lawine von Verlustvorträgen vor uns herschieben, die ja bei der Steuerzahlung berücksichtigt werden müssen. Erst danach wären wir wieder soweit, daß wir konkrete Mehreinnahmen hätten. Das sollten wir wirklich einmal zugeben. Ein Jahr Wirtschaftswachstum bedeutet nicht automatisch, daß wir über mehr Steuern verfügen, sondern wir brauchen zwei oder drei Jahre, bis das zutrifft.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das hat damit nichts zu tun!)

– Natürlich hat das viel damit zu tun, Herr Kuhn. Wir müssen liquide bleiben.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein, das ist strukturelle Entkoppelung! – Gegenruf des Abg. Deuschle REP)

– Herr Kuhn, reden Sie doch nicht vom Pferd, wenn Sie nicht reiten können.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Lesen Sie mal die Bundesbankberichte!)

Es bleibt die berechtigte Frage, warum die Landesregierung erst im Dezember überhaupt einen Haushaltsentwurf vorlegt, der auf den Mai-Zahlen basiert. Das ist doch falsch. Es wird aber offensichtlich überhaupt nicht gewünscht, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, sondern man versucht meiner Meinung nach, die Zeiträume so eng zu gestalten, daß die Regierung alles durchpeitschen kann, wie es ihr paßt.

Der Herr Finanzminister hat in der letzten Woche davon gesprochen, daß wir eine schlechte Inlandsnachfrage haben, die zu wünschen übrig läßt. Das ist richtig. Aber, Herr Finanzminister, fragen Sie sich doch einmal: Was tut Bonn, und was tut Stuttgart, damit diese Inlandsnachfrage besser wird? Die Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt ist zum Beispiel doch genau ein Totschlagsargument. Wir haben dann 1 % weniger Kaufkraft in diesem Land.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Stimmt doch nicht!)

Das ist doch Fakt, wenn diese Steuererhöhung kommt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Nein, stimmt doch nicht!)

– Natürlich haben wir die.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Sagen Sie, was ist das für ein Geschwätz!)

Die Gründe, die Sie anführen, können noch so gut sein, wenn man zum Beispiel die Rentenversicherung vor-

(Rapp)

schiebt. Aber die Rentenversicherung ist im Prinzip durch die Beiträge der Beitragszahler abgedeckt. Die Rentenversicherung hat nur deshalb Probleme, weil daraus fremde Leistungen mit erstattet werden müssen. Das ist doch das Problem. Das sollten Sie zugeben und nicht den „Sozialen“ mimen und es über eine Mehrwertsteuererhöhung machen, die die Rentenempfänger ja am meisten belastet.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch nicht!)

– Das stimmt, Herr Kuhn.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben einen Haufen Sachen ohne Mehrwertsteuersatz und einen Haufen Sachen mit halbem! Es gibt doch viele Produkte, die haben den halben Satz, und es gibt Dienstleistungen, die ganz ohne Mehrwertsteuer sind!)

– Dann kommen wir eben auf eine Preissteigerung von 0,8 %. Aber auch das ist bei 0,61 % Rentensteigerung überhaupt nicht möglich. Denken Sie doch einmal nach, Herr Kuhn.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die Mehrwertsteuer trifft die mittleren Einkommen!)

Sitzen Sie nicht immer auf dem hohen Roß. Denken Sie an die Leute, die unter so etwas leiden. Das wäre viel wichtiger für Sie.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Landesregierung spart zum Beispiel bei absolut unbedeutenden Posten. Sie spart den Essenzuschuß von 1 DM pro Tag für öffentlich Bedienstete ein. Sie spart beim Kleidergeld für Polizeibeamte, die ihren Dienst in Zivil zu versehen haben. Sie vergißt aber: Wenn dieses pauschale Kleidergeld nicht mehr geleistet wird, wird es möglicherweise auf andere Weise zu Schadenersatz für diese Polizeibeamten in Zivil kommen. Diese Bürokratie würde vermutlich wesentlich teurer als 1,9 Millionen DM.

Die Landesregierung greift erneut in den Topf der Feuerwehren, anstatt gerade in Baden-Württemberg die Binnenwirtschaft ein Stück weit anzukurbeln. Denn es würde uns in diesem Land gut tun, wenn man der Feuerwehr Investitionen ermöglichen würde.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Tun wir doch! Wissen Sie, was wir den Feuerwehren geben?)

– Sie haben ihnen letztes Jahr mehr genommen als dieses Jahr. Nun kommen Sie sich schon großzügig vor, Herr Pfister. Das ist doch keine anständige Politik, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Mit der Abschaffung der Ministerialzulage werden vielen Beschäftigten im öffentlichen Dienst weitere Einschnitte auferlegt, obwohl diese Bediensteten schon genug „gebeutelt“ sind. Es wird bereits überlegt, wo man noch weiter kürzen kann. Nun hätte man letzte Woche, als die Ände-

rung des Ministergesetzes beraten worden ist, wirklich etwas tun können. Man hätte nämlich einen Akt der Solidarität mit den Angehörigen des öffentlichen Dienstes leisten können. Das wäre ordentlich gewesen. Ich werde nachher noch einmal darauf eingehen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Es ist schön, wenn Sie eingehen!)

Die Maßnahmen, die Sie einseitig bei den Beamten, Angestellten, Hausmeistern usw. in den Ministerien und beim Landtag ergreifen, führen zu einem Motivationsverlust und bringen am Schluß nichts Deutliches.

Viel wichtiger wäre es gewesen, eine wirkliche Verwaltungsreform anzukündigen und zu realisieren. Wir vermissen dies, Herr Pfister. Wir sind der Meinung, daß in einer Zeit der kurzen Wege ernsthaft darüber nachgedacht werden muß – nicht immer irgendwo 2 oder 3 % streichen –, an die Regierungspräsidien heranzugehen.

(Vereinzelt Beifall bei den Republikanern – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Alle auf einmal!)

Da sollten wir etwas entwickeln, was sich spätestens in zehn Jahren ausgezahlt hat. Ich weiß, daß das nicht auf einmal geht.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Machen wir doch! Lesen Sie Zeitung! – Abg. Pfister FDP/DVP: Machen wir doch!)

– Das tun Sie nicht ausreichend. Andernfalls wäre Ihr Haushalt besser.

(Vereinzelt Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sollten ernsthaft prüfen, ob wir nicht auf ein Ministerium verzichten können.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe die Weisheit nicht gepachtet und möchte mich jetzt nicht absolut festlegen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Haben wir doch gemacht!)

Aber ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß Fachleute prüfen, ob man das Wirtschaftsministerium nicht zusammen mit dem Landwirtschaftsministerium führen könnte, ob es, nach eingehender Prüfung, vielleicht sogar möglich wäre, das Wirtschaftsministerium zusammen mit dem Sozialministerium zu führen – das wäre auch eine Möglichkeit, über die sich nachzudenken lohnt, Herr Kollege Repnik –,

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

oder – Herr Kuhn hat es heute schon betont – ob man das Kultus- und das Wissenschaftsministerium eines Tages nicht zusammenführen sollte, um von oben einen Teil der Kosten zu reduzieren, was sich auf Dauer auszahlen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

(Rapp)

Der Finanzminister hat sich in seiner Haushaltsrede darüber beklagt, daß sich die Steuereinnahmen vom Wirtschaftswachstum abkoppeln würden. Das ist richtig. Mit dieser Einstellung hat er zwar recht, aber er selbst sowie die gesamte Landesregierung waren doch leidenschaftliche Verfechter der Globalisierung und des offenen EU-Markts.

Wenn wir heute beklagen, daß sich das Steuerwachstum vom Wirtschaftswachstum abkopple, dann doch nur aufgrund der Tatsache, daß zwar verkauft wird, aber Steuern dort erwirtschaftet, dort bezahlt werden, wo sie niedriger als in diesem Land sind. Das müssen wir eingestehen. Wir können doch nicht immer so tun, als würde draußen nichts geleistet und als würden die Leute nichts bringen. Nein, hier wird etwas geleistet, und anderswo, wo die Steuern halb so hoch sind wie bei uns, werden die Steuern bezahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Unter diesem Globalisierungs- und Europadruck leiden wir eben.

Es ist doch schon heute als Nachteil zu bezeichnen, wenn man seine Firma, sein Unternehmen in Baden-Württemberg hat. In unseren Nachbarländern, zum Beispiel im Elsaß, sind die Steuern niedriger, sind die Arbeitskosten im allgemeinen günstiger, Baugrundstücke kosten nur einen Bruchteil dessen, was sie hier kosten, und für Neugründer gibt es erhebliche Subventionen, die wir in Baden-Württemberg gar nicht kennen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Warum gehen dann die Republikaner nicht nach Frankreich?)

Herr Kollege Drautz, wem sollten wir es denn verdenken, wenn er diese Chance, die man ihm bietet, annimmt, wenn er nicht selbst standortgebunden ist und hier so große Probleme hat?

Zum nächsten Problem, Steuerdumping in Europa: Wir wissen doch, daß in den Ländern unterschiedliche Bedingungen vorherrschen und nicht jeder in dem Land bleibt, in dem er die ungünstigsten Bedingungen hat. Die Leute gehen vielmehr dorthin, wo sie eine Chance haben, zu überleben. Wem wollen Sie es verdenken, wenn er das tut, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben? Wenn er es nicht tut, dann geht es ihm so wie Hunderten von Goldschmieden in Pforzheim; dann wird er eines Tages von der Bildfläche verschwinden und seine Firma auflösen müssen. Die, die ihre Produktion in andere Länder verlagert haben – das tut mir als jemandem, der von dort kommt, persönlich sehr leid –, haben einen Boom erlebt, weil sie eine Mischkalkulation machen können. So ist es leider.

Sie, meine Damen und Herren, schaffen Rekorde an Schulden – wir gehen ganz schnell auf die 60-Milliarden-DM-Marke zu –, und Sie schaffen Rekorde bei den Arbeitslosenzahlen.

Die EU wird uns zum Beispiel in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich noch mehr kosten als bisher. Die Entscheidung, Polen und anderen osteuropäischen Entwicklungsländern erst einmal eine Infusion aus dem europäischen Tropf zu geben, wird den Fast-allein-Finanzierer der EU Deutschland weitere Milliarden kosten.

(Beifall bei den Republikanern)

Schon jetzt rechnen Experten damit – nicht die Republikaner, sondern Experten rechnen damit –, daß die Agrarwirtschaft in Polen die EU rund 40 Milliarden DM kosten wird.

(Abg. Krisch REP: Pro Jahr!)

– Pro Jahr. – Da Deutschland rund 60 % des EU-Haushalts zu bestreiten hat, sind das laut Adam Riese zirka 24 Milliarden DM, die allein durch den Beitritt Polens jährlich auf Deutschland zukommen werden.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Ich habe darauf gewartet, daß Sie auf die Ausländer zu sprechen kommen!)

– Herr Kollege Repnik, es kommt noch viel besser. Sie müssen auf dieses Thema bei mir nie warten. Das kommt auf jeden Fall; darauf können Sie sich verlassen. Das ist sicher.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Repnik CDU: Es ist nur eine Frage der Zeit!)

Daß die Türkei nicht in den engeren Kreis der EU-Aspiranten aufgenommen wird, ist aus Sicht anderer europäischer Staaten verständlich; die Probleme, die diese Ablehnung mit sich bringt, wird aber zumindest zu einem großen Teil Deutschland zu lösen haben. Wir müssen befürchten, daß die radikale Islamisierung in der Türkei fortschreitet und ein großer Teil der Probleme, die diese radikale Islamisierung mit sich bringt, nach Deutschland hineingetragen werden, in die Moscheen zum Beispiel, die ja alle mit Ihrer Zustimmung und dazu auch noch mit Subventionen so schön entstanden sind.

(Abg. Sieber CDU: Das ist zulässig wegen der Religionsfreiheit! Die ist im Grundgesetz garantiert!)

Eine Steuerreform ist lange überfällig. Aber wo ist diese Steuerreform? Es müßte im übrigen eine sein, die darauf abzielt, daß der Bürger real entlastet wird. Das müßte das Ziel sein.

(Beifall bei den Republikanern)

Die von der SPD geforderte kostenneutrale Steuerreform nützt niemandem etwas,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist eine Umverteilung!)

sondern eine Steuerreform nützt nur dann etwas, wenn der Staat bereit ist, weniger zu nehmen, damit mehr beim Bürger verbleibt. Das muß das Ziel sein, um vorwärtszukommen. Aber dank des Bonner Altparteienkartells ist nichts zustande gekommen und wird auch nichts zustande kommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Weshalb ist nichts zustande gekommen?)

Leider wird es auch so sein, daß so mancher auf gepackten Koffern sitzt und seine Aktivitäten ins Ausland verlagern wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sagen Sie mal, weshalb nichts zustande gekommen ist!)

(Rapp)

– Ich weiß, warum nichts zustande gekommen ist. Ich weiß, daß die SPD dafür die Hauptverantwortung zu tragen hat. Aber offensichtlich hat man die ganze Sache auch nicht ernsthaft genug beraten, weil man sich nicht ernsthaft genug vorbereitet hat. Das wird der Kernpunkt sein.

(Beifall bei den Republikanern – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Repnik CDU: Hallo!)

Der Finanzminister hat in der letzten Woche in seiner Haushaltsrede davon gesprochen, daß sich derjenige, der sich einer Steuerreform verweigere, an der Jugend und an den Arbeitslosen versündigt. Aber ich meine, wer in Bonn Steuererhöhungen, Mehrwertsteuererhöhungen und Abgabenerhöhungen und damit faktisch Strompreiserhöhungen beschließt, der versündigt sich genauso. Ich kann nur eines sagen: CDU, SPD, Grüne oder FDP – diese Namen stehen für Steuererhöhungsparteien, für sonst nichts.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und Sie stehen für Ausländerfeindlichkeit! Ist das besser?)

Die Rentner dieses Landes, deren Rentenhöhe sich nicht mehr an der Lebensleistung des Versicherten orientiert, sind wieder einmal die Betroffenen. Sie müssen das Gefühl haben, Almosenempfänger zu sein. Das ist in diesem Land leider zur Realität geworden.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das stimmt aber auch nicht!)

Der Umgang mit den alten Menschen, mit der älteren Generation, welche aus meiner Sicht die Wertschätzung von uns allen verdient hat,

(Beifall bei den Republikanern)

ist meiner Meinung nach ein politischer Skandal. Das Ministergesetz war doch ein Beweis dafür, was Sie von diesen Leuten halten. Sie zahlen sich nach fünf Jahren 45 %, und ein Rentner muß froh sein, wenn er nach 40 Jahren 45 % seines früheren Einkommens erhält.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist doch der Unterschied. Daran ist doch wirklich der Unterschied erkennbar, was man davon hält.

(Abg. Sieber CDU: Wollen Sie, daß ein Minister auch 40 Jahre bleiben muß?)

Minister fordern, mit 55 Jahren in Ruhestand zu gehen, und von den Frauen verlangt man, daß sie bis zum Alter von 65 Jahren arbeiten. Das ist doch der qualitative Unterschied. Wie denken Sie denn über die Leute?

Beim Notopfer Krankenhaus stellt sich die gleiche Frage. Unter dem massiven Protest der Bevölkerung ziehen Sie hier eine Sache durch, die draußen nicht vertretbar ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist nicht vertretbar, am Ende des Jahres jemandem in die Tasche zu greifen und zu sagen, jetzt müsse noch einmal bezahlt werden.

Warum sind denn die Kosten so hoch? – Das weiß doch jeder.

Das nächste Problem betrifft die Arbeitslosen. Was wird denn in diesem Land gegen Arbeitslosigkeit getan? – Ich könnte Ihnen jetzt kein Programm sagen, Herr Ministerpräsident, das wirklich die Chance bietet, zu greifen, um das, was Sie vorhaben, mittelfristig umzusetzen.

Herr Maurer diskutiert natürlich über den von ihm befürworteten zweiten Arbeitsmarkt. Aber wer den zweiten Arbeitsmarkt aufmöbelt, der gefährdet meiner Meinung nach auch den ersten. Es ist sinnlos, hier zu weitreichende Förderung zu betreiben. Damit erreichen wir manchmal Kostenverschiebungen von Kommunen hin zur Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg oder auch in andere Richtung, aber das bringt uns nichts.

Wir brauchen mehr Aktivitäten der Landesregierung, um auf diesem Gebiet etwas zu erreichen, vor allem vor dem Hintergrund des gesicherten Wissens, daß eben von Bonn keine Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit eingeleitet werden.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Repnik CDU: Jetzt machen Sie doch mal Vorschläge!)

– Jetzt warten Sie doch ab. Ich habe noch ein paar Minuten, Herr Kollege.

Die Erhöhung des Wasserentnahmegeldes für Industrie- und Energieversorgungsunternehmen –

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– Dazu kommt noch etwas, Herr Kuhn, keine Angst. Sie kommen auch noch an die Reihe.

Die Erhöhung des Wasserentnahmegeldes für Industrie- und Energieversorgungsunternehmen ist aus unserer Sicht falsch. Gerade im Zeichen des liberalen Strommarkts, in dem der Konkurrenzkampf kommt, schaffen Sie hier eine Abgabe, die sonst nirgendwo in Europa bezahlt wird, vor allem nicht bei den Hauptkonkurrenten. Sie bringen diese Stromwirtschaft in dem Moment massiv unter Druck, in dem sich der Markt in Europa öffnet. In dem Augenblick, in dem diese Unternehmen der Konkurrenz ausgesetzt sind, bringen Sie sie unter Druck.

Zum Länderfinanzausgleich: Sie sprechen seit fünfeinhalb Jahren, seitdem ich im Landtag bin, Herr Ministerpräsident, ohne Pause vom Länderfinanzausgleich, darüber, wie unzufrieden Sie damit sind und daß Sie aber in Kürze eine Entscheidung treffen, weil Baden-Württemberg absolut benachteiligt ist.

Es muß eine Entscheidung fallen. Ich denke, wenn es genügend Gründe gibt, eine Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich einzureichen, dann sollten wir nicht warten, sondern dann muß das jetzt geschehen,

(Beifall bei den Republikanern)

denn jetzt fehlen uns diese Milliarden, die ins Saarland oder auch in die neuen Bundesländer gehen, die dorthin gehen, wo manchmal mit dem Geld nicht so vorsichtig wie in

(Rapp)

Baden-Württemberg umgegangen wird, und nicht erst in zehn Jahren. In zehn Jahren haben wir, wenn wir so weitermachen, weitere 25 Milliarden DM Schulden allein wegen des Länderfinanzausgleichs.

Oder wollen Sie sich vielleicht das Hintertürchen noch offenhalten? Wollen Sie sagen?: Wenn wir Baden-Württemberg weiter so herunterwirtschaften, dann könnte es ja sein, daß wir eines Tages einmal vom Saarland selbst über den Länderfinanzausgleich Mittel erhalten, weshalb wir es so belassen sollten. Eine Entscheidung hierüber, Herr Finanzminister, muß doch fallen. Wir können eine Entscheidung über eine Verfassungsbeschwerde doch nicht immer weiter vor uns herschieben.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben zum Beispiel nicht das Recht, die Kosten für unseren heutigen Lebensstandard, der zumindest zum Teil durch Schulden finanziert wird, auf unsere Enkel und unsere Urenkel abzuwälzen, sondern wir selbst stehen in der Pflicht, unseren Nachkommen mindestens das zu hinterlassen, was wir von unseren Eltern erhalten haben.

Wenn wir jetzt über die Schuldenpolitik dieses Landes reden, dann sollten wir natürlich auch über die Ausgabenpolitik des Landes sprechen. Ich möchte zumindest in einem kurzen Überblick ein paar Vorschläge, die wir als Sparmöglichkeiten für sinnvoll halten, vortragen.

Wir Republikaner halten es für keine landespolitische Aufgabe, Entwicklungshilfe für die ganze Welt zu bezahlen, sondern wir denken, daß dies eine typische Bundesaufgabe ist. Wir halten es für generell falsch, 10 Millionen DM allein aus dem Wirtschaftshaushalt in Entwicklungshilfeprojekte zu investieren.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie sollten sich für diese Position schämen!)

Wir halten das aber auch für falsch, weil wir uns nicht in der Pflicht sehen, in Afrika Emanzenprojekte zu finanzieren, die hier in Deutschland schon gescheitert sind.

(Lebhafter Beifall bei den Republikanern)

Lassen Sie die Afrikaner Mann sein, und lassen Sie die Afrikaner Frau sein,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie sollten sich schämen! Schämen Sie sich!)

aber tragen Sie ihnen Ihre rotgrünen Unarten nicht ins Land. Das brauchen die am wenigsten.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, die 20 Millionen DM Entwicklungshilfe, die Sie insgesamt in den Jahren 1998 und 1999 zu bezahlen beabsichtigen, würde ich lieber bei deutschen Familien angelegt sehen. Da wäre das wesentlich sinnvoller. Diese hätten etwas davon und würden später auch wieder etwas davon zurückzahlen. Das ist die Aufgabe von uns Politikern.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Repnik CDU: Wir leben doch in der einen Welt!)

– Herr Kollege Repnik, ich erinnere nur an ein Projekt, in das wir im Laufe der Jahre Millionen investiert haben: Burundi. Was ist denn daraus geworden? Ein Kriegsschauplatz und sonst überhaupt nichts. Das ganze Geld wurde doch kaputtgemacht, und es ist nichts zurückgekommen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist unerträglich! Jetzt wird es wirklich unerträglich!)

– Das mag unerträglich sein, aber es ist eine unerträgliche Wahrheit, Herr Kuhn.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist eine ungeheure Sauerei! Sie wissen ja gar nicht, was mit den Mitteln geschehen ist! – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Aber Sie wissen es! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Ja, wir wissen es, weil wir sie bewilligt haben und vorher der Herr Dr. Geisel auch dort war! Sie wissen überhaupt nicht, von was Sie reden! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Rapp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Glück?

Abg. Rapp REP: Am Ende meines Vortrags, aber jetzt nicht.

9 Millionen DM jährlich für die Landeszentrale für politische Verblendung, meine Damen und Herren, sind nicht hinnehmbar. Kein Mensch weiß draußen, was dort gemacht wird, aber 9 Millionen DM fließen jährlich in diese Gesellschaft hinein. Wir nehmen das nicht hin.

Die Landesvertretung in Berlin – mein Kollege Huchler hat darauf hingewiesen – läuft uns in den Kosten davon. Ist es denn notwendig gewesen, dort einen solchen Prunkbau zu errichten? Hätten wir es nicht eine Nummer bescheidener machen sollen, der Bevölkerung einmal vorleben, daß man auch einmal mit etwas Normalem zufrieden sein kann und daß es nicht immer gleich Luxus pur sein muß? Das haben wir doch im Finanzausschuß schon besprochen, als dieses geplante Projekt vorgestellt wurde. Ich halte es für falsch, dieses Projekt durchzuziehen. Das muß nicht sein. Das wird wirklich von der Bevölkerung nicht angenommen.

Ich halte es für falsch, Geld in Fixerstuben zu investieren. Ich denke, wenn Geld in Suchthilfe investiert wird, dann muß es für eine Maßnahme sein, um wirklich von der Sucht wegzukommen. Aber ich sage Ihnen auch: Auf diese Hilfe kann jemand nur einmal im Leben Anspruch haben

(Lachen der Abg. Helga Solinger SPD)

und nicht zehnmal oder sooft er will. Wir sind es dem Steuerzahler schuldig, daß wir sparsam mit seinem Geld umgehen. Das sind keine Kurkliniken.

(Beifall bei den Republikanern)

Das sind Kliniken, die bei den Patienten den Willen voraussetzen, überhaupt gesund zu werden. Wenn jemand diesen Willen nicht hat, dann muß er es eben eine Nummer bescheidener nehmen.

(Rapp)

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Was machen wir dann mit dem? – Abg. Dr. Repnik CDU: Heißt das „verrecken lassen“, Herr Rapp? – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sagen Sie mal: Was machen wir dann mit dem? Knast oder was? Zynisch!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bekundet im Einzelplan 03 ihren politischen Willen, für 383 Millionen DM Asylbewerber in diesem Land zu beherbergen. Sie setzt dagegen 4 Millionen DM für die Rückführung dieses Personenkreises ein. Das ist zwar weniger als im Vorjahr, aber im Laufe des Nachtrags wird es mit Sicherheit wieder mehr werden. Dann sind wir wieder dort, wo wir waren. Sie lassen in Ihrer Politik und in Ihrem Handeln überhaupt keinen Willen erkennen, dieses Problem einmal zu lösen. Sie betrachten es als Dauerlösung, daß diese Asylbewerber, diese Bürgerkriegsflüchtlinge hier leben; aber Sie sind nicht gewillt, etwas dagegen zu tun.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Repnik CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Dr. Schlierer REP: Das müssen dann Private machen!)

Noch immer leben 37 000 sogenannte Bürgerkriegsflüchtlinge in diesem Land.

(Abg. Weimer SPD: Wieso „sogenannte“?)

– Weil es dort keinen Bürgerkrieg gibt, sind es sogenannte.

(Abg. Weimer SPD: Jetzt nicht mehr! Aber es gab einen! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aber es gab einen, oder?)

Sie leben hier, obwohl dieser Personenkreis alljährlich im Sommer im Urlaub nach Hause fährt, seine Urlaubszeit dort verbringt, sich dort wohlfühlt und nach Deutschland zurückkommt

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das stimmt doch auch nicht!)

und von den sozialen Errungenschaften dieses Landes profitiert.

(Abg. Weimer SPD: Das ist eine schlimme Lüge!)

Der Wunsch nach einer freiwilligen Rückkehr ist nicht in Erfüllung gegangen.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Die kroatischen Flüchtlinge sind auch alle zurückgegangen!)

Wir müssen heute erleben, wie das soziale Netz unseres Landes geplündert wird, anstatt wirklich Bedürftigen einen sicheren Rückhalt für die Not bieten zu können.

(Beifall bei den Republikanern)

Der Wunsch nach einer freiwilligen Rückkehr dieses Personenkreises ging aber schon deshalb nicht in Erfüllung, weil es sich bei den hier lebenden Bosniern um intelligente Menschen handelt, die doch um Gottes willen nicht so verrückt sein werden, freiwillig in ihr Heimatland zurückzukehren, wenn sie dort als Arbeitslohn ein Zehntel der Sozialhilfe hierzulande bekämen. Das werden sie doch nicht machen.

Unser sehr geehrter Herr Innenminister brüstet sich damit, er habe seit Januar 203 Bosnier von 50 000 abgeschoben, davon seien aber 83 Straftäter gewesen. Wenn wir mit der Abschiebung so weitermachen, wird es noch 40 Jahre dauern, bis wir fertig sind.

Da entrüsten sich die grüne und die rote Fraktion darüber, daß eine 16jährige, die illegal mit Schlepperbanden in dieses Land eingereist ist, dieses Land nach Jahren wieder verlassen muß.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Herr Kuhn, wenn Sie und die Grünen und Sie, Herr Maurer, und die SPD nichts anderes zu tun haben, sind Sie wirklich in einer glücklichen Situation in Ihrem Leben. Die Bürger draußen haben offensichtlich größere Sorgen als Sie. Die haben wirklich größere Sorgen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir Republikaner fordern die Landesregierung entschieden auf, die konsequente Rückführung sämtlicher 37 000 noch im Land befindlichen Bürgerkriegsflüchtlinge vorzunehmen, nach denen, deren Bleiberecht Ende März 1998 abgelaufen ist.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an Bayern, das die Bosnierfrage 1998 wirklich erledigen will.

(Abg. Weimer SPD: „Erledigen will“! Sprache ist manchmal verräterisch! – Abg. Kuhn und Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: „Erledigen“!)

Ebenso müssen aus unserer Sicht abgelehnte Asylbewerber sofort das Land verlassen, und eine erneute Einreise muß dann, wenn die Behörden die Ausreise des Asylbewerbers erzwingen müssen, absolut ausgeschlossen sein.

Meine Damen und Herren, wir können weiter sparen: Landesamt für Verfassungsschutz. Wer sparen will, sollte dort beginnen. Als Beispiel möchte ich die hohen Ausgaben bei der Besetzung dieses Landesamts nennen: 343 Beamte und Angestellte verschlingen jedes Jahr einen Etat von 29 Millionen DM. Dieser Betrag könnte an anderer Stelle wesentlich nützlicher verwendet werden, zum Beispiel bei der Polizei.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Aufgaben für dieses Landesamt für Verfassungsschutz sind so erheblich zurückgegangen, daß eine deutlich geringere Personalstärke den Gegebenheiten mehr entspräche und die Personalstärke insofern anzupassen ist.

Es ist außerdem nicht hinzunehmen, daß in diesem Landesamt eine gewisse Schwarzkasse besteht, aus der jährlich am Parlament vorbei 1,7 Millionen DM an Informanten bezahlt werden.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Ich habe größtes Vertrauen zum Präsidenten des Landesrechnungshofs. Aber ich sage Ihnen eines: Wenn aus dem Landesetat Geld ausgegeben wird, ist es eine Sache des

(Rapp)

Landtags, darüber zu entscheiden, wer was bekommt, und die Kontrolle muß dieser Landtag haben und sonst niemand.

(Beifall bei den Republikanern)

Das gleiche trifft aus meiner Sicht für das Landeskriminalamt zu, wo jährlich 210 000 DM am Parlament vorbei – Prüfung nur durch den Rechnungshof – ausgegeben werden. Auch diese Mittel müssen aus unserer Sicht zurückgefahren werden. Diese Mittel müssen auf die Polizei für ihre Arbeit übertragen werden. Das wäre viel vernünftiger.

Wenn wir gerade dabei sind: Wir haben vorhin vom Kleidergeld für Polizeibeamte in Höhe von 1,9 Millionen DM gesprochen. Der Lösungsansatz von uns Republikanern ist: Nehmen Sie die 1,7 Millionen DM vom Landesamt für Verfassungsschutz und die 210 000 DM vom LKA, dann haben Sie genau die 1,9 Millionen DM, die Sie den Beamten zugute kommen lassen können. Dann ist das Geld vernünftig angelegt,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aber es ist nichts mehr gespart!)

dann haben Sie auch nicht nur Verbitterung bei den Polizeibeamten, sondern Polizeibeamte, die bei ihrer Aufgabe motiviert sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Das wäre der richtige Weg, wenn man mit so knappen Personalressourcen wie bei unserer Polizei auskommen muß.

Wir alle, meine Damen und Herren, sind unserer Partei, unserer Polizei natürlich Dank für ihren Einsatz schuldig.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Capezzuto SPD: Für was?)

– Dieser Partei könnten Sie auch Dank schuldig sein. Wenn es die nicht gäbe, wäre in diesem Land vieles nicht so gut, wie es inzwischen ist, oder vieles wäre schlechter geworden.

Wir sind der Polizei zu Dank verpflichtet. Aber ich sage Ihnen auch: Wir brauchen für die Polizei dieses Landes einen deutlicheren Ehrenschutz. Es kann und darf doch nicht sein, daß Personen Polizisten „Barbaren“ nennen können und sich kein Innenminister bewegt. Wenn so etwas passiert, müssen im Innenministerium doch die Alarmglocken läuten. Ich sage für meine Fraktion – wenn Sie sich von solchen Vorgängen nicht distanzieren, habe ich dafür überhaupt kein Verständnis –: Polizeibeamte sind keine Barbaren, sondern ein Teil unserer Gesellschaft und sonst nichts.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, nach zuverlässigen Daten des Statistischen Landesamts hat die Landesregierung im Bereich der Bekämpfung der Ausländerkriminalität jämmerlich versagt. Über ein Drittel aller Straftaten werden laut statistischem Taschenbuch 1997 des Statistischen Landesamts von Ausländern verübt. Die Ausländerkriminalität hat sich zwischen 1985 und 1995 verdoppelt. 1985 verbüßten noch 4 900 Deutsche und 628 Ausländer in Baden-Würt-

temberg eine Haftstrafe. Zehn Jahre später stellt sich das Verhältnis ganz anders dar: Heute ist jeder dritte Strafgefangene ein Ausländer, und das bei einem zirka zehnpromzentigen Anteil von Ausländern an der Bevölkerung in diesem Land.

Bei Jugendlichen ist das ganz anders. 1996 verbüßten laut statistischem Taschenbuch des Statistischen Landesamts 249 Deutsche und 242 Ausländer eine Jugendstrafe. Da haben wir ein Verhältnis von 1 : 1. Böswillig könnte man sagen: Die ausländischen Jugendlichen sind fünfmal so kriminell wie die deutschen. Das sind sie nicht, aber die, die man uns hereinholt, machen eben die Probleme und nicht die, die schon immer da waren. Das wissen wir auch ganz genau.

(Beifall bei den Republikanern)

Aus diesem Mißverhältnis muß die Landesregierung politische Konsequenzen ziehen. Wir Republikaner fordern ausdrücklich, abgeurteilte Ausländer sofort nach Verbüßung ihrer Haftstrafe in ihr Heimatland abzuschicken, unabhängig davon, woher sie kommen oder wohin sie wollen.

Meine Damen und Herren, wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht. Das war immer ein wenig der Leitsatz dieser Landesregierung. Es tut mir leid, ansehen zu müssen – höchstwahrscheinlich wird uns die Streichliste, die uns für die Haushaltsberatungen angekündigt wurde, noch weiter beschäftigen müssen –, wie die Landesregierung bei diesen Maßnahmen auf Kosten der Kommunen handelt und wirtschaftet. Soviel steht fest. Dieser Trend muß gestoppt werden, wenn wir keine Schuldenverschiebung von oben nach unten wollen. Dies kann nicht gewollt sein. Wir wissen ja, daß die Mittel knapper geworden sind, aber dann muß die Verteilung auch gerechter geschehen. Das halte ich für entscheidend.

(Beifall bei den Republikanern)

Nicht jeder für sich, sondern alle miteinander – das wäre eigentlich die Devise, die gefragt ist.

Die immer wieder geäußerten Forderungen nach Privatisierungen müssen konkret geprüft werden. Privatisierungen sind kein Allheilmittel. Sie wirken nur in den wenigsten Fällen und dienen meistens nur dazu, die Kriterien für Maastricht herzustellen und Schulden aus dem Landeshaushalt hinauszuverlagern. Bei Privatisierungen im kommunalen oder auch im Landesbereich ist bisher für denjenigen, der die entsprechenden Leistungen in Anspruch genommen hat, danach immer alles teurer geworden. Das kann nicht die Lösung sein, die wir im Interesse unserer Bürger anzustreben haben, sondern wir müssen sparsamste Politik betreiben, damit wir Leistungen so günstig wie möglich anbieten können.

(Beifall bei den Republikanern)

Um Haushaltslöcher zu stopfen, genügt es auch nicht, jetzt einmal ganz schnell ein paar Mittel flüssig zu machen. Die Zukunftsoffensive „Junge Generation“ war aus meiner Sicht absolut falsch, weil die Finanzierung unseriös war. Wir werden im kommenden Haushalt aufgrund dieses unseriösen Finanzierungsmodells zirka 19 Millionen DM an

(Rapp)

Mietzahlungen an die Landesholding leisten. Herr Minister, so etwas habe ich einmal gehört. Das ist nicht gerade wenig. Diese Mittel müssen wir auch irgendwoher herbeikommen. Höchstwahrscheinlich werden sie im Sozialetat oder sonstwo gestrichen.

Wir müssen Abstand nehmen von kurzfristigen Strohfeuer-effekten in unseren Haushalten. Wir werden künftig unsere Ausgaben den laufenden Einnahmen anpassen müssen. Wir dürfen nächstes Jahr nicht mehr ausgeben, als wir in diesem Jahr eingenommen haben. Das muß in der Zukunft die Haushaltspolitik in diesem Land sein.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir dürfen uns nicht darüber beklagen, daß Gewinne von großen Firmen ins Ausland verschoben werden, wenn wir durch den Maastricht-Vertrag, durch Globalisierungsabkommen und anderes dies erst möglich gemacht haben. Wir müssen in einem offenen Markt damit leben, daß sich jeder seinen Standort sucht und die Freiheit nimmt, das Recht in Anspruch zu nehmen, das Sie ihm gegeben haben.

Wir dürfen uns aber auch nicht darüber beklagen, daß es sogenannte Steuerschlupflöcher gibt, wenn diese vom Gesetzgeber gewollt waren. Wer sie nicht will, muß sie schließen. Es kann aber auch nicht sein, daß wir Angebote, die der Staat seinen Bürgern macht, nachher negativ besetzen und jedem, der sie in Anspruch nimmt, etwas Negatives unterstellen. Wenn der Staat ein Angebot macht, muß der Bürger auch das Recht haben, es anzunehmen. Man kann darüber streiten, ob das alles richtig ist. Wir haben viele Punkte, mit denen wir nicht einverstanden sind – das ist ganz klar –, aber wir dürfen nicht den Bürger für das, was ist, verdammen, sondern wir müssen, wenn wir kritisieren, die Politik kritisieren, die immer noch die Möglichkeiten für solche Dinge offenläßt.

Herr Oettinger hat am 11. November 1996 in diesem Hause gesagt:

Wer Haushalte ohne Schulden finanziert, erreicht stabile Währung und schafft damit eine Grundlage für jeden in diesem Land, mit seinen Einnahmen auszukommen und zu wirtschaften.

Wenn er anwesend wäre, würde ich ihn fragen, was er in diesem Jahr gemacht hat. Hat er diesen Leitsatz ernst genommen, oder hat er das nur so einmal gesagt? Er hat das nicht ernst genommen. Zumindest bei einem Vergleich der Daten des eingebrachten Haushalts mit dem, was daraus geworden ist, können wir den Schluß ziehen, daß das leeres Gerede war.

Meine Damen und Herren, der Preisdruck, der zum Beispiel auf gewachsene Strukturen des Handwerks zugekommen ist, die Abgaben- und Steuerlast sind enorm. Den Druck durch Billigarbeitskräfte und durch die Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in 610-DM-Arbeitsplätze zu meistern, ist Aufgabe der Politik. Wenn wir die Zahlen einmal zugrunde legen: Der Einzelhandel hat bundesweit in kürzester Zeit 100 000 sozialversicherungspflichtige Stellen abgebaut und diese in 500 000 610-DM-Jobs umgewandelt. Dies zeigt, was wir mit der Globalisierung und diesem Preisdruck, der hier vorherrscht, erreicht haben.

Zu den Lehrlingen: Wir müssen jungen Menschen den Zugang zum Beruf ermöglichen. Es kann doch nicht sein, daß wir jährlich eine Lawine von Tausenden junger Menschen vor uns herschieben, sie auf berufsvorbereitende Schulen schicken, aber im nächsten Jahr die Lawine noch größer ist. Wir müssen vielmehr in unserer Gesellschaft Mittel und Wege finden, Lehrlinge wieder unterzubringen, jungen Menschen eine Chance zu geben, überhaupt in diese Gesellschaft integriert zu werden. Das ist doch unheimlich wichtig. Wir dürfen und können es uns einfach nicht leisten, der Jugend den Weg in die Zukunft zu verwehren, sondern wir müssen etwas tun.

Wenn ich im Vergleich dazu sehe, wie zum Beispiel die Forderungen der linken Seite dieses Hauses sind, daß ein Student im 32. Semester das alles noch zum Nulltarif haben soll, kann ich nur sagen: An wen denken Sie denn, Herr Maurer und Herr Kuhn?

(Abg. Weimer SPD: Keine Ahnung!)

Sie sind den Arbeitern draußen schuldig: Wenn wir dafür Sorge tragen, daß junge Menschen studieren können, dann müssen wir von den jungen Menschen die Gegenleistung einfordern, ihr Studium so schnell wie möglich zu beenden –

(Beifall bei den Republikanern)

aufgrund der Tatsache, daß ein Studienplatz im Jahr rund 25 000 DM kostet. Das ist die Pflicht derjenigen, die Ausbildung in Anspruch nehmen.

Es ist doch heute so: Wenn sie eine Lehre absolvieren, haben sie doch auch eine fixierte Zeit. Sie können es sich leisten, zweimal durchzufallen, aber nach dem dritten Mal haben sie keine Chance mehr.

Meine Damen und Herren, wir werden mehr für unsere Infrastruktur tun müssen, wir werden mehr für den Straßenbau des Landes tun müssen; denn die Straßenverhältnisse in Baden-Württemberg entsprechen nicht denen eines modernen Industrielandes. Wir werden es uns nicht mehr leisten können, mit einem so geringen Betrag auszukommen, sondern wir werden an anderer Stelle sparen müssen.

Ich bin aber felsenfest der Meinung, daß wir, wenn wir die Probleme des Asyls und der Bürgerkriegsflüchtlinge und die anderen angesprochenen Probleme wirklich ernsthaft lösen – dann hätte ich überhaupt keinen Zweifel –, auch in der Lage sind, eine vernünftige Infrastruktur aufzubauen. Die braucht dieses Land.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Finanzminister hat vor einer Woche für die Landesregierung die Haushaltsrede gehalten und dort in der Breite sowie in der Tiefe die Finanzpolitik, die Haushaltspolitik, die Situation am Beginn des Doppelhaushalts 1998/99, auch die Verflechtung der Landespolitik mit der Steuerpolitik und der Bundespolitik insgesamt dargestellt. Ich nehme jetzt im 25. Jahr an Debatten

(Ministerpräsident Teufel)

über die Haushaltsrede des Finanzministers teil. Ich verstehe bis zum heutigen Tag nicht, warum sich ein Oppositionsführer wie der Herr Maurer

(Abg. Deuschle REP: Ist das jetzt der Oppositionsführer?)

nicht hierhin stellt und sagt: „Das sind die Fakten. Zahlen kann man nicht widerlegen. In den einen Punkten liegt das Land gut, aber hier haben wir Kritik anzubringen und Verbesserungsvorschläge zu machen.“ Sie würden Ihre Glaubwürdigkeit ungeheuer steigern, wenn Sie hier so vorgehen würden. Ich finde, daß Herr Kollege Kuhn eine solche Rede gehalten hat, vom Inhalt und vom Stil her.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Richtig!)

Es lohnt sich, sich mit jedem Punkt und mit jeder Anregung des Herrn Kuhn auseinanderzusetzen

(Abg. Deuschle REP: Ach, nein!)

und in einen Dialog einzutreten. Ich hatte diesen Eindruck auch schon – ich habe es Ihnen gesagt – bei der Debatte über den Nachtragshaushaltsplan. Deswegen werde ich mich auch mit den Punkten Ihrer Rede, die ich mir notiert habe, auseinandersetzen. Aber eine Auseinandersetzung mit der Rede des Herrn Maurer lohnt nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Deuschle REP: Das ist richtig!)

In der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 30. Juni 1997 lese ich – ich zitiere wörtlich –:

Ein Abgeordneter der SPD-Landtagsfraktion bemerkte über den neugewählten Landesvorsitzenden Maurer: „Er braucht ein starkes Team, das seine Defizite ausgleicht. Er kriegt gesellschaftliche Entwicklungen manchmal nicht so richtig mit.“

(Abg. Oettinger CDU: Hört, hört! – Abg. König REP: Ein heller Kopf!)

Genau diesen Eindruck hatte ich heute bei Ihrer Haushaltsrede, lieber Herr Maurer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das geht doch schon bei der ersten Behauptung los. Da wird gesagt, es sei eine grobe Mißachtung des Parlaments, ein schlimmes Verhalten der Regierungsfaktionen, daß sie sich erlaubten, eine Nachschiebeliste am 15. Januar in die beginnenden Beratungen des Finanzausschusses hineinzuliefern. Was ist denn Sache? Vor welcher Situation würden Sie denn stehen, wenn Sie an unserer Stelle wären? Vor welcher Situation stehen denn 15 andere Landesregierungen in Deutschland?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Hessen vor allen Dingen! – Gegenruf des Ministers Mayer-Vorfelder: Vorsicht, mein Lieber! Ich sage heute mittag noch etwas dazu!)

Sie sollen rechtzeitig einen Haushalt für das nächste Jahr vorlegen. Sie haben es alle mit einer Steuerschätzung vom

11. November zu tun. Wenn man im Dezember einen Haushalt einbringen muß, kann man sich in der Regierung und in den Regierungsfaktionen wahrlich nicht nach dem 11. November damit beschäftigen, sondern muß es unmittelbar nach der Sommerpause in wochenlangen Beratungen mit der Vorbereitung eines solchen Doppelhaushalts tun.

(Abg. Weimer SPD: Sie haben das Problem nicht begriffen!)

Wenn es dann unangenehme Überraschungen

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

und riesige Probleme durch diese Steuerschätzungen, durch neue Steuerausfälle von 1,2 Milliarden DM für den Haushalt 1998 und 1,2 Milliarden DM für den Haushalt 1999 gibt, wer ist denn dann in der Lage, hier im siebten Jahr eines Sparkurses, nachdem über 20 Milliarden DM aus dem Haushalt herausgestrichen worden sind, 1,2 Milliarden DM aus dem Ärmel zu schütteln? Wer ist denn dazu in der Lage?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wo habe ich denn da auch nur einen einzigen Vorschlag des Kollegen Maurer gehört? Meine Damen und Herren, da stellt man sich nur hin und sagt, es sei eine unerhörte Mißachtung des Parlaments.

Jetzt nenne ich Ihnen einmal das Ergebnis einer Umfrage von heute, wie andere deutsche Länder verfahren:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da sind wir aber gespannt! – Abg. Sieber CDU: Jetzt wird es lustig!)

Bayern: Nachschiebeliste, die in die letzte Beratung des Finanzausschusses eingebracht wurde. Hessen: Nachschiebeliste, die in den Finanzausschuß eingebracht wird. Niedersachsen: Darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Das ist nämlich die einzige Ausnahme.

(Minister Mayer-Vorfelder: Die machen gar nichts!)

Nordrhein-Westfalen: Verfahren: Nachschiebeliste für den Finanzausschuß. Rheinland-Pfalz: Nachschiebeliste im Finanzausschuß. Schleswig-Holstein: Nachschiebeliste im Finanzausschuß.

(Abg. Weimer SPD: Wann? – Abg. Dr. Puchta SPD: Wann?)

Saarland: Nachschiebeliste im Finanzausschuß. Brandenburg: Nachschiebeliste im Finanzausschuß. Meine Damen und Herren, Sachsen: Nachschiebeliste im Finanzausschuß.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wann? – Gegenruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU: Es ist doch völlig egal, wann, es ist eine Nachschiebeliste!)

Kein vernünftiger Mensch in Deutschland kann anders handeln, als diese Landesregierung und die beiden sie tragenden Fraktionen gehandelt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Aber da stellt sich der Oppositionsführer hin und sagt, es sei eine grobe – eine grobe! – Mißachtung des Parlaments.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Was ist in Niedersachsen?
– Zuruf des Abg. Haasis CDU – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Führt nur die SPD die Opposition?)

– Nein, nein. – Herr Kollege Maurer, ich habe in meiner Tasche nachgesehen, ob ich einen schönen Satz von Karl Kraus richtig präsent habe. Diesen möchte ich Ihnen auf das, was Sie hier gesagt haben, erwidern. Karl Kraus sagte wörtlich:

Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben. Man muß auch unfähig sein, sie auszudrücken.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Das ist der Eindruck, den ich bei Ihrer Rede gewonnen habe.

(Unruhe)

– So, wie man in den Wald hineinruft, kommt es heraus.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Deswegen setze ich mich nachher in aller Sachlichkeit mit dem auseinander, was Herr Kollege Kuhn hier vorgebracht hat. Bei Ihnen, Herr Maurer, lohnt sich das nicht, weil ich nämlich alles, was Sie gesagt haben, in der letzten Woche schon als Parteitagsbericht von Hannover gelesen habe, nur kürzer und besser. Das ist der Unterschied.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist wirklich wahr. Herr Kollege Maurer stellt sich hier hin und sagt zum Kollegen Oettinger, der eine ausgesprochen konstruktive Rede

(Lachen bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Ja, natürlich!)

– lesen Sie sie einmal nach – mit wenigstens 20 konkreten Vorschlägen zur Haushaltssituation gehalten hat, der sich in über 90 % seiner Rede mit dem Haushalt beschäftigt hat,

(Zurufe von der SPD)

als seinen ersten Satz, der Kollege Oettinger habe den Bundestagswahlkampf eröffnet und habe überhaupt nur zur Bundespolitik gesprochen. Lieber Herr Maurer, lesen Sie es einmal nach. Sie haben zu 90 % über Bundesthemen gesprochen.

(Abg. Oettinger CDU: Mindestens! – Abg. Weimer SPD: Stimmt doch gar nicht! Ist doch gar nicht wahr! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD – Unruhe)

Sie haben damit genau den Fehler gemacht, den Sie anderen unterstellt und vorgeworfen haben.

Meine Damen und Herren, was sind denn die Fakten? Ich finde, gerade wenn man hier beispielsweise Gerechtigkeit als oberste Maxime moniert,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

dann hat jeder, auch diese Regierung, zunächst einmal eine gerechte, nämlich eine sachgerechte Beurteilung verdient.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Was sind denn die Fakten? Die Fakten sind, daß wir seit dem Frühjahr 1991, im Unterschied zu allen vorangegangenen Steuerschätzungen, zurückgehende Steuerschätzungen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Früher hat man Verteilungskonflikte, die es immer und überall gegeben hat, durch Zuwachs gelöst. Seit 1991 kann man Verteilungskonflikte nicht mehr durch Zuwachs lösen. Das ist der entscheidende Unterschied gegenüber früher. Deswegen sind die Verteilungskonflikte in der Gesellschaft und auch in diesem Parlament,

(Abg. Oettinger CDU: Härter geworden!)

wo immer man es mit Verteilung zu tun hat, härter geworden. Sie werden von Jahr zu Jahr härter. Seit dem Frühjahr 1991 haben wir von Steuerschätzung zu Steuerschätzung niedrigere Zahlen, als die Basiszahlen der letzten Steuerschätzung gewesen sind.

Nun hat dieses Land Baden-Württemberg bis zum Nachtrag 1997 alle Ausfälle durch Einsparungen auf der Ausgabenseite ausgeglichen.

Zweitens: Wir hatten Mehrausgaben auf der Ausgabenseite, die vor dem Jahr 1990 kein Mensch gekannt hat: rund 3 Milliarden DM pro Jahr für den Aufbau der neuen Länder. 57 % davon trägt das Land, 43 % tragen die Städte, Gemeinden und Kreise in unserem Land. Auch dies haben wir bis zum Nachtrag 1997 vor wenigen Wochen auf der Ausgabenseite ausgeglichen. Der Finanzminister hat in seiner Haushaltsrede nachgewiesen, daß bis Ende 1996 auf diese Art und Weise über 20 Milliarden DM in unserem Land eingespart worden sind. Einschließlich des Doppelhaushalts sind es sogar beinahe 24 Milliarden DM, wie er aufgezeigt hat.

Herr Maurer, nachdem Sie über vier Jahre von diesen sieben Jahren an dieser Politik beteiligt waren,

(Abg. Haasis CDU: Eben!)

könnten Sie sich doch einmal hierhinstellen und sagen: „Was das Land Baden-Württemberg bis zum heutigen Tag angesichts der Ereignisse, auf die das Land keinen Einfluß gehabt hat, gemacht hat, das ist repektabel.“

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: „Keinen Einfluß“ ist gut!)

„Aber wir bestehen darauf, daß dieser Kurs fortgesetzt wird, und wir haben zusätzliche Vorschläge.“

(Ministerpräsident Teufel)

(Abg. Dr. Repnik CDU: Das kann der Maurer nicht! Das ist kein Positiv-, das ist ein Negativmensch!)

Nein, Sie bestreiten schlicht, was überhaupt nicht zu bestreiten ist. Herr Kollege Oettinger hat die Zahlen genannt. Ich möchte sie Ihnen noch einmal in Säulen aufzeigen. In der Verschuldung der deutschen Länder liegt Bayern am günstigsten. An der zweiten Stelle steht das Land Baden-Württemberg nach dieser Phase, also bis zum heutigen Tag, nämlich mit, auf den Einwohner bezogen, 4 875 DM vor Hessen mit 6 111 DM, obwohl Hessen höhere Steuereinnahmen hat als Baden-Württemberg, Stichwort Frankfurt Banken, Stichwort Frankfurt Flughafen, um nur zwei Beispiele zu nennen für eine günstigere Struktur von Südhessen – nicht von Nordhessen –,

(Zuruf des Abg. Dr. Repnik CDU)

Niedersachsen mit 7 598 DM, Nordrhein-Westfalen mit 7 124 DM, Rheinland-Pfalz mit 7 441 DM, Schleswig-Holstein mit 9 718 DM und dem Saarland mit 12 367 DM.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Röder!)

Deswegen können Sie die Rede, die Sie gehalten haben, in 14 anderen Landesparlamenten halten,

(Abg. Sieber CDU: Aber nicht hier!)

aber nicht im Landtag von Baden-Württemberg. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie können sie nicht im Landtag von Baden-Württemberg halten, und Sie können sie nicht im Bayerischen Landtag halten.

(Abg. Drexler SPD: Da haben wir sie auch nicht gehalten!)

In jedem anderen Landtag können Sie sie halten. Sie können nicht bestreiten, daß die beiden süddeutschen Länder besser regiert sind als jedes SPD-regierte Land im Norden Deutschlands.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die zweite Säulenreihe, die Kreditfinanzierungsquote: Sie werfen uns die Verschuldung vor. Ich kann nur sagen: im völlig falschen Haus. Dabei ist es so, daß die Kreditfinanzierungsquote jetzt, einschließlich des Nachtragshaushalts 1997, bei dem wir leider von der mittelfristigen Finanzplanung abweichen mußten,

(Abg. Weimer SPD: Das wäre nicht notwendig gewesen!)

bezogen auf den Haushalt 1997, für Baden-Württemberg 4,9 % beträgt. In Hessen beträgt sie 5,8 %, in Niedersachsen 8,0 %, in Nordrhein-Westfalen 8,1 %, in Rheinland-Pfalz 9,1 %, in Schleswig-Holstein 8,7 %, im Saarland 18,0 %.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das sind doch die Fakten. Wenn ein Stadtpfleger, ein Kämmerer in Baden-Württemberg solche Zahlen wie die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und des Saarlands vorlegen müßte, würde er abgelöst, aber er würde nicht Kanzlerkandidat. Das muß man hier doch einmal aussprechen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Wollen Sie jetzt Bundestagswahlkampf machen?)

– Das ist ja wohl wahr.

(Glocke des Präsidenten)

Sie scheinen es als besonderen Ausweis für das Renommee eines Kanzlerkandidaten zu betrachten, daß man entweder vom Bund voll alimentiert wird wie das Saarland

(Abg. Seimetz CDU: Ausgerechnet!)

oder daß man innerhalb eines Jahres zweimal vom eigenen Staatsgerichtshof zurückgeholt wird, und zwar ausschließlich wegen Verletzung des Haushaltsrechts in der Verfassung, wie der niedersächsische Ministerpräsident. Ich möchte einmal wissen, wie Sie sich in diesem Haus aufführen würden, wenn das in Baden-Württemberg passieren würde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie können diese Fakten doch nicht bestreiten und nicht verkennen, daß sie völlig unterschiedlich sind.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

Ich will ein weiteres Beispiel nennen, wenn man über die Verschuldung in diesem Land redet. In ganz Europa gilt es als besonderer Ausweis finanzpolitischer Tugend, wenn man das Maastrichtkriterium 3,0 % zum Frühjahr punktgenau erfüllt – in ganz Europa! Ich lasse die Haushaltspolitik des Landes Baden-Württemberg sehr wohl an diesem Kriterium messen. Einschließlich des Nachtragshaushalts 1997, mit dem wir uns leider mit fast 1 Milliarde DM höher verschulden mußten – einschließlich! –,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da kommt noch etwas nach!)

liegen wir in Baden-Württemberg bei 2,0 und nicht bei 3,0 % – bei 2,0 %! Wenn Sie halbwegs objektiv sind, müssen Sie die Kriterien, die Sie sonst überall anwenden, doch auch in Ihrem eigenen Land gelten lassen. Dann muß wahr bleiben, was wahr ist.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wenn Sie dann schon von Gerechtigkeit sprechen, sage ich: Werden Sie endlich der Situation in Baden-Württemberg gerecht, und halten Sie nicht die falschen Reden am falschen Ort.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Haas und Rech CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

Ich darf Ihnen sagen, daß die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen an ihrem Sparkurs, den wir im siebten Jahr fahren, festhalten. Eine neue Sparrunde steht leider gleich zu Beginn des neuen Jahres bevor. Sie wird außerordentlich schmerzhaft sein. 1,2 Milliarden DM kann niemand, aber auch gar niemand innerhalb von einigen Tagen herausschütteln. Daß wir den Steuerausfall vom November nicht einfach umbuchen können und mit diesem Betrag in eine höhere Verschuldung gehen können, ist auch jedem, der politische Verantwortung trägt, klar.

Wir haben nach der parlamentarischen Sommerpause wochenlang diskutiert. Wir müssen eine Gratwanderung – von ihr hat auch Herr Kollege Kuhn bei der Debatte zum Nachtragshaushalt gesprochen – zwischen Konsolidierung und Sparen auf der einen Seite sowie Investieren auf der anderen Seite durchführen.

Ich möchte auch voll unterstreichen, was Sie, Herr Kollege Pfister, zu diesem Thema gesagt haben. Wir werden unserer Verantwortung nicht gerecht, wenn man in zehn Jahren sagt: „Baden-Württemberg hat alle eigenen Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung erfüllt. Es ist aber im Bereich der Hochschulen und der Schulen sowie im wirtschaftlichen und sozialen Bereich im Leistungswettbewerb der deutschen Bundesländer und der europäischen Regionen zurückgefallen.“ Dann werden wir unserer Verantwortung nicht gerecht.

Ich kann nur sagen: Die baden-württembergischen Unternehmen, die Anfang der neunziger Jahre in der schärfsten Rezession der Nachkriegszeit übel dagestanden sind, rote Zahlen geschrieben haben, stehen heute Gott sei Dank wieder gut da. Ich komme noch darauf zu sprechen. Sie haben ihre Situation nicht nur durch Einsparen und Kostenreduzierung verbessert, sondern auch durch Investieren, durch neue Produkte, durch Markterschließung. Durch eine Verbesserung der Produktivität haben sie Wettbewerbsfähigkeit zurückgewonnen.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Daran sollten wir, glaube ich, Maß nehmen. Wir sind als Abgeordnete und als Regierungsmitglieder nicht Buchhalter der Nation. Wir haben eine Verantwortung gegenüber der nächsten Generation, ihr nicht eine Zinslast, die sie nicht mehr tragen kann, zu hinterlassen. Aber wir müssen auch in die kommende Generation investieren und dieses Land wettbewerbs- und zukunftsfähig halten und es an der Spitze der Tabelle in Deutschland und in Europa halten.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Das ist die Doppelverantwortung, die wir haben. Sie wahrzunehmen wird immer schwieriger.

Auch die Sozialdemokraten sollten endlich kapieren, daß nicht aufkommensneutrale Umverteilung, sondern Steuer-senkungen und Entlastungen für die Bürger der Motor für steigende Inlandsnachfrage, für neues und höheres Wachstum und damit für die Steuereinnahmen von morgen sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Man kann es doch nicht mehr hören, was Herr Maurer hier an dieser Stelle zum wiederholten Mal mit tränenerstickter Stimme sagt,

(Lachen bei der SPD)

wie die Reichen reicher würden, das obere Segment einen Vermögenszuwachs habe und Gerechtigkeit gegenüber dem Normalbürger nicht mehr walte. Lieber Herr Maurer, wenn Sie der Meinung sind, das jetzige Steuersystem sei ungerecht, gibt es eine ganz einfache Methode zur Abschaffung: Stimmen Sie endlich im Deutschen Bundestag und im Bundesrat der Steuerreform zu!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Ein sozialdemokratischer Bundeskanzler, Herr Vranitzky, hat vor fünf Jahren in Österreich nicht nur die Vermögensteuer abgeschafft, sondern auch die Spitzensteuersätze und die Eingangsteuersätze nennenswert gesenkt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt gibt es ein höheres
Aufkommen!)

Eine sozialdemokratisch geführte Regierung in den Niederlanden, ein Ministerpräsident, den ich besonders schätze, der vorher Gewerkschaftsvorsitzender in den Niederlanden gewesen ist,

(Abg. Weimer SPD: Versündigen Sie sich nicht!)

hat die Spitzensteuersätze nennenswert gesenkt.

Eine sozialdemokratische Regierung in Schweden, eine sozialdemokratische Regierung in Dänemark – wann endlich kommt die SPD Deutschlands auf europäisches Niveau, meine Damen und Herren? Wann endlich?

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und
der FDP/DVP)

Ich habe es satt, von vielen Bürgern in einen Topf mit denen geworfen zu werden, die diese Reform verhindern.

(Abg. Weimer SPD: Sie sind doch der Blockierer!
– Unruhe)

Ich kann nur sagen: Die Mehrheit des Deutschen Bundestags hat dieser Reform zugestimmt, und die Landesregierung von Baden-Württemberg hat dieser Reform im Bundesrat zugestimmt, aber die SPD-geführten Länder haben diese Reform verhindert, meine Damen und Herren.

(Abg. Weimer SPD: Sagen Sie jetzt mal etwas zum
Vorschlag von Wolfgang Schäuble!)

– Wolfgang Schäuble sagt das völlig gleiche wie ich.

(Lachen bei der SPD – Zurufe der Abg. Drexler
und Weimer SPD)

Er sagt es nicht nur, sondern er handelt auch so; das will ich nur einmal sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Ministerpräsident Teufel)

Wolfgang Schäuble ist in der Tat von dieser Argumentation so sehr überzeugt, daß er das Letzte versucht, damit wir nicht einen Attentismus von anderthalb Jahren bekommen, bis die neue Bundesregierung und die neue Bundestagsmehrheit handeln können,

(Beifall bei der CDU)

sondern vielleicht doch noch in dieser Legislaturperiode eine Steuerreform zustande bringen.

(Abg. Weimer SPD: Dann macht es doch!)

Es ist doch angesichts der Steuerschätzungen vom Mai und vom November dieses Jahres unerträglich, offenen Auges in das Jahr 1998 hineinzugehen

(Abg. Weimer SPD: Und noch mal 30 Milliarden DM Steuerentlastung machen?)

und anzunehmen, daß wir im Frühjahr und Herbst 1998 eine andere Steuerschätzung haben. Wenn das so weitergeht, ohne daß wir reagieren – und es gibt überhaupt keine alternative Auffassung dazu, daß dies die einzige Methode ist, die greift –, dann kann ich nur sagen,

(Abg. Weimer SPD: Dann macht es doch! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Habt ihr es nicht kapiert? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Der Weimer begreift das doch nicht!)

muß man in der Tat das Letzte versuchen, in dieser Legislaturperiode im Deutschen Bundestag die Sozialdemokraten doch noch zur Vernunft zu bringen.

(Widerspruch bei der SPD – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich wende mich jetzt dem Herrn Kollegen Kuhn zu. Herr Kollege Kuhn, Sie sagen, die Einnahmen aus der Einkommensteuer befänden sich im freien Fall. Das ist wahr, sowohl wenn man die Zahlen auf den Bund bezogen ansieht als auch wenn man die Zahlen aufs Land bezogen ansieht. Das kann man nur mit großer Sorge betrachten. Ich habe schon seit Wochen dieses Thema auf Bundesebene zur Sprache gebracht; das kann ich Ihnen sagen. Ich habe mich in der Sache aber auch sachkundig gemacht. Ich meine, man muß ein paar Fakten kennen und mit berücksichtigen.

(Abg. Maurer SPD klopft Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen auf die Schulter. – Heiterkeit bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, das ist richtig. Herr Maurer, Ihnen hat man auf Bundesebene inzwischen so oft gesagt, Sie sollten vernünftig mit den Grünen umgehen; das ist jetzt gerade der erste Handschlag gewesen, an dem ich als Zeuge teilnehmen konnte. Es ist schon sehr interessant. Aber Sie müßten vor allem Ihre Politik ändern. Ihre Politik müssen Sie ändern.

(Abg. Maurer SPD: Ich versuche ja nur, ihn vor Ihnen zu beschützen!)

– Jawohl.

Ich will jetzt in einen Dialog mit Herrn Kuhn eintreten, und zwar über den freien Fall der Einnahmen aus der Einkommensteuer.

Erstens fallen die Einnahmen aus der Einkommensteuer, weil international tätige Unternehmen Erträge an einen anderen Standort verlagern können, wo sie sie günstiger versteuern können.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Dagegen gibt es nur eine Möglichkeit: Wir müssen in Deutschland Steuersätze haben, die mit denen in anderen Ländern vergleichbar sind. Dann stellt niemand mehr Überlegungen an, wie er Erträge ins Ausland verlagern kann. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der zweite Punkt sind Abschreibungsmöglichkeiten, wegen deren Nutzung man keinem Bürger einen Vorwurf machen kann, denn der Staat hat sie durch Gesetzgebung geschaffen. Das muß man einmal als Faktum festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Darunter waren viele vernünftige Dinge, und darunter sind Dinge, bei denen aus Wohltat Plage geworden ist.

(Zuruf von der CDU: Mehr Dinge!)

Das Steuerrecht mit Abschreibungsvergünstigungen für den Aufbau Ost einzusetzen war im Ansatz und in den Jahren 1990 und 1991 mit Sicherheit vernünftig. Es sind auch Korrekturen vorgenommen worden, beispielsweise bei Abschreibungsmöglichkeiten für Märkte auf der grünen Wiese, denn es gab und gibt viel zu viele dieser Märkte im Osten.

Es sind auch die Abschreibungsmöglichkeiten im Wohnungsbau gebremst worden. Leider zu spät, wie ich finde; deshalb haben wir viele leerstehende Wohnungen. Ich sage, aus Wohltat ist Plage geworden.

Es gab aber auch von vornherein unvernünftige Dinge, wie zum Beispiel die von Ihnen angesprochene Abschreibungsmöglichkeit für Schiffsbeteiligungen, übrigens nicht nur für Schiffe, die in Rostock gebaut worden sind, sondern – weil internationales Recht beachtet werden mußte – auch für Schiffe, die in Hongkong gebaut worden sind.

Herr Kollege Kuhn, ich zeige Ihnen Briefe, die ich vor zwei Jahren – nicht vor zwei Monaten – an den Bundesfinanzminister geschrieben und in denen ich auf diesen aus meiner Sicht unhaltbaren Zustand hingewiesen habe.

(Abg. Brinkmann SPD: Der Erfolg hielt sich in Grenzen!)

Sie wissen, der Deutsche Bundestag hat dies geändert. Es gibt keine Abschreibungsmöglichkeiten für Schiffe mehr. Wenn Sie genauso wie ich in den letzten Tagen dennoch Prospekte ins Haus bekommen haben, dann rühren diese Aktivitäten aus Genehmigungen her, die aus dem letzten Jahr stammen, aber es gibt keinen neuen Fall.

Zum nächsten Punkt, zur Einkommensteuer: Wenn bei allen, die Lohnsteuer zahlen – also beispielsweise jeder Abgeordnete, beispielsweise jeder Bankchef, jeder angestellte

(Ministerpräsident Teufel)

Manager, aber zunehmend auch die Geschäftsführer von hinsichtlich der Rechtsform in GmbHs umgewandelten mittelständischen Betrieben, die ein Gehalt beziehen, obwohl sie selbständig sind, und damit Lohnsteuer zahlen –, aber bei der Einkommensteuer veranlagt werden, das, was sie an Abschreibungsmöglichkeiten geltend machen können, bei der Einkommensteuer abgezogen wird, obwohl sie gemäß ihrem Einkommen Lohnsteuer bezahlt haben, dann ergibt das natürlich ein völlig falsches Bild. Deshalb muß man, wenn man ein richtiges Bild bekommen will, die Einnahmen aus der Lohnsteuer und die Einnahmen aus der Einkommensteuer addieren

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die gehen aber zusammen zurück!)

und die Summe vergleichen. Nur das ergibt ein gerechtes Bild.

Abschließend – mit diesen Einschränkungen – und in der Summe: Ich bin der Meinung, daß das dringendste Reformvorhaben für diese Legislaturperiode die noch ausstehende große Steuertarifreform ist. Damit können Sie wirklich die Probleme lösen, die Sie angesprochen haben. Die Steuerreform ist dringend nötig.

Herr Kollege Kuhn, Sie haben weiter gesagt, der Begriff „Soziale Gerechtigkeit“ sei bei meinem Kollegen Günther Oettinger überhaupt nicht aufgetaucht. Aber dieser Begriff taucht in seiner Politik auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD)

– Schön, daß Sie da lachen. Die Luftherrschaft mit Begriffen wie Solidarität und Gerechtigkeit

(Abg. Zeller SPD: Das kennen Sie nicht!)

haben die Sozialdemokraten unbestrittenermaßen. Aber, meine Damen und Herren, wenn es dann ans Konkrete geht, sieht es vielleicht ganz anders aus.

(Abg. Weimer SPD: Das stimmt nicht!)

Ich kann nur sagen: Vergleichen Sie einmal über diese sieben Jahre hinweg die Haushalte unter dem Aspekt, wo gespart worden ist und an welchen Stellen ganz bewußt nicht gespart worden ist.

(Abg. Weimer SPD: Und vor 1991 waren Sie auf dem Mond?)

Dann stellen Sie fest, daß es im siebten Jahr und jetzt im achten und neunten Jahr, in 1998 und 1999, keine Einschränkung beim Familiengeld gibt, weil dieses Familiengeld den Einkommensbeziehern mit Kindern zugute kommt, die es am allernötigsten haben.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist die Politik dieser Fraktion, dieses Fraktionsvorsitzenden und dieser Landesregierung.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Es kann auch sein, daß es Ihre Politik ist! – Abg. Maurer SPD: Das ist Ihre Politik! Mit dem Oettinger hat das nicht so viel zu tun!)

– Es ist sehr nett, daß ich zum ersten Mal von Ihnen höre, daß ich auch ein bißchen daran beteiligt bin.

(Abg. Maurer SPD: Ja, in diesem Fall!)

Vielen Dank! Das ist prima.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß sagen: Für den heutigen Tag ist das schon eine Verbesserung gegenüber der Ausgangslage.

(Abg. Weimer SPD: Da sind Sie aber bescheiden geworden! – Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Genau das meine ich, Herr Maurer: So weit sollten Sie kommen, daß Sie das, was wahr ist, wahr sein lassen

(Abg. Oettinger CDU: Ein weiter Weg!)

und dann, darauf aufbauend, argumentieren und auch kritisieren, wie es die Aufgabe der Opposition ist.

Der nächste Punkt sind die Kindergärten.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Herr Kollege Kuhn, wir zahlen über 500 Millionen DM an Personalkostenzuschüssen für Kindergärten

(Abg. Oettinger CDU: 600!)

und haben diese Zuschüsse nicht gekürzt, sondern erhöht.

Der dritte Punkt sind die Horte an Schulen. Wir haben die Mittel dafür nicht gekürzt, sondern in dem Haushalt, der für 1998/99 eingebracht worden ist, erhöht.

Was wir für die Schulen tun, was wir für die Grundschulen tun, was wir für Privatschulen tun,

(Abg. Zeller SPD: Zuwenig!)

ich glaube, das ist praktizierte Sozialpolitik. Mir kommt es in diesem Bereich nicht auf Wortverkündung an, sondern es kommt mir auf Tatverkündung an. Diese ist für die Bürger viel überzeugender. Das möchte ich sagen.

(Abg. Weimer SPD: Wir haben uns vor der Wahl nicht zu den Lehrerstellen geäußert!)

Über das, was Sie zum Thema Privatisierung gesagt haben, Herr Kollege Kuhn, kann man reden, weil Sie differenzieren. Ich habe nur zu einem einzigen Punkt eine Bemerkung. Sie regen an, wir sollten unsere Beteiligung an der Baden-Württembergischen Bank verkaufen.

(Abg. Oettinger CDU: Abenteuerlich!)

Ich sage Ihnen, wir hätten morgen früh Abnehmer, die uns sogar noch Paketzuschläge bezahlen würden. Aber ich möchte Sie fragen: Wäre es eine vernünftige Landespolitik, wenn die Bank, die den Namen unseres Landes trägt und die in unglaublich vielen baden-württembergischen Unternehmen und bei unglaublich vielen baden-württembergischen Privatkunden verankert ist, morgen von einem nörd-

(Ministerpräsident Teufel)

lichen oder südlichen Nachbarland aus als Filiale geführt würde? Wäre das eine vernünftige Landespolitik?

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das kann man anders machen!)

Ich sage das mit großer Zurückhaltung. Mehr sage ich an dieser Stelle nicht. Ich bin aber bereit, Ihnen unter vier Augen mehr zu sagen, damit Sie meine Aussage vielleicht verstehen.

(Abg. Zeller SPD: Was heißt „vielleicht“? – Zuruf von der SPD: Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft!)

Ich trage auch Verantwortung gegenüber dem Land und trage deswegen nicht alle Dinge auf offenem Markt aus. Das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Abg. Weimer SPD: An dieses Thema hätte man vor drei Jahren schon einen Knopf machen können!)

Strukturelles Sparen: Da sind die Verwaltungskosten angesprochen, da ist das Thema Teilzeitbeschäftigung angesprochen. Darf ich einmal ein paar Beispiele herausgreifen, weil eine solche Debatte ja auch dazu beitragen soll, daß man sich danach vielleicht gegenseitig besser versteht.

In der Teilzeitbeschäftigung an Schulen steht das Land Baden-Württemberg unter 16 Bundesländern an der ersten Stelle.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! 39 %! – Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen 31,3 %, Bundesdurchschnitt 34,1 %, Baden-Württemberg 41,0 %. 41,0 % Teilzeitbeschäftigung in unserem Land!

(Abg. Pfister FDP/DVP: An den Grundschulen 70 %!)

Und da stellen Sie sich hierhin und sagen: Der Finanzminister und der Ministerpräsident hängen ausschließlich am Beamtenrecht und an verkrusteten Strukturen. Das ist mit dem geltenden Beamtenrecht und ausschließlich mit Beamten gemacht, mit denen wir es in der Schule zu tun haben.

Wir haben im übrigen keinen Rückstand bei den Beamten. Bei den Beamten haben wir hier im Land die 40-Stunden-Woche eingeführt. Bei den Beamten haben wir mehrere Einsparungen vorgenommen. Wir haben zur Zeit einen Rückstand im Tarifbereich, nicht bei den Beamten. Auch das muß man einmal offen hier aussprechen.

Der nächste Punkt: Stelleneinsparungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 3 040 Stellen in der letzten Legislaturperiode! Dann haben wir gesagt, linear gehe es nicht mehr durch pauschale Vorgaben, und haben noch in der letzten Legislaturperiode genau die Wirtschaftsberatungsgesellschaften ins Land geholt, deren sich auch Industriebetriebe bedienen. Auf der Basis, also nicht über den Daumen, sondern auf der Basis konkreter Beratung und Berechnung, haben wir für diese Legislaturperiode 4 000 Stellen konkret zugeordnet. Wir gehen jetzt – ich teile die Auffassung der

beiden Fraktionsvorsitzenden Pfister und Oettinger – darüber hinaus. Wir müssen wissen, daß wir damit auch die Zukunftschancen der jungen Generation durch eine Verschmälerung des Einstellungskorridors in den öffentlichen Dienst verschlechtern. Das muß man wissen. Wir gehen darüber hinaus. Aber ich sage: Sie können nicht in der Verwaltung weiter Stellen abbauen, ohne daß Sie Aufgaben und Behörden abbauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen finde ich es eine ganz bemerkenswerte Leistung, daß diese Landesregierung im ersten Jahr ihres Bestehens über 100 untere Sonderbehörden aufgelöst hat, daß wir aus zwei badischen Oberfinanzdirektionen eine machen, daß wir aus vier Forstdirektionen zwei Forstdirektionen machen und daß wir in all diesen Bereichen nennenswert einsparen,

(Abg. Weimer SPD: Polizei!)

daß wir bei den Regierungspräsidien 30 % Stellen abbauen. – Nein, bei der Polizei haben wir gerade nicht eingespart.

(Abg. Weimer SPD: Das ist nicht das Problem! Da hätte man aber etwas machen können!)

– Bei der Polizei einsparen?

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Strukturelle Reform von Birzele!)

Das ist interessant.

(Anhaltende Unruhe)

Ich kann nur sagen: Ich betrachte es als einen der größten Erfolge der Landespolitik, daß Baden-Württemberg unter 16 deutschen Ländern die geringste Kriminalitätsrate und die höchste Verbrechensaufklärungsrate hat.

(Beifall bei der CDU)

Diesen Platz wollen wir halten. Deswegen hat die Polizei unseren ganzen Rückhalt in der Gesetzgebung und auch in der Personalausstattung, unseren ganzen Rückhalt übrigens auch in der Gesetzgebung.

Wenn ich mir nur einmal überlege, nachdem schon dieser Zwischenruf von Ihrer Seite gekommen ist, was wir in der letzten Legislaturperiode für Auseinandersetzungen um das Thema „Ereignisunabhängige Kontrollen“ hatten. Alles ist blockiert worden, so, wie Sie jahrelang die Überwachung von Gangsterwohnungen auf Bundesebene blockiert haben und jetzt in den letzten Wochen eingeknickt sind; vielleicht eingeknickt sind – das ist ja noch nicht über den Berg. Lassen Sie sich einmal vom Innenminister sagen, was diese ereignisunabhängigen Kontrollen in einem einzigen Jahr gebracht haben.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Nichts!)

Unwahrscheinlich viele sind in der Fahndung hängengeblieben.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Anhaltende Unruhe)

(Ministerpräsident Teufel)

– Lassen Sie sich das einmal sagen. Das war eine ganz erfolgreiche gesetzgeberische Maßnahme

(Abg. Dr. Schlierer REP: Zwischenfrage!)

und eine ausgezeichnete Leistung der Polizei und des Innenministers.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schlierer?

Ministerpräsident Teufel: Jawohl, bitte sehr, Herr Kollege Dr. Schlierer.

Ich habe gedacht, Herr Birzele würde zu diesem Thema eine Zwischenfrage stellen, aber er ist nicht da.

Stellv. Präsident Weiser: Sie haben das Wort, Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Ministerpräsident, können Sie dem Hohen Haus erklären, warum Sie nicht ein Jahr früher dem Antrag meiner Fraktion zugestimmt haben? Denn dann hätten Sie den ganzen Gewinn dieses einen Jahres, den Sie soeben erwähnt haben, schon früher zum Nutzen des Landes ziehen können.

Ministerpräsident Teufel: Herr Kollege Schlierer, das kann ich Ihnen ganz genau erklären: Weil man in der Demokratie auf 51 zählen können muß. Wir konnten in der letzten Legislaturperiode leider allein nicht auf 51 zählen, sondern wir haben die SPD als damaligen Koalitionspartner gebraucht, aber nicht dafür gewinnen können. Und mit den Republikanern zusammen wollen wir weder in dieser noch in einer anderen Frage auf 51 zählen. Das ist die Antwort.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. Krisch
REP: Das war schwach! – Unruhe)

Das haben Sie hören wollen. Wenn Sie es hören wollen, bitte sehr, ich sage es. Deswegen tritt man ja in einen solchen Prozeß ein.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nun, meine Damen und Herren, gibt es bis zum heutigen Tag – deswegen möchte ich das hier einmal ausräumen – das Klischee, die Personalstellen würden allüberall in der Verwaltung abgebaut –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Teufel: Nein, jetzt würde ich gerne, wenn Sie gestatten, Herr Präsident, den Gedankengang fortsetzen.

Es gibt das Klischee, überall in der Verwaltung werde eingespart, nur nicht in den Ministerien. Das ist hier auch gesagt worden. Deswegen möchte ich mich anhand nachprüfbarer Fakten einmal mit dieser Aussage beschäftigen.

Der Stellenbestand der Ministerien betrug vor der Landtagswahl 1992 insgesamt 3 343. Bei der Regierungsneubil-

dung 1992 sind in den Ministerien 91,5 Stellen zugegangen. Während der großen Koalition von 1992 bis zur Landtagswahl 1996 ging die Stellenzahl in den Ministerien um 44,5 zurück. Diese Reduzierung wurde bis auf die letzte Stelle ausschließlich in den CDU-geführten Ressorts erbracht.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Hört, hört!)

Nach der Wahl 1996 wurde der Stellenbestand in den Ministerien im Zuge der Regierungsneubildung im Zweiten Nachtrag 1996 um insgesamt 80,5 und im Haushalt 1997 um weitere 68 Stellen reduziert. Der Stellenbestand in den Ministerien ist also gegenüber dem Spitzenstand von 1992, als die SPD in die Regierung eingetreten ist, inzwischen um 8,0 % gesunken. Das ist der Sachverhalt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Selbstverständlich sind bei keiner einzigen der beschlossenen Kürzungsmaßnahmen Ministerien ausgenommen.

Meine Damen und Herren, jetzt liegt mir aber noch an einem Ländervergleich. Ich möchte nämlich nicht, daß immer wieder dieselben Argumente gebracht werden, obwohl sie niemand belegen kann. Auf 100 000 Einwohner kommen in Baden-Württemberg 31 Ministerialbeschäftigte, in Bayern 39,

(Abg. Haasis CDU: Saarland wäre interessant!)

in Niedersachsen 41, in Hessen 54, in Rheinland-Pfalz 57, in Sachsen 60, in Sachsen-Anhalt 91 und in Schleswig-Holstein 96. Wenn man beim Stellenbestand in den Ministerien im Ländervergleich so liegt wie Baden-Württemberg – das Saarland verschweige ich aus Höflichkeit; ich sage Ihnen aber gleich noch diese Zahlen, wenn Sie sie wollen –,

(Zurufe von der CDU: Ja! Die Stellen vom Saarland!)

dann ist ein solcher Vorwurf einfach unberechtigt.

(Zurufe von der CDU: Saarland!)

Jetzt habe ich noch interessante Zahlen für das Thema der Länderneugliederung und zum Stichwort Saarland. Was kostet die politische Führung, also die Ministerien und die Kernverwaltung, in den deutschen Bundesländern?

(Zurufe von der CDU: Jetzt! – Abg. Sieber CDU:
Was kostet der Koch im Saarland?)

Baden-Württemberg 249 DM pro Einwohner und Jahr, Bayern 264 DM, Berlin 878 DM, Brandenburg 395 DM, Bremen 644 DM, Hamburg 659 DM,

(Abg. Weimer SPD: Ist das Globus-Graphik?)

Hessen 298 DM – bloß damit Sie es in Erinnerung behalten: Baden-Württemberg 249 DM –, Mecklenburg-Vorpommern 444 DM, Niedersachsen 267 DM,

(Abg. Heiler SPD: Sind das Wasserstandsmeldungen?)

(Ministerpräsident Teufel)

Rheinland-Pfalz 346 DM, Nordrhein-Westfalen 243 DM, Saarland 372 DM,

(Abg. Weimer SPD: Quelle?)

Sachsen 317 DM, Sachsen-Anhalt 398 DM, Schleswig-Holstein 317 DM und Thüringen 488 DM. Baden-Württemberg liegt wie in fast allen Kostenbereichen an zweiter Stelle, in diesem Fall hinter Nordrhein-Westfalen, das auf 17 Millionen Einwohner umrechnen kann.

(Abg. Weimer SPD: Heute übertreffen Sie sich!)

Ich glaube also, es ist mit Zahlen und Fakten widerlegt, daß dieses Land in seiner Führungsspitze etwa teurer wäre als andere Länder oder daß in den Ministerien nicht genauso Stellen abgebaut würden, wie das in den übrigen Teilen der Verwaltung der Fall ist.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt – auf wenige Punkte unserer Politik möchte ich noch eingehen –: Sparen muß fortgesetzt werden angesichts dieser dramatischen Einbrüche auf der Einnahmeseite, aber wir dürfen das Investieren nicht vernachlässigen. Das ist eine Gratwanderung und eine schwierige Aufgabe. Wir müssen die weniger gewordenen Mittel auf Ausgaben konzentrieren, die Arbeitsplätze schaffen und die der jungen Generation Zukunftschancen sichern.

Wenn es stimmt – und es stimmt –, daß Wissen zum entscheidenden Produktionsfaktor geworden ist, dann ist es richtig, heute in die Bildung und damit in die Zukunftschancen junger Menschen zu investieren.

Wenn es stimmt, daß eine erstklassige Infrastruktur die Grundlage eines erstklassigen Wirtschaftsstandortes ist, dann ist es richtig, in diese Infrastruktur zu investieren.

Wenn es stimmt, daß wir im Land in der Verwaltung Stellen abbauen müssen, dann ist es richtig, in die bessere Ausstattung von Behörden mit leistungsfähiger Hard- und Software zu investieren, damit die Arbeit weniger personalaufwendig und kostengünstiger erledigt werden kann. Wenn es stimmt, daß mit der Einführung der dezentralen Budgetverantwortung, der Kosten- und Leistungsrechnung sowie des Controlling in einzelnen Behörden effektiver gewirtschaftet werden kann, dann ist es richtig, dies so schnell wie möglich umzusetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist unsere Politik, die Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Dies alles kostet Geld, zahlt sich aber mittel- und langfristig aus wie jede gute Investition.

Wenn das alles stimmt – und davon können wir ausgehen –, dann ist auch der finanzpolitische Kurs der Landesregierung und der Mehrheit im Landtag richtig und verantwortbar. Wir wägen vorsichtig ab, wir fahren auf Sicht, wir vertreten eine Linie der finanz- und haushaltspolitischen Vernunft. Die haushalts- und finanzpolitische Leistungsbilanz des Landes kann sich nicht nur sehen lassen, sie ist im Ländervergleich beispielhaft.

Nun kommt es mir aber auf die folgende Aussage ganz entscheidend an: Wir wollen nicht nur bei uns in Baden-Württemberg sparen und dann das bei uns Ersparte an andere Länder abliefern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat seit 1952 die Hälfte des gesamten Länderfinanzausgleichs allein bezahlt – einschließlich der Verschuldung des Nachtragshaushaltsplans 1997. Wir hätten keine einzige Mark Schulden in unserem Land,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

wenn es diese Leistungen im Länderfinanzausgleich nicht gäbe.

Wir zahlen derzeit 2,5 Milliarden DM für den Länderfinanzausgleich. Ich habe den Eindruck, daß man inzwischen mit diesen Zahlen so umgeht: Was sind schon 2 Milliarden? Es gab ja einmal einen SPD-Bundesvorsitzenden – ich bringe Ihnen das „Spiegel“-Interview noch heute –, der gemeint hat, daß eine Milliarde Mark 100 Millionen Mark seien.

(Beifall des Abg. Haasis CDU – Lachen bei der CDU)

Es sind also 2 500 Millionen DM, die wir in den Länderfinanzausgleich bezahlen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Ich kann Ihnen zeigen, wer im Ausschuß Millionen und Milliarden verwechselt!)

– Ja, im Sinne des Versprechens, Herr Puchta, passiert das sicher häufig, das ist wahr, und zwar auf allen Seiten dieses Hauses.

2 500 Millionen DM im Länderfinanzausgleich, 2 100 Millionen DM im Umsatzsteuerausgleich, 1 250 Millionen DM in den Fonds „Deutsche Einheit“. Außerdem kommt buchstäblich alle zwei Jahre ein neues Ausgleichssystem hinzu, und genau dagegen wehren wir uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vor drei Jahren gab es noch keinen Krankenversicherungsausgleich West, inzwischen zahlen wir 1 648 Millionen DM in den Krankenversicherungsausgleich West. Vor drei Jahren gab es noch keine Pflegeversicherung. Inzwischen zahlen wir aus Baden-Württemberg – Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber – 598 Millionen DM nur an Ausgleich hierfür in andere Bundesländer.

19 Millionen DM zahlen wir in den Finanzausgleich der Rundfunkanstalten. Nur nachrichtlich will ich erwähnen, daß wir einen überproportional hohen Anteil von über 2 Milliarden DM an die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg bezahlen, daß wir darüber hinaus einen überproportionalen Anteil an Gemeinschaftssteuern von über 3 Milliarden DM tragen.

Meine Damen und Herren, ich sage für diese Landesregierung: Wir sind solidarisch. Kein Land ist solidarischer als

(Ministerpräsident Teufel)

das Land Baden-Württemberg. Wir lassen uns aber nicht ausnehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen am Ende nicht schlechter dastehen als alle, die die Hand aufhalten und kassieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rückert CDU: So ist es!)

Das jetzige System ist leistungsfeindlich, und es ist nicht nur nivellierend, sondern übernivellierend. Wir wehren uns gegen diese Art des finanzpolitischen Sozialismus.

(Abg. Brechtken SPD: Das hat doch die jetzige Regierung gemacht! Sozialismus, das ist doch Seehofer!)

– Das ist richtig. Ich geißle ein solches Verhalten, gleichgültig, wo die Betroffenen stehen. Aber bei Ihnen sitzen noch ein paar mehr als bei uns. Mit denen bei uns setze ich mich auch entsprechend auseinander, darauf können Sie sich verlassen.

(Abg. Brechtken SPD: Der Seehofer sagt das doch! – Abg. Maurer SPD: Blutdruckkommunisten, die CDU!)

Meine Damen und Herren, ich möchte hier vor dem Landtag auch einmal folgendes sagen: Es gibt dieses Länderfinanzausgleichssystem jetzt seit 40 Jahren. Das System hat sich aber bisher als absolut wirkungslos erwiesen, denn es führt nicht zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse in den einzelnen Ländern. So ist der Anteil der klassischen Nehmerländer am Bruttoinlandsprodukt des früheren Bundesgebiets – ich beziehe mich nur auf die Westländer – von 1980 bis 1996 gesunken. Der entsprechende Anteil der klassischen Geberländer ist sogar noch gestiegen. Dies belegt, daß die Finanzausgleichsleistungen wirkungslos verpuffen. Wir zahlen in ein Faß ohne Boden. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer. Dann muß man auch einmal in einem solchen Bereich Evaluierung und Überprüfung betreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Ursache dafür ist im übrigen, daß die Ausgleichsleistungen an die finanzschwachen Länder überhaupt nicht zweckgebunden gegeben werden. Niemand garantiert, daß die Mittel dorthin fließen, wo sie eigentlich hingehören, nämlich in die Bereiche, in denen das jeweilige Land strukturelle Schwächen hat, also etwa in den Hochschulbereich, in den Forschungsbereich, in die Verkehrsinfrastruktur oder in die Wirtschaftsinfrastruktur. Man hat keinerlei Einfluß darauf.

Jetzt geht es um einen neuen Ausgleich. Den haben Sie mit dem Stichwort Seehofer angesprochen. Jetzt geht es um den Ausgleich für die Ostkrankenkassen. Da kann ich nur sagen: Das Land Baden-Württemberg ist vorbereitet. Wir haben – nicht innerhalb von ein paar Tagen, den Vorschlag kennen wir erst vier Wochen – vorher auf der Basis eines Gutachtens eines unabhängigen Forschungsinstituts in Berlin im Sozialministerium ein Konzept erarbeitet, das einen regionalen Krankenkassenausgleich in unserem Land Ba-

den-Württemberg und in allen Ländern je für sich vorschlägt. Da wir innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Bundesstaat sind, lassen wir uns auch in eine Gesamtsolidarität nehmen. Wir akzeptieren deswegen auch einen Bundesausgleich nach diesem Länderausgleich.

Das, was wir vorschlagen, führt nicht zu einer Mark weniger Leistung an die neuen Bundesländer als das, was Herr Seehofer für eine Übergangszeit von drei Jahren vorschlägt, nicht zu einer einzigen Mark weniger. Es führt aber dazu, daß unser Land entlastet wird und die Länder im Westen ihre Gesundheitskosten selbst bezahlen, die sich wesentlich höhere Gesundheitskosten leisten als das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das möchte ich jetzt einmal mit ein paar Fakten belegen. Die Krankenhausausgaben pro AOK-Mitglied fallen nennenswert auseinander. In Sachsen betragen sie 1 487 DM, in Baden-Württemberg 1 536 DM – wir sind am zweitgünstigsten –, im Saarland 2 258 DM und in Berlin 2 638 DM.

Die Zahl der Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner beträgt in Schleswig-Holstein, wo sie am günstigsten ist, 625, in Baden-Württemberg – auf dem zweiten Platz – 659, in Berlin 973 und in Bremen 1 023. Es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, daß der baden-württembergische Beitragszahler, der Handwerker, der Arbeitgeber und jeder Arbeitnehmer, für doppelt soviel Krankenhausbetten in Bremen oder in Berlin bezahlt, wie wir sie in Baden-Württemberg unterhalten. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Eine solche Politik können wir nicht mehr mitmachen. Deshalb treten wir für gerechtere Ausgleichssysteme ein und werden mit allen erlaubten politischen Mitteln gegen immer neue Ausgleichssysteme kämpfen.

(Unruhe)

– Wenn Sie sich empören, dann kann ich nur sagen: Geben Sie mir doch Unterstützung! Sie sitzen doch im Präsidium Ihrer Partei,

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

im Landesvorstand und im Bundesvorstand Ihrer Partei. Sorgen Sie doch dafür, daß auch in sozialdemokratisch regierten Ländern Bettenabbau stattfindet und Einsparungen vorgenommen werden und daß die nicht ausgeben, was sie wollen, und dann bei einem Vollaussgleich jeweils in Baden-Württemberg und Bayern kassieren. Diese Politik machen wir nicht mehr mit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU – Glocke des Präsidenten)

Wir zahlen nicht auf Dauer für Länder, die von der SPD schlechter regiert sind als die Unionsländer im Süden.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken und eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Müller?

Ministerpräsident Teufel: Ja, von mir aus, unbegrenzt.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Ministerpräsident, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß ich mich dagegen gewehrt habe, daß Sie Stadtstaatenzahlen mit den Zahlen eines Flächenlandes vergleichen. Sie haben nämlich ausdrücklich nur Berlin und Bremen genommen. Berlin ist übrigens CDU-regiert.

(Abg. Haasis CDU: Das Saarland hat er auch genommen!)

Wenn Sie das verglichen, müßten Sie das mit der Stadt Stuttgart vergleichen und mit deren Bettenzahl, bezogen auf die Zahl der Einwohner.

(Abg. Haasis CDU: Aber das ist kein eigenes Land! Dann muß man das Land abschaffen! Das Land auflösen! Das wäre richtig in Bremen und in Hamburg! – Gegenruf des Abg. Weimer SPD: So ein Unsinn! – Große Unruhe)

Ministerpräsident Teufel: Ich darf sie selbstverständlich vergleichen, weil diese Städte nämlich im Sinne des Bundesrechts keine Städte sind, sondern Länder, und weil sie in den Länderausgleich mit Baden-Württemberg einbezogen sind.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Natürlich sage ich den Berlinern und auch meinen Freunden in Berlin, daß es ein Umding ist, daß Berlin drei Universitätskliniken aufrechterhält. Jeder, der sich auskennt, sagt, das sei auch kein Dauerzustand.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Wir sind nicht bereit – – Jetzt hören Sie doch auf. Ich habe Berlin und Bremen genannt. Ich rufe Ihnen noch einmal das Saarland in Erinnerung. Das ist aber eine „Großstadt“ in Deutschland, eine wirkliche Großstadt.

(Abg. Haasis CDU: Ein Landkreis! – Zuruf des Abg. Birk CDU)

Ich habe Ihnen gesagt, daß die Ausgaben im Saarland pro AOK-Mitglied am allerhöchsten sind, nämlich 2 258 DM. Was soll also jetzt diese Zwischenfrage? Ich habe die Länderzahlen genauso genannt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Maurer und Weimer SPD)

Ja, das ist wahr.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Teufel: Natürlich gehört das Bundesland Bremen aufgelöst! Das ist doch wahr.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie sagen doch dauernd, daß man in Deutschland Strukturen verbessern müsse. Jeder weiß, wie das Land entstanden ist: Sowohl die Briten als auch die Amerikaner wollten einen Hafen zur Nordsee haben. Deswegen ist das eine britische Zone und das andere eine amerikanische Zone geworden, und beide Städte sind selbständige Länder geworden.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Aber inzwischen sind wir 50 Jahre vom Zweiten Weltkrieg entfernt, und Sie sprechen dauernd davon, man müsse Strukturkonservatismus überwinden.

(Abg. Weimer SPD: Überhaupt nicht!)

Hier können Sie in Ihren eigenen Reihen gegen Strukturkonservatismus antreten

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

und können zu einer besseren Länderstruktur kommen.

(Abg. Birk CDU: Die SPD soll einen Antrag stellen! – Abg. Dr. Repnik CDU: 10 : 0! – Glocke des Präsidenten)

Was wir brauchen, ist – –

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, Sie hatten noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Müller zugelassen.

Ministerpräsident Teufel: Wenn er noch Lust dazu hat, gern. Herr Kollege Müller, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Müller, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Ministerpräsident, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß der von Ihnen kritisierte Risikostrukturausgleich gar nicht die Ausgaben- seite betrifft, daß also die baden-württembergischen AOK- Beitragszahler keineswegs die Betten der AOK-Beitragszahler in Bremen bezahlen, sondern daß das nur die Einnahmeseite betrifft,

(Zurufe von der CDU)

das heißt also die Lohnsumme, die Zahl der Familienangehörigen und die Rentner, und daß damit Ihre Vergleiche nicht unbedingt zutreffen?

(Unruhe)

Ministerpräsident Teufel: O Herr Müller.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, lassen Sie doch Herrn Abg. Dr. Müller seine Frage so formulieren, daß sie auch verstanden werden kann.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, im Unterschied zu anderen habe ich sie verstanden. Deshalb beantworte ich sie.

Stellv. Präsident Birzele: Ich habe sie wegen des Lärms nicht gehört. Haben Sie, Herr Ministerpräsident, die Frage verstanden?

Ministerpräsident Teufel: Der, der sie beantworten soll, hat sie verstanden, und deswegen beantworte ich sie jetzt.

Nicht nur der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion beherrscht die Details des Risikostrukturausgleichs, sondern ich habe mich inzwischen auch mit den Details beschäftigt, Herr Müller. Selbstverständlich sind das Zahlen nach erfolgtem Einnahmeausgleich. In der Tat ist der Risikostrukturausgleich ein Einnahmeausgleich. Aber hier geht es um die Ausgaben pro AOK-Mitglied oder um die Ausgaben pro Krankenhaus nach erfolgtem Risikostrukturausgleich auf der Einnahmeseite.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Müller?

Ministerpräsident Teufel: Vielen Dank. Jetzt möchte ich meinen Gedankengang gern fortsetzen und zu dem Thema Ausgleich zusammenfassend sagen: Ich weiß, daß man mit dem Totschlagargument „gleiche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ und mit einer klaren Mehrheit der Empfängerländer zur Zeit jede Reform hin zu einer gerechteren Ausgleichsstruktur blockiert. Aber für mich heißt Föderalismus Wettbewerb, heißt Gleichwertigkeit, aber nicht Einheitlichkeit, heißt Differenzierung, aber nicht Nivellierung.

So wurde auch vor wenigen Jahren nach der Wiedervereinigung das Grundgesetz in diesem Punkt in Artikel 72 geändert. Dort hieß es vorher: „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“, und jetzt heißt es: „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, ohne daß bis zur Stunde jemand eine Folgerung aus dieser Änderung unserer Verfassung gezogen hätte. Meine Damen und Herren, niemand in Baden-Württemberg braucht sich deshalb den Stempel der Entsolidarisierung aufdrücken lassen, wenn er für ein gerechteres Ausgleichssystem kämpft.

Der Kollege Maurer

(Abg. Weimer SPD: Schon wieder?)

hat gesagt – das ist der einzige bemerkenswerte Satz, den ich mir aus seiner Rede gemerkt habe –, man müsse den Menschen auch Mut machen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: O ja! – Abg. Sieber CDU: Das ist wahr!)

– Das ist wahr. – Das haben Sie aber mit Ihrer Rede nicht gemacht. Ich will einmal sagen, womit man den Menschen durchaus Mut machen kann: beispielsweise dadurch, daß man sagt, daß unsere Wirtschaft in Baden-Württemberg erfreulicherweise nicht mehr dort steht, wo sie anfangs der neunziger Jahre stand, als wir in der schlimmsten Rezessi-

on der Nachkriegszeit waren, die sich kumuliert hat mit den Folgen von Globalisierung und Digitalisierung, mit der Tatsache, daß man im produzierenden Bereich mit immer weniger Menschen immer mehr Produkte herstellen kann, mit der Tatsache, daß allein in der metallverarbeitenden Industrie unseres Landes in vier Jahren 320 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind – das ist der Gesamtbestand der Arbeitnehmer in der metallverarbeitenden Industrie im zweitgrößten Regierungsbezirk unseres Landes, nämlich im Regierungsbezirk Karlsruhe.

Inzwischen sind unsere Unternehmen ebenso tätig geworden, wie die Landespolitik tätig geworden ist. Die Unternehmen haben Kosten reduziert, sind wettbewerbsfähiger geworden, haben neue Produkte entwickelt, haben Forschungsergebnisse schneller umgesetzt in neue Produkte und neue Produktionsverfahren, haben zusätzliche Märkte erschlossen. Die baden-württembergische Wirtschaft hat sich in einem Kraftakt sondergleichen den Herausforderungen des Strukturwandels und der Globalisierung gestellt, und sie ist heute wettbewerbsfähiger denn je. Die Unternehmen haben ihre Produktpalette erneuert und neue Technologien integriert. „Viele Unternehmen“, so hat die Baden-Württembergische Bank vor wenigen Tagen geschrieben, „die vor zwei, drei Jahren noch Verluste meldeten, schafften einen Ergebnisumschwung und sind wieder optimistisch.“

Ich möchte ausdrücklich den Tarifpartnern danken, und zwar beiden, und den vielen, vielen Betriebsräten, die in den letzten Jahren eine besonders schwierige Aufgabe hatten. Ich möchte dafür danken, daß Betriebsvereinbarungen, Bündnisse für Arbeit, in den Unternehmen zustande gekommen sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist jede Anerkennung wert. Das ist allerdings – wenn ich dies in Klammern hinzufügen darf – das Gegenteil von dem, was Herr Zwickel und Herr Lafontaine vor wenigen Wochen im Hinblick auf die neuen Tarifrunden gesagt haben: Das Ende der Bescheidenheit sei jetzt gekommen. Wenn das Ende der Bescheidenheit nun tatsächlich gekommen wäre, könnte ich nur sagen: Dann werden wir von Ländern überholt, die inzwischen besser, gleichwertig geworden sind, die aber ihrerseits bescheidener geblieben sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen glaube ich, daß diese außerordentlich erfolgreiche Politik, die seit Beginn der neunziger Jahre betrieben wird, fortgesetzt werden muß.

Ich bin vor zwei Wochen beim Maschinenbau gewesen; ich bin Jahr für Jahr beim Maschinenbau gewesen. Allein im Vergleich dieses Jahres mit dem letzten Jahr ist die Auftragslage im Maschinenbau um 16 % und ist der Export um 18 % gestiegen.

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

Wenn Sie die neuesten Daten des Statistischen Landesamts haben wollen: Die Produktion in Baden-Württemberg ist

(Ministerpräsident Teufel)

von Januar bis Oktober gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,6 % – weit über dem Bundesdurchschnitt – gestiegen. Die Auftragseingänge lagen in Baden-Württemberg um 8 % höher als im letzten Jahr; in Deutschland betrug die Steigerung 5,8 %.

Wir haben im übrigen beim Einzelhandel gegenüber einem realen Rückgang in Deutschland in unserem Land erstmals auch wieder eine Steigerungsrate. Das halte ich für besonders erfreulich.

Ergebnis: Unsere Industrie gehört wieder zu den wettbewerbsfähigsten der gesamten Welt. Baden-württembergische Unternehmen marschieren wieder ganz vorn mit.

Ich kann nur sagen, daß wir diese Politik unserer Unternehmen von uns aus unterstützt haben. Wir haben mit ganzer Kraft versucht, sie aus der Zukunftsoffensive „Junge Generation“ durch unsere Begleitung in der Bundespolitik bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen zu unterstützen, indem wir neue Technologien wie Bio- und Gentechnik, wo wir ganz besondere Fortschritte erzielt haben, und auch die Medienpolitik im Land gefördert haben.

Wenn man schon Vergleiche unter den Ländern anstellt, darf man auch sagen: Die Arbeitslosigkeit bei uns ist nach wie vor viel zu hoch. Aber sie ist in Bayern mit 7,1 % und in Baden-Württemberg mit 7,5 % in der gesamten Republik mit Abstand am niedrigsten.

Da wir auch in diesem Haus häufig die unerfreulichen Beispiele der letzten Jahre diskutiert haben, möchte ich, um Mut zu machen, auch einige erfreuliche Einzelbeispiele nennen.

Daimler-Benz stellt im Pkw-Bereich 4 800, bei debis 1 700 Leute ein. Bosch schafft 1997 2 200 neue Arbeitsplätze, nachdem auch dieses Unternehmen jahrelang Arbeitsplätze abgebaut hat. Die SAP hat die Zahl ihrer Arbeitsplätze in fünf Jahren von 1 800 auf 10 000 ausgebaut. IBM schafft 1997 1 400 neue Arbeitsplätze und plant für 1998 1 400 Einstellungen. HP hat 815 neue Arbeitsplätze geschaffen; dies bedeutet eine Aufstockung um 15 %. Heidelberger Druck 180 neue Arbeitsplätze, Trumpf in Ditzingen 140, Paul Hartmann in Heidenheim 250, Marquardt in Rietheim 200, Kern und Liebers in Schramberg 200

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

– ja, meine Damen und Herren –, alles Meldungen der letzten Tage und Wochen.

Ich sehe noch nicht die völlige Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. Aber ich glaube, wir sind bei den Zahlen, die ich genannt habe – Produktions-, Export- und Investitionssteigerung sowie die konkreten Beispiele, die ich genannt habe –, am Beginn einer Trendwende auch auf dem Arbeitsmarkt. Ich glaube, daß das vielen Menschen in unserem Land Mut macht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Letzte Bemerkung: Baden-Württemberg hat – und ich bin dankbar, daß das auch von einzelnen Abgeordneten der

Opposition anerkannt wird – in den letzten Jahren unwahrscheinlich viel in die Bildung, in die Hochschulen, in die Forschung, in den Technologietransfer, in die Köpfe der Menschen und die junge Generation investiert. Allein dort sehe ich unsere Zukunftschancen; denn wir werden nicht mehr konkurrenzfähig mit den Billiglohnländern der Welt.

Nun konkret: Die Ausgaben des Landes für seine Hochschulen sind von 3,5 Milliarden DM im Jahr 1992 auf 4,2 Milliarden DM im Jahr 1996 gestiegen, und das in den fünf Sparjahren der neunziger Jahre. Es gibt eine Steigerung im Bereich der Hochschulen. Die Zahl der Professoren im Land stieg von 5 150 im Jahr 1990 auf 5 400 im Jahr 1996. Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter stieg von 13 500 auf 17 000. Gleichzeitig ging aber die Zahl der Studierenden um 16 % zurück. Das heißt, wir haben eine nennenswerte Verbesserung auch der Betreuungsrelation an unseren Universitäten.

Zur Zukunftsoffensive „Junge Generation“: Wir haben für zweimal 1 Milliarde DM Vermögen verkauft und investieren den Erlös ausschließlich in wichtige Zukunftsprojekte für die junge Generation in unserem Land, für die Modernisierung der Hochschulen und für die Forschung. Meine Damen und Herren, es ist ein Faktum und es verdient doch auch, in einer solchen Debatte erwähnt zu werden, daß Baden-Württemberg bei den Hochschulausgaben je Einwohner 1996 unter den westdeutschen Flächenländern auf Platz eins lag und daß Baden-Württemberg bei der Steigerung des Wissenschaftsetats 1997 unter den westdeutschen Flächenländern mit einem Plus von 12,2 % auf Platz eins liegt. Unser Bildungssystem ist der entscheidende Standortvorteil Baden-Württembergs für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie alle kennen die vielen konkreten Einzelprojekte der Zukunftsoffensive „Junge Generation“, die wir hier in einem Haushalt verabschiedet haben und gegen die Sie sich damals auch gewandt haben. Hätten wir das Geld seinerzeit dazu benutzt, um Haushaltslöcher zu stopfen, dann wäre keine einzige dieser Zukunftsinvestitionen zustande gekommen.

Meine Damen und Herren, deswegen habe ich mich gefreut, daß in der heutigen Ausgabe der „Frankfurter Rundschau“ folgendes Zitat steht:

Der grüne Landtagsabgeordnete Dieter Salomon bestätigt die relativ gute Lage in Baden-Württemberg.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Er kennt sich aus!)

– Ja, das ist bemerkenswert.

Er verwies selbstkritisch darauf, daß die Proteste nicht von ungefähr in rotgrünen Ländern wie Hessen begonnen hätten.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Fazit, meine Damen und Herren – –

(Ministerpräsident Teufel)

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Teufel, das war die Hochschuldebatte von voriger Woche! – Unruhe)

– Was wahr ist, ist wahr, und ich finde, man verliert nicht, sondern man gewinnt an Glaubwürdigkeit, und Kritik wird eher akzeptiert, wenn man auch Fakten anerkennt.

Fazit, meine Damen und Herren: Baden-Württemberg wird nicht überholt, wenn wir die Kräfte und die gewaltigen Ressourcen in diesem Land bündeln. In diesem Land werden die meisten Erfindungen in Deutschland gemacht; das ist eine Leistung von Meistern, Technikern und Ingenieuren. In diesem Land werden die besten Werkzeugmaschinen und Autos, die besten chirurgischen Instrumente und die besten optischen Geräte der Welt gebaut. Wir werden nicht überholt, wenn wir die Kräfte bündeln und die gewaltigen Ressourcen nutzen, die in diesem Land stecken.

Wir haben Grund zur Zuversicht. Baden-Württemberg ist mit über 10 Millionen Einwohnern und einer großen Wirtschaftskraft stark genug, wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen, weit in das nächste Jahrhundert hinein. Daran wollen wir im Interesse der Bürger arbeiten, und dafür erbitte ich auch die Mitarbeit der Opposition. Den beiden Koalitionsfraktionen danke ich dafür, daß sie diese zukunftsfähige Politik in unserem Land mittragen. Sie ist auch außerordentlich erfolgreich. Dieses Land ist besser regiert als jedes rotgrün regierte Land in Deutschland.

(Langanhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Nagel SPD: Wo bleibt die La-Ola-Welle? Nichts mehr los mit euch! – Abg. Dr. Repnik CDU: Ihr wärt froh, ihr hättet so einen Mann!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Maurer.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Vom schwarzen Riesen zum roten Zwerg! – Heiterkeit bei der CDU)

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Rituale haben wir schon oft erlebt. Wahrscheinlich ist das auch in allen Parlamenten gleich.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aber immer wieder schön!)

Herr Repnik, Sie haben sich besonders viel Mühe gegeben. Ich habe das gesehen. Aber das lassen wir einmal beiseite.

Herr Ministerpräsident Teufel, lassen Sie mich mit einem Thema beginnen, bei dem Sie sich sehr gefreut haben, daß ich Ihnen zugestimmt habe. Das war bei dem Thema Landeserziehungsgeld. Ich habe Ihnen deswegen zugestimmt, weil ich etwas amüsiert war, daß Sie dieses Thema Herrn Kollegen Oettinger sozusagen angedient haben. Ich wollte Sie davor bewahren, daß der Eindruck entsteht, als ob etwas – das wissen wir beide ganz genau –, was Ihr Herzblut und übrigens auch meines ist, weswegen es dieses Landeserziehungsgeld auch in den Zeiten der großen Koalition weiter gegeben hat, ausgerechnet von Herrn Oettinger gerettet worden wäre. Diesen Eindruck sollten Sie nicht er-

wecken. Wir wollen doch bei der Wahrheit bleiben: Das Landeserziehungsgeld gibt es deswegen noch, weil Sie es wollten und weil ich es wollte, und das ist auch gut so.

Jetzt will ich daran etwas anschließen: Herr Ministerpräsident, ich habe mich bei Ihnen eigentlich immer darauf verlassen, daß Sie bezüglich der Situation von Familien mit Kindern eine prinzipielle Haltung haben, nicht unbedingt was die Vorbilder oder den Erziehungsstil anbelangt, aber doch, was die materielle Situation angeht.

Schauen Sie, auf der einen Seite gibt es jetzt dieses Thema Landeserziehungsgeld. Das Landeserziehungsgeld wird es weiterhin geben, und das ist gut so. Aber auf der anderen Seite haben Sie diese Operation im Hinblick auf die Schülerbeförderung durchgeführt, und Sie haben sie zu Lasten von Familien mit Kindern realisiert.

(Abg. Haas CDU: Nicht nur!)

Ich sage Ihnen heute noch einmal: Das war nicht in Ordnung. Das ist ein Bruch mit Ihrer politischen Linie, mit den von mir bei Ihnen vermuteten Grundauffassungen, und deswegen täten Sie gut daran, diese Fehlentscheidung zu korrigieren. Sie hat Familien in Baden-Württemberg unangemessen belastet.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wäre es mir lieber, wenn solche Grundlinien tatsächlich durchgehalten würden, und zwar nicht nur bei diesem einen Thema Landeserziehungsgeld.

Weiter glaube ich, wir sollten uns nicht sehr in diese Abteilung „Scherz, Satire, Ironie“ vertiefen, aus der es gerade eben erhebliche Passagen gegeben hat.

(Abg. Birk CDU: Das beherrschen Sie am wenigsten!)

Die Geschichte mit den lieben Grünen, mit dem lieben Kuhn und dem lieben Salomon und dem bösen Maurer und den bösen Roten habe ich schon vor der Debatte gekannt.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Aber wenn es doch stimmt!)

Sie bereiten dem Fritz Kuhn damit weiß Gott ein größeres Problem als mir.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wahrscheinlich ist Ihnen das auch klar. Aber lassen wir diese Scherze nach dem Bauernschachmotto einmal beiseite, weil das nun wirklich nicht die tiefen Probleme des Landes sind.

Auch wenn Sie sagen: „Jetzt werde ich mich ganz eindringlich mit dem Kuhn beschäftigen, weil er so sinnlos gut war“, habe ich doch registriert, daß Sie sich praktisch eine halbe Stunde allein mit mir beschäftigt haben. Das zählt alles zur Abteilung „Taktik – Bauernschach“ und interessiert die Menschen in Baden-Württemberg nicht übermäßig, glaube ich.

Zu der Abteilung „Scherz, Satire, Ironie“ gehören noch so ein paar Dinge, die Sie hier gemacht haben. „Ministerialbe-

(Maurer)

amte“ war so eine tolle Nummer. Machen Sie das nicht mehr! Da haben Sie jetzt einfach unterschlagen, daß natürlich, je kleiner das Land ist, desto höher der Anteil der Ministerialbeamten ist. Ich werfe mich jetzt gar nicht in die Brust, weil Nordrhein-Westfalen, bezogen auf die Einwohnerzahl, weniger Ministerialbeamte als Baden-Württemberg hat. Das kommt einfach daher, daß Nordrhein-Westfalen größer ist als Baden-Württemberg. Auf diesem Niveau können wir die Auseinandersetzung hier natürlich nicht führen.

(Abg. Weimer SPD: Das war aber der rote Faden!)

Wir können sie auch nicht auf dem Niveau führen, daß wir Stadtstaaten mit großen Flächenstaaten vergleichen. Das ist alles ein bißchen daneben – das muß ich Ihnen schon sagen – und nicht ernsthaft. Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht die Hoffnung haben, daß Sie damit irgendwie Eindruck machen. Aber bei einigermaßen Informierten machen Sie damit jedenfalls keinen Eindruck.

Interessanter finde ich die Debatte zum Länderfinanzausgleich und zu Regionalisierungsgedanken, denen wir ja in Teilen – in Teilen! – durchaus freundlich gegenüberstehen, beispielsweise gerade der Kollege Müller. Aber nun will ich Ihnen doch noch folgendes sagen, weil ich Ihre Politik an der Ecke für nicht ehrlich und für strategisch verfehlt halte.

Die Zahlen im Länderfinanzausgleich betragen im Jahr 1996: Nordrhein-Westfalen hat 3 134 700 000 DM gezahlt, Hessen 3 244 600 000 DM, Bayern 2 865 500 000 DM und Baden-Württemberg 2 524 800 000 DM – nur damit das einmal klar ist. Am meisten hat Hessen in den Länderfinanzausgleich gezahlt – deutlich mehr als Baden-Württemberg –, am zweitmeisten Nordrhein-Westfalen; dann kommt Bayern und dann erst Baden-Württemberg. Übrigens hat das auch von Ihnen gelegentlich vielgescholtene Hamburg, ein Stadtstaat, in den Länderfinanzausgleich gezahlt; das haben Sie weggelassen.

Jetzt will ich Ihnen folgendes sagen: Dies eignet sich nicht für schwarzrote Wahlkampfnummern, wie Sie das hier probiert haben. Das eignet sich dafür überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen einen großen Fehler, wenn Sie hier weiter diese bayerisch/baden-württembergische Oper aufführen. Da machen Sie einen großen Fehler, gerade was die Interessen des Landes angeht. Wenn Sie etwas erreichen wollen – und wir sind sehr dafür, daß wir etwas erreichen, weil die bestehenden Strukturen nicht in Ordnung sind –, dann müssen Sie sich mit den Regierungen verbünden, die den Löwenanteil außerhalb von Baden-Württemberg in diesen Länderfinanzausgleich zahlen. Dann müssen Sie sich mit Hessen und mit Nordrhein-Westfalen verbünden, und dann dürfen Sie die nicht vor den Kopf stoßen, indem Sie Ihre Stuttgart-München-Sonderaufführungen hier veranstalten . . .

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Minister Mayer-Vorfelder: Ja, ja, ich sage gleich etwas dazu!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zurufe von der Regierungsbank! Wenn Sie Platz nehmen würden.

Abg. Maurer SPD: . . . und so tun, als ob es sozusagen ein Problem der schlecht regierenden SPD wäre, daß die auch so guten CDU-Regierungen in den Länderfinanzausgleich einzahlen müßten, weil die Roten sich daraus bedienen. Die Wahrheit ist: Zwei rotgrüne Regierungen zahlen viel mehr als Baden-Württemberg und Bayern. Das ist die Wahrheit, und das sollten Sie der Öffentlichkeit nicht verschweigen. Also begeben Sie sich auf den Weg nach Düsseldorf, und machen Sie da einen Gipfel, und machen Sie einen Gipfel in Wiesbaden. Dann können wir vielleicht versuchen, gemeinsam unsere Interessen wahrzunehmen und nicht nur Wahlkampftheater hier zu veranstalten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich hier kaum mit Einzelheiten dieses Haushalts beschäftigt, sondern mehr mit großen Fragen der deutschen Politik bis hin zu den Exportzahlen der baden-württembergischen Industrie. Darauf komme ich noch. Aber ich möchte zunächst einmal, damit wir auch da mit offenen Karten spielen, den Punkt „Gang der Haushaltsberatungen“ aufgreifen, Herr Ministerpräsident.

Die entscheidende Frage ist nicht die, ob Sie mit Ihrer Nachschiebeliste spät kommen. Man kann es auch anders machen. Hessen hat beispielsweise, vorausahnend, was passieren wird – jeder konnte seit Mai vorausahnen, daß diese Zahlen nicht stimmen –, von vornherein seinen Haushalt um ein Vorsorgedatum korrigiert. Also hätte man es auch anders machen können. Aber selbst wenn Sie Ihre berühmten Ländervergleiche anstellen: Es ist nicht das Problem, ob Sie mit einer Nachschiebeliste kommen. Das Problem ist, Herr Kollege Oettinger und Herr Kollege Teufel, daß Sie dem Parlament insgesamt und der Opposition nicht einen Millimeter Raum und Zeit lassen, sich mit Ihrem dann ersten wahren Haushaltsentwurf zu beschäftigen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Diese Nummer, zu sagen: „Jetzt machen wir einmal eine Etatberatung über etwas, was nicht gilt“, zieht nicht. Jeder von uns weiß doch ganz genau, wie groß die verfügbare Masse ist, über die politisch bei solchen Haushaltsberatungen entschieden werden kann. Sie ist nicht sehr viel höher als das Volumen von 1,2 Milliarden DM, das Ihnen fehlt und das nachher im Streit sein wird. Hier eine Geisterdebatte über einen nicht vorhandenen Haushalt zu veranstalten – ich sage das deutlich: Ihr Haushalt ist nicht vorhanden, sondern den gibt es in Wirklichkeit erst, wenn Sie Ihre Nachschiebeliste präsentiert haben –

(Abg. Oettinger CDU: Sie haben ihn nicht gelesen!
Er ist für Sie nicht vorhanden!)

und anschließend im Januar zu kommen und zu sagen: „Jetzt kriegt ihr den wahren Haushalt mit unserer Nachschiebeliste“, uns den Donnerstag nachmittags vor den Latz zu knallen und dann montags mit den Beratungen des Finanzausschusses zu beginnen, ist – das sage ich Ihnen – unwürdig und dem Parlament nicht angemessen. Damit dehnen Sie Ihre vom Wähler verliehene Macht in den Be-

(Maurer)

reich der Willkür aus. Das ist eine Mißachtung des Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich – ich bin da ganz offen – bestimmt das jetzt auch den Gang der Dinge. Herr Ministerpräsident, Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, daß ich mich jetzt hier hinstelle oder daß sich meine Fraktion jetzt hier hinstellt und anfängt, vorbeugend Sparvorschläge für einen Haushalt zu präsentieren, bei dem Sie noch nicht einmal wissen, wo Sie einsparen wollen. Da verwechseln Sie die Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition gewaltig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kuhn hat es auch gemacht!)

– Das ist seine Sache. Aber ich kenne ja meine schwarzen Brüder und Schwestern, und dich, mein Lieber, kenne ich auch. Es würde euch natürlich gefallen, im Land herumzuziehen und zu sagen: Für die Bevölkerungsgruppe A hat die SPD den Einsparungsvorschlag gemacht und für die Bevölkerungsgruppen B und C jenen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Wir sagen es trotzdem!)

Nein, nein, so haben wir nicht gewettet. Sie stellen die Regierung und haben Ihren wahren Haushalt zu präsentieren, Ihre wahren Sparnummern, Ihre wahre Erhöhung der Staatsverschuldung,

(Abg. Dr. Repnik CDU: Ihr seid gegen alles!)

und dann kommen unsere Gegenvorschläge, Herr Kollege Repnik. Genau so machen wir das.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Das ist die Strategie aus der Baracke – aus dem Saarland, Entschuldigung!)

Das ist ganz normal. Wenn Sie eine ordentliche Regierung stellen würden, würden Sie einen Haushalt vorlegen, der Klarheit und Wahrheit enthält und nicht mit Nachschiebelisten operiert. Dann würden wir heute mit unseren Gegenvorstellungen reagieren. So ist die Wahrheit bei dieser ganzen Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie wollen die Stadtstaaten abschaffen.

(Abg. Haas CDU: Gott im Himmel! – Ministerpräsident Teufel: Nicht nur! – Heiterkeit bei der CDU)

Auf das Echo Ihrer Parteifreunde in Berlin und Bremen bin ich gespannt. Auch da sollten wir nicht so tun, als ob das ein schwarzrotes Problem wäre, wie Sie das suggeriert haben. Ich sage Ihnen voraus: Diepgen wird Ihnen sicher einen netten Brief schreiben. Ich werde mich auch darum bemühen. In Bremen sind Sie ja auch mit in einer Koalitionsregierung. Das finde ich alles ziemlich lustig. Das bringt man nur zustande, wenn man über selektive Wahrnehmungen verfügt,

(Beifall bei der SPD)

aber wirklich nur dann.

(Abg. Haas CDU: Unangenehme Themen wollen Sie halt nicht diskutieren!)

Man kann über eine Länderneugliederung diskutieren, aber dann sollte man nicht so tun, als ob das ein Problem zwischen SPD und CDU wäre. Um Gottes willen!

(Abg. Haas CDU: Sie könnten doch helfen, wenn Sie nur wollten!)

So wird doch hier dauernd getan.

(Abg. Weimer SPD: Das ist doch kindisch!)

Ich will Ihnen noch eines sagen: Jetzt kommen wir zu den konkreten großen Punkten der Haushaltsstruktur. Herr Ministerpräsident, Sie wollen ganze Stadtstaaten abschaffen, aber im eigenen Land noch nicht einmal die Regierungspräsidien.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine große Heldennummer. Ich bin tief beeindruckt.

Wir hätten zumindest in einem Fall damit auch Probleme; denn wir stellen beispielsweise eine ganz hervorragende Regierungspräsidentin. So einfach ist das für uns gar nicht.

Ich habe schon heute morgen versucht, es Ihnen zu sagen, und tue es jetzt in aller Ruhe noch einmal: Sie können eine derart schwierige Haushaltsstruktur wie in Baden-Württemberg nicht mit Änderungen beim Kleidergeld, weniger Geld für die Erzieherinnen und Erzieher in Kindergärten, ein bißchen Herumgenuschele am Wasserpfeffig

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wieso „Herumgenuschele“?)

– ich rede über die finanzielle Dimension, Kollege Kuhn – und anderen tollen Nummern bewältigen. Das glauben Sie ja selber nicht.

Wenn es nicht gelingt, die Einnahmesituation der öffentlichen Hand zu stabilisieren und zu verbessern, und wenn es nicht gelingt, in Baden-Württemberg auf den Verwaltungsebenen zu durchgreifenden Strukturereformen zu kommen, dann können Sie alles vergessen. Darüber sind Sie sich auch im klaren; Sie haben es selber angesprochen.

Bei Ihrer Linie, Herr Ministerpräsident, sagen Sie durchgehend, daß alle Strukturen so bleiben, wie sie sind. Sie werden nur ein bißchen zusammengedrückt. Es bleibt bei Schulämtern und bei Oberschulämtern, und es bleibt bei den Forstdirektionen und bei den Oberfinanzdirektionen. Es wird alles ein bißchen zusammengedrückt, aber alle Ebenen und alle grundsätzlichen Strukturen bleiben bestehen. Solange Sie nicht bereit sind, sich von ganzen Strukturen und damit verbundenen Aufgaben zu lösen, werden Sie das Problem nicht in den Griff bekommen. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD)

Zu grundsätzlichen Veränderungen sind Sie aber nicht bereit, sondern Sie schnitzen an den Facetten herum, weil Sie

(Maurer)

nicht den Mut zu grundsätzlichen Entscheidungen aufbringen. Es konnte Ihnen doch überhaupt nichts Besseres passieren als die Situation in der großen Koalition: Es gab die zweite große Volkspartei, die bereit war, solche riesigen Einschnitte, die natürlich mordsmäßige Proteste auslösen, mitzuverantworten. Jetzt haben Sie sogar noch eine Opposition, die bereit wäre, das mitzuverantworten. Sie tun es nicht. Sie sind in Ihr überkommenes Weltbild verstrickt. Alles muß irgendwie doch so bleiben, wie es ist. Große Strukturreformen kann es nicht geben, sondern man geht da mal ein bißchen mit dem Rasenmäher darüber und geht dort mal ein bißchen mit dem Rasenmäher darüber. Das löst das Problem nicht, Herr Kollege Oettinger.

Rheinland-Pfalz – man kann zu den Einzelheiten stehen, wie man will – macht jetzt beispielsweise aus den Bezirksregierungen Service-Center.

(Abg. Wieser CDU: Das Namensschild wird geändert! – Gegenruf des Abg. Weimer SPD: Der Zwischenruf ist gut! Den schicken wir der CDU Rheinland-Pfalz! – Abg. Dr. Repnik CDU: In 20 Jahren! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das ist ein PR-Gag!)

– Nein, nein. Wollen Sie mal hören, was Ihre Parteifreunde in Rheinland-Pfalz dazu zum besten geben?

Was Herr Kollege Weimer vorhin meinte, haben Sie sicher verstanden, es ihm aber relativ geschickt im Mund herumgedreht. Ich sage es noch einmal: Die Overhead-Kosten, die Verwaltungsüberbaukosten in Baden-Württemberg sind zu hoch. Wir haben zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer, gerade bei der Polizei. Wir hatten Ihnen in der Regierung einen Vorschlag zur Senkung dieser Verwaltungskosten gemacht, den ich heute wiederhole. Bei den Oberschulämtern geht es genau um das gleiche Thema, und es gibt viele andere vergleichbare Beispiele. Dabei war unsere Urerfahrung: Sobald es dabei ans Eingemachte geht, sobald bei Ihnen ein paar Landräte auf der Matte stehen, ist es aus mit der Bereitschaft zur Modernisierung und zum Sparen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD)

Diese Strukturen haben auch bis zum heutigen Tag eine Neuordnung der Bankenbeteiligung verhindert.

Ich riskiere sogar noch ein ganz offenes Wort, Herr Ministerpräsident: Möglicherweise – ich sage das einmal ganz vorsichtig – ist es das Problem aller Parteien, die schon ganz lange ein Land regieren.

(Abg. Oettinger CDU: Jetzt kommt die Platte! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das spricht für uns! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Herr Kollege Oettinger, man hat dann möglicherweise zu viele Freunde. Dieses Problem gibt es auch auf SPD-Seite. Man hat zu viele Freunde,

(Abg. Wieser CDU: Ihr habt gar keine mehr!)

und man ist sehr an die Strukturen, die man geschaffen hat, gewöhnt.

Nach dieser Maxime kann man in einer solch krisenhaften Situation ein Land aber nicht führen.

Was mich ärgert und was heute unser Problem ist: Wir haben bei all diesen Fragen mittlerweile sechs Jahre vertan. Wir hätten vor sechs Jahren in eine wirklich durchgreifende Verwaltungsreform einsteigen können; wir haben das angeboten. Wir hätten vor fünf Jahren in eine Neuordnung der Bankenlandschaft einsteigen können; wir haben das angeboten. Wir hätten in die Teilprivatisierung der Energie einsteigen können.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schwächlicher Koalitionspartner!)

– Bitte nicht, Kollege Pfister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schwächlicher Koalitionspartner!)

– Ich schone jetzt die FDP/DVP. Seit Monaten schone ich euch aus tiefem Mitleid.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ihr habt nichts durchgesetzt, was?)

Aber zwingen Sie mich nicht dazu, hier die Halbwertszeit einer Döringschen Ankündigung zu diskutieren. Zwingen Sie mich bitte nicht dazu.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Sprüche!)

– Er zwingt mich dazu. Bei dem „Heldenmut“, mit dem dieser Minister beispielsweise seinen eigenen Wohnungsbau verteidigt, ist eine Rennmaus noch heldenmütiger; das will ich Ihnen einmal sagen.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt einen Etat, der mittlerweile zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen ist, in einem Land, in dem das Handwerk wirklich riesige Probleme hat und an diesem Wohnungsbau hängt, und einen Minister, der sich noch vor wenigen Monaten in die Brust geworfen und gesagt hat: „Wenn der Bund die Komplementärmittel streicht, werde ich trotzdem dafür sorgen, daß die 60 Millionen DM bleiben“! Nichts, außer Spesen nichts gewesen.

Und die Messenummer zwischen beiden Beteiligten: Ihr seid ja an Kraft nicht zu überbieten, wie ihr das gemeinsam stemmt. Das will ich schon einmal sagen.

(Lachen bei der SPD)

Also, Vorsicht!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe nur über den Koalitionspartner in der großen Koalition gesprochen! Der hat nichts durchgesetzt!)

– Gut, Sie machen ja vielleicht mit denen dieselben Erfahrungen wie wir. Wir waren schon ein bißchen nachhaltiger.

(Abg. Wieser CDU: Ihr wärt gern dabeigeblichen!)

– O Kollege Wieser.

Noch einmal zum Kernpunkt: Jetzt reden Sie über die Abschaffung von Kameralistik, jetzt reden Sie über Control-

(Maurer)

ling, jetzt reden Sie über Flexibilität, jetzt reden Sie über moderne Managementmethoden in der öffentlichen Verwaltung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist auch wichtig!)

– Das ist alles schon seit sechs Jahren möglich gewesen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da kann ich doch nichts dafür, Herr Maurer!)

Das gilt für die Neuordnung der Verwaltungsstrukturen wie für die Neuordnung der Banken. Sie haben unglaublich viel Zeit mit Ihrem Beharrungsvermögen zum Schaden des Landes vertan. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist die kommunale Seite längst viel weiter und vorbildhaft. Das Ungerechte daran ist nur: Die Kommunen haben – auch unter dem Druck Ihrer Politik – ihre Haushalte bis zum Gehnichts mehr ausgemostet. Sie haben das zum Teil auch mit zusätzlichen Belastungen ihrer Bürgerinnen und Bürger getan.

Ihre kommunalfeindliche Politik hat auch eine erhebliche soziale Dimension, weil sie nämlich dann anschließend in den Kommunen in Form von Gebührenerhöhungen gerade bei den Familien mit Kindern landet. Sie sind dann fein heraus. Sie machen hier einen abstrakten „Zahlensalat“, kürzen ein bißchen im Finanzausgleich, aber Ihre abstrakten Zahlenspiele äußern sich unten, am Ende der Kette, in zusätzlichen Belastungen für Menschen, die hart arbeiten und sehen müssen, wie sie klarkommen. Bei denen kommt das dann an. Die dürfen dann die Auseinandersetzung um die Schülerbeförderungskosten und um die Kreishaushalte führen. So bequem sollten Sie sich das nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben etwas zu den ersten positiven Anzeichen in der baden-württembergischen Wirtschaft gesagt. Ich will das ausdrücklich bestätigen.

Wir, Herr Ministerpräsident – Sie auch –, sollten der Versuchung widerstehen, so zu tun, als ob die Einstellungszahlen von Bosch, von SAP oder von Daimler eine grandiose Leistung der baden-württembergischen Politik wären. Wenn es nämlich so wäre, läge natürlich auch in der Verantwortung der baden-württembergischen Politik, wieviel Arbeitsplätze bei den Unternehmen vorher abgebaut worden sind. Das war ein Vielfaches von dem, was gerade an Zahlen genannt worden ist.

Jetzt empfehle ich Ihnen einfach einmal einen Blick in das Gutachten des Sachverständigenrats. Dessen Mitglieder sind weiß Gott nicht sozialismusverdächtig. In diesem Gutachten werden Sie lesen, daß es – gemessen an der Produktivitätssteigerung in Deutschland – angemessen gewesen wäre, wenn sich die Löhne in Deutschland im letzten Jahr um 3,7 % erhöht hätten; denn dann wäre mit der Produktivitätssteigerung gleichgezogen worden – übrigens sogar mit der um den Arbeitsplatzabbau bereinigten Produktivitätssteigerung. 3,7 %!

Real ist – und Sie haben das beschrieben –, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerade einmal 1,9 % be-

kommen haben. Real ist, daß die Steigerung der Realeinkommen in Deutschland jetzt im siebten Jahr niedriger als die Produktivitätssteigerung ist. Real ist, daß wir enorme Gewinnentwicklungen und enorme Vermögenserweiterungen auf anderen Seiten der deutschen Gesellschaft haben.

Jetzt geht es meines Erachtens nicht mehr, daß man den einen Wasser predigt, während die anderen Wein trinken. Ich meine, das geht nicht. Ich sage Ihnen, daß das allmählich auch ein großes wirtschaftspolitisches Problem wird. Wir haben in Deutschland nämlich eine enorme Nachfrageschwäche. Weil wir diese Nachfrageschwäche haben, sind die Produktionskapazitäten gerade im Bereich von Klein- und Mittelbetrieben nicht ausgelastet. Und dort, wo die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind, wird es zu keinen Neuinvestitionen und damit zu keiner Wirtschaftsbelebung kommen. Deswegen sage ich Ihnen, daß es im Moment ein vordringliches Ziel jeder Steuerreform gibt: die Belastung der Arbeitnehmermittelschichten in Deutschland massiv zu verringern. Diesem Ziel haben Sie alle anderen unterzuordnen.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn der Landesrechnungshof von Baden-Württemberg ausrechnet, daß die Spitzenverdiener in Baden-Württemberg gerade einmal 14 bis 16 % Steuern zahlen, haben wir kein Problem mit einer absurden Debatte über die Senkung des Spitzensteuersatzes. Ich sage Ihnen noch einmal, daß wir mittlerweile auch da noch vier Prozentpunkte mitmachen würden, damit Sie sich wenigstens im Interesse der Nation bewegen. Im Kern muß es aber um andere Menschen gehen. Im Kern geht es um normalverdienende Leute, die nicht über Vermögenserträge und nicht über Kapitalanlagen verfügen. Es geht um Familien mit Kindern. Deswegen wird es eine Steuerreform nur mit der Erhöhung des Kindergeldes und einer massiven Entlastung der Mittelschichten in dieser Gesellschaft geben.

Sie können uns dafür gewinnen, das Handwerk anders zu behandeln als solche, die im Zuge der Globalisierung vor Gewinnkraft mittlerweile nicht mehr laufen können. Da sind wir bereit, zu differenzieren.

Hören Sie aber auf, eine Verengung herzustellen, als ob der Segen der Nation davon abhinge, daß man die, die ohnehin schon dicke Backen und breite Schultern haben, reicher machen müsse, auf daß sie dann noch Lust am Investieren bekämen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist so etwas von daneben, auch gegenüber der ökonomischen Entwicklung dieses Landes!

Herr Ministerpräsident, Sie haben etwas von den Niederlanden und von Schweden gesagt. Wissen Sie, wie hoch der Spitzensteuersatz in den Niederlanden und in Schweden jetzt noch ist? Er ist höher als der derzeitige in Deutschland. Das haben Sie verschwiegen.

Wir können – im internationalen Vergleich – dort anpassen, wo es zum Beispiel um die nominale Unternehmensbesteuerung geht. Das muß dann aber refinanziert werden, indem die Abschreibungstatbestände herausfliegen,

(Maurer)

(Abg. Wieser CDU: Dann müssen Sie die Steuerreform machen! – Gegenruf von der SPD: Aber eine vernünftige!)

und das muß aufkommensneutral sein. Aber – der Ministerpräsident hat das noch einmal gesagt, und da bin ich sehr erschrocken –: In einem Staat, der – jedenfalls was den Bundeshaushalt angeht – buchstäblich pleite ist, zu sagen, wir hätten noch etwas zu verschenken – er hat noch einmal gesagt: „Wir haben noch 30 Milliarden DM zu verschenken“ –, ist so etwas von daneben, das gibt es gar nicht.

(Abg. Stratthaus CDU: Das hat er nicht gesagt! – Zuruf des Abg. König REP)

– Doch, er hat es gesagt.

(Widerspruch bei der CDU)

Er hat von Steuerentlastung geredet, und er hat davon geredet, daß sich die Steuerentlastung dann selbst finanzieren würde. Ich kenne das doch alles. Ich habe genau zugehört.

(Zuruf des Abg. Birk CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Sie verstehen vielleicht von dem einen etwas, aber von dem nicht!)

– Herr Kollege Wieser, Sie haben das doch bis vor einem halben Jahr noch selbst vertreten. Bis vor einem Vierteljahr haben Sie selbst das lauthals hier vertreten.

Jetzt sage ich Ihnen wirklich: Der Waigel und der Bundeshaushalt sind an der Wand. Die Staatsfinanzen sind ruiniert. Dies schlägt auf den Haushalt von Baden-Württemberg durch. Das Land Baden-Württemberg kann sich noch zwei oder drei Jahre behelfen, wenn es seine Landesbeteiligungen neu ordnet. Aber dann müssen die Finanzbeziehungen in Deutschland neu, anders, gerecht, ohne diese bizarren Abschreibungstatbestände und mit einer klaren Entlastung der Mittelschichten neu geordnet sein, sonst geht es schief, auch in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kuhn.

(Abg. Haas CDU: Sagen Sie einmal etwas Gescheites!)

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe mich sehr darüber gefreut,

(Abg. Haas CDU: Über das Lob!)

daß Sie sagten, mit den Republikanern zusammen wollten Sie nicht auf 51 zählen.

(Abg. Birk CDU: Aber vielleicht mit Ihnen! – Zuruf des Abg. Schonath REP)

Es ist wichtig, daß Sie das sagen. Aber ich muß schon sagen: Wenn dies stimmt, was Sie da sagen, dann darf die CDU nicht, wie es im Fall „Neshe“ im Petitionsausschuß

geschehen ist, mit den Republikanern zusammen Petitionen ablehnen. Da haben Sie nämlich über 51 gezählt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Birk CDU: Herr Kuhn, das entspricht jetzt nicht der Wahrheit, was Sie da sagen! – Abg. Haas CDU: Was meinen Sie denn, wie oft die Grünen mit den Reps stimmen?)

Ich will am Anfang etwas zu der Debatte und zu der Verlesung von Länderzahlen sagen. Ich kann nachvollziehen, daß man da, wo es einem günstig erscheint, Länderzahlen herauszieht. Das machen wir auch. Aber dies darf nicht dazu führen, meine Damen und Herren, daß stundenlang eine Zahl nach der anderen vorgelesen wird, ohne jeweils die Spezifika der jeweiligen Zahlen zu deuten.

(Abg. Rapp REP: Wer? – Abg. Weimer SPD: Wer denn?)

Selbstverständlich haben Stadtstaaten höhere Politikkosten. Wenn wir das hier zum Prinzip machten – –

(Abg. Haasis CDU: Das Land Bremen gehört aufgelöst! Genauso wie das Saarland! Die Stadtstaaten gehören doch aufgelöst! Länderneugliederung!)

Es ist doch völlig klar, daß sie das haben, daß sie auch bei den Schulen andere Kosten haben und daß das Saarland im Krankbereich andere Kosten hat, weil es auch eine höhere Arbeitslosigkeit hat. Jeder, der einmal mit dem Statistischen Landesamt über Zahlen gesprochen hat, und jeder, der vielleicht etwas studiert hat, was mit solchen Statistiken zu tun hatte, der weiß doch, daß man mit großer Ruhe jeweils die Zahlen interpretieren und deuten muß und erst dann zu Aussagen kommen kann. Aber das geht hier, meine ich, zu locker zu. Deswegen glaube ich, daß wir das im Prinzip auch etwas ändern sollten.

Im Prinzip, Herr Ministerpräsident, hat mich an Ihrer Rede gestört, daß am Schluß nur übrigbleibt: Hier ist alles super und in Ordnung.

(Abg. Haas CDU: Ach was! – Abg. Haasis CDU: Jedenfalls besser als bei anderen!)

Ich sage für die Grünen in der Opposition – das ist ein Unterschied zur SPD –: Die Opposition darf nicht alles schlechtreden, weil sie sonst den Kontakt zur Wirklichkeit verliert. Aber ich sage zu Ihnen: Die Regierung darf auch nicht alles gutreden, weil sie sonst den Kontakt zur Wirklichkeit verliert und verhindert, daß sie selbst das, was nicht gut ist, selbst im Guten, verbessert und verändert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen darf man sich da nicht schwindelig reden, nicht so herum und nicht anders herum.

(Abg. Weimer SPD: Das Weltkind in der Mitten!)

Ich möchte etwas zum Länderfinanzausgleich sagen. Ich kann mich, Herr Teufel, sehr gut daran erinnern, wie Sie 1992 nach den Verhandlungen zum Solidarpakt hier im Haus aufgetreten sind und diesen Länderfinanzausgleich

(Kuhn)

auch mit dem System der Bundesergänzungszuweisungen als Ihren persönlichen Verhandlungserfolg und als Erfolg der Länder gegen die Bundesregierung gefeiert haben.

(Ministerpräsident Teufel: Schauen Sie sich einmal – –)

Seitdem sind fünf Jahre vergangen. Inzwischen vergeht keine Rede, in der Sie nicht sagen, dieser Länderfinanzausgleich sei verfassungswidrig, gehe nicht, wir zahlten den Koch vom Oskar und, und, und. Ich finde, daß selbstverständlich Systeme wie der Länderfinanzausgleich ganz automatisch alle fünf Jahre auf den Prüfstand gehören. Das liegt in der Natur der Sache.

Aber ich will Ihnen sagen, was Sie erreichen. Nach meiner Einschätzung ist es keineswegs sicher, daß der Klageweg erfolgreich sein wird. Dazu ist auch im Arndt-Gutachten viel zu vieles gegriffen. Zum Beispiel wird die Übertragung des Grundsatzes der hälftigen Teilung aus der Einkommen- und Vermögensteuerrechtsprechung auf den Länderfinanzausgleich von vielen Verfassungsrechtlern als völlig willkürliche, gegriffene Vergleichszahl gewertet.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie vor Gericht nicht durchkommen – Sie haben ja den Weg gewählt: zuerst verhandeln und dann klagen –, dann ist die Sache nur zu ändern, wenn man mit den anderen Bundesländern, auch mit denen, über die Sie sich hier lustig machen, zu einer Einigung kommt. Ich frage mich, ob diese Einigung nicht erschwert wird, wenn in der Zeitung, nur damit bei der CDU Freude aufkommt, dauernd diese endlose Nummer, was in Bremen und im Saarland alles los sei, abgeleiert wird.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Wenn Sie für Baden-Württemberg, für Bayern und für Hessen – die sind bei dieser Argumentation ja auch dabei –

(Abg. Brechtken SPD: NRW, Hamburg!)

einen Erfolg erzielen wollen, dann müssen Sie den mit vorsichtigen Tönen, mit Einsicht in die Notwendigkeit dieser Veränderung betreiben – oder Sie sind ganz sicher, daß Sie vor Gericht gewinnen. Aber aus dem gestuften Vorgehen, das Sie gewählt haben, schließe ich, daß Sie da nicht sicher sind.

Die Debatte über die Länderneugliederung ist albern, wirklich albern, weil sie von allen Parteien – inklusive meiner, inklusive der CDU, inklusive der SPD – in den Ländern, die darüber zu entscheiden haben, anders geführt wird. Wenn Sie nicht die CDU und wir nicht die Grünen und die SPD nicht die SPD in den anderen Ländern von der Notwendigkeit einer Länderneuordnung überzeugen, dann wird da nie etwas passieren. Das Thema liegt doch beim Finanzminister auf Wiedervorlage in der Sommerpause. Ich habe das über die Jahre verfolgt. Immer, wenn gar nichts mehr geht, zieht er dieses Ding raus. Aber es verfestigt und verändert sich nicht.

Selbstverständlich bin ich der Überzeugung, daß wir eine Länderneugliederung brauchen. Aber ehe ich hier töne, was Sie da alles veranstalten – – Ich habe es einmal im Saarländischen Rundfunk bei meinen Freunden im Saar-

land versucht. Da bin ich schneller wieder in Richtung Landesgrenze marschiert, als ich erwartet hatte. Das geht doch jedem von Ihnen so.

(Abg. Brechtken SPD: Bei Berlin-Brandenburg hat es die Bevölkerung ja abgelehnt!)

Da kann man vielleicht eine CDU-Fraktion ein bißchen warmreden, vor allem wenn es nichts zum Mittagessen gibt, aber viel mehr kann man da nicht erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haasis CDU: Heute ist es heiß geworden!)

Ich möchte etwas zur BaWü-Bank sagen. Herr Ministerpräsident das Argument, das Sie gebracht haben, kenne ich. Es ist auch in der Realität ein Problem, wiewohl es vielleicht auch ein Problem ist, daß diese Bank den Namen trägt, der auch der Name unseres Landes ist.

Aber ich will Ihnen etwas anderes sagen: Es könnte sehr leicht sein – und mehr sage ich nicht im öffentlichen Gespräch –, daß der Zeitpunkt, um diese Anteile zu verkaufen, wenn man etwas erzielen will, nie besser ist als der morgen.

(Abg. Oettinger CDU: Natürlich!)

Wenn Sie sich die Bank ganz genau anschauen, werden Sie feststellen, daß man über dieses Thema insgesamt nicht allzulange reden sollte. Man kann an den Bilanzen ablesen, was ich sagen will.

Ich will noch etwas über Einsparungen sagen, die nicht genannt worden sind. Übrigens, Herr Maurer, mich hat erstaunt, wie lässig Sie über Einsparungen reden

(Abg. Maurer SPD: Nein!)

und wie Sie über den Wasserpfennig geredet haben.

(Abg. Maurer SPD: Das ist okay!)

Im Finanzausschuß haben die Ihren den Niedergang des Standorts Kreis Waldshut beschworen, wenn der Wasserpfennig kommt,

(Abg. Brechtken SPD: Ich neige nicht zu solchen Äußerungen!)

und jetzt sagen Sie „Rumgedusel“ im Zusammenhang mit dem Geld. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Abg. Maurer SPD: Ich habe nur gesagt, daß sie die Finanzprobleme nicht lösen – Sie auch nicht!)

Ich will deutlich machen, was die Einsparposten sind, wenn es wirklich weitergeht. Reden wir einmal ganz offen Werkstattbericht. Wir haben in der Fraktion massiv und in vielen Runden kontrovers über das Landeserziehungsgeld, den Denkmalschutz und die Zukunft des Wohnungsbaus diskutiert, man kann auch über die Kulturförderung diskutieren. Das sind die entscheidenden Punkte, aber man kann in allen Bereichen die Frage stellen, ob weitere Kürzungen vertretbar sind.

(Kuhn)

Wir beantragen nicht die Streichung des Landeserziehungsgelds. Ich will Ihnen den Grund nennen. Wenn Sie sich in kurzer Perspektive diese soziale Transferleistung anschauen, dann werden Sie feststellen, daß eine Familie, die sehr wenig Geld hat und für die das Landeserziehungsgeld berechtigt ist, im dritten Jahr, wenn ein Kind da ist, diese bis zu 400 DM wirklich braucht.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Es wäre eine soziale Sauerei, wenn wir es ihr wegnehmen würden.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Das ist der Grund dafür, daß ein Teil meiner Fraktion unter diesen Bedingungen „njet“ sagt.

(Abg. Wieser CDU: Nur ein Teil? Sehr bedauerlich!)

– Vielleicht diskutieren Sie auch Sachen kontrovers. Ich will einmal ganz offen sagen, daß es lächerlich ist, wenn Fraktionen immer geschlossen auftreten. In einer Fraktion, die lebt, werden solche Fragen widersprüchlich diskutiert.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich das Landeserziehungsgeld aber auf lange Sicht – über acht Jahre – anschauen, stellen Sie fest, daß wir da schon gut über 1 Milliarde DM ausgegeben und das letztlich nicht real finanziert haben, weil wir Jahr für Jahr Kredite aufnehmen. Wenn ich das zusammenrechne, sind wir schon bei über 1 Milliarde DM. Das bedeutet 60 bis 70 Millionen DM jährlich, die wir wegen dieser Leistungen nicht mehr ausgeben können.

In der Summe kommen wir zu dem Ergebnis, daß wir das Landeserziehungsgeld unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht abschaffen wollen. Aber wir müssen einmal systematisch fragen: Worin besteht denn das Problem mit dem Landeserziehungsgeld? Das Problem liegt darin, daß vom Bund, der in wesentlichen Teilen, was Kindergeld, was Steuerrecht angeht, für die Transferleistungen an Familien verantwortlich ist, im dritten Jahr nach der Geburt eines Kindes im unteren Bereich keine Transferleistungen mehr gezahlt werden und das Kindergeld zu gering ist. Daraufhin haben Sie gesagt: Da springen wir bei.

Wenn wir es schaffen würden – jetzt sind wir wieder bei der Steuerreform; da treffen wir uns, Herr Maurer –, eine Steuerreform so zu gestalten, daß die Grundfreibeträge wachsen und das Kindergeld zum Beispiel auf 300 DM erhöht wird, sieht die Frage, in welchem Umfang das Land ergänzende Sozialpolitik – in diesem Fall Familienpolitik – für die Bezieher der niedrigsten Einkommen betreiben muß, schon anders aus.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, daß wir solche Fragen bei Diskussionen um Einsparungen auch stellen müssen, weil wir sonst in eine Schiefelage geraten.

Ich will für meine Fraktion nur sagen: Wir führen diese Diskussionen. Sie sind schwierig, weil Sie bei dieser Kür-

zerei immer anderen Leuten Geld wegnehmen. Aber sie sind auch notwendig, wenn wir die Finanzen dieses Landes langfristig konsolidieren wollen. Wir jedenfalls von den Bündnisgrünen haben uns als Opposition auf diesen Weg gemacht.

Ich möchte noch etwas zur Schule sagen, weil der Ministerpräsident da doch ein bißchen abgetaucht ist. Da können Sie auch die Zahlen von allen Bundesländern rauf und runter vorlesen. Wenn Sie genau hinschauen, stellen Sie fest – ich verstehe an dieser Stelle auch den Streit mit dem Vorsitzenden des Landeselternbeirats nicht –, daß an den Schulen – die Berichte kennen wir aus eigener Anschauung und bekommen sie geliefert – tatsächlich immer mehr Pflichtstunden ausfallen. So ist es an den Schulen. Die Jahrgangsstärken an Schülerinnen und Schülern werden bis 2005 steigen. Es ist gut, daß Sie die 1 600 Stellen bringen. Aber Sie werden dies mit den 1 600 Stellen allein nicht ausgleichen. Also wird es, wenn nicht mehr geschieht, zu Verschlechterungen kommen.

Jetzt frage ich Sie noch einmal entlang des Begriffs Zukunftsinvestitionen: Wäre es nicht gut – ich sehe ein, daß wir da nicht viele Stellen auf Dauer schaffen können –, den Zeitraum bis zum Jahr 2005, und zwar als Zukunftsoffensive verstanden, zu überbrücken? Ich kann doch zum Beispiel Lehrer, die mir fehlen, jetzt im Angestelltenverhältnis einstellen – es müssen nicht viele sein, aber zur Überbrückung der größten Schwierigkeiten – und dann sagen:

(Zurufe von den Republikanern)

Wenn die Stärke der Jahrgänge wieder abnimmt, ersetze ich entsprechend weniger Lehrer, die in Pension kommen.

Sie müssen mir einmal eines erklären. In Ihrer Zukunftsoffensive rüsten Sie die Schulen – das unterstützen wir – mit Computern und mit Sachverstand – Fortbildung für Lehrer, was Computer betrifft – aus. Aber was nützen diese ganzen Ausrüstungen, wenn an den Schulen selbst im pädagogischen Bereich und in sozialen Brennpunkten auch im sozialpädagogischen Bereich die Grundausrüstung bereits zu schlecht ist? Ich glaube, daß wir noch einmal darüber reden müssen, ob das, was Sie da ausgehandelt haben, das letzte Wort ist.

Ich rede nicht von großen Stellenplänen und so etwas, weil ich den Haushalt des Landes kenne. Aber ich akzeptiere nicht, daß Sie sagen: „An den Schulen ist im Prinzip eigentlich alles in Ordnung.“ Wir legen die größten Hoffnungen darauf, daß die Schulen vor Ort mehr pädagogische und sozialpädagogische Arbeit leisten können, wenn sie autonomer werden. Das ist das Thema, um das Sie sich herumdrücken.

(Zuruf des Abg. König REP)

Sie haben davor Angst, und zwar aus einem ideologischen Grund. Sie wollen die Schulen nicht in diese Selbstbestimmung und Freiheit entlassen – das wird übrigens in vielen Schulen auch als Mühe gesehen, denn sie verstehen, daß da Pflichten auf sie zukommen –, weil Sie eine Vorstellung eines Schulsystems haben, das sozusagen ganz oben in Stuttgart geführt wird und wobei letztlich im Ministerium in Stuttgart entschieden wird, was in welcher Stunde in der

(Kuhn)

einzelnen Schule zu geschehen hat. Da gab es Lockerungen, weil ja Frau Schavan gegen die CDU-Fraktion

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

– jedenfalls so, daß Sie es gar nicht merken – viele kleine Schritte zur Schulreform macht. Aber den großen Sprung kann sie nicht machen, weil sie nicht darf.

(Abg. Wieser CDU: Erzählen Sie mal bitte, was sie nicht machen kann!)

Ich sage noch einmal: Eine effektive – –

(Abg. Wieser CDU: Sagen Sie mal konkret, was sie nicht machen kann!)

– Herr Wieser, ich kann Ihnen das einmal sagen. Herr Pfister, Sie reden hier und lassen sich hier für die Revolution in den Amtsstuben zu Recht feiern. Ich habe die Einschränkung des Dienstrechts dargestellt. Aber die Schulen können bei uns nicht autonom in den Schulkonferenzen entscheiden, was mit den Mitteln, die ihnen zugeteilt werden, geschehen soll. Das wäre unser Modell. Warum sehen wir überall in der dezentralen Entscheidung und Budgetverantwortung die Zauberformel für einen effektiveren Staat, wollen aber nur in der Schule davon nichts wissen? Das ist ein großer Posten, von dem Sie wissen – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wird doch längst gemacht! Wissen Sie nicht, daß in den Gemeinden längst die Budgetierung stattfindet?)

– Ja, in bestimmten Bereichen. Aber Sie haben es nicht gemacht, was den Schulhaushalt, die Stellenpläne usw. angeht. Ich habe doch vorhin das Beispiel genannt. Die Schulen können nicht Stellen mit Sachkosten verrechnen, weil sie die Freiheit nicht haben. Da werden wir drücken.

(Abg. Haasis CDU: Weil die Sachmittel bei der Schule von den Kommunen kommen und nicht vom Land!)

– Ja, das wissen wir doch alles, Herr Haasis.

(Abg. Haasis CDU: Offenbar nicht!)

Wenn Sie so an Reformen herangehen, dann hat Herr Maurer mit seiner Aussage wirklich recht, Sie wollten die Reformen insgesamt deshalb nicht machen, weil Sie an den Strukturen klebten.

(Abg. Haasis CDU: Dann müssen Sie Lehrer wieder bei den Kommunen einstellen! Wollen Sie das?)

– Na ja, es gibt ja Länder – wenn Sie, Herr Kollege Haasis, einmal in die Schweiz gehen –, die mit dem System, daß regional und kommunal über Lehrer entschieden wird, so schlecht nicht fahren.

(Abg. Haasis CDU: Ja, ich frage Sie doch, Herr Kuhn!)

– Gut. – Deswegen sollten wir uns einmal anschauen, was an der Lösung in der Schweiz positiv und was negativ ist.

Man kann ja aus Reformen, die andere gemacht haben, lernen.

(Abg. Haasis CDU: Das gab es doch schon einmal!)

Ich möchte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagen, daß wir Bildung, Schule und die gute Ausbildung unserer Kinder als Zukunftsinvestition – nicht im haushaltstechnischen, aber im tatsächlichen Sinn – ansehen, und ich fordere Sie auf, hier in einen Streit und eine Auseinandersetzung um die beste Lösung einzutreten.

Herr Ministerpräsident, zur Kinderfreundlichkeit: Ich will jetzt hier einmal Klarheit hinsichtlich der Personalkostenzuschüsse für das Personal in den Kindergärten. Selbstverständlich ist die Pauschalierung ein richtiger Weg, und wir können uns vorstellen, daß man diesen Weg geht. Aber es kommt – Herr Vetter ist nicht da – auf das Modell an.

(Abg. Oettinger CDU: Ja, klar!)

Wenn die Gemeinden, die dann für die Kindergärten zuständig sind, die Mittel pauschal bekommen, Herr Oettinger,

(Abg. Oettinger CDU: Also, abwarten!)

jeweils das intelligenteste Modell vor Ort organisieren und aus der Pauschale bezahlen können, dann ist das der richtige Weg. Aber wenn Sie, ganz rechts außen da drüben am Tisch, von einer Deckelung für die Jahre 1998 und 1999 sprechen, dann heißt dies, wenn Sie Kostensteigerungen im Lohnbereich und die Inflation dazurechnen, ganz real, daß Sie vorhaben – und da bitte ich um Klärung –, Jahr für Jahr die Personalkostenzuschüsse für die Kindergärten zu senken. Das heißt Deckelung, und darüber soll man in der Öffentlichkeit niemandem etwas vormachen.

(Abg. Haas CDU: Die Kinderzahlen gehen doch zurück!)

– Also, im Moment gehen sie gerade nicht zurück, Herr Kollege. Sie müssen einmal einen Kindergarten besuchen. Sie haben doch Kinder. Warum reden Sie dann so komisch?

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Ministerpräsident, ich möchte noch etwas zur Zahl der Stellen bei den Ministerien sagen. Der Rechnungshof hat ja vorgerechnet – darauf berufe ich mich auch –, daß in den zehn Jahren von 1983 bis 1993 im Bereich der Ministerien ein Personalzuwachs um 24 % stattgefunden hat,

(Ministerpräsident Teufel: Das war das Umweltministerium!)

während der Zuwachs in der Landesverwaltung insgesamt 4 % betrug. Da wird man doch als bescheidener Oppositionsabgeordneter – und Sie sollten sich das auch einmal angewöhnen – die Frage stellen dürfen, ob dieser Zuwachs – wir haben ihn ausgerechnet – in der Größenordnung von 400 Stellen heute noch so bestehenbleiben muß.

Jetzt sagen Sie „Umweltministerium“.

(Abg. Wieser CDU: Sie haben es doch gefordert!)

(Kuhn)

Selbstverständlich sind neue Aufgaben hinzugekommen. Da haben Sie recht.

(Abg. Wieser CDU: Aber Herr Kuhn!)

– Langsam, Herr Wieser. – Jetzt sind wir aber in einer Zeit, in der zum Beispiel bei Hochschule und Schule, wenn wir es nur wollten, per Verwaltungs- und Politikreform wieder Verwaltungsstellen abgebaut werden können. Wenn wir nämlich Aufgaben nach unten verlagern, müssen wir auch Bürokratie nach unten verlagern bzw. abschaffen, weil die Operation anderenfalls finanztechnisch gesehen absolut sinnlos wäre.

Genau dies und nicht mehr verlangen wir. Wir fordern, daß Sie sich in diesen zwei Haushaltsjahren der Aufgabe stellen, Einsparungen in der Größenordnung von 150 Stellen – das war unser Vorschlag – bei den Ministerien zu realisieren. Ich habe auch die Möglichkeit der Zusammenlegung zweier Ministerien benannt. Man benötigt aber politischen Mut – und den müssen Sie haben, denn wir können es nicht machen; Sie sind der Ministerpräsident –, um auf diese Weise zusätzliche Stellen einzusparen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme zum Schluß.

(Abg. Rapp REP: Das ist gut! – Abg. Deuschle REP: Zum wichtigsten Teil Ihrer Rede!)

– Ja, ja, ganz ruhig bleiben, Kollegen von den Republikanern.

Herr Maurer, wir haben hier ganz bewußt Einsparvorschläge benannt, weil ich Demokratie so verstehe, daß man, wenn man etwas Gutes hat, dies öffentlich sagen kann. Ich verstehe die Taktik gar nicht, einen Sack voll Einsparvorschläge zu haben – so haben Sie getan –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und nichts zu sagen!)

und sie nicht zu nennen. Kant hat gesagt: „Alles Vernünftige kann öffentlich gesagt werden.“ – So verstehe ich unsere Einsparvorschläge.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Maurer SPD: Wenn ich Grüner wäre, würde ich es auch so machen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf die Grundlagen dieses Haushalts und die Perspektiven, die sich in der finanziellen Entwicklung abzeichnen, zurückkommen, weil ich den Ausführungen auch des Ministerpräsidenten keine Perspektive entnehmen konnte, die wirklich tragfähig erscheint.

Zunächst einmal ein Blick auf die Einnahmeseite. Es ist heute davon gesprochen worden, daß es darum gehen müsse, die Einnahmeseite des Haushalts zu stabilisieren, daß im Blick auf die Steuerausfälle mit Hilfe der Steuerreform und anderer Maßnahmen die Einnahmen des Landes kon-

solidiert werden könnten und daß im Prinzip niemand etwas dafür könne, daß die Steuerschätzungen eben seit 1991 zu rückläufigen Ergebnissen kämen.

Auf der anderen Seite war die Rede davon, daß sich im Blick auf die Ausgabenseite bei den Einsparmöglichkeiten das Ende des Sparhorizonts abzeichne. Der Ministerpräsident sprach davon, daß im siebten Jahr mit einem Sparhaushalt offensichtlich die Grenzen erreicht seien, und Herr Oettinger deutete heute bereits an, daß Einsparungen durchaus auch schädlich sein können.

Meine Damen und Herren, ein Blick auf die Situation zeigt ja ganz deutlich, daß wir uns im Bereich der Einnahmen weder darauf verlassen können, daß die wirtschaftliche Situation, also Wachstum, oder die Situation auf dem Arbeitsmarkt dazu führen wird, daß sich die Einnahmen in den nächsten Jahren spürbar verbessern werden, noch sehe ich einen Ansatz, wie mit Hilfe einer Steuerreform eine wirkliche Verbesserung geschaffen werden sollte. Denn alle Maßnahmen im Sinne einer Steuerreform haben in der Vergangenheit immer zu Mindereinnahmen der Länder geführt, die nicht kompensiert wurden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das Gegenteil ist richtig, Herr Schlierer!)

– Nein, das ist so. Was glauben Sie, warum wir heute über die Vermögensteuer gesprochen haben? Lieber Herr Pfister, Sie haben nicht aufgepaßt.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie haben nicht aufgepaßt. Wenn Ihr eigener Koalitionspartner das hier vorträgt, dann lernen Sie ein Stück davon, Herr Pfister. Dann können Sie Ihre Arbeit in der Regierung auch besser erledigen.

Weiter haben wir das Problem mit den Privatisierungen, die bekanntlich nur einmal eine Erleichterung schaffen, aber weder vom Volumen her noch als Instrument geeignet sind, auf Dauer die Situation auf der Einnahmeseite zu konsolidieren.

Nun zur Ausgabenseite. Herr Kollege Oettinger hat heute einmal ganz zögerlich auf die Nebenhaushalte hingewiesen. Ich kann mich gut entsinnen, daß wir schon vor Jahren darauf hingewiesen haben, daß bei der Ermittlung der Staatsverschuldung, wenn man es korrekt macht, eigentlich auch die gesamten Schattenhaushalte mit einbezogen werden sollten. Dann sähe die Situation nach unserem Dafürhalten ganz anders aus, auch bei uns im Land.

Ich glaube, daß es richtig ist, wenn man heute schon darauf hinweist, daß mit Sparen allein das Problem nicht zu lösen sein wird. Der Herr Ministerpräsident hat vorhin einen Begriff herangezogen, der vertieft zu werden lohnt. Das ist nämlich das Problem der Verteilungskonflikte.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Ministerpräsident, daß wir die Verteilungskonflikte in der Zukunft nicht mehr wie früher mit Hilfe von Zuwächsen, von zusätzlichen Einnahmen irgendwie abpuffern können. Aber ich frage mich natürlich an dieser Stelle: Welche Perspektive gewinnen wir aus dieser Einsicht? Sparen reicht nicht aus. Bleibt doch eigentlich

(Dr. Schlierer)

nur eine zunehmende weitere Verschuldung. Diese Verschuldung zeichnet sich auch ab, weil wir Haushaltspolitik in den nächsten Jahren vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen machen müssen. Ich hätte mir gewünscht, daß im Rahmen einer Debatte, die ja über weite Strecken hinweg mehr grundsätzlichen Charakter hatte, genau diese Punkte vertieft worden wären. Die konkreten Streitpunkte, die wir später bei den einzelnen Haushaltsposten bekommen werden, sind nichts anderes als das Abbild genau jener Grundsatzproblematik, die wir heute im Blick auf diese Rahmenbedingungen haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Unser Land, meine Damen und Herren, steht hier vor gravierenden Einschnitten, denen man sich irgendwann einmal stellen muß und die man nicht mit Scheindebatten ewig vor sich herschieben kann. Zu diesen Scheindebatten gehört übrigens auch das, was der Kollege Maurer vorhin wieder herangezogen hat: der Hinweis auf eine mehr nachfrageorientierte Politik. Ich frage mich immer, was eigentlich in den Köpfen der Leute vorgeht, die im Sinne einer mehr nachfrage- oder einer mehr angebotsorientierten Politik reden und im gleichen Atemzug die Entwicklungen der Globalisierung hier an die Wand zeichnen. Wir leben in der Tat in einer zunehmend globalisierten Wirtschaft, in der man mit diesen strengen nationalökonomischen Gedankenmodellen heute kaum noch irgendein Problem lösen kann. Deswegen sage ich an beide Seiten des Hauses: Mit rein angebotsorientierten und mit rein nachfrageorientierten Gedankenmodellen brauchen wir hier nicht mehr zu operieren. Das hat keinen Sinn mehr.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der von den beiden Freistaaten Sachsen und Bayern eingesetzten Zukunftskommission hinweisen, die immerhin deutlich machen, daß es keinerlei Raum mehr für Illusionen im Hinblick auf den Zustand unseres Sozialstaats geben kann. Wir sprechen ja auch im Rahmen der Haushaltsberatungen immer wieder von dem Problem der Kürzung im sozialen Bereich. Dann erleben wir immer wieder Scheindebatten nach dem Motto: Die einen sind unsozial, denn sie wollen etwas wegnehmen, und die anderen sind die Gutmenschen, denn sie wollen sozusagen mit der vollen Hand verteilen.

Meine Damen und Herren, der Kommissionsvorsitzende Professor Miegel hat im Kommissionsbericht sehr eindrucksvoll den Deutschen einen sehr schmerzhaften Prozeß prognostiziert, denn der gesamte Sozialstaat müsse jetzt auf den Prüfstand. Herr Miegel macht es sich dann allerdings relativ einfach: Er weist nämlich der Politik die Rolle zu, dem Volk die bitteren Pillen zu verabreichen.

Das ist der Hintergrund der Gerechtigkeitsdebatte, meine Damen und Herren, die wir heute geführt haben und noch in den nächsten Jahren führen werden. Ich habe Zweifel daran, daß die politische Klasse in Bonn, aber auch in den Ländern dazu in der Lage ist, genau diese offene Debatte über die Zukunft des Sozialstaats zu führen.

(Beifall bei den Republikanern)

Denn – das hat ja auch die heutige Debatte wieder gezeigt – alle Ansätze in dieser Richtung gehen unter in einem rein

parteitaktisch motivierten Schlagabtausch, in dem es um gewisse Parolen und um Schuldzuweisung geht, aber nicht darum, sich erst einmal die Lage, vor der wir stehen, klarzumachen.

Der Problemhorizont, meine Damen und Herren – und das bedingt auch die Situation des Haushalts und der Entwicklung in den nächsten beiden Jahren –, zeigt doch, daß die Arbeitslosenzahlen und die Zahlen der Sozialhilfeempfänger ebenso stetig steigen werden wie die Staatsverschuldung. Geht diese Entwicklung weiter, kann, so schreiben beispielsweise Ökonomen wie Krupp und Weeber, der Sozialstaat auf Dauer nicht erhalten werden. Reformen, meine Damen und Herren, die in Bonn unentwegt angemahnt werden, können ja nur dann erfolgreich sein, wenn in aller Offenheit über die Ursachen der gegenwärtigen Misere gesprochen wird. Ich habe dabei auch immer wieder den Eindruck, daß alle Ursachen, die nicht politisch korrekt sind, einfach ausgeblendet werden.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. König REP:
So ist es!)

Das Problem der Zuwanderung darf gar nicht erwähnt werden, weil es unbequem ist. Weist man einmal auf die Zusammenhänge hin, dann muß man sich wieder die ganze Mottenkiste der üblichen Kampfparolen gefallen lassen, die meinetwegen noch in einem Wahlkampf angemessen sein mögen, aber nicht in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei den Republikanern)

Es nützt übrigens auch nichts, euphemistisch solche Probleme mit dem Begriff „Wanderungsgewinne“ zu umschreiben. Das alles, meine Damen und Herren, gehört in den Bereich der politisch korrekten Schaumsprache, die zunehmend dazu führt, daß die wirklichen Probleme außer Sichtweite geraten.

Diese Entwicklungen – Arbeitslosigkeit, Zuwanderung, das Problem, daß eben nicht jedes Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze schafft, die Globalisierung – haben direkte Folgen für den Sozialstaat.

Dazu gehört natürlich auch, meine Damen und Herren, daß parallel zur ständig steigenden Arbeitslosigkeit das Normalarbeitsverhältnis einem tiefgreifenden Wandel unterworfen ist, der nicht von heute auf morgen stattfindet, aber sicher von heute auf übermorgen und auf überübermorgen. In Deutschland gibt es eine deutliche Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, von unsteten Arbeitsverhältnissen und von Scheinselbständigkeit. Dieser zweite Arbeitsmarkt war ja auch zeitweise gewünscht, weil man sich davon erhoffte, beispielsweise einen Teil der sogenannten „Wanderungsgewinne“ in diesem Bereich integrieren und abfangen zu können.

Das Überhandnehmen solcher Arbeitsverhältnisse droht nun aber zunehmend die Finanzierbarkeit wichtiger Zweige des Sozialsystems zu schwächen. Auf der anderen Seite verteuert es zunehmend für die Unternehmer die sozialversicherungspflichtige Arbeit.

Mit der fortschreitenden Globalisierung der Märkte hat sich die Situation noch weiter verschärft, weil natürlich der

(Dr. Schlierer)

Arbeitsmarkt erheblich unter Druck geraten ist. Er unterscheidet deswegen auch immer deutlicher zwischen Gewinnern und Verlierern.

Meine Damen und Herren, die Aufnahmemöglichkeiten unseres Arbeitsmarkts sind erschöpft. Mehr und mehr müssen sämtliche sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer dazu herangezogen werden, einen Sozialstaat zu finanzieren, der, wenn es so weitergeht, zum Faß ohne Boden wird.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist Hintergrund der Haushaltsberatungen in Bund und Ländern, und das ist auch der Hintergrund, vor dem die Debatte über soziale Sicherheit oder soziale Gerechtigkeit stattfindet. Ich kann nur empfehlen, sich mal wieder bewußt zu machen, welcher innere und vor allem ordnungspolitische Zusammenhang im Begriff der sozialen Marktwirtschaft wirklich steckt. Das scheint ja zunehmend außer Horizont geraten zu sein.

Der Sinn der sozialen Marktwirtschaft besteht darin, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Dieser Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Fundament, das erst einmal die Marktwirtschaft bieten muß, und dem dann damit verbundenen sozialen Ausgleich und sozialen Fortschritt geht zunehmend verloren. Wenn dieser Charakter der ordnungspolitischen Idee verlorengeht und das Wissen um diesen Zusammenhang außer acht gelassen wird, meine Damen und Herren, stellt sich das ein, was wir heute haben, nämlich eine gravierende ordnungspolitische Orientierungslosigkeit in unserem Land.

Der Grund, meine Damen und Herren, für diese Erosion ist – das habe ich vorhin schon einmal angesprochen – die Tatsache, daß wir seit 1985 in Deutschland eine Entwicklung haben, bei der sich der Arbeitsmarkt partiell und die Sozialpolitik ganz massiv von den ökonomischen Bedingungen, von der Wirtschaftspolitik und von den Vorstellungen der sozialen Marktwirtschaft abgekoppelt haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Das, meine Damen und Herren, ist der Abschied von einer aktiv gestalteten Ordnungspolitik, die jahrelang ein entscheidender Faktor für unsere Situation im internationalen Wettbewerb war, und zwar zu unserem Vorteil. Heute müssen wir erkennen, daß nach diesen Jahren einer fehlgeleiteten Ordnungspolitik und Sozialpolitik die Marktwirtschaft nicht jedes Maß und nicht jede Art der Umverteilung trägt. In Zahlen umgesetzt bedeutet dies, daß beispielsweise 1993 in der Bundesrepublik für soziale Sicherung 1 062 Milliarden DM ausgegeben wurden, für die Erhaltung des Produktionspotentials dagegen nur 705 Milliarden DM. Daraus kann für mich nur ein Schluß gezogen werden: Den Sozial- und auch den Tarifpolitikern ist es gelungen, die Sozialpolitik aus der Markt- und aus der Wirtschaftspolitik herauszulösen.

(Beifall bei den Republikanern)

Diese Art von Sozialpolitik, meine Damen und Herren, ist – das sieht man jetzt bei diesen Haushaltsberatungen immer deutlicher – gescheitert.

Es gibt übrigens in den Wirtschaftswissenschaften dafür einen interessanten Gradmesser; da geht es um das sogenannte Ausweichverhalten. Dieses Ausweichverhalten, meine Damen und Herren, gibt einen Schlüssel für die Antwort auf die Frage, wieviel Soziales in einer Marktwirtschaft realisierbar ist. Wenn das Soziale – und so ist die Bestimmung dieses Begriffs des Ausweichverhaltens – das Ausweichverhalten der Bürger in einem Maß stimuliert, das die Leistung und Überlebensfähigkeit des Systems gefährdet, ist das Ende der sozialen Umverteilung erreicht. Ich habe den Eindruck, daß wir genau an diesem Punkt angelangt sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Deshalb geht es schlichtweg an den Realitäten vorbei, wenn die SPD-Fraktion, die jetzt noch mit vier Abgeordneten im Saal vertreten ist – der Rest hat offensichtlich kein Interesse mehr an der parlamentarischen Arbeit, aber wir wollen das gerne registrieren –, ständig glaubt, sich noch als Gralshüter der sozialen Gerechtigkeit aufspielen zu können.

(Beifall bei den Republikanern)

Da sitzen die Verantwortlichen, die dafür zur Rechenschaft zu ziehen sind, daß es die Fehlentwicklungen bei uns im Land gibt.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wir sehen zunehmend, daß die Ausweichstrategien in drei entscheidenden Feldern verfolgt werden. Zum einen gibt es ein unternehmerisches Ausweichverhalten mit der Rationalisierung, der Schattenwirtschaft und der Standortverlagerung. Daneben gibt es aber auch individuelle Ausweichverhaltensformen wie etwa die Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben, Sozialmißbrauch und Freizeitmaximierung. Als generelle Tendenz können wir feststellen, daß die Erhöhung des Gegenwartskonsums bei uns ständig auf Kosten der Zukunftsvorsorge geht. Meine Damen und Herren, diese Fragen müssen gelöst werden, wenn wir in der Zukunft in diesem Land eine solide Haushaltspolitik haben wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Ministerpräsident, wir können über viele Einzelmaßnahmen sprechen, aber das werden alles nur Tropfen auf einen heißen Stein sein. Das sage ich Ihnen voraus. Insofern stimme ich auch Ihrem Hinweis zu den Verteilungskonflikten zu. Aber wir müssen aus dieser Realität die weiteren Konsequenzen ziehen. Ich sage das auch, weil ich nicht glaube, daß wir einen fehlgelaufenen Sozialstaat ewig mit Steuern finanzieren können. Denn das könnte mit den Regeln von GATT und WTO in Zukunft nicht mehr ohne gravierende Negativfolgen durchgesetzt werden. Wir verlieren dadurch an Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt.

Deswegen, meine Damen und Herren: Alle Überlegungen zu Privatisierungen, Zukunftsoffensiven, Stellenreduzierungen und auch Verwaltungsreformen, einer angeblichen Revolution in den Verwaltungsstuben, werden uns keine echte Zukunft

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch!)

(Dr. Schlierer)

im Bereich der Einnahmen und Ausgaben bieten, Herr Pfister, wenn wir nicht die anderen entscheidenden Probleme, die auch vom Volumen her ganz andere Dimensionen haben als ein paar Stelleneinsparungen, lösen. Wenn wir diese entscheidenden Probleme nicht lösen, werden wir es nicht schaffen. Wir brauchen klare ordnungspolitische Perspektiven, denn ein weiteres Sparen auf der Ausgabenseite und Hoffen auf der Einnahmeseite allein – ich meine immer auch die stille Hoffnung herauszuhören, daß es wie bei Konjunkturzyklen auch irgendwann wieder aufwärts gehe und man dann im wesentlichen wie früher weiterfahren könne – werden uns nichts helfen.

Ich glaube, daß die Haushaltsberatungen auch Anlaß dazu bieten sollten, in einem so entscheidenden Bereich umzudenken, umzusteuern, damit wir Zukunft für unser Land gewinnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Relativ breiten Raum hat die Frage eingenommen, ob wir den richtigen Terminplan hätten und ob das Parlament mißachtet werde. Kollege Maurer ist im Augenblick nicht da,

(Abg. Rapp REP: Der fehlt immer! – Abg. Deuschle REP: Das tut der Debatte keinen Abbruch, wenn Herr Maurer nicht da ist!)

aber er kann meine Ausführungen im Protokoll nachlesen. Ich gehe bewußt auf seinen Vorwurf ein.

Wichtig ist nochmals die genaue Darstellung des Ablaufs der letzten Wochen. Wir haben ordnungsgemäß und wie auch in der großen Koalition notwendigerweise im Sommer die Vorbereitungen für die Aufstellung des Doppelhaushalts getroffen. Wir haben dann im September den Haushaltsentwurf aufgestellt. Im September geschah dies logischerweise auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres. Die Zeit von September bis heute ist notwendig, damit diese umfassende Drucksache, dieses Haushaltswerk, überhaupt zusammengestellt, ausgedruckt, gebunden und vorgelegt werden kann. Es gibt doch wohl hoffentlich keine Kritik daran, daß der Haushaltsentwurf seit acht Tagen vorliegt. Also kann es auch keine Kritik daran geben, daß er im September aufgestellt worden ist.

Zweitens: Seit genau viereinhalb Wochen haben wir die neue Steuerschätzung.

(Abg. Schmiedel SPD: Andere Länder wissen auch vorher, daß es die gibt! – Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Wir haben seitdem damit begonnen, die Nachschiebeliste und Änderungsanträge vorzubereiten. Einen Teil unserer Hausaufgaben werden wir heute vollenden. 300 Millionen DM Einnahmeverbesserung durch ein Haushaltsstrukturgesetz sind doch wohl kein Pappentier.

Der Kollege Maurer tut so, als handle es sich beim Wasserpfeffennig um Peanuts. Soll er doch einmal sagen, wie er mit

Landespolitik die Einnahmen in größerem Umfang verbessern will – mit Landespolitik! Dann, bitte, bringen Sie einen Änderungsantrag ein. Wenn Sie die Erhöhung des Wasserpfeffennigs für falsch halten – die Grünen wollen mehr, sie halten das für lächerlich –,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Arbeitsplatzvernichtung!)

dann stellen Sie nachher einen Antrag auf Streichung.

Ich glaube, daß wir in der Güterabwägung – es gibt auch Argumente gegen die Erhöhung des Wasserpfeffennigs, Großkraftwerk Mannheim etc. – richtig entschieden haben, daß wir maßvoll erhöhen. Gerade deswegen sind wir darauf angewiesen, mit den 55 Millionen DM einen Baustein zum Haushaltsausgleich heute in trockenen Tüchern zu haben. Durch Ausgaben senkung kommen nachher weitere 250 Millionen DM hinzu.

Aber eines machen wir nicht: Wir machen keine vorschnelle Vorlage vor einer abschließenden Beratung durch die, die Verantwortung tragen. Verantwortung für den Haushaltsausgleich, für die Frage, wie wir Mindereinnahmen in Höhe von 1,15 Milliarden DM ausgleichen, was wir durch Ausgabenkürzungen erwirtschaften, ob und in welcher Höhe wir eine zusätzliche Neuverschuldung brauchen, tragen die Landesregierung und die Regierungsfractionen. Dafür lassen wir uns die Zeit, die wir zu einer kompetenten und auch sozial gerechten Beratung benötigen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So machen wir es!)

So machen das andere Regierungen auch. Verehrter Kollege Maurer, so haben wir das doch in der großen Koalition auch gemeinsam gemacht. Ihre Klage von heute steht im Grunde genommen im krassen Widerspruch zu unserer gemeinsamen Regierungsarbeit während der letzten vier Jahre.

Spätestens am Donnerstag, dem 15. Januar, kommt unsere Nachschiebeliste mit unseren Änderungsanträgen. Dann haben Sie bis zum ersten Sitzungstag des Finanzausschusses sechs Tage Zeit.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Nicht einmal da können Sie rechnen!)

– Am Mittwoch, dem 21. Januar, sechs Tage später, beginnen die Beratungen im Finanzausschuß.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist nicht richtig! Schauen Sie einmal in den Terminkalender!)

Wir haben dann eine Woche lang Finanzausschuß. Das heißt, Sie können sich für jeden weiteren Teilhaushalt jeweils noch einen weiteren Beratungstag in der Fraktion vornehmen. Ich halte dieses Verfahren für sachgerecht,

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

und ich halte Ihre Kritik daran für nicht berechtigt.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Maurer, Sie sagten dann, es gebe keinen Haushalt. Das ist schlichtweg abwegig. Auch wenn wir Änderungsanträge mit einem Volumen von 1,15 Milliarden DM pro

(Oettinger)

Haushaltsjahr vorlegen müssen, bleibt die große Mehrzahl der Titelgruppen. Der Haushalt bleibt das, was er ist. Es gibt Ergänzungen in Bereichen, die schon in der öffentlichen Diskussion sind, und in wenigen anderen Bereichen.

Ich traue Ihnen ohne weiteres zu, wenn Sie nur wollten – aber Sie wollen ja nicht –, sich zwischen dem 15. und dem 21. Januar mit den Änderungsanträgen zu befassen, ab heute den Haushaltsentwurf zu lesen und dann gut vorbereitet, zumindest in der Sache nicht überfordert, in die Haushaltsberatungen zu gehen.

Interessant war: Der Kollege Kuhn hält dieses Verfahren zwar nicht für optimal, aber er traut sich zu, sich bis dahin einzuarbeiten. Im übrigen sage ich generell: Auch in der zweiten Runde war der Kollege Kuhn weit differenzierter und näher an der Sache als Sie, Herr Maurer.

(Lachen bei der SPD)

Um eine Kritik, Herr Kollege Kuhn, gleich abzuräumen: Einmal haben Sie foul gespielt. Der Fall der jungen Kurdin ist abwegig. Lassen Sie mich aus Sicht meiner Fraktion ganz kurz den Sachverhalt schildern.

Wir haben eine klare Grundregel für die Frage, was nach Ablehnung von Asylbewerbung in unserem Land zu geschehen hat. Auf dieser Grundlage hat der Innenminister gehandelt. Auf der Grundlage hat die Landesregierung empfohlen, zu beschließen, daß dieser Petition nicht abgeholfen werden kann.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sieht die SPD aber anders!)

– Jetzt kommen Sie wieder.

Wir sehen uns im Verfolg der Linie des von CDU und FDP/DVP getragenen Fachministers und der Linie der Landesregierung. Damit aber eines klar ist: Ich werde nicht immer dann, wenn die Republikaner mit A stimmen, automatisch mit B stimmen, obwohl ich A vorgeschlagen habe. Damit würden wir uns hier im Grunde genommen politisch handlungsunfähig machen. Mit uns nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:
Bilden Sie doch eine Mehrheit mit denen! 51 %!)

Und um es zu ergänzen, Herr Kollege Kuhn: Die Fraktion der CDU hat in den letzten fünf Jahren nie eine strategische Partnerschaft mit den Kollegen der Republikaner gesucht.

(Abg. Haas CDU: Die SPD schon!)

Im Gegensatz zu Ihnen. Sie haben es bei der Einrichtung einer Enquetekommission bewußt gemacht. Das war der einzige Fall, in dem eine Fraktion, die uns heute einen Vorwurf macht, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, es erreicht hat, daß durch das Zusammengehen mit den Republikanern eine Mehrheit jenseits der ansonsten entstandenen Mehrheit entstanden ist. Insofern fällt der Vorwurf voll und ganz auf Sie zurück.

(Abg. Haas CDU: Es gibt noch einen Sündenfall: Landesflächengesetz ist gleich SPD und Reps! –
Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Drittens: Die SPD hat die soziale Gerechtigkeit nicht gepachtet, auch wenn sie versucht, diesen Eindruck zu erwecken. Herr Kollege Maurer, ich muß Ihnen überhaupt sagen: Nach der pragmatischen Arbeit in der großen Koalition

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

sind Sie auf dem Weg zurück in die Vergangenheit, zurück zu einer klassischen klassenkämpferischen Partei,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sind Sie im Grunde genommen ein männlicher Rosa Luxemburg des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Ich wäre aber nicht mit ihm ausgegangen!)

Die mühsamen Lockerungsübungen von modernen Sozialdemokraten wie Dieter Spöri, von pseudomodernen wie Herrn Schröder aus Hannover werden von Ihnen mit einem breiten klassenkämpferischen Pflug nach links und rechts zerdrückt.

Ich kann Sie nur warnen: Mit diesem Weg werden Sie das nächste Mal nicht von 25 % nach oben, sondern auf unter 20 % weiter nach unten gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Republikaner – Abg. König REP: Bravo! Sehr gut!)

Lassen Sie mich einfach anbieten: Wir sind bereit, uns in der Frage, ob wir Leistungsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit – beides gehört zusammen, beides gehört auf den Prüfstand – im Haushalt des Landes Baden-Württemberg und in unserer Politik beherzigen, bei den Haushaltsberatungen im Januar testen zu lassen. Sie werden erleben, daß in Baden-Württemberg auch weiterhin mehr Leistungsgerechtigkeit und mehr soziale Gerechtigkeit im Ländervergleich bestehenbleibt.

Es wurde die Frage der Zusammenlegung von Ministerien aufgeworfen. Natürlich kann man durch Verringerung der Zahl der Ministerien oben sparen, aber ich meine, man braucht auch sinnvolle Einheiten und jede Einheit, die ein Aufgabengebiet darstellt, verdient auch einen politischen Verantwortungsträger. Ich meine, daß zumal im Ländervergleich in der Landesregierung Baden-Württemberg jede Ministerin und jeder Minister ein Aufgabengebiet zu eigen hat, das ein eigenes Ministerium voll und ganz rechtfertigt. Baden-Württemberg hat im Gegensatz zu anderen Ländern an einer Verkleinerung der Landesregierung überhaupt keinen Bedarf.

(Abg. Deuschle REP: Na ja! Da bin ich mir nicht so sicher!)

Ich darf ein Weiteres sagen: Wenn es vielleicht irgendwo einen Anlaß zur Verkleinerung gibt, Herr Kollege Kuhn: Den anteilig größten Fraktionsvorstand, die anteilig meisten Funktionsträger haben nicht wir, sondern Sie.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wie bitte?)

Sie haben doch mehr Overhead in der Fraktion als Indianer. Bei Ihnen ist doch die Zahl der Vizehäuptlinge riesen groß.

(Oettinger)

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben mehr gute Leute als ihr!)

Deswegen lautet meine Bitte: Zeigen Sie bei sich selbst ein gutes Vorbild, und dann gehen Sie zurück in die Beratungen über die Verkleinerung von Landtag und Landesregierung. Bei der Landesregierung glauben wir, daß die Konstruktion dieser Wahlperiode nicht zu groß, sondern angemessen, eher zu klein gewählt worden ist.

Sie haben die Frage nach der Zahl der Ministerialbeamten gestellt. Hier sage ich zu: Wir werden weiter handeln. Wir haben schon im Stellensparprogramm der Jahre 1997 bis 2002 die Ministerien mit Einsparungen von 4 % des Personals dabei. Wir werden in den nächsten Wochen einen Vorschlag machen, diese Zahl von 4 %, die noch in der großen Koalition entstanden ist, nachhaltig zu erhöhen, mindestens zu verdoppeln. Dann werden wir den Herrn Finanzminister bitten, daß Stellen entlang des Stellenschlüssels gestrichen werden, daß also nicht nur bei Stellen der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 gestrichen wird, sondern auch im höheren Dienst und im B-Bereich anteilig Stellen in Wegfall geraten können.

(Beifall der Abg. Haas und Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Zwei Einsame waren das in der Fraktion!)

Der Kollege Maurer hat die Steuerreform nochmals angesprochen. Es wird immer Länder geben, die einen höheren Steuertarif als Deutschland haben. Wenn Sie sich aber in der Welt umhören, was der Hauptgrund dafür ist, in Deutschland nicht mehr zu investieren, dann wird Ihnen als erster Grund, warum niemand mehr nach Deutschland kommt, warum niemand mehr in Deutschland investiert und warum deshalb auch keine Arbeitsplätze mehr entstehen, genannt: Der Hauptgrund ist der Steuertarif und der Spitzensteuersatz.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist die Kohl-Regierung! – Abg. Dr. Puchta SPD: Die Regierung Kohl ist der Hauptgrund! – Gegenruf des Abg. Weiser CDU: Hört doch auf! – Abg. König REP: Und die Angst vor Rotgrün!)

Wenn dies der Fall ist und wenn dies in allen Regeln des früheren Wirtschaftsministers Spöri, SPD, ebenso enthalten war, dann kann es so falsch nicht sein.

(Abg. Wieser CDU: Deswegen ist er doch nicht mehr da!)

Deswegen, Kollege Maurer: Legen Sie ein vernünftiges Angebot vor. Ich bin durchaus bereit zu sagen: In der ersten Stufe kommt es nicht primär auf reale Steuersenkungen an.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einverstanden!)

Aber ein Gesamtpaket bedeutet, daß man mehrere Stufen akzeptiert. Mittelfristig brauchen wir in der zweiten Stufe eine reale Steuersenkung für den Standort; ansonsten wird die Attraktivität nicht mehr rückholbar sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Weiteres: Springen Sie bitte nicht zu kurz. 49 %, von wegen! Für gewerbliche Einkünfte ist der Spitzensteuersatz schon heute bei 47 %.

(Abg. Kurz CDU: Das wissen die ja nicht!)

Bei der Körperschaftsteuer liegt der Steuersatz schon heute bei 45 %.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der muß runter!)

Die 49 % sind doch im Grunde genommen nicht einmal eine sinnvolle Duftmarke. Sie sind ein reiner Lockvogel, um einen Ball, der bei Ihnen im Strafraum ist, herauszukriegen. Das gelingt Ihnen aber nicht.

(Beifall bei der CDU)

Die Körperschaftsteuer muß auf 39 % bis maximal 40 % herunter.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Pfister FDP/DVP: Die kann gar nicht höher sein!)

Aus verfassungsrechtlichen Gründen, aber auch deshalb, weil der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte für die von Ihnen zitierten Handwerksmeister schon jetzt bei 47 % liegt, sollte es doch wohl klugen Sozialdemokraten, wenn Sie das sein wollen,

(Abg. Rapp REP: Davon gibt es aber so wenige!)

möglich sein, auf 45 % oder etwas tiefer zu kommen. Dann würden wir uns handelseinig. Aber 49 % sind allemal kein seriöses Angebot.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben uns vorgehalten, wir verfolgten eine falsche Strategie im Länderfinanzausgleich. Bisher ist ja noch gar nichts entstanden.

(Abg. Rapp REP: Das ist ja das Problem!)

Es gibt Kommentare der Presse, die uns vorhalten, es sei ein Fehler, daß wir nicht schon längst in Karlsruhe seien. Das heißt, einerseits bekommen wir auch von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes den Vorhalt: Klagt doch endlich. Und jetzt sagen Sie: Wenn wir mit den Nordrhein-Westfalen und den Hessen nicht mehr partnerschaftlich umgehen, dann machen die nicht mit. Ich will hoffen, daß ein Finanzminister von Düsseldorf und von Wiesbaden doch wohl dann mitmacht, wenn es ihm etwas bringt. Meine Vermutung ist nur, daß die, die nichts bekommen, die weniger bekommen als bisher und die damit draufzahlen, auch bei noch so viel Fürsorge und Nächstenliebe nicht mitmachen. Deswegen werden letztendlich Sozialdemokraten in Düsseldorf und Wiesbaden entscheiden müssen, ob sie gegen sozialdemokratische Landesregierungen zu klagen bereit sind, damit beim Finanzausgleich wieder Gerechtigkeit entsteht. Da haben wir keinen Nachholbedarf. Erwin Teufel streitet mit Seehofer, wenn es sein muß. Streiten Sie auch mit denen, die Sie brauchen. Das wäre unsere Bitte.

(Beifall bei der CDU)

(Oettinger)

Der letzte Punkt betrifft Ihr Vorgehen nach dem Motto „Wenn ich bei Haushaltsfragen nicht mehr weiter weiß, dann komme ich zur Bankenfusion“. Der Kollege Maurer schließt jede Haushaltsdebatte mit Ausführungen zur Bankenreform, zur Bankenfusion, zur Bankenneuordnung ab.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Das spricht aber gegen Sie, weil Sie nichts auf den Weg bringen!)

Glauben Sie denn im Ernst, völlig abgesehen von der Tatsache, daß eine Fusion von Landesgirokasse und BW-Bank keine leistungstaugliche Bank geschaffen hätte, daß diese Neuordnung Marke Maurer, SPD 1995, die Haushaltsprobleme der Jahre 1998 und 1999 lösen könnte? Das ist eine uralte Platte, die mit ihrem Wiederauflegen nicht besser wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Zweites will ich Ihnen sagen. Ich bin von dem Modell nicht in allem überzeugt. Sie müßte aber doch zum Nachdenken bringen, daß Schröder, Hannover, und Diepgen, Berlin, auf eine Bündelung der öffentlich-rechtlichen Kräfte im deutschen Norden setzen.

(Beifall des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Wenn das, was von uns im Jahr 1995 vorgeschlagen, von Ihnen aber abgelehnt wurde, was von Lothar Späth Mitte der achtziger Jahre vorgeschlagen wurde, von Ihnen aber abgelehnt wurde, im Norden richtig ist und von Schröder und Diepgen 1997 gemacht wird, dann kann es doch Mitte der achtziger und Mitte der neunziger Jahre für Baden-Württemberg nicht so falsch gewesen sein.

Deswegen fordere ich Sie auf: Geben Sie bitte Ihre Dickköpfigkeit bei diesem Thema endlich auf. Sie haben damals weder den Stein der Weisen gehabt, noch hätten Sie mit diesem kleinen Steinchen Haushaltsprobleme der beiden nächsten Jahre lösen können.

(Beifall bei der CDU)

Ein letztes Schlagwort, eine letzte „Wunderwaffe“ von Ihnen gilt es zu entkräften,

(Abg. Wettstein SPD: Sie leiden an Realitätsverlust!)

Stichwort Depotstimmrecht.

(Oh-Rufe von der CDU)

Sie schlagen ja vor: Laßt uns die BW-Bank verkaufen, laßt uns die Energie Baden-Württemberg verhökern, laßt uns Haushaltslöcher stopfen.

(Abg. Sieber CDU: Aber das Stimmrecht behalten!)

Was in drei Jahren ist? – Nach uns die Sintflut!

(Abg. Maurer SPD: O Gott!)

Das mag für Sie gelten, aber nicht für uns. Jedenfalls glauben Sie, es käme zur Volksaktie. Sie glauben also, es hät-

ten 10 Millionen Baden-Württemberger auf Dauer diese Aktien in der Hand.

(Abg. Birk CDU: Das geht ja gar nicht!)

Die Aktie ist scheu wie ein Reh. Bei Aktien und nur bei Aktien gilt, daß ein Kaufangebot das Verhalten des Aktionärs bestimmt. Da mögen die LG, die L-Bank oder wer auch immer, SüdwestLB, die Aktien im Depot gehabt haben. Wenn aber RWE, VIAG, Preussen Elektra oder drüben die Bayern von Vereinsbank und Hypo

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und der Franzos!)

den Börsenwert nach oben treiben, Kaufangebote machen, über Dritte indirekt zukaufen, dann sind Ihre Volksaktie und Ihr Depotstimmrecht schneller den Nesenbach runter, als Sie sie oben in den Bach gesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen kann ich nur sagen: Bitte lassen Sie uns in den nächsten Monaten und Jahren

(Abg. Dr. Puchta SPD: Viele Jahre!)

bei einer notwendigen Weiterentwicklung der landeseigenen und landesmitbestimmten Beteiligungen mit derartigem Blödsinn in Ruhe.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfister.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommt's!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen der Kollegen machen.

Ich will damit beginnen, daß ich derzeit draußen in den Gesprächen mit den Menschen fast mitleidig darauf angesprochen werde, wie es eigentlich sei, ausgerechnet in einer Zeit, in der die Kassen des Landes leer sind,

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

hohe Verantwortung zu haben, auch noch in der Regierung zu sein, ob das überhaupt noch Spaß mache.

(Abg. Brechtken SPD: Aha! Interessante Frage! – Abg. Sieber CDU: Riesenspaß!)

Ich sage den Leuten immer: Mitleid habe ich da überhaupt nicht verdient, ganz im Gegenteil.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich sage den Leuten: In einer Zeit Politik zu machen, in der man Säcke voll Geld vor der Haustür stehen hat, das ist keine Kunst. Das kann jeder.

(Abg. Brechtken SPD: Das kapiere die Leute, gell?)

– Das kapiere sie auch. Das ist auch hinreichend geschehen, Herr Kollege.

(Pfister)

Aber in einer Zeit, in der die Kassen nicht gefüllt sind,

(Abg. Schmiedel SPD: Dank Solms!)

Politik zu machen, das ist schon ein bißchen schwieriger, hat allerdings einen großen Vorteil: Man wird geradezu dazu gezwungen, sich Alternativen zu überlegen.

Das heißt, man muß schon ein bißchen Kreativität entwickeln, man muß schon einige Ideen entwickeln, um zu sehen, wie man in einer solchen Zeit auch noch vernünftig Politik machen kann. Denn es kann ja wohl nicht sein, daß man sich in einer Zeit, in der die Kassen leer sind, einfach zurücklehnt. Das wäre der Verzicht auf Politik, was niemand will. Insofern könnte man übertrieben sagen: In dieser schwierigen Finanzsituation liegt auch für uns eine Chance, nämlich die, neue Instrumente für die Finanzpolitik zu entwickeln. Auf diese Chance will ich ganz kurz noch einmal eingehen.

Nun wird es nicht allein – das haben viele Redner auch gesagt; ich will es ausdrücklich unterstreichen – mit dem Streichen, mit dem Kürzen von Haushaltspositionen zu machen sein. Das muß selbstverständlich auch geschehen – das ist das Graubrot –, aber es reicht allein nicht aus. Dies allein kann schon deshalb nicht ausreichen – der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen; wie ich meine, zu Recht –: Wenn man von 1991 bis heute etwa 22 Milliarden DM aus dem Haushalt „herausgespart“ hat, bedeutet dies, daß die Zitrone nun zu einem großen Teil ausgepreßt ist. Deshalb kann es nur so sein, daß wir neben den klassischen Einsparoperationen noch andere Möglichkeiten brauchen.

Ich will zunächst noch einmal auf die Einnahmesituation eingehen, weil hier einiges nicht richtig dargestellt worden ist.

Wir müssen die Einnahmeseite verbessern, wir müssen die Steuereinnahmen verstetigen. Die Frage ist: Wie macht man so etwas?

(Abg. Brechtken SPD: Sehr gute Frage!)

Man wird das nicht so machen können – das ist meine Überzeugung –, wie es der Kollege Kuhn in der Sitzung am letzten Donnerstag vorgeschlagen hat. Er hat gesagt: „Wir machen einfach die berühmten Schlupflöcher zu, und dann hat es sich allerdings auch.“ Das kann es nicht sein, denn das wäre eine faktische Steuererhöhung. Ich glaube, die will nicht einmal die SPD, wenn ich es in Ihrem Antrag richtig gelesen habe.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir machen das so wie der Solms!)

Eine faktische Steuererhöhung kann es nicht sein.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Ihr müßt ja einmal irgendwo anfangen!)

Ich will noch einmal darauf hinweisen: In vielen europäischen Ländern – ich glaube, die Beispiele sind auch genannt worden –, meistens sind sie auch noch von Sozialdemokraten regiert – – Mir fallen spontan Österreich, Schweden und Holland ein, um nur einmal drei zu nennen. In diesen Ländern ist folgendes passiert – ich habe es heute mor-

gen gesagt und will es deutlich wiederholen –: Dort hat es eine Steuerreform auch im Sinn einer Senkung der Steuertarife gegeben. Aber das Interessante war, daß trotz der Senkung der Tarife unter dem Strich nicht etwa weniger Steuergelder geflossen sind. Vielmehr ist das Gegenteil eingetreten: Es sind mehr Steuergelder geflossen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Deshalb wollen wir das ja so!)

Das ist der Grund dafür, daß wir an der Steuerreform, wie sie in Bonn ursprünglich vorgeschlagen worden ist, nach wie vor – – Wir halten die Petersberger Beschlüsse nach wie vor für richtig.

Nun sagt der Ministerpräsident zu Recht: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“

(Abg. Brechtken SPD: Kurt Schumacher!)

Wenn ich mir die Wirklichkeit anschau, stelle ich fest, daß die Steuerreform, die die bürgerlich-liberale Koalition in Bonn wollte, aufgrund der bekannten Fakten – Stichwort Blockadepolitik der SPD – nicht durchzuführen ist.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Auch hier wiederum gibt es zwei Möglichkeiten. Die erste: Man lehnt sich zurück und sagt: „Pech gehabt.“ Das kann man tun. Das will ich nicht tun. Ich will das wiederholen, was die Koalitionspartner in Bonn und unser Koalitionspartner in Stuttgart in den vergangenen Wochen immer wieder erklärt haben. Ich bin durchaus bereit, wenn man das vernünftig macht, dieses Steuerpaket aufzudröseln und zu sagen: Überlegen wir uns, was vor der Bundestagswahl machbar ist. Das, was nicht machbar ist, wird in den Wahlkampf hineingezogen und dort diskutiert und wird nach der Bundestagswahl umgesetzt.

Was ist vor der Bundestagswahl machbar? Es ist wiederholt gesagt worden, eine aufkommensneutrale Steuerreform – das ist etwas anderes als das, was die Grünen wollen – sei denkbar. Danach würde man also nach dem Schema vorgehen, eine bestimmte Bemessungsgrundlage zu schaffen, die Bemessungsgrundlage zu verbreitern und dieses Geld dazu zu benutzen, um bestimmte Tarife zu senken. Das wäre eine aufkommensneutrale Steuerreform. Das könnte man selbstverständlich machen, allerdings nur als eine erste Stufe; in einer zweiten Stufe müßte dann wirklich eine Nettoentlastung kommen, sonst gibt es keinen Sinn.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das könnte man selbstverständlich machen.

Man müßte natürlich schauen, daß man da keinen Popanz aufbaut. Ich sage jetzt einmal, was nicht geht – Günther Oettinger hat vorhin darauf hingewiesen –: Eine aufkommensneutrale Steuerreform, die etwa vorsieht, daß wir bei einem Spitzensteuersatz von 49 % bleiben und man im Prinzip weiter nichts macht, kann es selbstverständlich nicht sein. Da müßte also schon herauskommen, daß, sage ich mal, eine Größenordnung beim Spitzensteuersatz von 45 % und beim Eingangssteuersatz von etwa 20 % erreicht wird. Über eine solche erste Stufe könnte man reden. Das

(Pfister)

ist aber nicht die Angelegenheit des Landtags von Baden-Württemberg.

Ich sage noch einmal: Solche Vorschläge liegen auf dem Tisch, und darüber kann man mit uns sprechen. Wichtig ist aber – noch einmal –: Wer will, daß sich die Steuereinnahmen verstetigen, der muß ja sagen zu einer Steuerreform, und deshalb muß diese Steuerreform so schnell wie möglich kommen. Das betrifft die Einnahmeseite.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann gibt es noch eine zweite Seite, die zum Begriff Konsolidierung gehört, und das ist das strukturelle Sparen, wie ich es genannt habe. Herr Kollege Maurer hat mit weinerlichen Worten beklagt, daß er in vier Jahren große Koalition in Sachen strukturelle Reform nichts hinbekommen habe. Dazu will ich einmal sagen, daß es die derzeitige Koalition in 18 Monaten hinbekommen hat, einen Modernisierungsfonds in die Welt zu setzen

(Abg. Brechtken SPD: Was?)

– einen Modernisierungsfonds in die Welt zu setzen –, und dieser Modernisierungsfonds soll die Aufgabe haben, solche Investitionen zu fördern, die dazu führen, daß in der Landesverwaltung – quer durch die ganze Landesverwaltung – durch den Einsatz von IuK-Technologien entsprechende Effizienzgewinne möglich sind. Ich halte das für einen wichtigen Weg, wahrscheinlich für den einzigen Weg, um zu einer Modernisierung unserer Verwaltungen zu kommen. Wir haben das in relativ kurzer Zeit hinbekommen; das sollte man vielleicht auch einmal sagen.

Wenn wir diese Mittel für dezentrale Budgetierungen einsetzen, dann wird es möglich sein, in großem Umfang Einspareffekte zu erreichen. Der Finanzminister hat wiederholt – auch von dieser Stelle aus – darauf hingewiesen, Herr Brechtken, daß, wenn es uns theoretisch gelingen würde – das ist nicht von heute auf morgen machbar; das stimmt schon –, zum 1. Januar 1998 die gesamte Landesverwaltung dezentral zu budgetieren, Einspareffekte und Effizienzeffekte in der Größenordnung von knapp 1 Milliarde DM hereingefahren werden könnten, jährlich wohlgehemmt. Das ginge – das gebe ich zu – nicht von heute auf morgen, sondern würde einen Vorlauf von zwei, drei Jahren haben, aber dann jährliche Effizienzgewinne in der Größenordnung von 1 Milliarde DM erbringen, allerdings unter einer Voraussetzung: Sie müssen vorher natürlich Vorinvestitionen in einer Größenordnung von 400 Millionen DM finanzieren, um die IuK-Techniken bereitstellen zu können, und das ist unser Problem.

Dieser Haushalt wird diese notwendigen Mittel für die Vorabfinanzierung nicht zur Verfügung stellen können, und das, Herr Brechtken, ist genau der Punkt, bei dem ich zum Thema Privatisierungen und Privatisierungserlöse komme. Ich möchte nicht, daß Privatisierungserlöse verwendet werden, um einfach Haushaltslöcher zu stopfen, aber ich kann mir vorstellen, daß Privatisierungserlöse dafür verwendet werden, um diesen „Modernisierungstopf“, mit dem die dezentrale Budgetierung mit den geschilderten Einspareffekten eingeleitet werden kann, zu speisen. Das ist ein Grund dafür, daß die FDP/DVP-Fraktion bei allen

Problemen, die mit dem Thema Privatisierungen verbunden sind, darauf drängen wird, daß dieses Thema auf der Tagesordnung bleibt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Übrigens wird dieser Weg einer solchen Modernisierung der Verwaltung auch die Voraussetzung dafür sein, daß wir in unseren Haushalten wiederum Mittel für entsprechende Investitionen zur Verfügung gestellt bekommen. Der Ministerpräsident hat recht; es geht in diesem Haushalt um intelligente Einsparungen auf der einen Seite, aber es geht auch darum, daß im Interesse von Arbeitsplätzen investiert werden muß. Investitionen sind dann möglich, wenn auf der Seite der Verwaltung Modernisierung stattfindet, wenn entsprechende Einspareffekte entstehen, um durch deren Nutzung Investitionen zu tätigen.

Mir liegt also sehr daran, meine Damen und Herren, daß Konsolidierung in der Tat eine Einnahmeverbesserung bedeutet. Konsolidierung bedeutet aber auch, daß strukturell gespart werden soll. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht, die umgesetzt werden müssen.

Meine Damen und Herren, eine allerletzte Bemerkung: Die Verwaltungsreform ist angesprochen worden. Wissen Sie, mit uns kann man über eine Neuordnung der Mittelinstanzen zwischen Gemeinden und Kreisen auf der einen Seite und Ministerien auf der anderen Seite sehr wohl reden. Das wissen Sie auch.

(Zuruf von der SPD: Reden kann man!)

Mit uns kann man auch über die Frage reden, welchen Stellenwert in der Zukunft Regierungspräsidien haben sollen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das müssen Sie doch wissen!)

Wir haben lange darüber diskutiert; das ist kein Geheimnis.

Man wird wahrscheinlich dann erfolgreich sein, wenn man nicht vorschnell die Forderung nach Abschaffung der Regierungspräsidien stellt, sondern zuerst eine Aufgabenkritik vornimmt. Das heißt, wir müssen uns genau die Frage stellen: Was machen eigentlich heute Regierungspräsidien? Wir müssen danach fragen, ob bestimmte Aufgaben, die in den Regierungspräsidien erledigt werden, nicht schlicht überflüssig sind, so daß sie abgeschafft werden können. Wir müssen danach fragen, ob es Aufgaben gibt, die nach unten übertragen werden können. – Zunächst einmal muß also eine Aufgabenkritik bei den Regierungspräsidien stattfinden.

Diese Aufgabenkritik hat bereits stattgefunden, jedenfalls von seiten der Gutachter. Meine Damen und Herren, all diejenigen, die nun glauben, daß wir auch im Blick auf die Verschlankung, also den Abbau von Regierungspräsidien usw., nichts getan hätten, sollen wissen: Wir haben in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, daß bis zum Jahr 2001 33 % des Personals in den Regierungspräsidien abgebaut werden sollen.

(Abg. Sieber CDU: Das ist eine ganze Menge!)

Ob wir diese Zielstellung von 33 % vollständig erreichen, ist eine ganz andere Frage, aber immerhin haben die Gut-

(Pfister)

achten ergeben, daß in dieser Größenordnung Personal tatsächlich abgebaut werden kann. Das ist der Beweis, daß tatsächlich Luft vorhanden ist.

Insofern komme ich nur zu dem Ergebnis: Wir haben bei der Verwaltungsreform einiges auf den Weg gebracht. Wir müssen jetzt die dezentrale Budgetierung, die Modernisierung unserer Verwaltung, die enorme Einspareffekte haben wird, in Angriff nehmen. Wir müssen alles tun, damit endlich eine sinnvolle Steuerreform realisiert wird. Das sind die drei besten Voraussetzungen, um dafür zu sorgen und der Anforderung Rechnung zu tragen, unsere Haushalte in der Zukunft wieder ordentlich fahren zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Karl Valentin – ich glaube, ich habe es schon einmal zitiert – hat einmal geäußert, es sei eigentlich alles gesagt, aber nicht von jedem. Deshalb werde ich mich relativ kurz fassen,

(Abg. Nagel SPD: O ja!)

aber ein paar Anmerkungen muß ich einfach deshalb machen, weil ich manches so nicht stehenlassen kann.

Während ich die Debatte von 10 Uhr bis jetzt, bis kurz vor 17 Uhr verfolgt habe, also beinahe sieben Stunden lang, hatte ich bei sechs Stunden den Eindruck, daß wir eine Geisterdebatte führten und sehr rasch wieder in die Wirklichkeit zurückgeholt werden würden, wenn es um das geht, was als Beleidigung des Parlaments angesehen wird, wenn wir nämlich eine Nachschiebeliste vorlegen müssen, wenn man wieder sehr konkret über den Haushalt reden muß.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben wir ja gemacht!)

Ich sprach von Geisterdebatte, weil ich kein einziges Mal gehört habe, daß sich jemand Gedanken darüber macht, ob sich der Staat nicht einfach in all seinen Gliederungen schlicht und ergreifend in den Jahren des Wohlstands übernommen hat und nun die Korrekturen vorgenommen werden müssen, auch wenn sie noch so schmerzhaft sind, um Einnahmen und Ausgaben wieder in Übereinstimmung zu bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das kann ich dann umschreiben, wie ich will, weil jeder sein Lieblingswieschen hat – daß die soziale Gerechtigkeit nicht mehr da sei, daß die Familien nicht mehr richtig berücksichtigt würden, daß die Grundsicherung nicht mehr vorhanden sei. Mit Sicherheit – das ist eben meine Sorge, und deshalb gehe ich etwas anders an die Haushalte heran – kann es meiner Meinung nach nicht mehr so werden, wie es war.

Das ist eben das, was man sich wechselseitig vorwirft. Deshalb habe ich auch bei Herrn Maurer das Wort „Heuchler“ gerufen, und dafür entschuldige ich mich bei ihm. Ich

kann überhaupt nicht mehr verstehen, daß man sich wechselseitig das um die Ohren schlägt, was alle Politiker gemacht haben, und dies nun plötzlich auf Baden-Württemberg fokussiert wird, nämlich daß man mit ständigen Zuwachsraten gerechnet und pausenlos Zuwächse verteilt hat und es gewohnt war, Zuwächse zu verteilen, und heute im Prinzip immer noch auf diesem Weg ist, indem man in partiellen Bereichen der Politik den Erfolg nur an den Zuwachsraten mißt.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist das alles etwas seltsam, was hier diskutiert wird. Jeder hat so sein Spezialgibbchen, wo er dann sagt, wie schlecht die andere Seite gerade sei. Ich habe mir nur ein paar Stichworte aufgeschrieben.

Glauben Sie vielleicht, wenn Sie die Regierungspräsidien auflösen, dann haben Sie das Problem dieses Landes gelöst?

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Das kommt von der SPD, und mit der habe ich doch auch Verwaltungsreform gemacht. Da haben wir mit dem Herrn Schäfer, den ich ja ungeheuer schätze, wochenlang darüber gestritten, was vom Wasserwirtschaftsamt ins Landratsamt kommt und was nicht. Also wenn Sie jetzt als die großen Reformer auftreten, dann geben Sie doch ehrlich zu, daß sich Verwaltungsreform im allgemeinen immer schön anhört, im Konkreten vor Ort aber ungeheuer schwierig wird,

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Leider ist es so!)

und zwar vom Forstamt bis zum Wasserwirtschaftsamt. Das ist doch die Wirklichkeit.

Wenn Sie die Regierungspräsidien erwähnen, dann seien Sie doch so ehrlich und sagen Sie: Ich kann ein Regierungspräsidium nur abschaffen, wenn ich seine Aufgaben abschaffe.

(Abg. Sieber CDU: Sehr richtig!)

Ich kann doch nicht einfach das Regierungspräsidium abschaffen und die ganze Funktion in der Luft hängenlassen. Da muß ich sie irgendwohin delegieren und muß die Bürokratie dorthin verlagern, wo sie dann hinkommen soll, wenn ich nicht bereit bin, die Aufgaben abzubauen.

Hier ist gesagt worden, die Länderneugliederung sei ein Blödsinn. Dazu kann man doch wohl sagen, daß eine Länderneugliederung im Länderfinanzausgleich zugunsten der gebenden Länder 10 Milliarden DM ausmachen würde. Das ist sauber berechnet. Die Länder – und deshalb ist das, was der Ministerpräsident gesagt hat, so signifikant – sind zum Teil in ihrer Struktur zu klein, so daß du denen noch 20 Jahre lang Länderfinanzausgleich geben kannst und sie sich trotzdem nie erholen werden. Das ist das Problem. Wenn Baden-Württemberg nicht ein gemeinsames Bundesland wäre, dann wäre Württemberg Geberland, und Baden wäre Nehmerland. Das ist ausrechenbar.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Aha! Sehr gut! – Abg. Deuschle REP: Also!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Deshalb hat die Länderneugliederung natürlich schon – –

(Abg. König REP: Die Badenfrage wird hier gestellt! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Ich wollte jetzt keine Baden-Württemberg-Debatte auslösen,

(Abg. Brechtken SPD: Wir kriegen nicht einmal einen einheitlichen Sparkassenverband im Land hin!)

sondern ich wollte nur darauf hinweisen, daß die Länderneugliederung einen Sinn macht, weil Baden-Württemberg jetzt zu den stärksten Ländern in der Bundesrepublik gehört.

Daß da Fehler gemacht worden sind, ist doch vollkommen klar. Das ist doch kein Vorhalt gegenüber A- oder B-Ländern. Es ist für mich eine Katastrophe, daß die Länderneugliederung Berlin-Brandenburg gescheitert ist.

(Abg. Brechtken SPD: Gescheitert am Volk!)

Das ist eine Katastrophe.

(Abg. Brechtken SPD: Wir kriegen nicht einmal einen einheitlichen Sportverband in diesem Land hin!)

Natürlich haben wir den Fehler gemacht, daß die neuen Länder bei der Wiedervereinigung zu klein geschnitten worden sind, weil ich jetzt natürlich nicht mehr an das Saarland herangehen kann.

Ich persönlich bin der Überzeugung, daß das Bundesverfassungsgericht, wenn es noch einmal über den Länderfinanzausgleich zu befinden haben wird, die Frage der Länderneugliederung jetzt nach der Wiedervereinigung in eine andere Dimension hineinrücken wird,

(Abg. Brechtken SPD: Also klagt doch endlich!)

weil der Finanzausgleich auf die Dauer so nicht bestehen bleiben kann.

Ich nehme ein anderes Stichwort, das ich da aufgeschrieben habe. Herr Kuhn, Sie haben wirklich eine gute, auf die Sache bezogene Rede gehalten. Aber wenn Sie nachher wieder hinausgehen und sagen, daß da einmal die CDU zusammen mit den Republikanern abgestimmt habe, dann halte ich das für so albern, wie wenn ich Ihnen vorhalten würde, daß Sie auch einmal gemeinsam mit den Republikanern einem Antrag in der Rundfunk-Enquetekommission zugestimmt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birk CDU: Genau! Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Was soll denn das, wenn wir uns hier über Dinge unterhalten wollen, die letzten Endes von Bedeutung sind?

Oder ein anderes Stichwort; das kann ich bei der Steuerreform noch einmal bringen. Herr Maurer, der es jetzt auch wieder vorzieht, draußen zu sein – –

(Abg. Birk CDU: Nein, da ist er! – Abg. Capezuto SPD: Da sitzt er doch!)

– Er hat sich in die hinteren Regionen zurückgezogen. Herr Maurer, ich will einmal zwei Punkte herausgreifen. Sie sagen: Schauen Sie einmal die Spitzensteuersätze in anderen Ländern an – in Holland und in Schweden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In Schweden liegt der Spitzensteuersatz der Körperschaftsteuer bei 28 % und der für die sonstigen Einkommen bei 56 %. In Holland beträgt der höchste Körperschaftsteuersatz 35 % und der höchste Einkommensteuersatz 60 %. Da sind aber die ganzen Sozialversicherungsbeiträge mit dabei. Was wollen Sie damit eigentlich nachweisen? Wir haben hier eine besondere Situation, und die ist verfassungsrechtlich und auch durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts abgesichert: Die Körperschaftsteuer und die Steuer auf die sonstigen Einkünfte dürfen nicht zu weit auseinanderlaufen.

(Abg. Brechtken SPD: Aber nur was Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit angeht!)

– Nein, nein.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– In beidem, Herr Brechtken.

Herr Maurer hat hier gesagt, was alles mit dem Länderfinanzausgleich gerechnet würde, sei nicht richtig. In Wirklichkeit, Herr Maurer, ist es so: Hessen liegt an erster Stelle. Die Wirtschaftskraft wird nämlich immer umgerechnet pro Kopf der Bevölkerung. Da liegt Hessen an erster Stelle. An zweiter Stelle liegt Baden-Württemberg; es streitet sich mit Bayern darüber, wer zweiter oder dritter ist.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Bayern ist zweiter, und der VfB ist dritter, das ist eindeutig!)

Aber was soll das, wenn Sie gleichzeitig sagen?: „Gehen Sie sofort vor das Bundesverfassungsgericht.“

Sie sagen dann, wir hätten im Länderfinanzausgleich nur soundso viel bezahlt. Wenn Sie Fachmann sind, müssen Sie wissen, daß Sie dreierlei zusammenrechnen müssen. Mit dem Umsatzsteuerausgleich, dem Finanzausgleich und dem Fonds „Deutsche Einheit“ liegt Baden-Württemberg mit Hessen absolut an der Spitze.

(Abg. Brechtken SPD: Sie wissen doch, daß es Bundesergänzungszuweisungen gibt!)

– Die Bundesergänzungszuweisungen sind nur ein Teil im Länderfinanzausgleich. Wenn Sie jetzt den Länderfinanzausgleich aufrufen, sage ich es gleich dazu, dann habe ich das Thema abgehandelt.

Der Länderfinanzausgleich führt zu keiner Rangverschiebung, wenn es den Länderfinanzausgleich im engeren Sinn betrifft.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Da liegt Hessen an erster Stelle und Baden-Württemberg und Bayern an zweiter oder an dritter Stelle. Das verschiebt sich von Jahr zu Jahr.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Da aber zum Länderfinanzausgleich insgesamt sämtliche Bundesergänzungszuweisungen gehören, verschiebt sich die Rangfolge,

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

und zwar in die Richtung, daß nach diesen ganzen Ergänzungszuweisungen Baden-Württemberg und Bayern an 15. und 16. Stelle liegen. Das ist das Ungehörige an dieser ganzen Geschichte. So kann es nicht bleiben.

(Abg. Brechtken SPD: Hessen auch! Nordrhein-Westfalen auch!)

– Ja, das kommt ja jetzt.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Herr Maurer hat hier gesagt: „Wenn Sie da Verbündete suchen wollen, müssen Sie mit denen reden.“ Ja, Herr Maurer, mit denen habe ich geredet.

(Abg. Maurer SPD: Teufel, nicht Sie!)

– Natürlich habe ich mit denen geredet.

(Unruhe bei der SPD)

Der Finanzminister von Hessen saß am Tisch, die Finanzministerin von Hamburg und der Staatssekretär von Nordrhein-Westfalen, weil Herr Schleußner zur Zeit krank ist. Denen hat man erläutert, worum es geht. Ich will das einmal sagen – ich habe es hier aber schon einmal gesagt –: Die Ministerin von Hamburg hat sich sofort verabschiedet, weil die Veredelung der Einwohnerzahl beseitigt werden soll.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ja, das ist ja klar.

Nordrhein-Westfalen hat gesagt: „Vorsicht, wir haben so viele finanzschwache Länder, das geht zu deren Lasten, da sind wir nicht gleich dabei.“ Gehen Sie also einmal nach Nordrhein-Westfalen, dort können Sie missionieren.

(Unruhe)

Das einzige Land, das gesagt hat, es sei mit uns auf der Matte, war Hessen. Als die aber in der Finanzministerkonferenz angesprochen wurden, sind sie sofort in volle Deckung gegangen. Das heißt, wir stehen in dieser Frage allein. Dennoch –

(Unruhe – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Aber es ist so. Das ist zwar bedauerlich, aber es ist so.

Wenn wir jetzt in dieser Sache klagen wollen – und das wollen wir –,

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

dann ist doch völlig klar, daß das Bundesverfassungsgericht auch fragen wird, ob wir nicht den Versuch unternommen haben, eine politische Lösung herbeizuführen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sonst wirst du nämlich unter Umständen –

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche im Saal jetzt wirklich nur in dem Maß zu führen, daß der Minister seine Rede akustisch verständlich halten kann.

(Unruhe – Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Wenn du das nicht machst, läufst du nach meinem immer noch einigermaßen juristischen Empfinden Gefahr, daß die Klage wegen Unzulässigkeit abgewiesen wird, weil man nicht diesen Versuch unternommen hat. Deshalb machen wir den Versuch, und deswegen machen wir im Januar noch einen zweiten Anlauf in der Finanzministerkonferenz.

Jetzt noch ein Punkt, der mir auch sehr am Herzen liegt, weil sich Herr Maurer ungeheuer aufgeblasen hat, welche Mißachtung des Parlaments es sei, was mit der Nachschiebeliste geschehe.

Ich habe es extra von meiner Mitarbeiterin heraussuchen lassen: Im Jahr 1995 – wenn ich mich recht entsinne, war die SPD damals mit in der Regierung – haben wir am 11. Oktober den Nachtragshaushalt eingebracht, am 16. Oktober war Steuerschätzung, und am 22. November haben wir die Nachschiebeliste gebracht. Der Finanzausschuß hat am 30. November getagt. Also liegt die Unverschämtheit und die Mißachtung des Parlaments im Unterschied von zwei Tagen. Wenn Sie Ihren Vorwurf darauf reduzieren, bin ich sogar damit einverstanden.

(Abg. Brechtken SPD: Ein November-Nachtrag, bei dem nichts mehr verändert wird! Wie groß war das Volumen des Nachtrags? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Maurer, Herr Brechtken, Sie waren dabei und wissen also, daß damals genau das gleiche geschehen ist.

Herr Maurer hat gesagt, in den guten Zeiten hätten wir das Geld mit beiden Händen hinausgeworfen. Es ist immer interessant, wenn man so etwas zu jemandem sagt, der schon seit längerer Zeit dabei ist. Ich habe es in den Protokollen nachprüfen lassen: Aus den Jahren 1982 bis 1987, als Lothar Späth Sparanstrengungen unternommen hat, bis er die Lust daran verloren hat,

(Lachen bei der SPD)

als die Nettokreditaufnahme im Jahr 1987 unter 1 Milliarde DM lag,

(Abg. Birzele SPD: Bei steigenden Einnahmen!)

gibt es mindestens sechs Protokollstellen, Herr Weimer, an denen Sie vom Kaputtsparen reden.

(Abg. Weimer SPD: Antizyklisch!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Sie haben damals gesagt, dieses Land spare sich kaputt, und Herr Maurer hat jetzt gesagt, wir hätten das Geld mit beiden Händen hinausgeworfen. Geben Sie doch zumindest zu, daß zwischen dem, was Sie damals gesagt haben, Herr Weimer, und dem, was Herr Maurer jetzt gesagt hat, ein Widerspruch klafft. Sie haben vergessen, was Sie früher gesagt haben.

Sie waren dann ein paar Jahre mit in der Regierung, und jetzt haben Sie schon wieder vergessen, was Sie gemacht haben, als Sie mit uns in der Regierungsverantwortung standen.

(Abg. Wieser CDU: Das ist politische Alzheimer!)

Noch ein Wort zur Steuerreform. Was Herr Maurer zu diesem Punkt von sich gegeben hat, hat mich am meisten aufgeregt. Ich war die ganze Zeit bei den Beratungen, Besprechungen, bei der Aufstellung des Entwurfs, im Vermittlungsausschuß und in Arbeitskreisen dabei. Ich habe dafür ungeheuer viel Zeit aufgewendet. Deshalb halte ich es für abenteuerlich, mit welcher Lässigkeit Herr Maurer hier sagt, wir hätten die Steuerreform haben können, wenn wir sie nur gewollt hätten. Das ist hanebüchen. Er stellt sich hier hin und sagt: Dann macht doch das, was wir wollen. – Was Sie wollen, wird mit der CDU und auch mit der FDP nicht laufen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP/DVP)

Sie wollen die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu 70 % den Unternehmen anlasten und dann das Existenzminimum anheben. Wie wollen Sie auf diese Art und Weise neue Arbeitsplätze schaffen? Wie wollen Sie auf diese Art und Weise die Wirtschaft beleben?

Herr Maurer, ich habe es hier schon zehnmal erläutert, aber Sie werden es wahrscheinlich nie kapieren, aber Sie müssen einfach Zahlen zur Kenntnis nehmen: Das Geld, das aus Deutschland für Investitionen im Ausland abfließt, betrug in den letzten sechs Jahren 300 Milliarden DM und der Rückfluß nicht einmal mehr 30 Milliarden DM. Folglich muß man doch sagen, daß das Geld irgendwie einen Bogen um den Standort Deutschland macht.

Herr Maurer, für mich ist es das Schlimmste, daß Sie als Oppositionsführer hier versuchen, dieses Land Baden-Württemberg kaputtzureden.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Weil all das den Tatsachen widerspricht, werden Sie damit in diesem Land keinen Blumentopf gewinnen. Denn die Bürger haben ein sehr gutes Gespür dafür, welche Politik in diesem Land gemacht wird und daß dieses Land im Konzert der Länder in jedem Fall mit die erste Geige spielt. Deshalb ist das, was Sie sagen, neben der Kappe.

Allerletzter Punkt, Privatisierung:

(Abg. Drexler SPD: Hat der Ministerpräsident schon alles gesagt!)

– Zur Privatisierung muß ich schon noch etwas sagen.

Herr Maurer, was Sie dazu verzapft haben, ist nicht einmal Anfängervorlesung Betriebswirtschaft. Was Sie sagen, ist

ja ungeheuer. Sie sagen: Wir privatisieren jetzt schnell. Die Größenordnung kennen Sie. Nach Abzug der Schulden sind es vielleicht 2 Milliarden DM. Damit wollen Sie den Pensionsfonds bilden, Haushaltslöcher schließen und noch eine Fülle von Investitionen tätigen.

(Abg. Wieser CDU: Und die Banken privatisieren!)

Sie müssen mir einmal sagen, wie diese Rechnung aufgehen soll. Das ist überhaupt nicht zu machen.

Das, was Sie schon in der großen Koalition gefordert haben, haben wir damals aus gutem Grund nicht mitgemacht. Wir hätten die Fusion des Badenwerks und der EVS nicht zustande gebracht, wenn wir nicht noch das Aktienpaket an diesen Energieunternehmen gehabt hätten.

(Sehr gut! und Beifall des Abg. Wieser CDU)

Jetzt stehen wir vor ganz anderen Herausforderungen, nämlich vor der Frage, in welchem Umfang man für dieses Land strategisch mit diesem Pfund wuchert. Herr Brechtken, reden Sie doch einmal intern mit Herrn Maurer, damit er das hier nicht mehr wiederholt. Du kannst das doch durch eine Privatisierung über die Börse nicht erreichen. Von den 50 % Aktien des Badenwerks sind noch ganze 6 % in privater Hand, die anderen 44 % aber in anderer Hand. Deshalb bringt das nicht nur weniger Geld. Wenn Sie eine Volksaktie herausgeben, müssen Sie beim Preis heruntergehen. Wenn Sie das im Paket verkaufen oder im Paket an einen Investor geben, erhalten Sie noch einen Paketzuschlag. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Nur verstehen Sie das schlicht und ergreifend nicht.

(Abg. Birk CDU: Er möchte es halt lieber verscherbeln!)

Das gleiche gilt für die Banken. Herr Maurer, Sie wissen, daß dies ein Thema ist, das seit langer Zeit in diesem Land diskutiert wird.

(Abg. Drexler SPD: 40 Jahre!)

– Ja, gut. – Es ist auch lange vorher diskutiert worden, bis die Fusion im Energiebereich zustande kam. Jetzt ist sie da. Es ist auch lange diskutiert worden, bis die Fusion im Bereich der Rundfunkanstalten da war. Du brauchst eben in der Demokratie manchmal eine längere Zeit als irgendwo anders.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, das ist so, und das ist auch gut so.

Solange ich Finanzminister bin, werde ich mein Plazet nicht dazu geben, daß Aktien der BW-Bank verkauft werden, bevor Optionen für irgendwelche Bankenfusionen wahrgenommen worden sind. Das ist nämlich genau das gleiche wie im Bereich der Fusion der Energieunternehmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dazu könnte noch sehr viel gesagt werden.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt ist aber Schluß!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Wenn ich alles zusammennehme, was an Vorschlägen gemacht worden ist: Herr Maurer hat nur gesagt, was alles nicht gehe und was alles falsch gewesen sei. Die Löhne müßten gewaltig erhöht werden, und natürlich war es nach seiner Meinung auch völlig falsch, die Zuschüsse zu den Kosten der Schülerbeförderung zu kürzen. Herr Maurer, hören Sie einmal zu. Ich will Ihnen nur etwas sagen, weil ich das noch weiß: Wir haben bei der Schülerbeförderung mit Zuschüssen von 5 Millionen DM pro Jahr angefangen, jetzt sind es immer noch 350 Millionen DM.

Das ist genau das, was ich eingangs bemerkt habe: In guten Zeiten hat man viele Dinge ins Leben gerufen, die man – das brauchen jetzt nicht gerade die Zuschüsse zu den Schülerbeförderungskosten zu sein – in vielen Bereichen in Zukunft nicht mehr aufrechterhalten kann, wenn man die öffentlichen Haushalte in Ordnung bringen will.

Deshalb, meine Damen und Herren, Sie alle, die Sie heute sehr große Reden in wolkigen Höhen gehalten haben, werden von der Realität des Haushaltes, der Nachschiebeliste und den Finanzausschußberatungen wieder eingeholt werden.

Ich kann nur sagen: Das Land ist mit dem, was es tut, auf dem richtigen Weg. Von diesem Weg werden wir uns durch die Debatten, die heute geführt worden sind, nicht abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Jetzt ist aber Schluß!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Schade! Ich hätte gern noch etwas gehört!)

Ich schlage Ihnen vor, den Entwurf des Staatshaushaltsplans 1998/99 zur weiteren Beratung dem Finanzausschuß zu überweisen. – Das Haus beschließt dies.

Der Mittelfristige Finanzplan wird dem Landtag erst noch zugehen. Ich schlage Ihnen vor, den Präsidenten zu ermächtigen, den Mittelfristigen Finanzplan nach Eingang ebenfalls dem Finanzausschuß zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist dies gebilligt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Haushaltsstrukturgesetz 1998 –, Drucksache 12/2134. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2217.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Hier ist im Einleitungssatz eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Der Einleitungssatz muß wie folgt lauten: „Das Landesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 3. Juli 1979, (GBl. S. 270, ber. S. 352), zuletzt geändert durch Ar-

tikel 5 des Gesetzes vom 24. November 1997 (GBl. S. 474), wird wie folgt geändert:“. – Sie stimmen dieser redaktionellen Änderung zu.

Ich lasse nun über den Artikel 1 in dieser Fassung abstimmen. Wer dem Artikel 1 so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesbeamtengesetzes

Auch hier ist im Einleitungssatz eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Der Einleitungssatz lautet dann wie folgt: „Das Landesbeamtengesetz in der Fassung vom 19. März 1996 (GBl. S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1997 (GBl. S. 522), wird wie folgt geändert:“. – Sie stimmen dieser redaktionellen Änderung zu.

Ich lasse nun zunächst über die Nummern 1 und 3, die sachlich zusammengehören, und dann über die restlichen Nummern des Artikels 2 abstimmen.

Wer der Nummer 1 und der Nummer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe nun die Nummern 2, 4 und 5 des Artikels 2 auf. Wer diesen Nummern zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich Artikel 3 aufrufe, will ich darauf aufmerksam machen, daß bei den vorliegenden Änderungsanträgen teilweise lediglich die Streichung einer Bestimmung begehrt wird. Ich schlage vor, daß über diese Streichungsanträge nicht gesondert abgestimmt wird, denn sonst müßten wir zwei Abstimmungen durchführen, sondern daß Sie Ihren Streichungswillen dadurch zum Ausdruck bringen, daß Sie dann der jeweiligen Nummer bzw. dem Artikel nicht zustimmen.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es auch geschäftsordnungsmäßig korrekt! – Abg. Haas CDU: Nicht zustimmen! Ja!)

– Sie sind mit diesem Verfahren einverstanden. Ich werde aber jeweils erwähnen, wo Anträge vorliegen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung der Polizeidienstkleidungsverordnung

Bei Artikel 3 liegt ein Streichungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2315-6, vor. Wir verfahren so, daß ich Artikel 3 zur Abstimmung stelle. Wer Artikel 3 – Änderung der Polizeidienstkleidungsverordnung – zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung der Verordnung des Justizministeriums über Dienstkleidung und Kleidergeld der Strafvollzugsbeamten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen und Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 5

Feuerschutzsteuer

Wer Artikel 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 6

Zuschüsse an Privatschulen

(Abg. Zeller SPD erhebt sich von seinem Platz. – Oh-Rufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Singen können die auch nicht!)

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2315-5 Ziffer 1, vor. Mit Ziffer 1 dieses Änderungsantrags werden die Zahlen, die in Artikel 6 des Gesetzentwurfs aufgeführt sind, geändert.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Zeller.

(Abg. Oettinger CDU: Großer Auftritt!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der SPD-Fraktion beantrage ich, diesen Artikel heute abzusetzen und nicht zu beraten. Wir haben feststellen müssen, daß es in den letzten Tagen unterschiedliche Berechnungsgrundlagen von seiten des Finanzministeriums und von seiten des Kultusministeriums gab. Herr Oettinger hat auch noch eine Variante dazu gebracht. Es ist bisher nicht klar dargelegt worden, auf welcher Berechnung diese Kürzung vorgenommen werden soll. Weil hier im Grunde genommen ein völlig chaotisches Bild der Darstellung anzutreffen ist, beantragen wir heute die Absetzung dieses Artikels 6.

(Abg. Sieber CDU: Wir beantragen Behandlung!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, Sie haben gehört: Es wird Absetzung beantragt. Ich schließe daraus, daß Sie damit die Zurücküberweisung an den Finanzausschuß begehren.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Dieser Verfahrensantrag geht vor. Wer diesem Verfahrensantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der SPD)

Der Verfahrensantrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

(Abg. Haasis CDU: Eindeutig!)

Damit kommen wir nun zu den Sachabstimmungen, und zwar über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2315-5 Ziffer 1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 7

Änderung des Wassergesetzes

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nein! – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident!)

– Über Artikel 6 ist durch den Änderungsantrag abgestimmt.

(Unruhe)

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP/DVP-Fraktion hat den Artikel 6 verändert. Mit der Annahme dieses Änderungsantrags ist dieser Artikel 6 so angenommen worden.

(Beifall des Abg. Haasis CDU – Abg. Sieber CDU: Logisch!)

Ich werde zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß Buchstabe d von Artikel 6 nicht eingeschlossen war. Ich lasse deshalb zusätzlich abstimmen – –

(Zurufe von der SPD: Halt!)

– Moment. Wir sind noch bei Artikel 6 Buchst. d.

Bitte schön, Herr Abg. Weimer.

Abg. Weimer SPD: Ich bitte, über Artikel 6 in der durch die Annahme des Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2315-5 Ziffer 1, modifizierten Form namentlich abzustimmen.

(Ministerpräsident Teufel: Es ist abgestimmt! – Abg. Sieber CDU: Der Artikel ist angenommen! – Abg. Rapp REP: Guten Morgen, Herr Weimer! – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Weimer, wir haben bereits abgestimmt.

(Abg. Weimer SPD: Nein, nein! In der Form des modifizierten Artikels 6!)

Also noch einmal zur Geschäftslage: Ich habe über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2315-5 Ziffer 1, abstimmen lassen. Damit sind die Buchstaben a, b und c des Artikels 6 angenommen. Noch nicht abgestimmt ist über Buchstabe d dieses Artikels. Hier wird seitens des Änderungsantrags keine Änderung vorgeschlagen. Hierüber muß ich noch ab-

(Stellv. Präsident Birzele)

stimmen lassen. Wünschen Sie darüber eine namentliche Abstimmung?

(Zurufe von der CDU: Nein! – Abg. Rapp REP:
Das ist eine Lachnummer! – Unruhe)

Ich muß mich leider erneut korrigieren. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß über Buchstabe d des Artikels nicht abgestimmt worden sei. Jetzt werde ich zu Recht darauf hingewiesen, daß unter Buchstabe c in Ziffer 1 des Änderungsantrags auch Buchstabe d von Artikel 6 der Gesetzesvorlage enthalten ist. Damit ist über Artikel 6 insgesamt abgestimmt.

(Beifall bei der CDU – Ministerpräsident Teufel:
Aber wir könnten jetzt doch über das Datum vielleicht noch namentlich abstimmen! – Unruhe)

Zur Geschäftsordnung? – Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, ich glaube, daß wir über den – –

(Abg. Scheuermann CDU: Glauben nützt da nichts!)

– Herr Scheuermann, Sie können gern nach vorn kommen. Dann können wir anständig miteinander diskutieren.

Herr Präsident, ich glaube, daß Sie einem Irrtum unterliegen und daß über den Artikel 6 noch einmal abgestimmt werden muß.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Das, was bislang vorgelegt und zur Abstimmung gebracht wurde, war der Änderungsantrag der beiden Koalitionsfraktionen, der sich auf bestimmte Zahlenwerte bezogen hat. Über die Kürzung und damit über die sachliche Aussage des Artikels 6 muß noch in der Sache abgestimmt werden, jetzt in der modifizierten Fassung.

(Abg. Weimer SPD: So, wie ich es gesagt habe!)

Hierzu hat die SPD namentliche Abstimmung beantragt.

(Widerspruch bei der CDU – Ministerpräsident Teufel: Ist abgestimmt!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, die Geschäftslage ist eindeutig.

(Widerspruch des Abg. Drexler SPD)

Im Änderungsantrag Drucksache 12/2315-5 sind vom Artikel 6 sowohl die Buchstaben a und b als auch die Buchstaben c und d umfaßt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Durch die Sachabstimmung ist der Gegenstand erledigt.

Ihnen kommt es aber anscheinend darauf an, die Namen von CDU und FDP/DVP im Protokoll zu sehen. Ich kann Ihnen sagen: Von der christlich-demokratischen Fraktion

ist der Kollege Bloemecke durch Krankheit verhindert – er hätte wie wir abgestimmt –, der Kollege Rau durch einen Todesfall im Wahlkreis verhindert – er hätte wie wir abgestimmt –, und die Frau Kollegin Brenner wurde heute überraschend im Krankenhaus operiert – sie hätte wie wir abgestimmt.

Wir sind gern bereit, 69mal so abzustimmen wie gerade pauschal. Aber Sie können davon ausgehen: Wer unsere Namen kennen will, kennt sie aus dem Landtagshandbuch auch so.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn. – Entschuldigung, Frau Abg. Berroth hatte sich vorher gemeldet.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hat sich erledigt!)

– Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, ich habe ganz praktisch folgende Bitte: Wir hatten uns vor der Abstimmung bei der Landtagsverwaltung erkundigt, wie das Prozedere ist. Wir sind von folgendem ausgegangen: daß zuerst über den Änderungsantrag abgestimmt wird,

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

der die Zahlenkorrektur beinhaltet.

(Abg. Haas CDU: Dem haben Sie zugestimmt!)

Es muß ja die Möglichkeit geben, daß man diesem zustimmt,

(Abg. Haasis CDU: Dem haben Sie auch zugestimmt!)

weil man die Zahlenabänderung wegen des Fehlers für notwendig hält, aber insgesamt die Restkürzung, die noch dringeblichen ist, ablehnt.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Richtig!)

Dies geschieht meines Erachtens nur dann korrekt, wenn Sie zuerst die Möglichkeit geben, über den Antrag abzustimmen, und dann noch über den Artikel in Gänze abstimmen lassen. Andernfalls können wir dieses differenzierte Abstimmungsverhalten nicht zum Ausdruck bringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Was keiner verstehen würde! In der gleichen Sache einmal so und einmal so!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich habe meine Auffassung zur Geschäftsordnung dargelegt.

(Abg. Sieber CDU: Und die ist zutreffend!)

Ich frage, ob die Bereitschaft des gesamten Hauses besteht, eine namentliche Abstimmung über Artikel 6 in der geänderten Fassung durchzuführen.

(Stellv. Präsident Birzele)

(Widerspruch bei der CDU und den Republikanern
– Abg. Weimer SPD: Ja, das beantragen wir, Herr
Präsident! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth
FDP/DVP: Das ergibt doch keinen Sinn!)

*

– Sie stellen diesen Antrag. Dann lasse ich über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Damit ist dann auch die Frage erledigt, wie vorhin abgestimmt wurde.

(Abg. Sieber CDU: Das gab's noch nie!)

Wer dem Antrag zustimmt,

(Abg. Haas CDU: Über was wird jetzt abgestimmt?)

über Artikel 6 in der geänderten Fassung des Änderungsantrags abzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Weimer SPD: Das ist ein Minderheitenrecht! Da kann man gar nicht dagegen sein!)

Gegenprobe! –

(Abg. Maurer SPD: Das erste war die Mehrheit!)

Stimmenthaltungen? – Dann wird geschäftsmäßig so verfahren, daß wir erneut über Artikel 6 abstimmen, und zwar in der durch den Änderungsantrag geänderten Fassung in namentlicher Abstimmung auf Antrag der SPD-Fraktion.

Meine Damen und Herren, wer dem Artikel 6 in der Fassung des Änderungsantrags Drucksache 12/2315-5 Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Frau Schriftführerin Rudolf, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben O.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, seien Sie so gut, behalten Sie Platz, und beteiligen Sie sich von vornherein an der namentlichen Abstimmung. Dann wird es wesentlich schneller gehen.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Abg. Scheffold, würden Sie bitte auch Platz nehmen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Das Ergebnis lautet:

Mit Ja haben 77 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 70 Abgeordnete gestimmt;
keine Enthaltungen.

Damit ist Artikel 6 in der Fassung des Änderungsantrags Drucksache 12/2315-5 Ziffer 1 beschlossen.

Mit Ja haben gestimmt:

Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Dr. Inge Gräble, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Keitel, Kiefl, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Roland Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Tölg, Traub, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weiser, Wieser, Winckler, Zeiher, Zimmermann.

Mit Nein haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle, Drexler, Eigenthaler, Marianne Erdrich-Sommer, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Stephanie Günther, Hackl, Hauser, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Heiler, Herbricht, Huchler, Jacobi, Junginger, Käs, Kielburger, Birgit Kipfer, König, Kretschmann, Krisch, Kuhn, Lorenz, Maurer, Dr. Walter Müller, Nagel, Oelmayer, Dr. Puchta, Rapp, Renate Rastätter, Redling, Reinelt, Annemie Renz, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Staiger, Stolz, Teßmer, Renate Thon, Troll, Walter, Weimer, Wettstein, Wilhelm, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

*

Ich rufe nunmehr auf

Artikel 7

Änderung des Wassergesetzes

Hierzu liegt entsprechend der Beschlußempfehlung eine geänderte Fassung des Artikels 7 vor: „In der Anlage zu § 17 a Abs. 3 erhält Nummer 3.1.1 folgende Fassung: ‘3.1.1 zum Zweck der Kühlung 0,02’.“ Das ist die Beschlußvorlage.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

Dazu gibt es den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-3, und es gibt den Streichungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2315-7. Wir sind vorhin übereingekommen, daß in der Sachabstimmung über diesen Streichungsantrag nicht gesondert abgestimmt wird.

Ich lasse deshalb jetzt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-3, abstimmen. – Herr Abg. Oettinger zur Geschäftsordnung.

Abg. Oettinger CDU: Ich will namentliche Abstimmung beantragen.

Stellv. Präsident Birzele: Es ist namentliche Abstimmung zu diesem Antrag beantragt. Ich gehe davon aus, daß dieser Antrag die notwendige Unterstützung findet. – Wir führen deshalb eine namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-3, durch.

Ich bitte Herrn Schriftführer Herrmann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben P.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Das Ergebnis liegt vor:

An der Abstimmung haben sich 147 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 129 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-3, abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Birgitt Bender, Buchter, Marianne Erdrich-Sommer, Stephanie Günther, Hackl, Jacobi, Kretschmann, Kuhn, Oelmayer, Renate Rastätter, Annemie Renz, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Stolz, Renate Thon, Walter, Dr. Witzel.

Mit N e i n haben gestimmt:

Bebber, Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Birzele, Ingrid Blank, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Capezzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Drexler, Eigenthaler, Beate Fauser, Fischer, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Göschel, Heinz Goll, Dr. Inge Gräßle, Haas, Haasis, Hauk, Hauser, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Hehn, Heiler, Heinz, Herbricht, Herrmann, Huchler, Junginger, Käs, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Birgit Kipfer, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, König, Krisch, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Lorenz, Mappus, Maurer, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Dr. Puchta, Rapp, Rech, Reddemann, Redling, Reinelt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Ruder, Christine Rudolf, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Roland Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Seltenreich, Sieber, Helga Solinger, Stächele, Staiger, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teßmer, Teufel, Tölg, Traub, Troll, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weimer, Weiser, Wettstein, Wieser, Wilhelm, Winckler, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeiher, Zeller, Zimmermann.

*

(Abg. Brechtken SPD: Wir bitten um namentliche Abstimmung über –! – Große Unruhe)

– Bitte?

(Abg. Brechtken SPD (ironisch): Wir bitten um namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2315-7! – Anhaltende große Unruhe)

Ich lasse nunmehr über Artikel 7 in der Fassung der Beschlußempfehlung abstimmen und will von vornherein zum Abstimmungsmodus sagen, daß dies die entscheidende Sachabstimmung ist.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut!)

Es ist namentliche Abstimmung beantragt.

(Anhaltende Unruhe)

Der Antrag auf namentliche Abstimmung findet die erforderliche Unterstützung. Ich bitte deshalb Frau Schriftführerin Rudolf, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben R.

Ich möchte darauf aufmerksam machen: Wer Artikel 7 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu stimmen, wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, auch wenn es schwerfällt, doch Ruhe zu bewahren.

(Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben Äpfel in der Hand.)

Wir werden die Abstimmungen sehr viel schneller durchführen können, wenn Sie Ruhe bewahren und auch nicht drohen, mit Äpfeln zu werfen.

(Heiterkeit)

Frau Schriftführerin Rudolf, ich bitte Sie, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben R.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmen auszuzählen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Insgesamt haben 147 Abgeordnete abgestimmt.

Mit Ja haben 96 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 51 Abgeordnete.

Damit ist Artikel 7 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses angenommen. Der Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/2315-7, der eine Streichung begehrte, ist damit erledigt.

(Stellv. Präsident Birzele)

*

Mit J a haben gestimmt:

Behringer, Birgitt Bender, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Buchter, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Marianne Erdrich-Sommer, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Jacobi, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Kretschmann, Kuhn, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oelmayer, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Renate Rastätter, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Annemie Renz, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Sabine Schlager, Roland Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Renate Thon, Tölg, Traub, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Voss-schulte, Wabro, Wacker, Walter, Weiser, Wieser, Winckler, Dr. Witzel, Zeiher, Zimmermann.

Mit N e i n haben gestimmt:

Bebber, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Capuzzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle, Drexler, Eigenthaler, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Hauser, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Heiler, Herbricht, Huchler, Junginger, Käs, Birgit Kipfer, König, Krisch, Lorenz, Maurer, Dr. Walter Müller, Nagel, Dr. Puchta, Rapp, Redling, Reinelt, Christine Rudolf, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Staiger, Teßmer, Troll, Weimer, Wettstein, Wilhelm, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

*

Ich rufe auf

Artikel 8

Spielbankerträge

Wer Artikel 8 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 9

Wettmittelfonds

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, ich beantrage namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsident Birzele: Es ist namentliche Abstimmung beantragt.

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Lächerlich!)

Meine Damen und Herren, wer Artikel 9 – Wettmittelfonds – zustimmen möchte, der möge bitte mit Ja stimmen, wer ablehnen möchte, mit Nein, wer sich der Stimme enthalten möchte, mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Herrmann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben S.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie doch bitte Platz. Verfolgen Sie die Abstimmung wenigstens insoweit mit Aufmerksamkeit, daß Sie, wenn Ihr Name aufgerufen wird, wissen, wie Sie abstimmen sollen.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, an der Abstimmung haben sich 147 Abgeordnete beteiligt.

96 haben mit Ja gestimmt,
51 mit Nein.

Damit ist Artikel 9 – Wettmittelfonds – angenommen.

*

Mit J a haben gestimmt:

Behringer, Birgitt Bender, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Buchter, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Marianne Erdrich-Sommer, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Jacobi, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Kretschmann, Kuhn, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oelmayer, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Renate Rastätter, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Annemie Renz, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Sabine Schlager, Roland Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stolz, Stratthaus, Straub, Teufel, Renate Thon, Tölg, Traub, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Voss-schulte, Wabro, Wacker, Walter, Weiser, Wieser, Winckler, Dr. Witzel, Zeiher, Zimmermann.

Mit N e i n haben gestimmt:

Bebber, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Capuzzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle, Drexler, Eigenthaler, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Hauser, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Heiler, Herbricht, Huchler, Junginger, Käs, Birgit Kipfer, König, Krisch, Lorenz, Maurer, Dr. Walter Müller, Nagel, Dr. Puchta, Rapp, Redling, Reinelt, Christine Rudolf, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Staiger, Teßmer, Troll, Weimer, Wettstein, Wilhelm, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

*

Ich rufe auf

Artikel 10

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 12/2315-1, 12/2315-2, 12/2315-4 und 12/2315-5 Ziffer 2. Ich lasse je-

(Stellv. Präsident Birzele)

weils an der Stelle über die Änderungsanträge abstimmen, an der Änderungen begehrt werden.

Zunächst rufe ich den Eingangssatz von Artikel 10 sowie Nummer 1 Buchst. a auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Nummer 1 Buchst. b auf. Hierzu liegt der Streichungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-4, vor. Entsprechend der vorherigen Vereinbarung lasse ich gleich in der Sache abstimmen. Wer Nummer 1 Buchst. b in der Form des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe Nummer 2 in Artikel 10 auf. Hier liegt ebenfalls der Streichungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-4, vor. Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer Nummer 2 in der Form des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe Nummer 3 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe Nummer 4, und zwar § 3 Nr. 1, 2 und 3, auf. Zur Nummer 4 von § 3 liegt ein Änderungsantrag vor. Wer den Nummern 1, 2 und 3 von § 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf bei Nummer 4 des Artikels 10 die Nummer 4 von § 3 und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-4. Hier wird beantragt, die Schlüsselmasse der Landeswohlfahrtsverbände auf 7,21 vom Hundert zu verändern. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe deshalb die Nummer 4 von § 3 in der Form des Gesetzentwurfs auf. Wer dieser Nummer 4 in der Form des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf die Nummer 5 von Artikel 10 des Gesetzentwurfs und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-4. Hier wird vorgeschlagen, die Zahl zu verändern: statt wie im Gesetzentwurf 1 681 Millionen DM 1 631 Millionen DM. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nunmehr über die Nummer 5 von Artikel 10 des Gesetzentwurfs ab. Wer dieser Nummer des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Zur Nummer 6 von Artikel 10 gibt es Streichungsanträge zu den Buchstaben a und b. Ich lasse über die Buchstaben a

und b in der Sache in der Form des Gesetzentwurfs zusammen abstimmen. Wer Nummer 6 Buchst. a und b von Artikel 10 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben einen Antrag dazu!)

Ich rufe auf Nummer 6 Buchst. c und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2315-1, und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-4. Beide Änderungsanträge begehren das gleiche – vier Siebel –,

(Abg. Brechtken SPD: Aber wir gehen mathematisch etwas weiter!)

haben aber eine unterschiedliche Form der Gesetzesformulierung.

Ich schlage vor, daß beide Änderungsanträge zusammen zur Abstimmung gestellt werden. – Frau Erdrich-Sommer, Sie haben das Wort.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Wir beantragen zu Nummer 6 Buchst. c namentliche Abstimmung.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es ist namentliche Abstimmung beantragt,

(Abg. Haasis CDU: Hat der Antrag die notwendige Unterstützung?)

und zwar zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2315-1, und zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/2315-4. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer sie ablehnen möchte, möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Ich bitte Frau Schriftführerin Rudolf, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben T.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte erneut darum, Platz zu behalten und sich sofort an der Abstimmung zu beteiligen.

Bitte schön, Frau Abg. Rudolf.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Abstimmungsergebnis liegt vor:

(Stellv. Präsident Birzele)

An der Abstimmung haben sich 148 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 69 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 79 Abgeordnete gestimmt.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2315-1,
und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Drucksache 12/2315-4, sind damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle, Drexler, Eigenthaler, Marianne Erdrich-Sommer, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Stephanie Günther, Hackl, Hauser, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Heiler, Herbricht, Huchler, Jacobi, Junginger, Käs, Birgit Kipfer, König, Kretschmann, Krisch, Kuhn, Lorenz, Maurer, Dr. Walter Müller, Nagel, Oelmayer, Dr. Puchta, Rapp, Renate Rastätter, Redling, Reinelt, Annemie Renz, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Staiger, Stolz, Teßmer, Renate Thon, Troll, Walter, Weimer, Wettstein, Wilhelm, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Hofer, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Roland Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Tölg, Traub, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weiser, Wieser, Winckler, Zeiher, Zimmermann.

*

Ich lasse nun abstimmen über Nummer 6 Buchst. c von Artikel 10 des Gesetzentwurfs. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe Nummer 7 von Artikel 10 zur Abstimmung auf. Wer Nummer 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe Nummer 8 von Artikel 10 zur Abstimmung auf. Zur Nummer 8 gibt es zwei Änderungsanträge,

(Abg. Kiel FDP/DVP: Namentliche Abstimmung!)

den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2315-2,
und den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Drucksache 12/2315-4.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die
Grünen: Meldung zur Geschäftsordnung!)

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthält das Petitum, § 20 nicht aufzuheben, ist also ein Streichungsantrag.

Wir werden deshalb so verfahren, daß ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2315-2, abstimmen lasse. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt.

Frau Abg. Erdrich-Sommer, wünschen Sie das Wort zur Geschäftsordnung?

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Wir wollten eine namentliche Abstimmung zu unserem Antrag.

Wir haben keine Möglichkeit, unseren Willen auszudrücken.

(Abg. Haasis CDU: Doch, durch Abstimmung!)

Stellv. Präsident Birzele: Doch. – Ich darf Ihnen dazu folgendes Verfahren vorschlagen: Wir stimmen jetzt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD ab. Er hat zum Inhalt, pauschale Zuweisungen in Höhe von jährlich 20 Millionen DM – also sozusagen 10 Millionen DM für Projekte – in Änderung des Finanzausgleichgesetzes in dessen § 20 vorzusehen.

Wenn hinterher im Fall der Ablehnung dieses Antrags über die Gesetzesvorlage abgestimmt wird, können Sie durch Gegenstimmen Ihren Willen zum Ausdruck bringen. Dazu können Sie selbstverständlich eine namentliche Abstimmung beantragen.

Ich lasse deshalb jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/2315-2, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Bei Ablehnung bitte ich mit Nein und im Fall der Stimmenthaltung mit „Enthaltung“ zu antworten.

Ich bitte Herrn Schriftführer Herrmann, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben V.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt vor:

An der namentlichen Abstimmung haben sich 147 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 68 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 79 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag Drucksache 12/2315-2 abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle,

(Stellv. Präsident Birzele)

Drexler, Eigenthaler, Marianne Erdrich-Sommer, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Stephanie Günther, Hackl, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Heiler, Herbricht, Huchler, Jacobi, Junginger, Käs, Birgit Kipfer, König, Kretschmann, Krisch, Kuhn, Lorenz, Maurer, Dr. Walter Müller, Nagel, Oelmayer, Dr. Puchta, Rapp, Renate Rastätter, Redling, Reinelt, Annemie Renz, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Staiger, Stolz, Teßmer, Renate Thon, Troll, Walter, Weimer, Wettstein, Wilhelm, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Birk, Ingrid Blank, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Freudenberg, Dr. Glück, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Hofer, Keitel, Kiefl, Kiel, Kiesswetter, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Rech, Reddemann, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Dr. Schäuble, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Roland Schmid, Schuhmacher, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teufel, Tölg, Traub, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weiser, Wieser, Winckler, Zeiher, Zimmermann.

*

Ich lasse nunmehr über Nummer 8 von Artikel 10 des Gesetzentwurfs abstimmen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ihren Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wer der Nummer 8 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Abstimmungsergebnis ist für mich nicht klar.

(Abg. Haasis CDU: Das ist eindeutig, Herr Präsident!)

Ich lasse noch einmal abstimmen. Ich bitte die Schriftführer, mir bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses behilflich zu sein.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Bleibt doch draußen! Jetzt kommen die wieder rein!)

Meine Damen und Herren, es wäre sehr viel leichter und wir würden die Verhandlungen schneller zu Ende bringen, wenn Sie Platz behalten würden.

(Beifall bei der SPD – Zustimmung bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich lasse noch einmal über die Nummer 8 von Artikel 10 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer der Nummer 8 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Nummer 8 ist angenommen.

Herr Abg. Walter, Sie haben zu einer Erklärung zur Abstimmung über Nummer 8 das Wort.

Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben dem Antrag der Fraktion der SPD zugestimmt und werden keine namentliche Abstimmung beantragen. Wir sind aber nach wie vor der Auffassung, daß unser Antrag, der eigentlich der weitergehende ist, der bessere ist, nämlich daß die Gelder weiterhin insgesamt pauschaliert bezahlt werden sollen, weil es Gelder aus dem FAG sind und Gelder aus dem FAG den Kommunen zustehen. Wir sollten nicht in Stuttgart darüber entscheiden, was mit Geldern aus dem FAG geschieht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Fleischer.

(Große Unruhe – Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte folgende persönliche Erklärung abgeben:

Ich habe 1992 die Auffassung vertreten, daß eine Änderung weg von der Projektförderung und hin zur Pauschalierung nicht richtig ist.

(Zustimmung des Ministers Schaufler)

Ich bin der Auffassung, daß die totale Umkehr zur Projektförderung, wie sie vorgesehen war, nicht richtig ist. In den letzten Jahren hat sich bei den Gemeinden, den Betroffenen, ein Vertrauenstatbestand gebildet. Deswegen wäre eine Lösung in differenzierter Form richtig gewesen.

Ich habe dem SPD-Antrag, der dem Grunde nach genau in meine Richtung ging, deswegen nicht zugestimmt, weil die SPD, wie sie in der Begründung angekündigt hat, noch drauf satteln will

(Widerspruch bei der SPD und den Republikanern – Abg. Weimer SPD: Wo?)

und dafür die politische Landschaft nichts hergibt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Es wird nie über Begründungen abgestimmt!)

Sie haben dies lange genug in der Presse angekündigt, Herr Puchta.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Es wird nie über die Begründung eines Antrags abgestimmt, Herr Kollege! Das sollten Sie als Ausschußvorsitzender wissen!)

Sie wissen das genau.

(Anhaltende große Unruhe)

Ich habe dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen können, da ich eine Beibehaltung der reinen Pauschalierung strukturpolitisch und von der Sache her für falsch halte.

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie denn gemacht?)

(Fleischer)

Ich habe jetzt der Lösung 15 : 15 zugestimmt, obwohl ich diesen Kompromiß für schlecht halte.

(Lebhafte Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Brechtken SPD: Es ist doch noch gar nicht abgestimmt!)

Hätte ich dem Kompromiß nicht zugestimmt, wäre die Folge gewesen, daß möglicherweise keine Pauschalierung in Höhe von 15 Millionen DM erfolgt wäre, weil dann die reine Projektförderung 0 : 30 durchgekommen wäre.

Ich bin ferner der Auffassung, daß im Verfahren nicht die nötige politische Sensibilität für unsere Kurorte und Heilbäder an den Tag gelegt worden ist und daß weiterer Diskussions- und Handlungsbedarf besteht. Auch wenn der Punkt jetzt so abgeschlossen wurde, sollten wir uns alle in einer ruhigen Minute nach Weihnachten noch einmal überlegen, wie wir eine den tatsächlichen Bedürfnissen – nachher in differenzierter Form geregelt – gerecht werdende Regelung für 1999 finden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Herr Fleischer, Ihre Position ist jetzt wirklich nachvollziehbar!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich will darauf hinweisen, daß in Nummer 8 die Streichung von § 20 beschlossen wurde.

Ich rufe jetzt die Nummern 9, 10, 11 und 12 von Artikel 10 gemeinsam auf.

(Abg. Brechtken SPD: Nein! Ich bitte darum, über die Nummern 9 und 11 sowie die Nummern 10 und 12 gemeinsam abzustimmen!)

– Dann ist es einfacher, über die Nummern in der eigentlichen Reihenfolge abzustimmen.

Wer Nummer 9 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 9 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Nummer 10 auf. Wer Nummer 10 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Nummer 11 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe Nummer 12 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe nunmehr den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/2315-5, auf, und zwar dort Ziffer 2. Mit dieser Ziffer wird begehrt, in § 42 einen Absatz 28 einzufügen, der die vorhin schon erwähnte 15 : 15-Lösung enthält.

(Abg. Brechtken SPD: Aber nur für ein Jahr!)

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 11

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 1

Inkrafttreten

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Rechts- und Besitzstandswahrung

Ich mache darauf aufmerksam, daß in der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses eine geänderte Fassung der Absätze 1 und 3 vorgeschlagen wird. Beschlußgrundlage ist also § 2 insgesamt in der Fassung der Beschlußempfehlung mit den geänderten Absätzen 1 und 3.

Ich stelle § 2 insgesamt zur Abstimmung. Wer § 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 2 ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

§ 3

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Wer § 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 3 ist so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Dezember 1997 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsstrukturgesetz 1998“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/2217, zu beschließen. Danach sollen Anträge für erledigt erklärt werden. – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, daß das Haus dem zustimmt.

Damit, meine Damen und Herren, ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Nachwahl zum Staatsgerichtshof

Meine Damen und Herren, Herr Karl Schiess, Innenminister a. D. und Mitglied des Staatsgerichtshofs mit der Befä-

(Stellv. Präsident Birzele)

higung zum Richteramt, hat mit Schreiben vom 15. Oktober 1997 mitgeteilt, daß er aus gesundheitlichen Gründen gezwungen sei, von seinem Amt als Mitglied des Staatsgerichtshofs zurückzutreten. Diese Rücktrittserklärung wurde gemäß § 5 Satz 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshofs mit Ablauf des Monats November 1997 wirksam.

Gemäß Artikel 68 Abs. 3 Satz 4 der Landesverfassung in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof muß der Landtag innerhalb von drei Monaten für den Rest der Amtszeit des ausscheidenden Herrn Karl Schiess einen Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin wählen. Die Amtszeit von Herrn Schiess wäre am 20. Juli des Jahres 2000 zu Ende gegangen.

Die CDU-Fraktion, auf deren Vorschlag hin Herr Schiess seinerzeit zum Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt worden ist, schlägt Ihnen Herrn Martin Dietrich, Stuttgart, Direktor i. R., zur Wahl vor. Der Wahlvorschlag liegt vielfältig auf Ihren Tischen.

Meine Damen und Herren, gemäß § 97 a Abs. 3 der Geschäftsordnung werden die Mitglieder des Staatsgerichtshofs ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt. Bitte verwenden Sie dazu den gelben Stimmzettel, der auf Ihren Tischen liegt. Der Vorschlag der CDU-Fraktion ist darauf vermerkt. Wenn Sie ihn unverändert abgeben, haben Sie entsprechend dem Wahlvorschlag gewählt. Sie sind an den Wahlvorschlag nicht gebunden und können den Namen streichen und durch einen anderen ersetzen.

Ich bitte die Schriftführer, die Stimmzettel mittels der Wahlurnen einzusammeln.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Abg. Haasis CDU: Kann man nicht weitermachen? – Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Nachwahl zum Staatsgerichtshof bekannt:

An der Wahl haben sich 133 Abgeordnete beteiligt. Auf Herrn Martin Dietrich entfielen 103 Stimmen. Mit Nein haben 23 Abgeordnete gestimmt; auf andere Namen entfielen sieben Stimmen. Damit ist Herr Dietrich zum Mitglied des Staatsgerichtshofs mit der Befähigung zum Richteramt gewählt, und zwar für die bereits erwähnte restliche Amtszeit des ausgeschiedenen Herrn Karl Schiess.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahl der Mitglieder des Landtags in den Oberrheinrat

Meine Damen und Herren, für diese Wahl liegt Ihnen eine gemeinsame Wahlvorschlagsliste aller Fraktionen vor (Anlage 2). Die CDU-Fraktion schlägt unter Hinweis auf Artikel 3 Abs. 3 der Vereinbarung zur Gründung des Oberrheinrats vor, die Amtszeit der Delegationsmitglieder zunächst auf zwei Jahre festzulegen. – Dagegen erhebt sich, soweit ich sehe, kein Widerspruch. Das Haus stimmt dem Vorschlag zu.

Im übrigen darf ich, da das ein gemeinsamer Wahlvorschlag ist, wohl ohne förmliche Abstimmung feststellen, daß die vorgeschlagenen Damen und Herren Abgeordneten zu Mitgliedern des Oberrheinrats gewählt werden. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Aufhebung der Staatsschuldenverwaltung Baden-Württemberg – Drucksache 12/2022

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/2223

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir sind bald am Ende der Sitzung, und es geht noch schneller, wenn Sie ruhig sind.

Die Fraktionen sind übereingekommen – so wurde mir mitgeteilt –, daß die Reden zu Protokoll gegeben werden. Da nicht alle Redner eine schriftliche Rede angefertigt haben, wird die Frist zur Abgabe der Reden auf Montag, 24 Uhr, festgelegt.

(Beifall – Abg. Wieser CDU: Prima! Herr Präsident, ich unterstütze Sie! – Abg. Rückert CDU: Herr Präsident, die Regierung schließt sich an!)

– Die Regierung schließt sich an. Herr Staatssekretär Rückert hat seine Rede bereits zu Protokoll gegeben.

Sie sind mit diesem Verfahren einverstanden. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluß des Tagesordnungspunkts.)

Meine Damen und Herren, damit können wir sofort zur geschäftsmäßigen Erledigung des Gesetzentwurfs kommen. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen mit seiner Beschlußempfehlung Drucksache 12/2223, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Aufhebung

– Zustimmung.

Ich rufe auf

§ 2

Übertragung der Aufgaben

– Zustimmung.

Ich rufe auf

§ 3

Beamte

– Zustimmung.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

§ 4

Arbeitnehmer

– Zustimmung.

Ich rufe auf

§ 5

Außerkräfttreten

– Zustimmung.

Ich rufe auf

§ 6

– Zustimmung.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 17. Dezember 1997 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Aufhebung der Staatsschuldenverwaltung Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u ß a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Gesetzentwurf ist einstimmig zugestimmt worden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

*

Erklärungen zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 Gescho

Abg. Herrmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl wir in den vergangenen Jahren eine wenn auch geringe Zunahme der Schulden unseres Landes hatten, schwinden doch die Aufgaben der Staatsschuldenverwaltung zunehmend. Die Gründe hierfür sind der Einsatz der Datenverarbeitung und rationellere Arbeitsabläufe. Mit der ursprünglichen Aufgabe dieser Landeseinrichtung sind laut dem Bericht des Rechnungshofs derzeit nur noch 8 % des Personals befaßt. Die Hauptaufgabe der Staatsschuldenverwaltung besteht heute darin, Förderprogramme abzuwickeln.

Zum 1. Januar 1998 wird die Staatsschuldenverwaltung aufgelöst. Die Aufgaben gehen zum kleineren Teil auf die Ministerien über, zum größeren Teil jedoch übernimmt die L-Bank die bisher wahrgenommenen Aufgaben. Das Personal wird ebenfalls von der L-Bank übernommen. Diese Aufgabenübertragung ist ein kleiner Beitrag zur Entlastung des Staates von Aufgaben – auch wenn es sich bei der L-Bank um ein vom Staat getragenes Unternehmen handelt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf folgendes hinweisen: Von anderen Kreditinstituten wird es teilweise als Problem angesehen, daß Förderprogramme des Landes ausschließlich über die L-Bank abgewickelt werden. Von der jetzigen Aufgabenübertragung sind jedoch nur solche Förderprogramme betroffen, mit denen direkte Zuschüsse gewährt werden, und keine Zuschüsse, die auf Darlehen umgestellt werden können. Derzeit wird jedoch geprüft, ob die Umstellung von Förderzuschüssen auf Darlehen in einzelnen Fällen wirtschaftlicher ist. Sollten in Zukunft vermehrt Zuschüsse auf Darlehen umgestellt werden, wird die CDU-Fraktion ergebnisoffen prüfen, ob weiterhin alle Förderprogramme ausschließlich über die L-Bank abgewickelt werden sollen. Es gibt gute Gründe dafür, jedoch auch ernst zu nehmende Argumente dagegen.

Mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz wird auch die Arbeit des Rechnungshofs konkret deutlich. Der Rechnungshof prüft nicht nur eine mögliche Unwirtschaftlichkeit und mangelnde Sparsamkeit innerhalb der Landesverwaltung, sondern er überprüft auch die Effektivität der öffentlichen Verwaltung und macht Vorschläge für den Umbau und die Anpassung der Verwaltung an veränderte Verhältnisse. Hierfür möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofs ausdrücklich danken.

Mit der Aufhebung der Staatsschuldenverwaltung ist eine jährliche Einsparung von 1 Million DM verbunden. Seit der Beratung im Finanzausschuß bis zur heutigen zweiten Lesung des Gesetzentwurfs sind mehr als zwei Jahre vergangen. Ein zügigeres Vorgehen hätte hier bereits früher zu den gewünschten Einsparungen geführt. Es wird künftig unsere Aufgabe als Abgeordnete sein, mehr als bisher darauf hinzuwirken, daß Vorgaben des Landtags rascher umgesetzt werden.

Interessant am Rande ist noch, daß mit dem heutigen Gesetz auch die älteste Rechtsvorschrift unseres Landes außer Kraft gesetzt wird, nämlich das badische Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Amortisationskasse vom 31. Dezember 1831. Dieses 166 Jahre alte Gesetz verliert zum Ende dieses Jahres seine Gültigkeit.

Im Anhörungsverfahren sind zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung keine Einwendungen erhoben worden. Die CDU-Fraktion stimmt dem Gesetz zur Aufhebung der Staatsschuldenverwaltung Baden-Württemberg, wie wir das bereits im Finanzausschuß getan haben, einstimmig zu.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Auflösung der Staatsschuldenverwaltung, wie vom Rechnungshof schon in der Denkschrift 1995 vorgeschlagen, ist sinnvoll. Sie ist wirtschaftlich sinnvoll, und sie ist auch im Sinne der Verwaltungsreform sinnvoll. Sie spart dem Land 1 Million DM. Nachdem das Finanzministerium die Wirtschaftlichkeit noch in der Stellungnahme in der Denkschrift 1995 nicht gesehen hat, ist es erfreulich, daß das Finanzministerium von guten Argumenten manchmal doch zu überzeugen ist. Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen stimmt also – nach übereinstimmender Meinung.

Um dem Gesetzentwurf zustimmen zu können, sind noch zwei Fragen zu prüfen:

(Marianne Erdrich-Sommer)

Erstens: Können die Aufgaben nach der Auflösung mindestens genauso gut oder möglichst noch besser erledigt werden? Dies ist nach meiner Überzeugung mit der Übertragung der Aufgaben auf die L-Bank – Abwicklung der Finanzhilfen, Verwaltung der Darlehen, Abwicklung der Bürgschaften und Garantien – und auf die zuständigen Ministerien – Finanzministerium, Sozialministerium und Wirtschaftsministerium – zu erwarten.

Zweitens: Welche Auswirkungen hat die Auflösung auf die Mitarbeiter? Da die Übernahme der Beamten und Angestellten durch die L-Bank sogar in Karlsruhe gewährleistet ist und dies ohne Nachteile bei den Bedingungen für die Beschäftigten geschieht, ist dies kein Hinderungsgrund für die Auflösung der Behörde.

Man muß die neue Aufgabenerfüllung sicherlich kritisch begleiten und muß nach einer angemessenen Zeit überprüfen, ob sich alles im richtigen Sinn entwickelt.

Abschließend ist die Auflösung der Staatsschuldenverwaltung zu bejahen. Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Staatsschuldenverwaltung wird aufgelöst, und deren Aufgaben werden, soweit möglich, auf die Landeskreditbank übertragen. Die hoheitlichen Aufgaben werden verschiedenen Ministerien zugeteilt: Finanzministerium, Wirtschaftsministerium und Sozialministerium.

Dies ist eine wirtschaftliche und damit vernünftige Lösung. Sie ist zudem ein Beitrag zur Verschlankeung der Verwaltung. Ferner kann mit einer Ersparnis für den Landeshaushalt von zirka 1 Million DM pro Jahr gerechnet werden. Erfreulich ist auch, daß die L-Bank etwa 40 Mitarbeiter übernimmt.

Meine Damen und Herren, die Aufgabenstruktur der Staatsschuldenverwaltung hat sich grundlegend verändert. Die Abwicklung von Förderprogrammen ist sukzessive zur umfangreichsten Aufgabe geworden. Die eigentliche Schuldenverwaltung ist mit der Zeit immer mehr in den Hintergrund getreten. Mit der Abwicklung der Förderprogramme waren 40 Personen beschäftigt, auf die Schuldenverwaltung entfielen gerade mal 3,3 Stellen. In den anderen Ländern bestehen eigenständige Behörden zur Schuldenverwaltung nicht mehr.

Mit der Auflösung der Landesschuldenverwaltung wird im übrigen eine Empfehlung des Rechnungshofs umgesetzt. Wie schon öfter erwähnt, sind wir wirklich dankbar für solche konstruktiven Hinweise des Rechnungshofs. Und wie Sie sehen, loben wir den Rechnungshof nicht nur, sondern wir setzen seine Empfehlungen auch um.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf einstimmig. Aus ordnungspolitischen Gründen sind wir immer schon der Überzeugung gewesen, daß sich der Staat auf seine Kernaufgaben beschränken und alle anderen Aufgaben von Privaten erledigen lassen sollte.

Die Auflösung der Staatsschuldenverwaltung ist zudem der Beweis dafür, daß sich das Land auch von Aufgaben trennen kann, die es schon lange und über viele Jahre hinweg durchgeführt hat.

So positiv dieses Beispiel auch ist, so kann es doch nur der Anfang sein. Alle Aufgaben des Staates müssen daraufhin überprüft werden, ob sie nicht besser von Privaten erledigt werden können. Wir sind dabei auch in Zukunft für entsprechende Hinweise des Rechnungshofs dankbar.

Abg. Huchler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung beabsichtigt die Auflösung der Staatsschuldenverwaltung Baden-Württemberg – ein Vorgang, der lange auf sich warten ließ. Nachdem bereits 1972 ein wesentlicher Teil der Aufgaben der Staatsschuldenverwaltung auf die L-Bank übertragen wurde, sank schon zum damaligen Zeitpunkt die Bedeutung dieser Einrichtung erheblich, und es ist bedauerlich, daß erst Jahrzehnte vergehen mußten, bis sich die Landesregierung zu dem jetzigen Schritt durchringen konnte.

Auch der Rechnungshof hat bereits in seiner Denkschrift 1995 vorgeschlagen, die Staatsschuldenverwaltung aufzulösen und ihre Aufgaben auf bestehende Einrichtungen zu verlagern.

Meine Damen und Herren, an diesem Fall wird deutlich, wie schwer sich die Regierung mit Maßnahmen zur Erreichung des schlanken Staates tut. Während man in der Vergangenheit eine Vielzahl von Landeseinrichtungen für spezielle Aufgaben großzügig geschaffen hat, ist deren Auflösung ein weitaus langwierigerer Prozeß.

Wenn sich jetzt die Landesregierung damit brüstet, die Auflösung der Staatsschuldenverwaltung sei die wirtschaftlichste Lösung für das Land, dann hat sie für diese Erkenntnis sehr viel Zeit benötigt, unserer Meinung nach zu viel Zeit. Denn schon viele Jahre liegt der Schwerpunkt der Staatsschuldenverwaltung in der Abwicklung von Förderprogrammen von Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerium. Gerade diese Aufgaben hätten auch von den jeweiligen Ministerien übernommen werden können.

Daß die Verwaltung der Landesschulden nun beim Finanzministerium angesiedelt wird, ist sinnvoll; schließlich will das Finanzministerium zukünftig ein modernes Geld- und Kreditmanagement aufbauen und günstige Anlageformen sowie derivative Finanzierungsinstrumente einsetzen. Bleibt nur zu hoffen, daß es der Landesregierung damit gelingt, endlich die Verschuldung in den Griff zu bekommen und auch einmal mit dem Abbau des Schuldenbergs zu beginnen.

Wenn nun die Verwaltung der Schulden in das Finanzministerium integriert wird, wäre es ein guter Zeitpunkt, über Maßnahmen zu diskutieren, wie eine Begrenzung der Neuverschuldung zukünftig erreicht werden kann.

Fest steht, daß der in der mittelfristigen Finanzplanung festgelegte Verschuldungsrahmen in der Vergangenheit kaum eingehalten wurde, geschweige denn an einen Abbau der Schulden gedacht werden konnte. Dies, meine Damen und Herren, muß aber unser Ziel sein, das es zu erreichen gilt.

Grundsätzlich dürfen die Ausgaben im Staatshaushalt nicht höher sein als die Steuereinnahmen. Auf veränderte Steuer-

(Huchler)

einnahmen muß frühzeitig reagiert werden, und die Ausgabenseite muß den Veränderungen angepaßt werden. Staatsausgaben zu Lasten nachkommender Generationen müssen ein Ende haben. Für die Schulden von heute müssen morgen Steuern für Zinsen und Tilgung erhoben werden.

Bisher wurden nach unserer Meinung die Einspar- und Umschichtungsvorschläge der Opposition so gut wie überhaupt nicht berücksichtigt, obwohl eine Vielzahl von brauchbaren Ideen dabei waren. Die neuerliche Milliardenverschuldung macht deutlich, daß die Regierung mit der Finanzsituation völlig überfordert ist.

Ob die Auflösung der Staatsschuldenverwaltung dem Land überhaupt eine Einsparung in Höhe von 1 Million DM pro Jahr einbringt, bleibt abzuwarten. Die L-Bank läßt sich die auf sie zukünftig verlagerten Aufgaben bezahlen, und auch bei den Versorgungsbezügen der Beamten bleibt das Land in der Pflicht. Die im Staatshaushaltsplan zukünftig wegfallenden Planstellen täuschen zwar einen Personalabbau vor, doch darf nicht übersehen werden, daß sich die L-Bank zu 100 % im Landesbesitz befindet.

Staatssekretär Rückert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aufgaben der Staatsschuldenverwaltung haben sich im Laufe ihrer 188jährigen Geschichte grundlegend geändert. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt heute in der Abwicklung der Förderprogramme. Die Verwaltung der Schulden des Landes hat dagegen aufgrund des technischen Fortschritts immer mehr an Bedeutung verloren und spielt heute nur noch eine untergeordnete Rolle.

Der Rechnungshof hat deshalb vorgeschlagen, die Staatsschuldenverwaltung aufzulösen und ihre Aufgaben auf andere Stellen zu übertragen. Auch der Landtag hat sich bereits mit der Angelegenheit befaßt und die Landesregierung ersucht, Alternativlösungen zur Staatsschuldenverwaltung zu prüfen.

Die Landesregierung ist mit dem Rechnungshof zu der Auffassung gelangt, daß die Aufgaben der Staatsschuldenverwaltung größtenteils auf die Landeskreditbank übertragen werden können. Dabei handelt es sich um die Abwicklung der Finanzhilfen, die treuhänderische Verwaltung der von der Staatsschuldenverwaltung verwalteten Darlehensbestände und die Abwicklung von Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Landes und des Bundes gegenüber der Bürgschaftsbank. In der Zuständigkeit des Landes soll im wesentlichen die Verwaltung der Schulden verbleiben.

Diese Lösung ist für das Land wirtschaftlich. Sie führt zu einer jährlichen Ersparnis in Höhe von rund 1 Million DM. Sie ist personalpolitisch unbedenklich. Die Landeskreditbank ist bereit, nahezu alle Mitarbeiter der Staatsschuldenverwaltung zu übernehmen. Da die Staatsschuldenverwaltung ihren Sitz in Karlsruhe hat, ergeben sich für das Per-

sonal auch keine örtlichen Veränderungen. Die Lösung ist schließlich auch deswegen vernünftig, weil eine Einrichtung von der Größe der Landeskreditbank die üblichen Schwankungen in der Dotation der Programme bzw. den Wegfall von Fördertatbeständen erheblich flexibler abfangen und ausgleichen kann, als dies in einer kleinen Einrichtung möglich ist.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die dargestellten Aufgaben der Staatsschuldenverwaltung durch eine Verordnung des Finanzministeriums auf die Landeskreditbank übertragen werden. Er regelt ferner die Aufhebung der Staatsschuldenverwaltung und im Zusammenhang damit den Übergang der Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer auf die Landeskreditbank. Danach tritt die Landeskreditbank in vollem Umfang in die bestehenden Arbeitsverhältnisse ein. Die Regelungen sehen vor, daß den Arbeitnehmern keine tariflichen Nachteile entstehen. Für die Beamten ist eine konstitutive Regelung nicht erforderlich, da sie nach den Vorschriften des Beamtenrechtsrahmengesetzes auf die Landeskreditbank übergeleitet werden.

Nach den Vorstellungen der Landesregierung sollen sowohl das Gesetz als auch die Verordnung des Finanzministeriums am 1. Januar 1998 in Kraft treten.

Der Gesetzentwurf wurde im Rahmen des Anhörungsverfahrens den Interessenvertretungen der Beamten und Arbeitnehmer sowie der Stadt Karlsruhe zur Stellungnahme vorgelegt. Im Anhörungsverfahren wurden gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen erhoben.

Der Finanzausschuß ist ebenfalls mit der Lösung einverstanden. Er hat deshalb dem Landtag einstimmig empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich bitte den Landtag, dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung zuzustimmen; so kann ein weiterer Beitrag zur Verschlinkung unserer Verwaltung geleistet werden.

*

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, das war die letzte Sitzung vor Weihnachten.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Singen wir noch ein Lied?)

Zu den Februarsitzungen werden Sie rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnungen eingeladen.

Ich darf Ihnen allen schöne und erholsame Weihnachtsfeiertage und alles Gute im neuen Jahr wünschen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall)

Schluß: 18.59 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuß	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuß	stellvertretendes Mitglied	Pfeifle	Capezzuto
Wirtschaftsausschuß	stellvertretendes Mitglied	Dr. Puchta	Kielburger
Innenausschuß	stellvertretendes Mitglied	Pfeifle	Haußmann, Ursula
Ausschuß für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Göschel	Braun
Ausschuß für Wissen- schaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Pfeifle	Haußmann, Ursula
Petitionsausschuß	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Schmid, Nils Pfeifle	Haußmann, Ursula Schmid, Nils

17.12.97

Ulrich Maurer und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD,
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion Die Republikaner

Wahl der Mitglieder des Landtags in den Oberrheinrat

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU:	SPD:	Bündnis 90/ Die Grünen:	FDP/DVP:	REP:
Straub Bender, Hans-Michael Fleischer Haas Kuri, Ursula Lazarus, Ursula Rau Stächele	Brinkmann Dr. Caroli Goll, Heinz Reinelt	Günther, Stephanie Stolz	Dr. Freudenberg	Käs

17.12.97

Günther H. Oettinger und Fraktion
Ulrich Maurer und Fraktion
Fritz Kuhn und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Rolf Schlierer und Fraktion